

Protokoll/Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung
des Innenausschusses

Sitzungsdatum: 19. Juli 2017
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Großer Festsaal
Sitzungsdauer: 16:02 Uhr bis 0:28 Uhr
Vorsitz: Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)
Schriftführung: Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Sachbearbeitung: Gabriele Just

Tagesordnung:

1. Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg, Sicherheitskonzept und Einsatztaktik der Polizei und Feuerwehr
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Urs Tabbert (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks i. V. (GRÜNE)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)
Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Kazim Abaci (SPD)
Abg. Ksenija Bekeris (i. V. (SPD)
Abg. Dr. Bernd Baumann (AfD)
Abg. Cansu Özdemir (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein i. V. (FDP)
Abg. Dennis Thering (CDU)

III. Weitere Abgeordnete

Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Heike Sudmann (Fraktion DIE LINKE)

IV. Senatsvertreter der Behörde für Inneres und Sport

Behörde für Inneres und Sport

Herr Senator	Andy Grote
Herr Staatsrat	Bernd Krösner
Herr Polizeipräsident	Ralf-Martin Meyer
Herr LPD	Hartmut Dudde
Herr LPD	Michael Zorn
Herr LPD	Thieß Rohweder
Herr KD	Jan Hieber
Herr LPD	Morten Struve
Herr LRD	Ulrich Ettemeyer
Herr PD	Normen Großmann
Herr OBD	Klaus Maurer
Herr Oberbrandrat	Jan Peters
Herr PD	Joachim Ferk

- V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei
Gabriele Just, Martina Haßler, Dr. Jörn Rathje

- VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit
Circa 200 Personen

Zu TOP 1 Wortprotokoll

Vorsitzender: Schönen guten Abend, meine Damen und Herren! Ich würde gern mit der Sondersitzung des Innenausschusses beginnen. Dazu müssten allerdings so langsam alle Bild- und Tonaufnahmen beendet werden. Das gilt nicht nur für die Presse, das gilt auch für eventuell eingeschaltete Handys und Ähnliches.

Dann begrüße ich zur heutigen Sitzung das Publikum, die Presse, die Abgeordneten, die Vertreter des Senats, insbesondere der Polizei und der Feuerwehr, und insbesondere auch die Bürgerschaftsverwaltung, die heute einen ganz besonderen Job hat in der Organisation. Vielen Dank dafür, dass das alles so reibungslos geklappt hat.

Fangen wir vielleicht an mit einer Besonderheit heute. Sie werden sehen, dass hier noch Kameras aufgestellt sind. Die heutige Sitzung wird im Livestream übertragen oder mit einem Livestream im Internet übertragen. Dieses soll eine zusätzliche Möglichkeit darstellen, sich über die heutigen Ausschussberatungen zu informieren. Lassen Sie mich vorbereiten, dass ich davon ausgehe, dass diese Art der Übertragung sich nicht auf die Art und Weise der Aufarbeitung dieses Themas auswirkt, jedenfalls werde ich meine Möglichkeiten nutzen, dass das hier heute auch eine sachliche Aufarbeitung bleibt. Aber davon gehe ich im Interesse aller Beteiligten auch aus, dass das so ist.

Fangen wir formal damit an, dass wir eine Tagesordnung heute haben mit einer Selbstbefassung, mit einem Selbstbefassungstitel, Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg, Sicherheitskonzept und Einsatztaktik der Polizei und Feuerwehr. Formell ist es so, dass wir diese Selbstbefassung beschließen müssen, ich sehe dazu keinen Widerspruch, und auch heute starten wir mit der Beratung dieser Selbstbefassung, auch dazu sehe ich keinen Widerspruch.

Dann würde ich vorschlagen, dass wir zur heutigen Sitzung ein Wortprotokoll anfertigen. Das, denke ich, ist auch für die Weiterbehandlung des Themas in diesen und anderen Ausschüssen notwendig. Da sehe ich auch keinen Widerspruch. Dann ist das auch so beschlossen.

Lassen Sie mich vielleicht beginnen damit, dass das heute, die Sondersitzung des Innenausschusses, der Beginn der parlamentarischen Aufarbeitung des größten Polizeieinsatzes hier in Hamburg ist. Wir starten jetzt mit der Aufarbeitung, um möglichst viele Informationen zu bekommen und zu sammeln, die mit diesem größten Polizeieinsatz zusammenhängen, und ich gehe davon aus, dass man erst nach einer Sammlung von Informationen tatsächlich auch in der Lage ist, sich eine politische Meinung zu bilden. Das war jetzt nicht in allen Äußerungen und in allen Zeitungen so nachzuvollziehen, da hatte ich manchmal den Eindruck, dass die Reihenfolge vielleicht etwas umgekehrt funktioniert hat.

Wir wollen jedenfalls heute beginnen mit einer Aufarbeitung der Fakten, und dazu würde ich, wenn Sie einverstanden sind, erst einmal den Senat bitten ...

Frau Schneider, was ...

Abg. Christiane Schneider: Also wir sind hier in unserer Arbeit sehr beeinträchtigt durch die beiden Lampen. Ich kann kaum schauen. Deswegen würde ich bitten, die Lampen auszumachen oder irgendwie den Strahl woandershin zu richten.

Vorsitzender: Vielleicht kann dazu eine kurze Beratung der Kollegen von den Medien erfolgen, ob dieses möglich ist, das woanders zu positionieren oder abzudämmen oder Ähnliches? Solange da beraten wird, Herr Gladiator bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zum Verfahren hätten wir einen Wunsch oder würden das auch beantragen wollen, dass wir dem Einsatzgeschehen chronologisch heute auch nachgehen. Wir haben ja die Phase vor dem Gipfel, vor dem eigentlichen Einsatz mit den ganzen Vorbereitungsmaßnahmen, der Erstellung des Sicherheitskonzepts, dann der eigentliche Einsatz mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen seitens der Linksextremisten und dann der Polizeieinsatz, und wir haben das, was danach geschehen ist. Ich glaube, es würde Sinn machen, wenn wir das auch in der Chronologie hier heute beraten und entsprechend auch die einzelnen Kapitel, die ja für sich auch sehr viele Themen beinhalten und bei uns auch Fragen hervorgerufen haben, dass wir die in der Reihenfolge bearbeiten. Das würden wir hier auch beantragen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Gladiator. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, Herr Vorsitzender, vielen Dank. Ich würde das unterstützen, was der Herr Kollege Gladiator gesagt hat, dass wir chronologisch vorgehen und auch die Chance haben, zwischen den einzelnen Teilen auch Fragen zu stellen. Das ist das eine.

Das Zweite, was mich noch etwas umtreibt, ist die Frage, was machen wir eigentlich heute hier und was macht der Sonderausschuss. Es hat ja keinen Sinn, dass wir etwas hier heute machen und der Sonderausschuss macht es noch einmal. Wie ist denn da eigentlich die Planung? Ich meine, die Regierungsfractionen haben dem Innenausschuss ja eigentlich de facto das Thema weggenommen und haben gesagt, das muss in einen großartigen Sonderausschuss. Da würde mich einmal interessieren, wie da eigentlich die Aufteilung ist, was wo gemacht wird. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich finden den Vorschlag, den Herr Gladiator gemacht hat, sehr sinnvoll, weil, dann haben wir eine strukturierte Debatte und nicht einfach nur einen Vortrag. – Danke.

Vorsitzender: Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, grundsätzlich habe ich dagegen auch keine Einwände. Das soll aber bitte nicht dazu führen, dass eine Frage, die erst nachher ein bisschen später einfällt zu einem bestimmten Thema, das bereits behandelt worden ist, dass diese Frage dann ausgeschlossen ist und nicht mehr gestellt werden darf. Wenn das Konsens ist, stimme ich zu.

Vorsitzender: Herr Münster.

Abg. Arno Münster: Ja, ich hätte schon ganz gern noch einmal eine Antwort vom Senat, wie er sich das vorgestellt hat, worauf er sich jetzt vorbereitet, in welcher Abfolge ist er eigentlich sozusagen sprechfähig jetzt, dass er da einmal einen kurzen Abriss gibt, und dann können wir entscheiden, wie wir das chronologisch dann dementsprechend hier abarbeiten.

(Abg. Heike Sudmann: Ist doch unser Ausschuss, nicht der des Senators!)

Vorsitzender: Frau Sudmann, den Vorsitz führe ich hier und ich würde die Anregung gern aufnehmen, den Senat zu befragen, wie er sich die Darstellung hier vorstellt, und danach treten wir wieder in unsere Beratung hier ein. Herr Senator.

Senator Grote: Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, wir haben uns natürlich auch Gedanken gemacht, wie man dieses sehr umfangreiche Paket an Informationen und an Darstellungen überhaupt jetzt in der heute zur Verfügung stehenden Zeit hier vortragen kann. Und unser Vorschlag oder unsere Herangehensweise wäre

eigentlich schon, dass wir ein paar einordnende Dinge zum Gesamteinsatz sagen, dass wir dann etwas zur Lageeinschätzung einmal sagen, weil das im Grunde genommen die Grundlage jeder Einsatzkonzeption ist, dass wir dann etwas sagen zur Einsatzkonzeption Vorbereitung und dann zum chronologischen Ablauf, allerdings einmal als Gesamtgeschehen dargestellt, und dass wir dann, wenn man dieses Bild einmal hat, dass wir dann, wäre jedenfalls unser Vorschlag, noch einmal sehr dezidiert in die besonders gravierenden Geschehnisse einsteigen.

Das wären aus unserer Sicht, und da würden wir das nach der Schwere der Ereignisse organisieren wollen. Bieten wir jedenfalls an. Wir können das auch in anderer Reihenfolge machen, aber wir denken, es würde vielleicht Sinn machen, sich zunächst mit dem Thema Schanze zu beschäftigen, also der Freitagabend, dann natürlich mit dem Thema des Freitagvormittags, Freitagmorgens, und dann mit der Situation Donnerstagabend, Welcome to Hell, und natürlich auch, jedenfalls bieten wir das an, gesondert und vertieft darzustellen die Situation Entenwerder, überhaupt das ganze Thema Camps, und auch das Thema Verkehr, zu dem es ja sicherlich auch den einen oder anderen Erörterungsbedarf gibt.

Das sind alles Dinge, die wenig Sinn machen, wenn wir sie ganz kleinteilig chronologisch hintereinander abwickeln, weil dann das Gefühl für das Gesamtgeschehen und für die Einsatzlage, glaube ich, ein bisschen darunter leiden würde. Wir würden auch anbieten, zum Ende dann den Ausblick, die Soko, wie gehen wir jetzt eigentlich weiter vor, wie findet jetzt hier auch Strafverfolgung und Aufklärung und so weiter statt. Das sind die Dinge, die wir so in eine, glaube ich, in sich schlüssige Gesamtdarstellung, natürlich immer zwischendurch mit Fragerunden und so weiter zu den einzelnen Komplexen, aber so ließe sich das, glaube ich, ganz gut handhabbar hier darstellen. Es ist sehr, sehr viel, was wir an Informationen haben.

Vorsitzender: Erst einmal vielen Dank, Herr Senator. Dann Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Ich wollte auf Herrn Jarchow eingehen, auf die Frage von Ihnen, Herr Jarchow. Ich glaube, das ist ja illusorisch anzunehmen, dass man in einer Sondersitzung all die Fragen und die einzelnen Themenkomplexe tatsächlich bearbeiten kann. Deshalb dient dieses, aus meiner Einschätzung, dazu, genau einen ersten Überblick zu geben, eine erste Darstellung im Zusammenhang, und dann, der Sonderausschuss ermöglicht das Hinzuziehen von Expertinnen und Experten, denn bei bestimmten Fragen, da kann man mithilfe von Akten, die vorgelegt werden, arbeiten, und das ist eine Fortführung dessen, was wir hier mit dieser Sondersitzung, die ja sehr schnell zustande gekommen ist, das finde ich immer noch gut und richtig, nur begonnen werden kann.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Möller. Herr Warnholz bitte.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Herr Senator, über welchen zeitlichen Ablauf vonseiten des Senats sprechen wir? Können Sie das vielleicht einmal sagen? Sind das ein, zwei oder drei Stunden, der Vortrag? Denn uns läuft ja wohl irgendwo auch die Zeit weg.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Wir sind erst einmal von einem sehr umfassenden und sehr gründlichen Informationsbedarf ausgegangen und würden deshalb annehmen, dass die ersten Beiträge, die das Gesamtgeschehen jeweils beleuchten, Einordnung, Lage, Gesamtablauf, dass das alles zusammen etwa eine Stunde in Anspruch nehmen würde, dass wir dann zu dem Komplex Schanze, denke ich, auch, na ja, eine Dreiviertelstunde vielleicht brauchen. Das ist einfach ein sehr komplexer, umfangreicher, detaillierter Teil, den man da, glaube ich, zusammentragen muss. Und zu den weiteren Komplexen dann je nachdem, eine halbe, Dreiviertelstunde, je nach ... Kann auch schneller gehen. Kommt dann auch darauf an, wie lange wir darüber im Einzelnen diskutieren. Aber das wären ungefähr die Zeitbedarfe.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Schneider, Ihren Antrag habe ich jetzt nicht vergessen, den ersten zumindest. Geht es so oder ist es ...

(Zuruf von Abg. Christiane Schneider)

Es ist (...). Gut, wunderbar. Dann sind Sie trotzdem dran.

Abg. Christiane Schneider: Das würde ja heißen, dass ein kleiner Teil des Ausschusses auch noch für die Abgeordneten bleibt, und ich finde, das kann nicht der Sinn der Sache sein. Das ist unser Ausschuss, wir haben das Recht, hier Fragen zu stellen, und wenn Sie jetzt – das läuft ja ungefähr auf drei Stunden raus – reden, selbst mit einer Unterbrechung, das finde ich nicht zumutbar, sondern das ist unser Ausschuss. Wie haben alle Aufklärungsbedarf. Wir haben natürlich uns informiert, die Eingangsbemerkung des Vorsitzenden teile ich überhaupt nicht, wir haben natürlich etwas unterschiedliche oder sehr unterschiedliche Interessen zum Teil auch, aber ich sage einmal, die Opposition hat sich informiert und kann hier auch mitreden und nicht nur ab und zu eine Zwischenfrage zu einem langen Bericht stellen.

Vorsitzender: Frau Schneider, das hat auch niemand in Abrede gestellt. Ich halte es nur für sinnvoll, weil wir uns über diese Themenbereiche ja schon öfter unterhalten haben. Wir haben im Innenausschuss eigentlich als regelmäßigen Tagesordnungspunkt gerade Maikrawalle, das Schanzenfest und das letzte war der Einsatz um Weihnachten 2013 herum, da sind wir eigentlich immer so vorgegangen, und ich hatte bisher nicht den Eindruck, auch von Ihrer Fraktion nicht, dass diese Vorgehensweise irgendwie auf Kritik gestoßen ist, weil man natürlich auch, auch wenn Sie sich umfassend damit informiert haben, das haben, glaube ich, alle in diesem Ausschuss, sicherlich von Senatsseite noch Informationen vorgetragen werden, die wir hier im Moment jedenfalls nicht zur Verfügung hätten. Sonst hätten wir uns wahrscheinlich auch die Sondersitzung sparen können. Also insofern, glaube ich, müssen wir dann doch darüber sprechen, wie wir das Verfahren hier gestalten.

Ich gehe auch einmal davon aus, dass das nicht so ist, dass der Senat hier nur redet, sondern dass nach diesen Blöcken, so habe ich das jedenfalls verstanden, nach dem ersten, gesamtgestalterischen Block, natürlich Fragen gestellt werden können. Dafür würde ich dann auch als Vorsitzender dieses Ausschusses mich aktiv einsetzen, dass da Fragen gestellt werden.

Ich hoffe aber, dass durch die Gesamtdarstellung auch eventuell schon viele Fragen beantwortet werden können, und das ist der Hintergrund des etwas längeren Vortrags. Immerhin, hier geht es um den größten Polizeieinsatz in Hamburg. Ich bin nicht von einer Zwei-Stunden-Sitzung hier ausgegangen, um es ganz deutlich zu sagen, sondern von einer etwas längeren. Komplizierte Sachverhalte brauchen eventuell auch etwas mehr Zeit, um dann tatsächlich aufgeklärt zu werden.

Noch gemeldet hatte sich Frau Friederichs, und dann würde ich gern einen Verfahrensvorschlag machen. Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Ja, meine Damen und Herren, der Vorsitzende hat es schon angedeutet, die Innenausschusssitzung heute möchten wir natürlich als Beginn der Aufarbeitung sehen des G20-Einsatzes auch. Ich finde es sehr gut, dass der Senat sich angesehen hat, wo hier schwerpunktmäßig zumindest für heute wir die Sachlage beurteilen können, und ich glaube auch, das, was der Senat berichtet, sollte auch Grundlage unserer Diskussion sein. Von daher bin ich dem Senat auch dankbar, wenn er ausführlich zu den Geschehnissen des Wochenendes berichtet.

Es war schon von einigen Fraktionen angesprochen worden, hier chronologisch vorzugehen. Das ist genau auch unser Interesse, was den Sonderausschuss betrifft. Ich glaube, da

können wir uns die Zeit nehmen, umfassend auch chronologisch die bestimmten Zusammenhänge zu sehen und heute erst einmal den Beginn zu machen mit einem Überblick und den Schwerpunkten. Ich glaube, so können wir auch gut überleiten in den Sonderausschuss, den wir dann schnellstmöglich tagen lassen wollen.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, in der Tat, wir haben ja die Sitzung heute beantragt und wollen uns auch ausführlich damit beschäftigen. Mein nächster Termin ist morgen früh um 8 Uhr, also von mir aus können wir uns sehr intensiv damit auseinandersetzen. Fände ich auch richtig. Wir wollen es auch nicht kleinteilig aufbröseln, Herr Senator. Ich glaube, diese drei Blöcke, die ich genannt habe, die Vorbereitung vor dem Gipfel, der Einsatz während des Gipfels und die Konsequenzen aus dem Gipfel, wobei ich mit dem Gipfel dann eher die Geschehnisse um den Gipfel herum meine. Der Gipfel an sich war ja nicht das Problem.

Insofern bleiben wir bei unserem Antrag, das in diese Blöcke zu unterteilen. Sie können ja zu Beginn eines jeden Blockes das darstellen, zu Beginn, was dazu aus Ihrer Sicht auch zu sagen ist. Die Möglichkeit wollen wir ja gar nicht nehmen. Aber es macht, glaube ich, Sinn, weil das sehr für sich stehende Einheiten sind mit schon vielen Fragen, die sich dazu ergeben, das in diesen drei Blöcken so zu behandeln. Dadurch geht nichts verloren, ganz im Gegenteil, wir bekommen die Gelegenheit, auch tiefer einzusteigen, und die Zeit sollte sich der zuständige Fachausschuss auch nehmen und nicht auf einen Sonderausschuss, der noch nicht einmal gegründet ist, verweisen. Also wir bleiben bei dem Antrag. Wir beantragen, das auch in den drei Blöcken, Vorbereitung des Einsatzes, Einsatzgeschehen und die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, das so zu behandeln mit jeweils gern vorgeschalteten einführenden Worten des Senats. Das schaden sicherlich nicht.

Vorsitzender: So, Herr Gladiator, ich habe mir jetzt Mühe gegeben, um die Differenzen zwischen den verschiedenen Vorgehensweisen zu erkunden. Es ist mir nicht ganz gelungen, gebe ich ganz offen zu. Insofern müssen wir dann offensichtlich hier dann darüber abstimmen.

Wir haben einmal das Verfahren, das der Senat vorgestellt hat. Wir würden also beginnen mit einem Gesamtüberblick und dann einer Vorstellung der einzelnen Blöcke, die wären, wenn ich das noch einmal richtig verfolgt habe, Schanze, dann der Volkspark und dann Welcome to Hell. Danach würden wir dann weiter gucken, welche Themen da noch so sind, dass sie hier noch beraten werden müssen.

Dagegen der Vorschlag von Herrn Gladiator, es in verschiedenen Blöcken zu behandeln. Die haben Sie eben noch einmal genannt.

Dann würde ich über diese beiden Verfahrensweisen abstimmen beziehungsweise über den Vorschlag von Herrn Gladiator. Wer dem so folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe. Enthaltungen? Das ist dann mit der Mehrheit des Ausschusses hier abgelehnt worden. Insofern würde ich dann den Senat bitten, mit einer Darstellung zu beginnen. Vielleicht noch zur Performance des Ausschusses insgesamt. Ich würde so gegen 18 Uhr versuchen, eine kleine Pause zu machen, damit wir das, was wir dann an Informationen auch bekommen haben, dann auch sacken lassen können.

Herr Senator bitte.

Senator Grote: Vielen Dank. Das waren gravierende Ereignisse, die sich während der Gipfeltage in unserer Stadt zugetragen haben, die noch lange nachwirken werden und die uns als Gesellschaft und als freiheitliche Demokratie herausfordern. Ich denke, die Phase während des Gipfels und unmittelbar danach war ja noch sehr geprägt von, glaube ich, auch den eigenen Emotionen, dem eigenen unmittelbaren Erleben während der Tage, und ich

denke, es ist wichtig, dass wir jetzt einsteigen in eine sehr gründliche, nüchterne, ehrliche Aufarbeitung der Gipfeltage.

Ich denke, dass wir versuchen müssen, miteinander zu klären, was ist da eigentlich ganz genau geschehen während dieser Tage. Warum konnte das geschehen? Wer sind die Täter, die Unterstützer, die Strukturen im Hintergrund? Wie ist die Mitwirkung vieler vermeintlich Unbeteiligter zu erklären? Wie ist der polizeiliche Umgang mit der Situation zu bewerten? Wo stehen wir als Gesellschaft eigentlich im Umgang mit dem Thema politisch begründeter Gewalt? Und was können wir alle, natürlich gerade wir als Sicherheitsbehörden, aber auch wir als Gesellschaft insgesamt, tun, damit sich so etwas nie mehr wiederholt?

Der Beitrag, den wir heute als Einstig leisten können, ist, dass wir das polizeiliche Einsatzgeschehen darstellen, erläutern, erklären, Fragen beantworten, natürlich die Vorbereitungen zuerst, das Einsatzkonzept und dann das tatsächliche Einsatzgeschehen. Wir wissen, dass es nach solchen Ereignissen, gerade nach diesem, viele Fragen gibt. Wir wollen das bestmöglich heute beantworten mit dem Erkenntnisstand, den wir jetzt haben. Wir müssen dabei wissen, dass natürlich auch die Polizei jetzt erst richtig in die Nachbereitung und in die Aufarbeitung, in das Zusammentragen wirklich aller Teile und Erkenntnisse dieses Sachverhalts und der Abläufe eingestiegen ist und auch in die Analyse erst einsteigt, sodass wir das eine oder andere dann auch noch im Sonderausschuss selbstverständlich vertiefter werden klären können.

Für eine moderne Polizeiorganisation ist es völlig selbstverständlich, dass wir in eine solche Nachbereitung auch selbstkritisch hineingehen. Niemand nimmt für sich in Anspruch, dass hier die ganze Zeit vollständig ununterbrochen von allen Beteiligten immer nur fehlerfrei gehandelt wurde. Entsprechend wird insbesondere den Vorwürfen natürlich nachgegangen, die sich gegen das Verhalten einzelner Polizistinnen oder Polizisten während des Gipfels richten. Da laufen entsprechende Ermittlungsverfahren. Das ist auch genau richtig so.

Wir müssen dabei aber wissen, dass der Begriff Polizeigewalt, der jetzt von den einen fahrlässig, von den anderen ganz gezielt in die Debatte eingebracht wurde, natürlich etwas anderes meint als das Fehlverhalten Einzelner. Polizeigewalt unterstellt strukturelles, rechtswidrig-gewalttätiges Vorgehen der Polizei. Es ist ein funktional verwendeter Begriff, der das Handeln der Polizei delegitimieren und die Anwendung von Gewalt gegen Polizeibeamte legitimieren soll. Es ist insofern ein diffamierender Begriff, den wir deshalb sehr deutlich zurückweisen.

Ein paar Worte zur Ausgangslage, wie sind wir eigentlich an diesen Gipfel herangegangen. Wir wussten, das ist kein G7-/G8-Gipfel, er ist deutlich größer, es ist wahrscheinlich das größte Gipfelereignis, das in Deutschland jemals stattgefunden hat. Es konnte deswegen auch nur logistisch überhaupt in einer Großstadt durchgeführt werden. Wir wussten, dass es eine sehr ernsthafte Herausforderung sein würde, für die Sicherheit während dieses Gipfels zu sorgen. Deshalb haben sich die Hamburger und die deutschen Sicherheitskräfte und Sicherheitsbehörden so intensiv wie noch nie auf einen Einsatz hierauf vorbereitet, sich aufgestellt.

Wir haben auch eine hohe Militanz in verschiedenen Erscheinungsformen während der den Gipfel begleitenden Proteste ... wir haben damit gerechnet, wir waren darauf eingestellt. Wenn jetzt wir Lageeinschätzungen hören, wo der eine oder andere sagt, ja, genauso war es doch, das passt doch, dann müssen wir schon noch einmal darauf hinweisen, dass natürlich, auch wenn das so ist, sich jetzt nicht aus jeder dieser Lageeinschätzungen eine ganz konkrete Prognose, wann und wo welches Szenario sich konkret entwickeln würde, ableiten lässt, auf die sich dann Polizei auch hätte einstellen können.

Wenn jetzt darüber diskutiert wird, und das ist ja nachvollziehbar, ob man einen solchen Gipfel in Hamburg noch einmal durchführen würde, dann weisen ja viele, ich glaube, zu

Recht, darauf hin, dass wir in jeder anderen deutschen und wahrscheinlich in jeder anderen westeuropäischen Großstadt bei diesem Gipfel mit ähnlichen Ausschreitungen hätten rechnen müssen. Das heißt, wenn wir dazu kämen, dass aus Sicherheitsgründen solche Veranstaltungen nicht mehr durchgeführt werden können, dann wäre das eine Kapitulation vor den Gewalttätern, denen wir es in die Hand legen würden, darüber zu entscheiden, welche Veranstaltungen demokratisch gewählte Regierungen durchführen können und welche nicht.

Unser Anspruch war, einen solchen Gipfel möglich zu machen und auch ein sehr umfangreiches und vielfältiges, einzigartig vielfältiges zivilgesellschaftliches Programm während des Gipfels möglich zu machen. Das war uns gerade hier in Hamburg besonders wichtig. Das sollte den Gipfel prägen. Wir wollten beides miteinander gleichzeitig in unmittelbarer Nähe hier in unserer Stadt durchführen und dabei natürlich die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten.

Unsere Aufgabe war, unser Aufgabenverständnis war, und das haben wir auch immer so gesagt, dass wir die Hamburgerinnen und Hamburger, die Gipfelteilnehmer und die friedlichen Versammlungsteilnehmer schützen wollen. Dass dabei der Schutz von Staatsgästen, bei denen es sich um die am stärksten gefährdeten, durch Anschlagsszenarien gefährdeten, an Leib und Leben gefährdeten Personen weltweit gehandelt hat, eine besonders große Aufmerksamkeit oder eine ganz besondere Anstrengung erfordert hat, versteht sich dabei, glaube ich, von selbst.

Unser Ziel war, dass wir alles, was notwendig ist für die Gewährleistung der Sicherheit, tun, dass wir aber gleichzeitig als eine offene und demokratische Gesellschaft die Einschränkungen für die Menschen in der Stadt und auch für die friedlichen Versammlungsteilnehmer so gering wie möglich halten. Wir haben uns deshalb in den Regelungen, die wir vorab getroffen haben, oder in den grundsätzlichen Maßnahmen, mit denen wir reingegangen sind in den Einsatz, im Wesentlichen auf drei beschränkt. Das eine waren die Sicherheitszonen rund um die Veranstaltungsorte, das Zweite war die Allgemeinverfügung, mit der wir Demonstrationsverläufe im Transferkorridor nicht zugelassen haben, und das Dritte war letztlich die Untersagung großer zentraler Übernachtungscamps. Und ich denke, an der Notwendigkeit dieser drei Maßnahmen kann man jetzt auch rückblickend eigentlich keinen vernünftigen Zweifel haben.

Unsere Haltung gegenüber Protesten, Demonstrationen, Versammlungen war, dass wir alle friedlichen Versammlungen und Protestformen bestmöglich unterstützen wollen, das ist selbstverständlich in einem demokratischen Rechtsstaat. Das sollte das Bild dieses Gipfels prägen. Es sind deswegen sehr intensive Kooperationsgespräche mit vielen Versammlungsanmeldern geführt worden. Wir hatten über 50 Versammlungen rund um den Gipfel in der Stadt, die friedlich oder jedenfalls ganz, ganz überwiegend störungsfrei verlaufen sind. Wir hatten viele weitere Protestformen, mit denen wir gut umgehen konnten, bis hin zu den Sitzblockaden oder zu allem, was da so auf der Elbe stattgefunden hat, das war im Großen und Ganzen alles gut handelbar.

Das heißt aber auch, dass die Organisatoren und die Anmelder von Protesten und Versammlungen es auch immer selbst in der Hand hatten, ob es zu einer Konfrontation kommt oder nicht. Am Ende war es, was das Versammlungsgeschehen betrifft, genau eine Versammlung, bei der es zu einer Eskalation gekommen war, das war die Versammlung der Autonomen rund um die Rote Flora unter der Überschrift Welcome to Hell. Das war auch die Versammlung, der wir von vornherein das mit Abstand größte Gewaltpotenzial zugeordnet hatten. Und es gehört ein bisschen mit zur Tragik eigentlich dieses Gipfels, dass diese gewalttätig verlaufene Versammlung und das, was wir dann auch weiterhin an Gewalt in der Stadt haben, das ganz große Bild von vielen, vielen, Hunderttausenden von Menschen, die friedlich demonstriert haben, völlig in den Hintergrund drängt.

Die Linie der Polizei gegenüber Versammlungen mit militantem Potenzial war dabei genauso, wie sie die ganzen letzten Jahre war. Wir haben klare Regeln, die auch beinhalten, dass bei Straftaten und bei unfriedlichem Verlauf relativ schnell auch eingeschritten wird. Das weiß jeder, der in Hamburg Versammlungen durchführt, das wussten auch die Anmelder der Versammlungen, die hier stattgefunden haben, auch insbesondere die Anmelder der Versammlung Welcome to Hell. Das war sehr berechenbar und diese Linie, die die ganzen vergangenen Jahre schon gegolten hat, hat dazu geführt, dass die Ausschreitungen und Gewalttaten im Zusammenhang mit ähnlichen Versammlungen, etwa im Bereich 1. Mai, Schanzenfest und Ähnliches, in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sind. Das war die Linie auch während des G20-Gipfels. Die war also weder besonders konfrontativ noch war sie besonders nachlässig.

Trotz aller Klarheit in der Strukturiertheit und aller Erfahrungswerte und der intensiven Vorbereitung müssen wir aber natürlich auch feststellen, dass wir an unsere Grenzen gekommen sind, dass es Situationen gegeben hat, in denen wir die Stadt nicht so gut schützen konnten, wie es unser Anspruch war. Wir wissen, dass es Situationen gegeben hat, die viele Menschen nicht verstanden haben, wo sie nicht verstanden haben, warum die Polizei etwas tut und auch warum sie in einem anderen Moment vielleicht auch etwas nicht tut. Wir wollen deshalb heute hier versuchen, das polizeiliche Handeln etwas verstehbarer und nachvollziehbarer zu machen und auch darzustellen, aus welcher Lage, in welcher Situation, mit welchen Kenntnissen und mit welchem Ziel eben auch die jeweils verantwortlichen Polizeiführer gehandelt haben, an welcher Stelle, in welchem konkreten Moment und in welcher konkreten Lage.

Trotz allem, was wir jetzt sehr intensiv auch nachbereiten müssen, möchte ich schon noch einmal festhalten, dass die Hamburger Polizei und alle Einsatzkräfte der anderen Polizeien, selbstverständlich auch der Feuerwehr, der Hilfsorganisationen, aller, die hier mitgewirkt haben, extreme Herausforderungen zu bestehen hatten und diese ganz weit überwiegend herausragend bewältigt haben. Wir sind deshalb sehr froh und sehr dankbar über die sehr breite Welle der Unterstützung und der Solidarität, die die Hamburger Polizei in diesen Tagen in der Stadt erfährt. Das hat es so in dieser Form noch nicht gegeben und das ist ein ganz wichtiges Zeichen, gerade in dieser Situation.

Wir haben uns jetzt heute hier darauf vorbereitet und bieten das an, so ähnlich, wie ich es vorhin schon dargestellt habe, dass wir in einer, wie wir glauben, logischen Reihenfolge darstellen, wie sich das Gesamteinsatzgeschehen von der Vorbereitung bis zum Abschluss und dann jetzt auch der Nachbereitung darstellt. Im Anschluss an mein Einführungsstatement würde deshalb der Polizeipräsident den Gesamteinsatz ein bisschen einordnen. Im Anschluss würde Herr Hieber, der für den Einsatzabschnitt kriminalpolizeiliche Maßnahmen und damit auch für das Lagezentrum verantwortlich war, ein bisschen was zur Lageeinschätzung sagen, mit welcher Lageeinschätzung sind wir in diesen Einsatz gegangen, was hat sich auch abweichend allerdings entwickelt. Und dann würde Herr Dudde als verantwortlicher Polizeiführer für den Gesamteinsatz und für die besondere Aufbauorganisation Michel etwas zur Einsatzkonzeption, zur Einsatzvorbereitung und dann auch einmal in einer zusammenhängenden Darstellung zum Einsatzgeschehen sagen, bevor wir dann einsteigen würden in die Schwerpunktkomplexe Schanze, Freitagmorgen Altona und Demo Welcome to Hell. Natürlich würden wir dann an logischen Stellen immer das natürlich auch anbieten, alle Fragen, die dann noch sich stellen, zu beantworten.

Soviel von meiner Seite.

Herr Meyer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Einsatzverantwortung für die beiden Tagungen OSZE und G20 bedeuteten für die Polizei Hamburg eine enorme Herausforderung, deswegen wurde schon anderthalb Jahre vorher mit den Vorbereitungen der Einsätze begonnen. Schon zu Beginn unserer Überlegungen war klar, dass die Größenordnung der Einsätze, die vielen Zielstellungen, die

Komplexität, die Schwierigkeitsgrade zu der Erwartung führten, es handele sich bei diesem Einsatz um den größten und komplexesten in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Folglich wurde sehr frühzeitig als Leiter des Vorbereitungsstabes und spätere Einsatzleiter derjenige unter den Leitungskräften ausgewählt, der über die beste Vernetzung mit den bundesweiten Fachleuten verfügte, über die größten Fähigkeiten und Fertigkeiten bei der Durchführung solcher schwierigen Einsätze und über ein hohes Maß an Erfahrungen mit solchen Großeinsätzen.

Der Vorbereitungsstab erhielt schon am 4. April 2016 den Auftrag, jeweils ein Sicherheitskonzept für das jeweilige Ministerratstreffen OSZE und den G20-Gipfel vorzubereiten beziehungsweise zu entwerfen. Die bisherigen Erfahrungen mit internationalen Gipfeln in Deutschland, aber auch anderswo, wurden akribisch ausgewertet. Ein umfangreicher Erfahrungsaustausch mit anderen Polizeiführern fand statt. Dabei wurde auch deutlich, dass bisherige Gipfel – G8, G7 in Heiligendamm und Elmau – mit der G20-Tagung in Gänze nicht vergleichbar sein würden, es also keine Blaupause für diesen Einsatz gab. Das ist vor allem auf die deutlich größere Dimension des Einsatzes zurückzuführen und die Notwendigkeit, die Tagung in einem Umfeld zu gewährleisten, das die erforderliche Infrastruktur, also ein städtisches Umfeld, bereithält. Besonders schwierig war die in ihrer Parallelität herausfordernde Gemengelage aus Terrorabwehr, Anschlägeverhinderung anlässlich der Gipfel, Maßnahmen gegen militante Aktionen im Vorfeld und während der Tagung, Schutz von Sachwerten der Hamburger Bevölkerung, die Beeinträchtigung für die Bevölkerung möglichst gering zu halten und dabei das öffentliche Leben in der Stadt aufrechtzuerhalten sowie die Gewährleistung von Demonstrationen im Rahmen des Grundrechts von Artikel 8 Grundgesetz.

Die Erarbeitung der notwendigen Ausstattung und Maßnahmen erfolgte in einer Vorbereitungsorganisation, welche in einem zentralen Stab und 15 verschiedenen dezentralen Stabsbereichen, nämlich die der Einsatzabschnitte, organisiert war. Damit waren auch drei externe leitende Fachleute mit Verantwortung für die Luftsicherheit, aus Baden-Württemberg der Polizeidirektor Bantle, für den Bereich der Eingreifkräfte von der Bundespolizei der Polizeidirektor Großmann und zum Bereich Anschlägeverhinderung, Intervention aus Niedersachsen der Leitende Polizeidirektor Zorn betraut.

Die Komplexität kann hier nur angedeutet werden mit Schlagworten wie Ausstattungsfragen, Befehlsstellen, die ertüchtigt wurden, Ausrüstung inklusive vieler Übungsvorhaben, der Logistik, die Frage der Unterkünfte, Verpflegung, die Versorgung, Funk, Kommunikation, die Sicherheit der Gäste und der Bevölkerung vor Terroranschlägen, militante Aktionen, Verkehrsfragen, Sicherheit am Flughafen, Schleusung und Lotsung, Objektschutz an verschiedenen Stellen, der Schutz der Infrastruktur bis hin zu Cyberattacken sowie Schutz der Demonstrationen und Rechtsfragen, die bereits angedeutet wurden.

Die Verhinderung von Terroranschlägen, die auf das Leben von Menschen zielen, hatte dabei höchste Priorität. Dieser Standard ist in allen polizeilichen Konzepten unumstößlich, zumal wenn Menschen aufgrund ihres Amtes besonders gefährdet sind. Dieselbe Priorität bezieht sich aber ebenso auf den Schutz der Bevölkerung. Wenn wir zum Beispiel an das Global-Citizen-Konzert am 6. Juli 2017 in der Arena denken, wo umfangreiche Antiterrormaßnahmen getroffen wurden – Stichwort Lehren aus Ansbach oder Lehren aus Manchester.

Parallel dazu bestand das Ziel, Gefahren für Sachwerte der Bevölkerung und der sich daraus ergebenden Gefahren abzuwehren. Dafür wurden in verschiedenen Abschnitten, zum Beispiel Raumschutz, spezielle Kräfte bereitgestellt und eingesetzt. Weiterhin wurden die örtlichen Reviere durch Umstellung des Schichtbetriebes verstärkt, damit auch bei Aktionen außerhalb des Korridors durch Kleingruppen schnell reagiert werden konnte, bevor dann weitere Verstärkungskräfte hinzukommen. An dieser Stelle schon der Hinweis, dass die Gruppengrößen in den Bereichen Altona die Größe unserer Vorstellungskraft, was das

angeht, was den Einsatz von Funkstreifenwagen angeht, überschritten haben. Die Gruppen waren schlichtweg größer, als für eine Funkstreifenbesatzung oder zwei oder drei händelbar.

Die durch den Vorbereitungsstab erarbeiteten Einsatzkonzepte für den G20-Einsatz wurden dann in den bundesweiten Fachgremien vorgestellt, erörtert und angepasst. Dazu gehörten zwei Präsentationen im Unterausschuss Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung als höchstem Fachgremium in der Bundesrepublik Deutschland durch den Leiter des Vorbereitungsstabes sowie die Präsentation gemeinsam mit den Spitzen der Bundesbehörden BKA, Bundespolizei und Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Bundeskanzleramt durch den Polizeipräsidenten. Dabei wurden auch zu den verschiedenen denkbaren Szenarien Überlegungen und Gegenmaßnahmen präsentiert wie Aktionen im Vorfeld, Angriffe auf Logistik, gefährdete Wohnobjekte und Unternehmenssitze, Angriffe auf Infrastruktur wie Digitalfunk, wie Mobilfunknetze oder das Stromnetz in Hamburg, die Blockaden und Angriffe auf Kolonnen in den unterschiedlichsten Formen von bunt bis militant, Sachbeschädigungen im Umfeld, unter anderem von der Szene für Beschädigungen favorisierte, in Anführungsstrichen, Stadtteile, Angriffe auf den Hafen und die dazugehörige Logistik und das Demonstrationsgeschehen.

Die im Rahmen des G20-Einsatzes zutage getretenen Szenarien haben daher nicht überrascht. Dass es im Vorfeld in Hamburg weniger Mobilisierungsstraftaten gegeben hat, dürfte den zeitgerechten und umfangreichen Vorfeldmaßnahmen, unter anderem dem Schutz der polizeieigenen Liegenschaften, zuzuschreiben sein. Auch dass der Gipfel selbst ohne nennenswerte Störungen von außen und Gefahren abgelaufen ist, ist auf die Maßnahmen wie Terrorabwehr, Strecken- und Objektschutz, aber auch die rechtlichen Maßnahmen wie die Allgemeinverfügung, die der gerichtlichen Überprüfung standgehalten hat, zurückzuführen.

Sowohl der Hafen und seine Kapitalströme sowie viele der zuvor ins Visier genommenen und gekennzeichneten Stadtteile blieben ohne Beschädigungen. Überraschend und damit besonders herausfordernd war das in der Art und Weise nicht erwartete strategische Verhalten von militanten Extremisten, die durch permanenten Kleidungswechsel die ihnen gegenüberstehenden Einsatzkräfte an Grenzen der Erkennbarkeit und der Beweisbarkeit brachten, was Vollzugsmaßnahmen wie Festnahmen oder Ingewahrsamnahmen schwächte, eine weiterhin hasserfüllte und enthemmte Gewalt und Gefährdungsbereitschaft gegenüber Polizeibeamten mit der Gefahr mittelbarer Auswirkungen auf Dritte, also Bürger, vor allem in den Abend- und Nachtstunden des 7. Juli 2017 in der Schanze.

Die sukzessive Vorbereitung von zwei Verteidigungslinien in der Schanze, vorbereitet mit Wurfmaterial aus Flaschen und selbstgefertigten eisernen Speeren, die Positionierung besonders gewaltbereiter Personen aus Skandinavien und Italien in der Schanze auf der dortigen Straße und griechische Aktivisten auf den Dächern zwischen Augustenpassage und Ludwigstraße, um nur ein Beispiel zu nennen, bewaffnet mit Steinen, sind Zeichen für Planungen, auch schwerste Verletzungen der eingesetzten Polizei hervorzurufen. Mit den besagten Angriffen wurde ein Mindestmaß an zivilisatorischer Gemeinsamkeit aufgekündigt, was begleitet von immer mehr gewaltbereiten Trittbrettfahrern dazu führte, dass die Gewalttaten im Schulterblatt zeitweise aus dem Ruder liefen und schließlich einen zeitaufwendigen SEK-Einsatz erforderten.

Die Dimension der Schäden in den Bereichen Altona und Sternschanze sowie in Teilen von Othmarschen und Eimsbüttel werfen einen für die Polizei schmerzhaften Schatten auf den Einsatz. Weder die hohe Zahl an Einsatzkräften noch die professionelle Einsatzkonzeption haben dieses Ausmaß am 7. Juli 2017 verhindert.

Zur professionellen Arbeit der Polizei eines derartig komplizierten Einsatzes gehört auch eine umfangreiche Nachbereitung auf allen Ebenen. Diese wird regelmäßig in einem mehrstufigen Prozess durchgeführt, der Zeit benötigt. Dazu gehören die Lagebeurteilungen

und der Abgleich mit der Wirklichkeit ebenso wie die Beurteilung der taktischen Abläufe. In Kenntnis aller Umstände und nach Auswertung des Geschehens wird man sicherlich auch Dinge finden, die man nachgehend mit Kenntnis aller eingetretenen Umstände anders bewerten und auch anders hätte machen können. Sie sind in der Situation, in der sie entschieden werden mussten, aber auf Grundlage dessen entschieden worden, was man damals wissen und bewerten konnte.

Zur Frage des professionellen Umgangs gehört ebenso die Aufklärung von angezeigten Straftaten gegen die eingesetzten Polizeibeamten. Das außerhalb der Polizei organisierte D.I.E. erhält alle bei der Polizei oder anderswo bekannt gewordenen Vorgänge und nimmt im Auftrage der Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf.

In einem schwierigen Einsatz wie diesem gab es viele Konfliktsituationen, in denen Polizeibeamte unmittelbaren Zwang ausübten und sich in der Folge der Anspruch der Verletzten ergibt, derartige Vorwürfe auf dem Rechtsweg überprüfen zu lassen. Ein weiterer Aspekt kann dabei das Identifizieren von individuellem Fehlverhalten sein, an dem die Polizei selbst ein großes Interesse hat. Auch diese Fälle werden dem D.I.E. überstellt und der Staatsanwaltschaft.

Die Einrichtung der Sonderkommission soll mit den auch nachträglich zur Verfügung gestellten Beweisen die Verfolgung und Bestrafung von Tätern sichern beziehungsweise erreichen.

Zum Schluss, die Belastungen für die Stadtgesellschaft, die sich aus den sinnentleerten Krawallen am Rande des Gipfeltreffens ergeben, sind sicher hoch. Die Polizei kann und wird ihre Sicherheitskonzepte anpassen und diese Treffen auch in diesem Umfang weiter ermöglichen. Es sind aber gerade die demokratischen Gesellschaften, die sich die Frage stellen müssen, ob sie weiter bereit sind, solche Belastungen zu tragen, denn schon während der Aufarbeitung des Einsatzes wird deutlich, dass es, wenn Schadensorte nicht vorhersehbar sind und Täter in Kleingruppentaktik vorgehen, bei keinem Konzept eine hundertprozentige Sicherheit gibt. – Vielen Dank.

Senator Grote: Danke. Dann würde ich jetzt Herrn Hieber bitten, zur Lageeinschätzung etwas zu sagen.

Herr Hieber: Bevor ich Ihnen jetzt die Lagebeurteilung, so wie sie vor Beginn des G20-Einsatzes vorlag, darstelle, möchte ich Ihnen ganz kurz die Rahmenbedingungen erläutern, wie eine polizeiliche Lagebeurteilung generell entsteht beziehungsweise wie sie im Fall des G20-Einsatzes entstanden ist.

Für die Erarbeitung der polizeilichen Lagebeurteilung ist in Hamburg der Staatsschutz im Landeskriminalamt zuständig. Für das Großereignis G20 wurde dort beginnend ab Januar 2017 eine Lagegruppe mit sechs Mitarbeitern eingerichtet. Um die Lagegruppe sowohl personell als auch durch Expertise aus anderen regionalen und nationalen Behörden einschließlich des BKA zu verstärken, wurden dort ab April aufwachsend sechs weitere Mitarbeiter mit spezieller Kompetenz und Erfahrung im Lagebereich eingesetzt.

In eine polizeiliche Lagebeurteilung fließen alle verfügbaren Informationen aus offenen und nicht offenen Quellen ein. Dabei erfolgt eine enge Abstimmung zwischen der Polizei und den anderen Sicherheitsbehörden im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. In Hamburg erfolgte diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit der Polizei mit dem Landesamt für Verfassungsschutz. Durch dieses wurden im konkreten Fall G20 auch die Informationen aus der Sonderauswertung Störtebeker beziehungsweise der lageorientierten Sonderorganisation G20 aus dem Verfassungsschutzverbund eingebracht. Darüber hinaus erfolgt in Fällen von bundesweiter Bedeutung regelmäßig auch ein direkter Abgleich der Lagebeurteilung der verschiedenen Sicherheitsbehörden in den gemeinsamen Zentren und

Gremien. Der letzte Abgleich der Lageeinschätzung der Polizei Hamburg erfolgte diesbezüglich im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum links am 07. Juni 2017 beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Aus diesem Prozess heraus ist letztmalig am 03. Juli 2017 eine überarbeitete Version der bisherigen Lagebeurteilung an die Einsatzkräfte verteilt worden. Die wesentlichen Kernpunkte im Zusammenhang mit der Prognose für speziell linksextremistische Massenmilitanz möchte ich Ihnen jetzt darstellen.

Die Lagebeurteilung zielte insbesondere auf die Beurteilung der Verläufe der angemeldeten Demonstrationen als auch der zu erwartenden dezentralen Aktionen ab. Der Polizei Hamburg lagen Informationen vor, dass beim Aufzug für eine solidarische Welt gegen den G20-Gipfel in Hamburg des Bündnisses Welcome to Hell am 06. Juli 2017 einer der größten Schwarzen Blöcke, die es in Europa jemals gegeben hat, stattfinden sollte. Unter den Demonstrationsteilnehmern war im Vorwege ein einheitliches schwarzes Kleidungsbild vereinbart worden. Es lagen außerdem Erkenntnisse dahingehend vor, dass unter anderem illegale Pyrotechnik, Batterief Feuerwerke, Krähenfüße, selbstpräparierte Feuerlöscher, verstärkte Front- und Seitentransparente sowie Farbsprays als taktische Einsatzmittel beziehungsweise Bewaffnung mit sich geführt werden.

Im Vorfeld des 06. Juli 2017 durchgeführte Durchsuchungen in Hamburg und Rostock bestätigten diese Aufzählung von Bewaffnung und führten darüber hinaus unter anderem zum Auffinden von Brandsätzen, manipulierten Feuerlöschern, Präzisionszwillen, Stahlkugeln, Wurfmessern, Schlagringen sowie Schlagstöcken.

Der 07. Juli 2017 war bereits frühzeitig als sogenannter Aktionstag gewählt und für diesen entsprechend mobilisiert worden. Insbesondere beabsichtigte Blockaden der Veranstaltungsorte des G20-Gipfels und möglicher Protokollstrecken und Zufahrtswege waren immer wieder Gegenstand der Mobilisierung für diesen Tag. Der Polizei Hamburg lagen Erkenntnisse vor, dass fünf bis acht große Personengruppen, sogenannte Finger, mit jeweils 300 bis 1.400 Teilnehmern gebildet werden sollten. Am frühen Morgen sollte zunächst die Straße rund um die Messe blockiert werden. Innerhalb des linken Spektrums wurden außerdem Störungen im Hamburger Hafen geplant. Für den Abend sollte die Elbphilharmonie Ziel weiterer Blockaden sein. Bezüglich konkret beabsichtigter Blockadepunkte zwischen Flughafen und Innenstadt waren bis zum 21. Juni 2017 folgende Örtlichkeiten bekannt geworden: Alsterkrugchaussee, Sengemannstraße, City Nord, Alsterdorfer Straße, Sengemannstraße, Rübenkamp, Schanzenpark, An der Verbindungsbahn, Stephansplatz, Esplanade, Lombards- und Kennedybrücke. Weiterhin sollten Aktivisten auch Blockaden auf Strecken zwischen Messe und Rathaus planen.

Weit im Vorfeld des G20-Gipfels war bereits eine massive Mobilisierung feststellbar, die nicht nur das gesamte linksextremistische Spektrum Hamburgs sowie einen Großteil der gewaltbereiten Linksextremisten aus der Bundesrepublik, sondern auch entsprechende Gruppierungen aus dem Ausland angesprochen hat. Innerhalb des linken Spektrums hier wurde davon ausgegangen, dass allein aus Italien 400 bis 500 und aus Skandinavien etwa 500 Anreisende zu erwarten sind.

Aufgrund der Erfahrungen aus vergangenen Camps wurde prognostiziert, dass diese Camps nicht ausschließlich als Unterkunft dienten, sondern dass in diesen Straftaten besprochen und die Camps anschließend als Rückzugsorte, aber auch als Vernetzungsmöglichkeiten für künftige Aktionen genutzt werden. Im Hinblick auf die Großdemonstration am 6. Juli 2017 wurden Parallelen zur Demonstration Selbstorganisation statt Repression! Refugee Bleiberecht, Esso-Häuser durchsetzen & Rote Flora verteidigen! am 21. Dezember 2013 in Hamburg hergestellt. Laut Einschätzung des polizeilichen Staatsschutzes befanden sich damals unter den 7.300 Aufzugsteilnehmern circa 4.000 gewaltbereite Linksextremisten. Die Demonstration musste frühzeitig aufgelöst werden, nachdem es zu gewaltsamen Ausschreitungen durch die Aufzugsteilnehmer gekommen war. Es wurde prognostiziert, dass

mindestens mit der gleichen Anzahl von Aufzugsteilnehmern und der gleichen Form von Militanz auch anlässlich der Großdemonstration am 06. Juli 2017 zu rechnen ist.

In Anbetracht der frühen und breiten Mobilisierung und der bis ins Ausland wahrnehmbaren Bereitschaft, an den Protesten gegen den G20-Gipfel teilzunehmen, wurde aber auch davon ausgegangen, dass die Teilnehmerzahl vom 21. Dezember 2013 sogar übertroffen und bis in den fünfstelligen Bereich reichen wird. Eine Teilnahme von 7.000 bis 8.000 gewaltbereiten Linksextremisten am Aufzug war als wahrscheinlich eingeschätzt worden. Es wurde davon ausgegangen, dass bewusst die Konfrontation mit der Polizei gesucht und eine Eskalation provoziert wird. Infolge dessen waren auch schwere Gewaltstraftaten von militanten Demonstrationsteilnehmern zum Nachteil der Polizei erwartet worden. Weiterhin wurde prognostiziert, dass der Aufzug seitens des Versammlungsleiters gegebenenfalls auf Höhe von Reizobjekten wie dem Polizeikommissariat 15 aufgelöst wird und man die Konfrontation mit der Polizei suchen wird. Gleichmaßen war davon auszugehen, dass der Versammlungsleiter den Aufzug sofort auflösen würde, sollte dieser am Anfangskundgebungsort gar nicht erst starten können.

Für den 07. Juli 2017 war prognostiziert worden, dass sich die angekündigten Aktionen insbesondere auf Blockaden beginnend in den frühen Morgenstunden schon gegen 4 bis 5 Uhr konzentrieren würden und neben Blockaden durch Personen auch technische Blockaden durch das Spannen von Seilen beziehungsweise Ketten quer über die Fahrbahn möglich sind. In Zusammenhang mit den Blockaden war von der Anwendung der bereits erwähnten Fingertaktik auszugehen, wobei mehrere Finger mit jeweils einem Personenpotential im mittleren bis hohen dreistelligen Bereich in den bereits dargestellten örtlichen Bereichen agieren würden. Es war spätestens mit Beginn der Gipfelwoche davon auszugehen, dass militante Linksextremisten auch abseits sämtlicher Versammlungen und Aufzüge die Auseinandersetzung mit Einsatzkräften suchen und Straftaten an Reizobjekten begehen. Es wurde prognostiziert, dass den Gewalttätern daran gelegen sein wird, dass entsprechende Straftaten vermittelbar bleiben, sodass in erster Linie mit Sachbeschädigungen und Brandstiftungen an Objekten staatlicher, politischer und wirtschaftlicher Institutionen oder ihrer führenden Vertreter gerechnet wurde. Gezielte Angriffe auf Personen mit der Intention, diese zu verletzen oder gar zu töten, wurden eher ausgeschlossen. Gleichwohl wurde auf die billigende Inkaufnahme eines entsprechenden schädigenden Verhaltens gegenüber Polizisten, in der Szene Robocops genannt, hingewiesen, wobei in Einzelfällen auch vorsätzliche Tatbegehungsweisen nicht auszuschließen waren.

Es wurde prognostiziert, dass mögliche Straftäter nicht erst an Reizobjekten, beabsichtigten Blockadepunkten Straftaten begehen, sondern bereits auf dem Weg zu solchen Örtlichkeiten günstige Tatgelegenheiten nutzen werden. Insgesamt waren für die Zeit vom 06. bis 08. Juli 2017 und insbesondere im Anschluss an die Großdemonstration am 06. Juli 2017 gewalttätige Aktionen im Schanzenviertel und weiteren Stadtgebieten im unmittelbaren Umkreis prognostiziert worden.

Ich habe Ihnen damit jetzt die Lagebeurteilung so, wie sie der Polizei am 03. Juli 2017 vor den herausragenden Einsatzanlässen vorlag, dargestellt. Das war die Grundlage der polizeilichen Einsatzplanung. Natürlich wird so eine Lagebeurteilung laufend im Einsatz aktualisiert. Ich mache jetzt aber bewusst einen Sprung zur Retrospektive, um zu verdeutlichen, welche Abweichungen sich ergeben haben.

Die Realität des G20-Einsatzes aus unserer heutigen Perspektive und nach derzeitigem Erkenntnisstand weicht an einigen Punkten deutlich von der naturgemäß noch abstrakten Lagebeurteilung ab. Es kam während des Einsatzes zu Vorkommnissen, die im Vorfeld nicht beziehungsweise nicht in dem Ausmaß zu prognostizieren waren. Das wird gleich auch noch aus Einsatzsicht dargestellt werden können. Hier also die Lageperspektive. Es geht um vier Punkte. Ich beginne mit dem zentralen Thema der Gewaltbereitschaft. Die Lagebeurteilung

griff sowohl die Gefahr von dezentralen Sachbeschädigungen und Brandstiftungen als auch die Gefahr auf, dass schwere Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamten verübt werden. Die Prognose umfasste auch die billigende Inkaufnahme von tödlichen Verletzungen von Polizeibeamten. Das haben Sie gehört. Das tatsächliche Ausmaß der Gewaltbereitschaft und die offenbar bei vielen Gewalttätern nicht existente Hemmschwelle zur Begehung mutmaßlich vorsätzlicher lebensgefährdender Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamten war so allerdings nicht prognostiziert worden.

Aus unterschiedlichen Quellen war bekannt geworden, dass sich am Abend des 7. Juli 2017 beidseitig entlang des Straßenzuges Schulterblatt sowie entlang der hiervon abgehenden Seitenstraßen auf zahlreichen Dächern gewaltbereite Personen befanden und bei Betreten dieser Straßenzüge durch Polizeibeamte mit einem Einwirken in Form von Bewurf mit Steinen, Gehwegplatten, Eisenstangen, Brandsätzen sowie mit Zwillenbeschuss zu rechnen war. Es lagen zudem Hinweise darauf vor, dass im Rahmen von Plünderungen Metallteile entwendet worden waren und diese als selbstgemachte Eisenspeere bereitgelegt worden waren. Dass es dabei mutmaßlich um den Einsatz gegen Polizeibeamte ging, ist offensichtlich.

Die Situation im Schulterblatt zeigte insofern ein Szenario, das die billigende Inkaufnahme von Verletzung oder gar Tötung von Polizeibeamten verließ und sich in Richtung einer kollektiven vorsätzlichen Begehungsweise entwickelt hatte. Es bleibt den andauernden Ermittlungen vorbehalten, ob im Einzelnen von dem Versuch einer absichtlichen Tötung auszugehen ist. Jedoch kann bereits jetzt gesagt werden, dass das Maß der Gewaltbereitschaft weit über das in Hamburg in jüngerer Vergangenheit festgestellte hinausging und damit auch insgesamt eine neue Dimension erreicht hat.

Der zweite Punkt, Wahrlosigkeit bezüglich der angegriffenen Ziele. Grundsätzlich wird für den Bereich der politisch motivierten Kriminalität links angenommen, dass nur Straftaten verübt werden, die innerhalb des linken Spektrums vermittelbar sind. Entgegen diesem grundsätzlich geltenden Aktionskonsens beteiligten sich verschiedene der sogenannten Finger gar nicht erst an Blockaden beziehungsweise an entsprechenden Versuchen, Blockadepunkte zu erreichen, sondern zogen insbesondere am frühen Morgen des 7. Juli 2017 von Beginn an mit dem Ziel, ein Bild der Zerstörung zu hinterlassen, durch bestimmte Straßenzüge und Stadtteile, zum Beispiel in Altona, die weder in der Nähe von mutmaßlichen Blockadepunkten noch in der Nähe von bekannten Reizobjekten lagen. Dieses Szenario war im Vorfeld so nicht prognostiziert worden und es gab auch kurz vor der Tatbegehung, zum Beispiel in Altona, nicht die geringsten Hinweise darauf. Der Umstand, dass so große Tätergruppen wahllos Sachbeschädigungen und Brandstiftungen an Fahrzeugen beziehungsweise an und in Geschäften durchführten, sodass auch unbeteiligte Dritte massiv von den Sachschäden betroffen waren, war so nicht prognostiziert worden. Die Wahllosigkeit der Zerstörung untergräbt den bislang gültigen Konsens in linksextremistischen Kreisen, dass verübte Taten regelhaft vermittelbar bleiben sollen. Dieser Konsens ist vollends verlassen worden und weist darauf hin, dass überraschend große Personengruppen gegebenenfalls aus dem Ausland ihre ganz eigene Choreographie des Gipfelprotests umgesetzt haben.

Dritter Punkt, Mobilität und Koordinierungsgrad der Störer. Während der Gipfelproteste konnte in verschiedenen Situationen, zum Beispiel am Morgen des 7. Juli 2017 im Bereich Altona beobachtet werden, dass sich die großen Störergruppen mit einer ungewöhnlich hohen Geschwindigkeit bewegt und dabei erhebliche Schäden in sehr kurzer Zeit verursacht haben. Zudem deuten die insbesondere am 7. Juli 2017 festgestellten Absprachen und aufgefundene Funkgeräte bei den Störern auf ein hohes Maß an koordinierter Planung und Umsetzung hin. Solche Vorgehensweisen sind in dieser Form in Hamburg noch nicht festgestellt worden.

Mein letzter Punkt, die massive Nutzung von Wechselkleidung. Die Taktik linksextremistischer Gewalttäter, sich anlässlich geplanter und laufender militanter Auseinandersetzungen, aber auch danach wiederholt umzukleiden, um in der nicht direkt beteiligten Masse unterzutauchen, wurde bereits bei diversen Demonstrationen in der Vergangenheit beobachtet. Anlässlich der Proteste gegen den G20-Gipfel wurde dies allerdings flächendeckend und besonders intensiv durchgeführt. Es ergaben sich immer wieder Hinweise auf angelegte Kleiderdepots, die an den Routen der geplanten Demonstrationen entlang angelegt worden waren. Es wurden im Einsatzverlauf auch immer wieder Rucksäcke mit Kleidung bei Störern festgestellt. Der sogenannte Schwarze Block war damit in seinem tatsächlichen Umfang häufig für die Polizei gar nicht erkennbar. Auf Videofilmen lässt sich eindrucksvoll nachvollziehen, wie innerhalb von Sekunden Personen aus dem Schwarzen Block auf der Flucht vor Einsatzkräften sich zum Beispiel in ein unbeteiligtes Liebespaar sprichwörtlich verwandelt haben und von den Polizeibeamten aufgrund ihres veränderten Aussehens und Verhaltens nicht mehr als Störer wahrgenommen werden konnten.

Auch bei der Welcome to Hell-Demonstration hielten sich während der Auftaktkundgebung und während der Sammelphase Tausende von Menschen auf, von denen nur wenige bereits im Ganzen schwarz gekleidet waren. Die meisten trugen bunte Kleidung. Auffällig war auch die große Anzahl von mitgeführten Taschen und Rucksäcken. Erst mit Beginn der Auseinandersetzung mit der Polizei war eine plötzlich sehr große Anzahl schwarz gekleideter Personen, die auf der Straße, aber auch auf den angrenzenden Balustraden standen, erkennbar, die sich ebenso wie immer noch bunt gekleidete Personen auch an den Auseinandersetzungen beteiligten. Über eine plötzliche Zuwanderung weiterer schwarz gekleideter liegen keine Erkenntnisse vor, sodass die geschilderten Beobachtungen als ein Indiz dafür gewertet werden müssen, dass sich unter den Demonstranten deutlich mehr gewaltbereite Personen befanden, als dies durch die Anzahl der schon zu Beginn schwarz angezogenen Personen erkennbar gewesen wäre.

Abseits von Demonstrationen wurden Parks sowie Kirchen, zum Beispiel die St.-Pauli-Kirche genutzt, um entsprechende Kleiderwechsel durchzuführen. Mit diesem letzten Punkt würde ich beenden. – Vielen Dank.

Senator Grote: Vielen Dank. Dann würde ich jetzt noch einmal Herrn Dudde bitten, einmal die Einsatzkonzeption...

Vorsitzender: Augenblick, Herr Senator. Es liegt ein ... Herr Jarchow möchte einen Geschäftsordnungsantrag stellen.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja. Nachdem wir jetzt schon eine ganze Zeit Ihre sicherlich interessanten Berichte gehört haben, ist meine Frage und auch gleichzeitig mein Antrag, dass wir jetzt auch einmal als Abgeordnete die Gelegenheit haben, Fragen zu stellen. Denn sonst haben wir genau das, was wir vermeiden wollten, dass wir nach anderthalb Stunden zurückgehen auf das, was der Erste gesagt hat von Ihnen. Das halt ich für nicht sehr hilfreich. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Jarchow, ich bin eigentlich schon der Überzeugung, dass wir genau darüber vorhin schon abgestimmt haben. Und insofern ist der Geschäftsordnungsantrag schon durch die erste Abstimmung erledigt gewesen, weil wir genau dieses Verfahren jetzt vorgeschlagen haben, wofür wir immerhin eine halbe Stunde gebraucht haben im Endeffekt, eine halbe Stunde Geschäftsordnungsdebatte. Ich würde jetzt dafür plädieren, dass wir diesen letzten Abschnitt von Herrn Dudde noch zu Ende hören und dass wir dann die Fragen stellen. – Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Na ja, Herr Jarchow hat jetzt einen Antrag gestellt, jetzt die Möglichkeit für Fragen zu eröffnen. Das kann nicht durch eine vorherige Beschlussfassung

zum weiteren Verfahren erledigt sein. Wir würden es auch unterstützen und ich muss auch bei allem Respekt ... Vorgelesene Vorträge über das, was am Sonntag in der Pressekonferenz weitgehend erzählt wurde – ich glaube, Innenpolitiker, und die sitzen hier nur gegenüber, haben das mit Interesse verfolgt – hätte man uns gerne vorher geben können, die hätten wir aufmerksam gelesen und hätten heute wirklich in Diskussionen einsteigen können. Ich will da keinen zu scharfen Vorwurf draus machen, aber es führt uns nicht, glaube ich, sehr viel weiter, hier nur zuzuhören und nicht die Möglichkeit zu haben, über das, was Sie sagen, was ja interessant ist, das will ich nicht in Abrede stellen, aber darüber ins Gespräch zu kommen. Das ist unser Auftrag und es ist auch hier der Innenausschuss und nicht ein Grundsatzseminar über das, was man schon immer einmal gesagt haben wollte, wie Polizeiarbeit funktioniert. Ich glaube, wir haben hier ein recht kenntnisreiches Publikum. Ich wäre also sehr dafür, das zu eröffnen. Ich habe es vorhin als Fehler empfunden. Uns, das will ich ganz ehrlich sagen, bringt das immer näher an die Erkenntnis, dass ein PUA erforderlich wird.

Vorsitzender: Herr Münster.

Abg. Arno Münster: Also ich habe da ja volles Verständnis für, Herr Jarchow, Herr Gladiator, aber ich glaube, auch wenn man in den hinteren Bereich des Raumes guckt, ist, glaube ich, nicht jeder ganz so tief in dem ganzen Thema drin, was sich wo, wann ereignet hat. Ich würde es doch schon gut finden, wenn wir erst einmal eine Ebene sozusagen herstellen, dass wir die Informationen haben. Ob die nun doppelt und dreifach bei jemandem angekommen sind, ich sage einmal, das ist mir dann letztlich auch egal, aber wir haben sie dann erst einmal alle und können darauf aufbauend dann fundierte Fragen stellen. Deswegen würde ich dafür plädieren, dass wir Herrn Dudde noch hören und dann können wir ja in eine Fragerunde eintreten.

Vorsitzender: So, dann sehe ich keine weiteren Meinungsäußerungen dazu. Dann würde ich über den Antrag von Herrn Jarchow abstimmen lassen. Wer dafür ist, jetzt schon Fragen zuzulassen, den würde ich um das Handzeichen bitten. – Gegenprobe. – Das ist dann ebenfalls mehrheitlich abgelehnt. – Herr Dudde bitte.

Senator Grote: Vorab noch der Hinweis, dass natürlich das, was wir hier heute vortragen, nicht komplett auch schon vor drei, vier, fünf Tagen vorgelegen hat, sondern wirklich gerade auch der letzte Vortrag etwas war, was wir wirklich bis heute Nachmittag noch vervollständigt haben. Und das gilt für alles, was jetzt hier gesagt wird.

Herr Dudde würde jetzt zur Einsatzvorbereitung, -konzeption und dann einmal grob zum Ablauf des Einsatzgeschehens etwas sagen und dann haben wir, glaube ich, eine gute Grundlage für die Diskussion. Herr Dudde.

Herr Dudde: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mein Name ist Hartmut Dudde und ich war der Polizeiführer im Rahmen des G20-Einsatzes. Ich möchte Ihnen hier zunächst einen zusammenfassenden Überblick über den Ablauf des polizeilichen Einsatzgeschehens der Besonderen Aufbauorganisation Michel zum G20-Einsatz geben. Die Ausführungen stellen auf der Basis der vorliegenden Berichts- und Protokolllage den Sach- und Kenntnisstand des heutigen Tages, 19. Juli 2017, dar.

Vorbemerkung: Im Jahr 2017 hat die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz der Gruppe der G20 inne. Das G20-Gipfeltreffen vom 7. bis 8. Juli 2017 in Hamburg unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs der 19 größten Industrie- und Schwellenländer sowie der Vertreter des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, des Finanzstabilitätsrates, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Welthandelsorganisation, der Internationalen Arbeitsorganisation und der Vereinten Nationen sowie weiterer Staats- oder Regionalorganisationen wie zum Beispiel Spanien oder der Afrikanischen Union. Insgesamt wurden in Hamburg 36 Delegationen aus 26 Ländern und

von 10 Organisationen mit circa 6 500 Delegierten und dazu etwa 2 500 Medienvertreter erwartet. Als Veranstaltungsorte fungierten die Messehallen sowie die Elbphilharmonie. In dem Zeitraum vor und während des G20-Gipfels wurde von einer Vielzahl von demonstrativen Ereignissen und Protestaktionen ausgegangen.

Einsatzvorbereitung: Zur polizeilichen Vorbereitung der beiden Einsatzanlässe OSZE und G20 wurde am 4. April 2016 durch den Polizeipräsidenten ein Vorbereitungsstab im Hauptamt eingesetzt und verfügt, dass ich sowohl als Leiter des Vorbereitungsstabes als auch als Polizeiführer für die beiden Anlässe fungiere. Schnell wurde uns deutlich, dass es sich hierbei um den größten Polizeieinsatz der Geschichte Hamburgs, wenn nicht Deutschlands, handeln wird. Uns begegnete von Anfang an eine ausgeprägte Unterstützung der Politik, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Beschaffung erforderlicher Technik sowie Führungs- und Einsatzmitteln, aber auch eine hohe Unterstützungsbereitschaft durch die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt und den anderen Länderpolizeien. Diese haben uns unter anderem bereits in der Planungs- und Vorfeldphase durch die frühzeitige Abordnung von Beamten und Spezialisten die Arbeit des hiesigen Vorbereitungsstabes maßgeblich unterstützt.

Im Rahmen der erforderlichen Abstimmungsprozesse wurde ein strukturierter Austausch und eine gemeinsam abgestimmte Planung mit der Senatskanzlei, der Justizbehörde, dem Auswärtigen Amt, dem Bundespresseamt, dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei, der Feuerwehr, der Bundeswehr und den Bezirksämtern seitens des Vorbereitungsstabes initiiert und kontinuierlich vertieft und ausgebaut. Hinsichtlich der Lage fand ein regelmäßiger Austausch mit allen Sicherheitsbehörden wie dem Landesamt für Verfassungsschutz, dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei, den Länderpolizeien sowie dem Bundesamt für Verfassungsschutz im Rahmen des rechtlich Möglichen statt.

Aufgrund der nahezu identischen Lageerkenntnisse und Bewertungen war im Ergebnis festzuhalten, dass das G20-Gipfeltreffen in linksextremistischen Kreisen thematisiert wird, im europäischen Ausland Mobilisierungen für eine Reise nach Hamburg stattfanden, es im Vorfeld zu ...-straftaten, unter anderem in Hamburg und Berlin, kam und in der Spitze bis zu 8 000 Linksextremisten zum G20-Gipfeltreffen zu erwarten waren. Hierzu wurde Ihnen bereits umfangreich durch den Kriminaldirektor Hieber vorberichtet.

Nicht zuletzt aufgrund der Lage, der Komplexität und des Umfangs der Einsatzanlässe war die frühzeitige Formulierung eines Orientierungsrahmens für die Mitarbeiter des Vorbereitungsstabes und der übrigen Organisationen zwingend notwendig. Es musste sichergestellt werden, dass unter Effektivitätsgesichtspunkten Entscheidungen nachgeordneter Hierarchieebenen der grundsätzlichen Einsatzphilosophie des Polizeiführers entsprechen. Hierzu dienen unter anderem die sogenannten Leitlinien des Polizeiführers. Sie stellen für die handelnden Beamten einen Orientierungsrahmen in den Besonderheiten des Einsatzes für die von ihnen zu treffenden Maßnahmen dar. Gleichzeitig bieten sie aber genügend Spielraum bezüglich der konkreten taktischen Ausgestaltung. Dabei sind die Leitlinien Vorgaben, die zu beachten sind, und Entscheidungen müssen sich auf diese Leitlinien zurückführen lassen.

Als grundlegendes Fundament unserer Gesellschaftsordnung steht der Bevölkerungsschutz als stetige Aufgabe aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben im Fokus der Betrachtung und bedarf daher keiner besonderen Erwähnung bei Regelungen zu Einzelfällen. Der Schutz der Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg ist stetiger Auftrag unserer Polizei. Vor diesem Hintergrund wurden unter Berücksichtigung der bis dato bekannten Lageerkenntnisse und Auswertung von verschiedenen Einsatzanlässen, unter anderem Einsatzmaßnahmen anlässlich G7 in Elmau, Bayern, mit der BAO Werdenfels frühzeitig für den Einsatz unter anderem die folgenden Leitlinien zusätzlich formuliert: Der Schutz und die Sicherheit unserer Gäste haben höchste Priorität. Störungen, insbesondere solche, die den Verlauf der Veranstaltung einschließlich dazugehöriger Fahrtstrecken

beeinträchtigen, sind bereits im Ansatz zu verhindern beziehungsweise unverzüglich zu beseitigen, wenn eine Verhinderung nicht mehr möglich ist. Die ungehinderte Durchfahrt der begleitenden Kolonnen ist aufgrund der erheblichen Sicherheitsrisiken eines Stillstands unbedingt zu gewährleisten. Die Einschränkungen für die Bürger der Stadt sollen so gering wie möglich gehalten werden. Die eingesetzten Polizeibeamten stehen im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Von allen Einsatzkräften wird ein tolerantes, betont offenes, kommunikatives und freundliches Verhalten erwartet. Jeder Polizeibeamte leistet durch sein tadelloses äußeres Erscheinungsbild und korrektes Auftreten einen wichtigen Beitrag zum Gesamterfolg. Die rechtsstaatlich einwandfreie und unparteiische Gewährleistung der Versammlungsfreiheit hat eine hohe Priorität. Versammlungsrechtliche Auflagen und polizeiliche Verfügungen sind konsequent durchzusetzen. Aktionen, die von innen wie von außen erkennbar darauf ausgerichtet sind, den friedlichen Verlauf der Versammlungen und Aufzüge zu gefährden, bei niedriger Einschreitschwelle bereits im Entstehen wirksam und konsequent zu unterbinden. Es ist auf die Trennung kontrovers ausgerichteter Versammlungsteilnehmer zu achten. Gewaltbereite Störer sind frühzeitig zu identifizieren, gegen sie ist konsequent und bei niedriger Einschreitschwelle vorzugehen. Gegen diesen Personenkreis sind frühzeitig die Voraussetzungen für eine Ingewahrsamnahme zu prüfen. Rolle, Ziele und Maßnahmen der Polizei sind durch eine offensive und abgestimmte einheitsbegleitende Medien- und Öffentlichkeitsarbeit allen Interessensgruppen vor, während und nach dem Einsatz zielorientiert zu vermitteln. Hinsichtlich der Versorgung ist eine quantitativ und qualitativ hochwertige Verpflegung und Unterbringung der auswärtigen Einsatzkräfte bei hoher Flexibilität zu realisieren.

Unter Berücksichtigung der genannten Leitlinien wurde von mir vorgegeben, dass die Polizei Hamburg mit eigenen und unterstellten Kräften und der Bildung regionaler und funktionaler Einheitsabschnitte das Erreichen der folgenden taktischen Ziele gewährleistet: Eine störungsfreie Durchführung der Veranstaltung, eine Gewährleistung der Versammlungsfreiheit, eine geringstmögliche Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens, keine Teilung der Stadt, von Stadtvierteln durch massive meterhohe Zäune, aber eine deutlich sichtbare Präsenz in der Stadt, und es erfolgt keine Evakuierung von Wohnbevölkerung, die Verhinderung eines Anschlags auf Schutzpersonen, die Verhinderung eines Terroranschlags.

Hierzu wurde die BAO Michel mit insgesamt 15 Einsatzabschnitten entwickelt und entsprechend umgesetzt (*siehe anliegende Präsentation, Folie 32*). Spätestens hier wird deutlich, dass die Auftragslage der einzelnen Einsatzabschnitte in zwei Hauptzielrichtungen wirkte. Während beispielsweise die Einsatzabschnitte Objektschutz, Veranstaltungsort und Flughafen überwiegend der Gewährleistung der Veranstaltung galten, dienten die Auftragslagen der Einsatzabschnitte Gegenveranstaltung, Raum- und Streckenschutz und Eingreifkräfte eben in erster Linie dem Schutz der Bevölkerung und der Gefahrenabwehr. Die grobe Skizze unserer BAO können sie derzeit anhand der Power-Point-Präsentation mit den genannten Polizeiführern sehen.

Durch den EA Öffentlichkeitsarbeit wurden rund 300 Kommunikationsbeamte eingesetzt und so sichergestellt, dass sowohl die Information mit Bürgern, Firmen, Institutionen als auch intern zu den Einsatzkräften gewährleistet war. Zur Sicherung des Grundschatzes in ganz Hamburg hatten wir an den Polizeikommissariaten auf 12-Stunden-Dienst umgestellt und die sogenannte Silvesterregelung eingeführt, das heißt, alle verfügbaren Einsatzmittel mussten besetzt werden, weil wir in der ...

Vorsitzender: Entschuldigen Sie, Herr Dudde, dass ich kurz einmal unterbreche. Bild- und Tonaufnahmen sind in diesem Raum nicht gestattet. Ich bitte, das also zu löschen und Ihrem Kollegen vielleicht auch einen Hinweis zu geben, der da mit dem iPad nach vorne marschiert ist.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

(Zuruf aus der Öffentlichkeit)

So, jetzt Fortsetzung bitte.

Herr Dudde: Gut. Kommen wir wieder zur Silvesterregelung, die im Endeffekt besagt, dass alle erforderlichen oder möglichen Einsatzmittel der Reviere zu besetzen sind, weil wir ja in der Welt leben, dass, wenn sich Kleingruppen in Hamburg bewegen und es zu Straftaten kommt, dass die ersten Maßnahmen durch die verstärkten Reviere getroffen werden müssen, bis wir dann geschlossene Einheiten in den Bereich verlegen können.

Eine Vielzahl der Anmelder und Veranstalter von Versammlungen und Aufzügen waren der Versammlungsbehörde bereits aus früheren Anmeldungen bekannt, sodass auch hier im Rahmen von Kooperationen zielorientiert und vertrauensvoll zusammengearbeitet wurde. Dieses Einsatzmodell musste im nächsten Schritt sowohl mit Kräften als auch mit Führungs- und Einsatzmitteln unterlegt werden. Nach einer sorgfältigen Abwägung und Beratung mit dem Personalrat der Polizei wurde eine Dienstvereinbarung geschlossen, die eine Urlaubssperre vom 22. Juni 2017 bis zum 9. Juli 2017 sowie den Aufruf des Alarmdienstes 1, das ist der 12-Stunden-Dienst, vom 21. Juni 2017 bis zum 10. Juli 2017 für alle Angehörigen der Hamburger Polizei vorsah.

Die Ermittlung der vorläufigen Kräftebedarfe an geschlossenen Einheiten ergab eine Notwendigkeit, bundesweit die über das Verwaltungsabkommen zur Verfügung stehenden Bereitschaftspolizeihundertschaften komplett abzurufen.

(Abg. Christiane Schneider: Könnten Sie etwas langsamer sprechen?)

Ich versuche es, ja. Schnellsprech... Hierin sind bereits 14 Beweis- und Festnahmehundertschaften enthalten gewesen. Darüber hinaus kam der Bedarf für verschiedene Spezialkräfte wie Versiegelungen, Diensthundeführer, Polizeireiter, Beritte, Spezialeinsatzkommandos, Luftverkehr, Luftraum, Verkehrskräfte, Wasserschutzpolizei, Aufklärungskräfte, Logistiker und Hotelbetreuer sowie kriminalpolizeiliche Ermittler.

Die entsprechenden Kräfteanforderungen ergingen frühzeitig am 7. April 2017 per Fernschreiben an den Bund und die Länder. Sie wurden flankiert durch Gespräche am Rande der Innenministerkonferenz, des Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung, kurz UAFEK, der AG Kripo sowie mehrerer Telefonschaltkonferenzen und einer kurzfristig anberaumten Sondersitzung der Einsatzreferenten von Bund und Ländern in Hamburg.

Alle von Bund und Ländern angebotenen Kräfte wurden von Hamburg in Gänze abgefordert und in den Einsatz implementiert. Um den Bedarf an Spezial- und Verkehrskräften decken zu können, ergingen Unterstützungersuchen an das benachbarte europäische Ausland, namentlich die Länder Österreich, die Niederlande, Dänemark und Frankreich. So konnten aus Österreich Teilkkräfte der Spezialeinheit Cobra und der Wiener Einheit WEGA – vergleichbar mit einer Festnahmehundertschaft aus Deutschland –, aus Dänemark und den Niederlanden Verkehrskräfte und aus Frankreich spezielles Absperrgerät zum Einsatz gebracht werden.

Zu den im Rahmen dieses Einsatzes vorgehaltenen besonderen Führungs- und Einsatzmitteln werde ich zum Abschluss meiner Ausführung unter dem Punkt Zahlen, Daten und Fakten näher eingehen.

Einsatzverlauf: Die Polizei Hamburg führte im Rahme der BAO Michel vom 22. Juni 2017, 6 Uhr, bis 10. Juli 2017, 4.20 Uhr, die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Gewährleistung eines störungsfreien Verlaufes der Veranstaltung durch. Sie wurde dabei

unterstützt von Einsatzkräften aus allen anderen Bundesländern, des Bundes sowie aus dem benachbarten Ausland, sodass in der Spitze rund 23 000 Polizeibeamtinnen und -beamte in diesem Einsatz tätig waren. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes befanden sich insgesamt circa 6 000 Delegationsteilnehmer aus 36 Delegationen hier in Hamburg. Darunter waren 24 Staats- und Regierungschefs. Zum Schutze der Staatsgäste, für die zum Teil die höchste Sicherheitsstufe durch das Bundeskriminalamt festgelegt worden war, waren zwingend umfangreiche polizeiliche Maßnahmen bei der Unterbringung, der Durchführung der Kolonnenfahrten und an allen anderen Aufenthaltsorten notwendig. Die Veranstaltung, deren Teilnehmer, Protokollstrecken, Veranstaltungsorte und Hotels waren zu schützen. Die Maßnahmen liefen trotz zum Teil erheblicher Störungen durch gewalttätige Personen überwiegend reibungslos und problemfrei. Sämtliche Veranstaltungen konnten wie geplant durchgeführt werden.

An fünf Delegationshotels und dem Gästehaus des Senates waren aufgrund der Unterbringung entsprechend eingestufte Delegationsleiter besondere Objektschutzmaßnahmen erforderlich. Zur Zeit des Gipfels fand darüber hinaus ein Programm für die Partner der Teilnehmer statt. Weiterhin fanden multilaterale Treffen zwischen den Staats- und Regierungschefs, zum Beispiel das BRICS-Treffen und auch offizielle Termine im Rahmen von Staatsbesuchen statt.

Die Gipfelgegner hatten bereits im Vorfeld versucht, durch Anmeldung und Anträge bei den zuständigen Bezirksämtern Genehmigungen für Protest- und Übernachtungscamps zu erhalten. Die rechtlichen und gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Antragstellern und Anmeldern und den Behörden wurden schlussendlich erst am 6. Juli 2017 vorläufig abgeschlossen. In der Konsequenz wurde ein Camp im Vorhornweg im Volkspark mit bis zu 300 kleinen Zelten für zwei bis drei Personen zugelassen sowie den dazugehörigen Versammlungs-, Funktions- und Workshop-Zelten. Daneben wurden ein Kochzelt und zwei Waschzelte unter weiteren Auflagen zugebilligt. Damit wurde ein wesentliches Ziel der Gipfelgegner nicht erreicht. Zu diesem Themenkomplex stehen Ihnen aber auch nachher Herr Rohweder und Herr Ettemeyer zur Verfügung.

Am Donnerstag, den 22. Juni 2017 begannen Polizeikräfte im Rahmen der BAO Michel mit den ersten Maßnahmen. Bereits im Vorfeld der BAO waren Teilkkräfte seit April 2017 mit aufwachsenden Objektschutzmaßnahmen an den Veranstaltungsorten und der temporären Großgefangenenensammelstelle Neuland im Einsatz. Der für den 24. Juni 2017 in Hamburg-Harburg angemeldete Aufzug GeSa to Hell wurde an der Spitze von 430 Teilnehmern, davon ein Drittel aus linksextremistischen Zusammenhängen, genutzt, um ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen.

Auf dem Gelände Volkspark, Vorhornweg befinden sich am 1. Juli 2017 in den frühen Abendstunden 40 Personen. Die ursprünglich für die Versammlung Rap gegen G20 vorgesehene Bühne wird in die Versammlung integriert. Insgesamt sind vier Zelte errichtet worden.

Die für den 2. Juli 2017 unter dem Tenor Protestwelle G20 – Wir fordern von der G20: Demokratie sichern, Klimawandel stoppen, für einen Welthandel angemeldeten Aufzüge wurden mit rund 120 Booten und circa 8 000 Teilnehmern friedlich durchgeführt. Für diese Aufzüge brauchten die polizeilichen Einsatzkräfte lediglich abgesetzt in Bereitschaft gehalten werden.

Gegen Mittag wurde durch G20-Protestler zunächst versucht, im Bereich der Elbinsel Entenwerder eine Grünfläche als Ersatzfläche für das geplante Camp Stadtpark zu requirieren. Dies konnte durch polizeiliche Maßnahmen und Tätigwerden der Versammlungsbehörde zunächst rechtlich geklärt und gelöst werden.

Aktionen an diesem Tag im Bereich des Hafens, unter anderem der Umweltorganisation Greenpeace, wurden durch die Maritime Eingreiftruppe begleitet und polizeilich abgeschlossen.

Am 3. Juli 2017 wurde auf dem Gelände der Messe die Sicherheitszone 1 eingerichtet und eine durchgehende Sicherung im Innenbereich durch Kräfte des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei gewährleistet.

Bereits am 4. Juli 2017 kam es in den späten Abendstunden im Zuge des sogenannten Massencornerns zur Blockade der Kreuzung Neuer Pferdemarkt/ Stresemannstraße/ Beim Grünen Jäger. Der Bereich wurde ab 22.30 Uhr unter Einsatz von Wasserwerfern in Form von Wasserregen geräumt.

Am 5. Juli 2017 ab 6 Uhr wurde um den Bereich der Messehallen die Sicherheitszone 2 durch die Polizei Hamburg eingerichtet. Weiterhin fanden die Anreisen der ersten Delegationsteilnehmer statt. Erst in dieser Woche erfuhren wir die tatsächlichen Anreisezeiten der zu erwartenden Staatsgäste und Delegationen, die zu unserer Überraschung fast durchgängig alle am Donnerstag angereist sind.

Am Abend wurde der angemeldete Aufzug Lieber tanz ich als G20 – alles allen, Nachttanzdemonstration in Form einer Ravemusikveranstaltung durch die Stadtteile St. Pauli, Sternschanze mit rund 4.500 Teilnehmern störungsfrei durchgeführt.

Am Donnerstag, wie gesagt, dem Hauptanreisetag, reisten die Gipfelteilnehmer nach Hamburg. In diesem Zusammenhang wurden insgesamt 165 Schleusungen und Lotsungen durchgeführt. Dies führte in der Folge zu erheblichen Beeinträchtigungen des öffentlichen Individualverkehrs. Verstärkt wurden die Folgen durch Unfälle beziehungsweise auf der BAB A 1, A 7 und im Krohnstiegtunnel. Zu den Verkehrsmaßnahmen wird Ihnen im weiteren Verlauf noch der Kollege Struve Ausführungen machen können.

Am Abend des 6. Juli 2017 wurde ab 19 Uhr in der Barclaycard Arena das Global-Citizen-Konzert durchgeführt, an dem auch der kanadische Ministerpräsident, der Premierminister Trudeau und die norwegische Ministerpräsidentin Solberg teilgenommen haben.

Versammlungsrechtlich herausragend war die Veranstaltung, die unter dem Tenor Für eine solidarische Welt – gegen den G20-Gipfel in Hamburg! bei der Versammlungsbehörde angemeldet und in der linken Szene als Welcome to Hell bezeichnete Aufzug, an dem in der Spitze 12 000 Personen teilnahmen. Bereits hier waren umfängliche polizeiliche Zwangsmaßnahmen gegen Teile des Aufzuges, dem sogenannten Schwarzen Block – auch wenn der sich anfangs etwas bunt gekleidet hatte –, und anschließend im Schanzenviertel erforderlich. Hierzu werden Ihnen der Kollege Rohweder aus Hamburg und der PD Großmann von der Bundespolizei noch berichten.

Am Freitag, dem 7. Juli 2017, begannen ab circa 5.30 Uhr Teilnehmer aus dem Camp Vorhornweg die vom LKA 7 avisierte Vierfingertaktik umzusetzen. Diesbezügliche Lageinformationen konnten im Laufe der Nacht weiter verifiziert werden. Auch nach diesen Lageerkennnissen war das Ziel der G20-Gegner zum einen, die Logistik des Hafens zu stören und zum anderen Transferstrecken innerhalb der roten Zone zu blockieren. Letzteres vornehmlich im Bereich rund um die Messe. Zur Bewältigung dieser sich dynamisch entwickelnden Lage wurden bereits in der Abmarschphase von Campteilnehmern Kräfte des EA Eingreifkräfte eingesetzt. Der EA Raum- und Streckenschutz setzte seine Kräfte unmittelbar im Umfeld der Transferstrecken ein. In der weiteren Folge kam es zu erheblichen Ausschreitungen im Bereich Volkspark und Altona. Auch hierzu werden Ihnen der Kollege Rohweder und Herr Großmann von der Bundespolizei berichten.

Zeitgleich mit den eben beschriebenen Einsatzmaßnahmen waren die Kräfte des EA Raumschutz und des EA Veranstaltungsort zum Freihalten der Fahrtstrecken und zum Schutz der Veranstaltungsorte in erheblichem Umfang gebunden.

Aufgrund der Gesamteinsatzlage entschied ich mich um 8.12 Uhr, die sogenannte Bundesreserve alarmieren zu lassen und per Blitzferschreiben Bund und Länder um weitere Unterstützung zu ersuchen. Daraufhin wurden Kräfte aus Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Bremen und der Bundespolizei umgehend nach Hamburg entsandt. So konnten insgesamt zusätzlich neun weitere Hundertschaften und neun Züge mit rund 1 000 Beamten sukzessive nach Eintreffen in Hamburg direkt in den Einsatz gebracht werden.

Am Vormittag begann der G20-Gipfel pünktlich in den Messehallen und endete dort in den späten Nachmittagsstunden ohne besondere Vorkommnisse. Die Lageentwicklung des Vormittags machte es erforderlich, sich frühzeitig für eine der möglichen Transferstrecken zur Elbphilharmonie zu entscheiden. Es kam durch Störer aus dem Bereich St. Pauli immer wieder zu gewalttätigen Versuchen, diese Strecke zu blockieren. Diese wurde durch starke Polizeikräfte auch unter Einsatz von Zwangsmitteln wie Wasserwerfern und Räumfahrzeugen dauerhaft freigehalten. Hierzu war es auch erforderlich, geplante Einsatzkräfte aus dem ... vorzualarmieren.

Am 7. Juli 2017 kam es in den Nachmittagsstunden zu einer nicht angemeldeten Demonstration von Greenpeace auf der Norderelbe. Tenor der Demonstration war Time for Change. Die Teilnehmer befanden sich auf mehreren Schlauchbooten sowie auf dem Segelschulschiff Beluga und versuchten, die westliche wasserseitige Absperrung zur Sicherheitszone 2 an der Elbphilharmonie zu überwinden, um direkt vor die Elbphilharmonie zu gelangen. Dazu wurden von Greenpeace-Schlauchbooten Schwimmer direkt auf der Sperre rausgesetzt und es wurde versucht, mit dem Segelschulschiff Beluga die Sperre zu durchbrechen. Nach einer Auflösungsverfügung und der Nichtbefolgung von Platzverweisen wurden insgesamt 48 Personen in Gewahrsam genommen und die Schlauchboote sowie die Beluga sichergestellt.

Um 19 Uhr fand in der Elbphilharmonie für die Spitzen der G20-Gipfel-Delegationen und weitere geladene Gäste ein Konzert des Philharmonischen Staatsorchesters Hamburg statt. Im Anschluss gab es ab 20.15 Uhr ein Treffen der Finanzminister im Hotel Atlantic. Zur selben Zeit trafen sich die Außenminister im Fischereihafen Restaurant.

Bereits in den frühen Abendstunden randalierten mehrere Hundert Personen im Schanzenviertel und den angrenzenden Straßen. Zur Räumung des Schulterblattes mussten Kräfte des SEK zur Unterstützung der geschlossenen Einheiten herangeführt werden. Hierzu berichten Ihnen noch der Leitende Polizeidirektor Zorn aus Niedersachsen und Herr Großmann von der Bundespolizei.

Am Sonnabend, den 8. Juli 2017, erfolgte die Fortsetzung des G20 in den Messehallen bis zum Nachmittag. Im Anschluss an die Pressekonferenz der Bundeskanzlerin reiste die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs vom Hamburger Flughafen ab. Der Aufzug G20 – not welcome setzte sich nach einer Anfangskundgebung mit rund 50 000 Teilnehmern in Bewegung. Durch Polizeikräfte wurde die Bildung zweier sogenannter Schwarzer Blöcke festgestellt, die teilweise verummmt waren. Der Aufzugsleiter wurde aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Vermummung abgelegt wird oder anderenfalls polizeiliche Maßnahmen folgen würden. Aufgrund entsprechender Twitter-Tweets wurden die Vermummungen weitestgehend abgelegt, lediglich eine kleine Gruppe von circa 50 Personen war weder durch den Aufzugsleiter noch durch die Polizei ansprechbar. Den daraufhin erforderlichen polizeilichen Maßnahmen wurde massive Gewalt durch diese Aufzugsteilnehmer entgegengesetzt. Dies geschah mittels Fahnenstangen, Tritten und

Schlägen. Die Gruppe konnte dennoch zerstreut werden, sodass der Aufzug dann fortgesetzt werden konnte.

In den Abendstunden randalierten im Anschluss an den bereits beendeten Aufzug G20 – not welcome wiederum mehrere Hundert Personen im Bereich Schanzenviertel mit dem Schwerpunkt Schulterblatt. Hierbei handelte es sich im Großteil um ehemalige Aufzugsteilnehmer. Nach Räumung des Schulterblattes durch geschlossene Einheiten beruhigte sich die Situation in den Nachtstunden.

Am Sonntag, den 9. Juli 2017, fand die letzte Abreise von Gipfelteilnehmern statt. Am Mittag fand ein Aufzug mit dem Motto No one forgotten, nothing forgiven statt. Dieser verlief in Harburg friedlich. Die für die Nacht prognostizierten erneuten Ausschreitungen im Schanzenviertel bleiben aus. Die BAO Michel beendete ihren Einsatz am 10. Juli 2017 um 4.20 Uhr.

Diese erste zusammenfassende Darstellung macht deutlich, dass die Polizei nicht nur planerisch auf den G20-Gipfel eingestellt war, sondern zu jeder Zeit im Rahmen der Einsatzkonzeption flexibel auf das Einsatzgeschehen reagieren konnte.

Zahlen, Daten, Fakten: Versammlungen und Aufzüge: Mit Einrichtung der BAO Michel am 22. Juni 2017 wurden durch diese insgesamt 48 Versammlungen, darunter zwei Camps, und Aufzüge betreut. Teilnehmerzahlen von bis zu 50 000 Personen wurden erreicht. Der Großteil dieser Versammlungen und Aufzüge verlief friedlich. Dennoch kam es insbesondere an den Tagen vom 6. bis zum 8. Juli 2017 bis in die frühen Morgenstunden des 9. Juli 2017 bei einigen Aufzügen und Versammlungen beziehungsweise im Anschluss daran zu militanten Aktionen und gewaltsamen Protesten durch Autonome und Personen aus dem linksextremistischen Spektrum. Hierbei kam es zum Teil zu schweren Straftaten. Durch diese Straftaten wurden viele Polizeibeamte, vereinzelt auch Unbeteiligte verletzt. Ferner kam es zu erheblichen Sachbeschädigungen an privatem Eigentum sowie an Führungs- und Einsatzmitteln der Polizei.

Schäden: Es kam durch Störer zu diversen Beschädigungen an öffentlichem und privatem Eigentum in verschiedensten Stadtteilen mit Schwerpunkt St. Pauli-Nord, Schanzenviertel und Altona. Darüber hinaus entstanden zahlreiche Schäden an Einsatzfahrzeugen und anderen Ausrüstungsgegenständen der Polizei. Eine exakte Bezifferung der Schadenshöhe ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Eingesetzte Kräfte: In der Spitze 23 169 Beamte, davon 16 723 auswärtige, Hamburger Kräfte somit 6 446.

Verletzte Polizeibeamte: 709 verletzte Polizeibeamte, davon 592 vorsätzlich durch Fremdeinwirkung, dazu 227 erkrankte Mitarbeiter, davon 117 aufgrund von Erschöpfungssymptomatik.

Schleusung und Lotsung: Im Zuge der Einsatzmaßnahmen wurden insgesamt 280 Schleusungen und 611 Lotsungen von Kolonnen durch die Polizei begleitet.

Vorläufige Festnahmen, Ingewahrsamnahmen: 186 vorläufige Festnahmen, 225 Ingewahrsamnahmen.

Erlassene Haftbefehle, längerfristige Ingewahrsamnahmen: 51 Haftbefehle und 95 längerfristige Ingewahrsamnahmen.

Ausblick: Die Sonderkommission Schwarzer Block hat am 17. Juli 2017 in Hamburg ihre Arbeit aufgenommen und wird in der Spitze über bis zu 170 Mitarbeiter aus Bund und Ländern verfügen. Hier sollen die bisher eingegangenen erkannten 345 Straftaten mit G20-

Bezug und die 1 600 bisher eingegangenen Berichte ausgewertet werden. Darüber hinaus werden die Bild- und Filmaufnahmen auszuwerten sein. Hier steht zu erwarten, dass sich aus dieser Auswertung eine derzeit nicht näher zu verifizierende, aber erhebliche Anzahl von weiteren Ermittlungsvorgängen, Strafanzeigen ergeben wird.

Fazit: Es sind hohe Sachschäden durch diverse in Brand gesetzte oder beschädigte Fahrzeuge, durch mehrere beschädigte und teils geplünderte Geschäfte und beschädigte öffentliche Einrichtungen, zum Beispiel am Amtsgericht Altona oder dem Bezirksamt Altona, entstanden. Trotz dieser bedauernswerten Ereignisse mit den Schwerpunkten Altona und dem Schanzenviertel sind die wesentlichen Ziele der Polizei, die mit den Besonderheiten dieses Einsatzes verbunden waren, erreicht worden. Die Polizei gewährleistet neben der Minimierung der Beschränkung für Bürger auch eine umfassende Wahrnehmung des Versammlungsrechts für friedliche G20-Gegner sowie die uneingeschränkte Durchführung der erforderlichen Kolonnenfahrten der Gäste, die störungsfreie Durchführung des G20-Gipfeltreffens, die Verhinderung der Implementierung eines sogenannten Großen Protestcamps als Ausgangs- und/oder Rückzugsort für potenzielle Störungen.

Hierzu wurden die verfügbaren geschlossenen Einheiten lageangepasst überwiegend paritätisch in gebundenen beziehungsweise flexiblen Einheitsaufträgen eingesetzt. Hierbei ging ein Großteil der Einsatzkräfte weit über die persönlichen Belastungsgrenzen hinaus und kam in den Bereich der totalen körperlichen Erschöpfung. Dies wird auch an den Zahlen der im Einsatz erkrankten Mitarbeiter deutlich.

Umso bedauerlicher ist es, insbesondere für die Einsatzkräfte, dass es dennoch zu diesen schwerwiegenden Auswirkungen für einzelne Privatbürger und Institutionen gekommen ist. Mit den getroffenen polizeilichen Maßnahmen gelang es aber, weitergehende, schwerer wiegende Schädigungen zu verhindern. Es ist aus meiner Sicht letztlich dem Zufall geschuldet, dass es keine Schwerstverletzten gab. Einzelhandlungen von Gewalttätern, bei denen ethische Grundsätze unserer Gesellschaft in einer bisher nie dagewesenen Weise missachtet wurden, haben dies zumindest billigend in Kauf genommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dudde. Ich wollte noch einmal, bevor ich zwei Wortmeldungen im Moment schon habe, noch einmal fragen: 592 Polizisten verletzt durch Fremdeinwirkung, wie geht es den Kollegen? Sind die alle auf dem Weg der Besserung, machen die alle wieder Dienst?

Senator Grote: Herr Dudde.

Herr Dudde: Wie ich schon sagte, wir haben zum Glück keine Schwerstverletzten. Die schwersten Verletzungen sind Brüche an Handgelenken. Insofern sind alle aus dem Krankenhaus raus, auf dem Weg der Besserung.

Vorsitzender: Dann wünschen wir das auch, glaube ich, vonseiten des Ausschusses noch einmal an die verletzten Kollegen. Herr Münster.

Abg. Arno Münster: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eigentlich nur noch einmal eine Frage zur Metaebene, glaube ich. Es war in der Vergangenheit in Funk und Fernsehen zu hören, dass es eine Klassifizierung des Einsatzes gab, also wo welche Priorität wer genossen hat beziehungsweise nicht genossen hat. Und da gab es aus meiner Sicht für mich persönlich ein paar Irritationen. Da hätte ich ganz gern noch einmal gewusst, wie man das zu verstehen hat, wenn so ein Einsatzbefehl erteilt wird, und ob der dann sozusagen nur auf einer Ebene ist oder ob die anderen sich da unterordnen müssen. Davon habe ich im Moment kein Bild und hätte ganz gern noch einmal eine Vervollständigung.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Dann würde ich dazu noch einmal Ralf Meyer bitten, weil er auch schon so ein bisschen, glaube ich, das beschrieben hat in seinem Statement, aber wir würden das noch einmal konkretisieren.

Herr Meyer: Ja, es hat ja, was diese Frage angeht, eine Zuspitzung gegeben, vor allen Dingen in der medialen Darstellung. Diese Zuspitzung ist aus meiner Sicht abwegig und auch aus Sicht der Polizeifachleute, weil die Frage, dass eine Maßnahme der Anschlägeverhinderung immer die höchste Priorität hat. So war das in diesem Fall auch. Bei der Anschlägeverhinderung, ich habe es versucht, deutlich zu machen, geht es vor allen Dingen natürlich um Leute, die aufgrund ihres Amtes besonders gefährdet sind, das waren die Teilnehmer des Gipfels, aber sehr wohl auch, und wir haben das ja in Manchester erlebt, da ging es ja nicht darum, dass irgendwelche Prominente bei dem Konzert waren, sondern schlichtweg viele Menschen zu Schaden gekommen sind. Und wir mussten damit rechnen, dass bei diesem Gipfel, der eine enorme Aufmerksamkeit in der Welt hat, natürlich auch die Frage des Anschlags eine große Rolle spielt. Das heißt Anschlägeverhinderung auch für die Bevölkerung.

Dieses in irgendeine Reihenfolge zu stellen, verbietet sich, zumal alle Maßnahmen ja parallel mit Einsatzkräften bedient wurden. Das heißt, selbst die Sachbeschädigungen, wenn man jetzt sagt, habt ihr das nachrangig gesehen, selbst die Sachbeschädigungen, die wir ja einkalkuliert haben, zwar nicht in dieser massiven Form, wie Herr Hieber das gerade dargestellt hat, aber grundsätzlich schon, selbst die werden parallel mit Einsatzkräften, die dafür bereitgehalten werden, wenn es dazu kommt, bedient, sodass sich diese Zuspitzung ... Es steht so in den Befehlen, das ist richtig, vielleicht würde man das heute, wenn es der Klarstellung dient, noch einmal mit einem kleinen Sternchenvermerk versehen, aber fachlich ist es so, dass es ein Standardtext ist, der nach fachlichem Standard selbstverständlich wegen der hohen Gefahren für Menschen das Wort Priorität in der Begleitung hat, tatsächlich handelt es sich aber um eine Parallelität verschiedener Maßnahmen bis hin zur Frage der zu befürchtenden Sachbeschädigungen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, ich möchte einmal auf das Verfahren eingehen. Wir haben jetzt im Innenausschuss einen ganzen Strauß von Dingen aufzuarbeiten. Das eine ist das Einsatzgeschehen, die Einsatztaktik. Wir haben, ich weiß, das merkt man, dass der Senat das heute gern ausblenden möchte, die politische Verantwortung, die auch hinter den Fehleinschätzungen steckt. Das war insofern dann eben doch spannend zu hören, was an Warnungen vorlag. Vor dem Hintergrund gab es ja massive Verharmlosungen auf politischer Ebene. Aber das, was Sie heute hier machen, und da meine ich jetzt den Senat, nicht die Kollegen aus den Fachbehörden, und ich habe auch noch genau hingehört, da waren vielleicht zwei, drei Daten drin, die Sie heute ergänzt haben, das andere waren bis hin zu Erklärungen, was G20 ist, grundsätzliche Vorträge über den Ablauf, die nicht unwichtig sind, die man uns aber wirklich sicherlich spätestens gestern hätte als Ausschuss zur Verfügung stellen können. Das wäre dann unsere Fleißarbeit gewesen, uns auf die Sitzung mit Ihnen vorzubereiten, um jetzt in das einzusteigen, was Aufklärung bedeutet.

Die Fakten sind die Grundlage, die wir hätten vorher haben können, und ich finde es hier dann wirklich vorgelesen wenig hilfreich, das spielt dann auch auf Zeit, die uns fehlt für die intensive Behandlung. Ich habe es vorhin schon gesagt, der PUA kommt näher, ich höre ihn jetzt schon an die Tür klopfen. Und ich glaube, deshalb würden wir an dieser Stelle eine Sitzungsunterbrechung beantragen, um uns hier auch noch einmal kurz intern zu beraten, wie es weitergeht.

Vorsitzender: War das jetzt ein Antrag?

Abg. Dennis Gladiator: Ja.

Vorsitzender: Ja, dann ist ... Wie lange brauchen Sie? Fünf Minuten?

Abg. Dennis Gladiator: Sechs.

Vorsitzender: Dann ist die Sitzung für sechs Minuten unterbrochen.

Sitzungsunterbrechung von 17:38 Uhr bis 17:50 Uhr

Vorsitzender: So, meine Damen und Herren, ich würde gern beginnen.

So, meine Damen und Herren, es gilt das Gleiche wie am Beginn der Sitzung, dass Bild- und Tonaufnahmen jetzt zu unterbleiben haben.

Dann würde ich gern feststellen, dass es die Sitzungsunterbrechung jetzt eben gegeben hat, das Wort hatte Herr Gladiator, ich vermerke einmal kritisch, dass die Sitzungsunterbrechung nicht dazu gedient haben soll, Interviews zu geben, sondern zu einer Entscheidungsfindung zu kommen, die dann hier im Ausschuss eventuell bekanntgegeben wird. Deswegen machen wir eine Sitzungsunterbrechung. Ich hoffe, das hat dann auch zu einer Entscheidung geführt oder zumindest einer intensiven Beratung. Herr Gladiator, Sie haben noch das Wort.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, vielen Dank für Ihre kommentierenden Worte. Wir haben die Sitzungsunterbrechung genutzt. Ich hatte vorhin deutlich gemacht, dass diese Taktik, die hier gefahren wird, mit Berichten vom eigentlichen Kern abzulenken, auch erkennbar auf Zeit zu spielen, es dem Ausschuss fast unmöglich macht, sich den wichtigen aufklärungsbedürftigen Fragen zu widmen. Es ist jetzt an der Struktur auch schwer möglich, mit den Fragen zu den unterschiedlichen Blöcken, die es gibt, da einzusteigen. Der eine bezieht sich auf das, was vorhin fast zwei Stunden gesagt wurde, der Nächste auf jetzt vorherrschende Fragen. Diese Taktik macht es dem Ausschuss erheblich erschwerend, da strukturiert einzusteigen. Wir haben das echte Aufklärungsinteresse in den drei Blöcken, die ich genannt habe, das ist so nicht möglich.

Wir haben deswegen für uns jetzt zwei Dinge festgehalten. Es macht keinen Sinn, heute vertieft in die Befragung einzusteigen, wenn das erkennbar auf Senatsseite nicht gewünscht ist. Unser dringender Appell an die Kollegen von Rot-Grün, zur ersten Sitzung des Sonderausschusses diese Taktik noch einmal zu überdenken, dann mit einem echten Aufklärungsinteresse mit uns gemeinsam da auch einzusteigen. Die letzte Chance gewähren wir. Bisher haben wir ja nur aus der Presse erfahren, was da geplant ist. Also wenn Sie die Chance nutzen, zur ersten Sitzung des Sonderausschusses mit uns gemeinsam in die Aufklärung ernsthaft einsteigen zu wollen, sind wir dabei. Ich sage aber ganz deutlich, und ich habe es vorhin gesagt, der PUA klopft an die Tür. Wenn das nicht in der ersten Sitzung erkennbar wird, dann werden wir diesen PUA beantragen, dann braucht es dies Instrument, um sich da um die eigentlichen Themen auch tatsächlich zu kümmern. Wir sehen davon ab, heute die Befragung fortzusetzen. Wir werden hierbleiben, aber es macht keinen Sinn, hier diese Fragen zu stellen in der Struktur, die der Senat gewählt hat, und, wie gesagt, erkennbar ja auch aus dem Interesse, die Aufklärung zu erschweren.

Vorsitzender: Dann zu diesem Nebenaspekt, denn eigentlich sind wir in der weiteren Beratung, ich würde sagen, dass aber die Äußerungen von Herrn Gladiator so waren, dass sie zumindest noch eine Antwort benötigen, und ich habe auch schon Wortmeldungen dazu gesehen. Ich würde dann allerdings auch wieder in die Beratung hier wieder einsteigen. Wir haben heute hier eine Sondersitzung zu einem Thema. Wir haben uns eine bestimmte Struktur gewählt, die Struktur ist hier verabredet worden. Mir fehlt, ehrlich gesagt, das

Verständnis dafür, nach einer Stunde Sachvortrag hier eine solche Entscheidung zu treffen. Das ist meine persönliche Einschätzung dazu.

Aber Herr Dressel hatte sich gemeldet, danach Herr Tjarks und dann der Senat. Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja. Meine Damen und Herren, natürlich kann man eine unterschiedliche Sicht auf den Ablauf haben. Ich glaube, dass man auch verstehen muss, es ist ja eben darauf hingewiesen worden, es ist der größte Einsatz der Polizei in der Hamburger Geschichte, dass auch da etwas zusammenfassender insgesamt komprimierter auch es eine Einleitung geben muss zu all den Fragestellungen, die damit zusammenhängen. Dass das ein bisschen Zeit in Anspruch nimmt angesichts der Einsatzgröße, finde ich nachvollziehbar. Jetzt wäre ja der Punkt gekommen, um in die Fragerunde einzusteigen, alle Einzelkomplexe zu beleuchten.

Und ich würde Sie auch im Interesse der Sache, weil wir hier schon eine gemeinsame Verantwortung haben als Ausschuss, als Bürgerschaft - erstens finde ich gut, dass Sie bleiben und nicht jetzt der Sitzung nicht mehr folgen wollen - aber dass Sie durchaus auch hier heute Ihre Verantwortung als Abgeordnete mit wahrnehmen und natürlich auch Fragen stellen.

Wir haben ein großes Aufklärungsinteresse, was hier heute beginnt, und das führt mich zu dem zweiten Punkt: Den Ball, Herr Gladiator, den Sie formuliert haben, neben wir gern auf. Ich möchte das hier auch coram publico sagen. Wir werden als Koalition noch in den Ferien auf die Opposition zukommen mit einem Strukturierungsvorschlag für den Sonderausschuss, den wollen wir mit Ihnen einvernehmlich auf den Weg bringen. Wir wollen mit dem Ziel am 31. August 2017 eine erste konstituierende Sitzung machen, mit Ihnen gemeinsam dort einen Fahrplan beschließen, der so uns eine Aufarbeitung ermöglicht, dass wir gemeinsam damit arbeiten können, und den Dienst, den Aufarbeitungsdienst an der Stadt, bei diesem Thema leisten können, gemeinsam. Da werden wir auf Sie zukommen und laden Sie ausdrücklich dazu ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Weil, ich glaube, nach dieser ganzen Einsatzsituation, wenn das endet in einem parteipolitischen Streit, glaube ich, ist das etwas, was nicht gut ist für diese Stadt und für unsere gemeinsame Verantwortung, die wir miteinander haben. Insofern will ich das noch einmal betonen, wir kommen in den Ferien auf Sie zu mit einem Vorschlag und freuen uns über Ihre Hinweise und Ergänzungen, dass wir dort auch gemeinsam starten können einen konkreten Ablauf, der sowohl natürlich dem Senat die Möglichkeit gibt, Rede und Antwort zu stehen, seine Sicht der Dinge zu präsentieren, aber uns auch als Abgeordnete, natürlich Regierungs- und Oppositionsfraktionen, mit unterschiedlichen Rollen die Möglichkeiten geben, Fragen zu stellen und Antworten zur Kenntnis zu nehmen. So wäre unser Vorschlag zum Vorgehen.

Heute kann es nur ein Einstieg sein. Viele Ermittlungen laufen ja noch. Die Soko hat gerade die Arbeit aufgenommen. Viele Sachen stehen am Anfang erst der Aufarbeitung. Deswegen kann es heute nur auch um eine erste Draufsicht auf den ganzen Sachverhalt gehen. Und ich glaube, dass wir, wenn wir Ende August 2017 den Sonderausschuss konstituieren und im September 2017 in die eigentlich Arbeit einsteigen, haben wir eine noch validere Grundlage, in die ganze Aufarbeitung einzusteigen, wo die polizeiliche Betrachtung sowieso ein Thema ist, aber wir wollen viel stärker auch mit Ihnen gemeinsam erörtern, wie können wir gesamtgesellschaftlich erreichen, dass sich so etwas in Hamburg nicht wiederholt, was wir an diesen Tagen erlebt haben. Und da, glaube ich, sind wir gemeinsam in der Verantwortung. Deshalb nehmen wir den Ball auf und wollen, auch wenn ich nicht alle Worte teile, Sie hatten gesagt, noch eine letzte Chance gewähren wir Ihnen, aber ich glaube, wir sollten noch einmal gemeinsam innehalten. Es ist eine gemeinsame Verantwortung, die wir haben, und diese wollen wir gemeinsam mit Ihnen wahrnehmen, dazu laden wir Sie zum

Gespräch ein und werden hoffentlich einen Weg gemeinsam finden, dann auch den Sonderausschuss so zu starten, dass hier jede Seite mit ihren unterschiedlichen Rollen auch damit vernünftig arbeiten kann.

Vorsitzender: Herr Tjarks.

(Abg. Christiane Schneider: Ich hatte mich auch gemeldet!)

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch von meiner Seite muss man natürlich betonen, G20 sind wir alle auf sehr unterschiedlichen Ebenen, auch parteipolitisch, in der Verantwortung. Und ich würde mir sehr wünschen, dass wir nicht alle gleich in die Schützengräben, die man so vorher ausgehoben hat, vielleicht zurückkrabbeln. Wir haben eine Situation, in der völlig klar ist, und da teile ich auch gewissermaßen Ihre Sorge, dass das Thema so groß und auch so komplex ist, dass man das kaum innerhalb einer Sitzung hier aufarbeiten kann. Deswegen möchte ich auch für meine Fraktion betonen, dass es uns sehr wichtig ist, und das haben wir heute Morgen gemeinsam so besprochen, auf die Opposition im Laufe der Sommerpause zuzugehen, um über die Frage des Plans, wie so ein Sonderausschuss ablaufen kann, über die organisatorischen Fragen, zu sprechen, und unser Ziel ist es in der Tat, am 31. August 2017 die erste Sitzung, also auch relativ zeitnah nach der Sommerpause, also in der letzten quasi noch Ferienwoche, diese drei Tage, Donnerstag, Freitag sind dann keine Ferien mehr, schon stattfinden zu lassen mit dem Ziel, an dem Tag auch etwas zu beschließen, nämlich zu beschließen eine Aktenvorlage und zu beschließen auch den Fahrplan, den wir hoffentlich vorher nach Möglichkeit weitgehend geeint haben.

Und innerhalb dieses Fahrplans soll auch deutlich werden, welche Qualität dieser Sonderausschuss hat, nämlich die Qualität, dass alle Fragen auf den Tisch kommen und auch umfassend von verschiedenen Seiten beleuchtet werden können. Das kann bedeuten, dass man auch in Expertenanhörungen einsteigt, in öffentliche Anhörungen einsteigt, auch in öffentliche Anhörungen vor Ort einsteigt. Und ich glaube, dass es uns gemeinsam ein Anliegen sein sollte, in einem Bericht dann dieses Sonderausschusses auch die Konsequenzen für die Stadt Hamburg, für die Polizei, für ihre Strategie, aber auch für Tat- und Täterstrukturen zu benennen und zu beschließen. Und ich glaube, es würde der Stadt guttun, wenn wir das gemeinsam machen würden. Vor diesem Hintergrund haben wir das rege Interesse, hier zumindest auch im Verfahrensweg einen Konsens oder ein Aufeinanderzugehen zu bekommen, weil, ich glaube, am Ende des Tages wird die Stadt davon profitieren, wenn wir das machen. Insofern nehmen wir diesen Ball, den Sie hier ins Feld geworfen haben, gern auf und werden ihn noch innerhalb der nächsten vier Wochen wieder zurückspielen.

Vorsitzender: Herr Senator, ich würde gern noch die beiden Fraktionen ... Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Schönen Dank. Herr Dressel und Herr Tjarks, wären Sie pünktlich gekommen, dann hätten Sie gewusst, dass das Ganze einen Vorlauf hat. Es gab einen Antrag, eine strukturierte Diskussion hier zu führen, das wurde abgelehnt. Stattdessen hat der Senat anderthalb Stunden geredet. Und ich möchte einmal sagen, warum ich mich, was ja nicht so oft vorkommt, dem Vorschlag der CDU, dem Vorgehen der CDU, warum wir uns anschließen. Wir haben eine tiefe Spaltung in der Gesellschaft, wir haben eine tiefe Spaltung in der Stadt. Es gibt Erbitterung. Es gibt Schützengräben. Da haben Sie recht, Herr Tjarks. Sie haben ja auch daran mitgearbeitet. Es gibt diese Schützengräben. Und wenn wir nicht eine vollständige Aufklärung machen, eine wirklich vollständige rückhaltlose Aufklärung, dann werden sich diese Gräben vertiefen und dann wird es nicht zu einem Frieden kommen, den wir aber wollen und den wir meiner Meinung nach auch dringend brauchen.

Wir haben uns jetzt anderthalb Stunden angehört. Nichts Neues, wirklich nichts Neues. Und ich habe nicht erkennen können, dass ein Aufklärungswille besteht, dass sozusagen proaktiv der Senat kommt und sagt, wir wollen aufklären. Wenn wir jetzt Fragen stellen, dann werden sie sich auf Komplexe beziehen, die danach diskutiert werden. Das ist doch irgendwie albern, jetzt zum Beispiel zu fragen, was war denn da in Altona und warum das und dies, und dann wird es immer heißen, das werden wir jetzt im nächsten Block diskutieren.

Das ist keine Aufklärung und deshalb schließen wir uns dem an. Wir werden hierbleiben, aber wir werden uns an der weiteren Debatte nicht beteiligen. Und dann können ja die Regierungsfractionen den Senat befragen. Sehr schön.

Vorsitzender: Herr Jarchow bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch seitens der FDP möchte ich hier erklären, dass wir natürlich sehr dankbar sind für das, was wir bisher gehört haben, sehr ausführlich gehört haben. Es war nicht viel Neues dabei, muss ich Ihnen sagen, denn wir, die wir hier sitzen, befassen uns mit diesem Thema seit dem G20 und auch davor. Das war auch der Grund, weswegen ich gefragt habe, was denn nun eigentlich in dem Sonderausschuss passieren soll und dass wir nicht alles doppelt bearbeiten. Frau Möller, da ging es nicht darum, ob wir alles in einer Sitzung machen, sondern was ist denn eigentlich da geplant. Das hat Herr Dressel uns dankenswerterweise jetzt nach zwei Stunden später erzählt. Herr Dressel redet auch immer von gemeinsamer Verantwortung. Wenn man die dann wirklich wahrnehmen will, lieber Herr Dressel, dann gehört es auch dazu, die Rechte der Minderheiten etwas zu berücksichtigen. Und diesen Eindruck hatte ich bei dem Abstimmungsverhalten bisher nicht, dass das geschieht.

Insofern bedanke ich mich wie gesagt für die interessanten Vorträge. Wir werden uns unsere Gedanken dazu machen, die entsprechenden Fragen formulieren und sie dann im Sonderausschuss Ihnen stellen und heute werde auch ich keine Fragen mehr an Sie haben. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Von meiner Fraktion erkläre ich, dass wir auch nicht begeistert sind von dem Vorgehen des Senats. Allerdings, egal was in dieser Stadt bereits an schwierigen komplexen Ereignissen passiert ist, auch in der fernerer Vergangenheit, das ist ja kein neues Vorgehen, das macht ja jeder Senat.

Ich kann mich daran erinnern, Herr Lenders, dass wir das auch gemeinsam einmal gemacht haben vor ungefähr zehn, zwölf Jahren. Und ich möchte sagen, ich empfinde es als grotesk und als unwürdig, wenn ich nur einfach hier sitze und den Fragen von SPD und GRÜNEN zuhöre. Dann kann ich auch gleich nach Hause gehen. Es tut mir leid, aber mit diesem Verfahren bin ich so nicht einverstanden.

Ich habe wenig Verständnis für taktische Spielchen seitens des Senats, aber genauso wenig Verständnis für taktische Spielchen seitens einer Opposition. Ich bin frei gewählter Abgeordneter und ich möchte hier heute mein Fragerecht ausüben, auch aus Respekt vor dem Senat, auch aus Respekt vor den anwesenden Polizeibeamten, die hier sind, die sich wieder einmal die Stunden um die Ohren hauen. Da bin ich nicht dafür, dass wir hier taktische Spielchen machen.

(Beifall)

Vorsitzender: Erst noch einmal der Hinweis, dass Beifallskundgebungen hier auch zu unterbleiben haben. Das hat auch einen Hintergrund. Die Beratungen hier sollen unbeeinflusst von Lautäußerungen von Zuschauern unter den frei gewählten Abgeordneten

stattfinden. Das ist der Hintergrund dieser Regelung. Ich finde die sinnvoll. Deswegen die Bitte noch einmal, das zu unterlassen im Laufe der weiteren Sitzung.

Wir haben jetzt verschiedene Erklärungen gehört. Jede Fraktion bestimmt selbst das Ausmaß ihrer Mitarbeit in der Sondersitzung heute. Wir haben jetzt den Vortrag gehört. Wir haben uns auf eine Abfolge hier auch geeinigt. Wir haben eine Redeliste. Wir haben hier eine ... Ja, das ist mit Mehrheit beschlossen. So läuft das in der Demokratie, Herr Gladiator. Und insofern würde ich jetzt in der vorher festgelegten Reihenfolge fortfahren. Als Nächstes hat das Wort Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Senator Grote, ich möchte Ihnen zunächst einmal danken, dass Sie hier vorhin in aller Deutlichkeit gesagt haben, der Begriff Polizeigewalt wird zurückgewiesen. Das nehme ich auch für meine Fraktion in Anspruch. Sie haben eine allgemeingültige Definition dessen geliefert, was Polizeigewalt im Sprachgebrauch der LINKEN ist. Damit hatten wir es hier nicht im Ansatz zu tun. Und noch einmal vielen Dank dafür. Und es wird ja auch immer gefragt, wieso der Bürgermeister diesen Begriff zurückweisen kann und sagen kann, es habe keine Polizeigewalt gegeben. In dem Sinne Ihrer Definition ist es zutreffend. Es hat hier keine Polizeigewalt gegeben und das möchte ich auch noch einmal ausdrücklich fürs Protokoll festhalten.

Zur Frage der Prioritäten. Da kann man sich lang und breit drüber unterhalten, was nun Priorität hatte, Schutz der Staatsgäste, der Bevölkerung. Jeder weiß, dass der gastgebende Staat natürlich zunächst prioritär immer den Schutz der Staatsgäste im Auge hat. Das ist völlig klar und das sollte man auch überhaupt nicht weiter problematisieren.

Ich habe eine Frage, und zwar möchte ich mir einmal ein Bild machen allgemein von diesem Gesamteinsatz. Ich möchte wissen – Sie sagten, seit anderthalb Jahren wird geplant für diesen Einsatz –, wann der Polizeipräsident erstmalig erfahren hat, dass der G20-Gipfel hier stattfindet. Vielleicht werden Sie das heute nicht beantworten, vielleicht aber auf jeden Fall später. Ich möchte wirklich in Erfahrung bringen, ob der Bürgermeister diesen Gipfel geplant hat, ohne dass er vorher bei seinen Sicherheitskräften nachgefragt hat. Ich würde ganz gern wissen, wie diese 20 000 beziehungsweise 23 000 in der Spitze Polizeibeamten, die ja im Einsatz waren, wie die in der Stadt verteilt waren, wie die Hundertschaften verteilt waren.

Ich hatte am 29. Juni 2017 in diesem Ausschuss, dem Innenausschuss, die Frage gestellt, wie sieht es denn aus, wenn sich mehrere Hundert Demonstranten, die gewaltbereit und zu allem entschlossen sind, plötzlich in die Bahn setzen und in einem anderen Stadtteil auftauchen. Da wurde mir mit einer gewissen Grundüberzeugung dargelegt, alles kein Problem. Ich kam mir nachher schon ein bisschen dumm vor, dass ich diese Frage überhaupt gestellt habe. Jetzt haben sich da Kräfte oder Gewaltbereite gelöst im Bereich von Altona-Volkspark. Und das war ja fast das Zentrum. Und da war aber niemand da. Also, ich denke, meine Frage damals hatte schon eine ganze Menge Berechtigung.

Ich hätte noch eine weitere Frage. Man liest ja in den Medien von, ich sage das einmal in Anführungsstrichen, „Befehlsverweigerung“ – diesen Begriff mache ich mir nicht zu eigen –, als es darum ging, ich sag 'mal, in Sternschanze und Schulterblatt einzudringen und aufzuräumen. Wie hat sich das in diesem Augenblick dargestellt? Dazu hätte ich gern noch einmal nähere Ausführungen.

Und dann möchte ich noch eins anbringen. Wenn man hier sagt, man sei von der Massivität der Gewalt überrascht worden, dann frage ich mich natürlich, warum in Berichten seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht, genau das, was prophezeit worden ist, ist doch eingetreten.

Ich habe noch viel mehr Fragen, aber ich habe ja schon eingangs gesagt, ich würde nicht alle auf einmal stellen wollen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. Entschuldigung, Herr Senator, ich hatte Ihre Wortmeldung zwar noch drauf, aber angesichts der Aufregung noch einmal übersehen. Wenn Sie noch einmal das Wort haben, können Sie die Bemerkung von vorhin gern noch dazugeben.

Senator Grote: Dann auch von meiner Seite vielleicht noch einmal kurz zu der Diskussion von eben. Die irritiert mich nun schon einigermaßen. Ich verstehe, dass es ein ganz großes Interesse gibt, jetzt schnellstmöglich auch in die konkreten Fragen hineinzukommen. Und ich weiß, dass viele auch schon ein Bild haben von dem Gesamteinsatz und auch ganz viel wissen.

Nun ist es aber so, dass wir hier in einer öffentlichen Ausschusssitzung sind, dass wir Medienvertreter hier haben, dass wir auch ein Livestream haben. Und ganz viele haben diese Erkenntnisse eben noch nicht. Und ich finde, dass man, wenn man wirklich seriös an einer vollständigen Aufarbeitung interessiert ist, dann muss es möglich sein, bei dem größten und komplexesten Einsatz, den die Polizei Hamburg jemals zu bewältigen hatte, einmal eine Stunde lang – ich weiß, es hat eine gute Stunde gedauert, es war angesetzt auf eine Stunde –, dass man eine Stunde lang einmal ein bisschen den Rahmen, die Grundlagen, die Vorbereitungen, das Konzept, den Grobablauf darstellt und dass man dann zu allen Aspekten, die wir anschließend nicht noch einmal angekündigt haben, dass wir sie sehr stark noch einmal vertiefen können, dazu noch einmal vortragen können, dass man dann auch dazu erst einmal die Fragen stellt. Ich finde es eigentlich ein angemessenes Verfahren, denn wir müssen das alles, was wir jetzt an Einzelfragestellungen haben, auch einordnen in einen Gesamtkontext. Insofern haben wir jetzt ein Stück weit das Fundament gelegt.

Wir haben uns alle sehr intensiv auf diesen Ausschuss vorbereitet. Wir können hier die ganze Nacht lang sitzen, wenn es erforderlich ist. Wir haben hier die zuständigen Einsatzabschnittsleiter, die in dieser, sagen wir einmal, Zusammensetzung überhaupt noch nie für Fragen zur Verfügung gestanden haben. Und ich finde es auch ein bisschen respektlos ehrlich gesagt all denen gegenüber, die jetzt hier sehr, sehr detailliert auskunftsbereit sind, zu sagen, wir ziehen uns nach einer Stunde, weil uns das zu viel war, aus der Diskussion zurück. Das hatte nichts mit Taktik oder Verzögerung zu tun. Diese eine Stunde muss man sich, glaube ich, einmal nehmen, wenn es um einen so großen komplexen Sachverhalt geht wie diesen Einsatz.

Und wir waren ja gerade dabei, in die einzelnen Fragen einzusteigen. Und ich kann also wirklich alle auch nur aufrufen, wir wollen diese Fragen hier beantworten. Das habe ich auch in meinem Statement gesagt. Dafür sind wir heute hier. Und wir sind auch nicht limitiert in der Zeit, aber ein bisschen Geduld für ein paar Grundlagen muss man, glaube ich, schon haben, wenn man es ernst meint mit der wirklich grundlegenden und umfangreichen Aufarbeitung.

Dann komme ich einmal zu den Fragen, wann hat der Polizeipräsident davon erfahren. Das beantwortet der Polizeipräsident.

Herr Meyer: Die Einsetzungsverfügung ist vom 4. April 2016. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wie viele Tage oder an welchem Tag vorher, aber es war im Frühjahr 2016 und es war nach meiner Erinnerung im Monat März, aber genauer kann ich es jetzt nicht sagen.

Senator Grote: Dann kommen wir zur Verteilung der Kräfte in der Stadt. Die zweite Frage, dazu würde Hartmut Dudde etwas sagen.

Herr Dudde: Also, wie Sie vorhin – deshalb diente das ja von Herrn Hieber dazu – gehört haben, haben wir uns an dem Morgen, Altona, am Freitagmorgen, auf das eingestellt, was uns die Lage gesagt hat. Das heißt, es kommt zu Störungen im Bereich der Messe, im

Bereich der Transferstrecken und im Hafen, weil man das Kapital da treffen wollte. Das war der Schwerpunkt unserer Maßnahmen.

Als sich dann die Lage für uns anders entwickelt hat, haben wir aus dem Bereich Eingreifkräfte zwei Hundertschaften in den Bereich Altona verlegt, die da auch angekommen sind und auch Maßnahmen getroffen haben, aber da könnte Herr Großmann ... Also, wenn wir das als Kapitel aufarbeiten könnten, dann wären wir irgendwann für Altona sprachfähig. Das war ja die Idee, dass wir so jetzt einmal Fall für Fall durchgehen.

Senator Grote: Gut. Also, das würden wir noch einmal in allen Einzelheiten vertiefen können, auch gerade zur Situation Altona. Und dann gab es die Situation Bedenken von Polizeikräften, was das weitere Vorrücken in der Schanze am Freitagabend betrifft. Da würde ich Normen Großmann bitten, dazu etwas zu sagen.

Herr Großmann: Sehr geehrter Herr Senator, sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Ausschussmitglieder! Ich hätte diese Antwort automatisch als Teil meiner Schilderung in der Situationsbeschreibung, in der Beschreibung der Eindrücke Schanzenviertel Freitagabend drin gehabt. Ich weiß nicht, ob ich noch dazu komme, ob das noch gefragt ist. Ich nehme jetzt jedenfalls Ihre Frage einmal vorweg und versuche die kurz und bündig zu beantworten.

Ich würde den Begriff, den Sie in Ihrer Fragestellung verwendet haben, ungern verwenden, auch den Begriff, der medial verwendet wurde, nämlich den der Remonstrationen, denke ich, kann man hier nicht verwenden. Auch das ist ein feststehender Rechtsbegriff. Remonstrieren kann man gegen rechtswidrige Maßnahmen beziehungsweise wenn man aufgefordert ist, rechtswidrige Maßnahmen zu treffen. Darum ging es hier in keinsten Weise.

Es war so, dass gut trainierte, erfahrene Einsatzkräfte Quelleninformationen erhalten haben, eigene Beobachtungen angestellt haben und für sich die Lage beurteilt haben und im Ergebnis ihrer Lagebeurteilung mich dahingehend beraten haben, dass wir so in der Konstellation, wie wir dort bereitstanden, nicht in das Schulterblatt hineingehen sollten, weil eben zu befürchten war, dass wir eine ganz erhebliche Zahl von Verletzten, Schwerstverletzten, wenn nicht Schlimmeres, dabei erfahren werden. Und wir haben gemeinsam beraten, welche Lösungsmöglichkeiten wir sehen. Und im Anschluss an diese Beratung habe ich dann Verbindung mit dem Polizeiführer aufgenommen und wir haben die Option erörtert, möglicherweise SEK-Kräfte unterstützend zu den Kräften des Einsatzabschnittes, Eingreifkräfte hinzuziehen. So kam es dann am Ende auch, wie alle Anwesenden wissen. Und damit waren auch die mir nachgeordneten Führungskräfte sehr, sehr einverstanden, haben das als eine praktikable und gute Lösung betrachtet und sind dann gemeinsam mit mir in dem Einsatz vorgegangen.

Senator Grote: Dann das offen ...

(Abg. Dirk Nockemann: Ich habe noch eine Nachfrage!)

Vorsitzender: Also, eine Frage war noch offen.

Senator Grote: Die noch offene Frage, die Massivität der Gewalt, inwieweit sich nicht das schon aus den vorab vorliegenden Lageeinschätzungen herleiten ließ, da würde ich noch einmal Herrn Hieber bitten.

Herr Hieber: Sehr gern. Ihre Frage war, warum das BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz, schreibt, es ist genau das eingetreten, was es vorher prognostiziert hat. Ist das richtig?

(Abg. Dirk Nockemann: Ja!)

Also, letztendlich kann natürlich die genaue Antwort auf diese Frage nur das BfV geben. Das einmal vorangestellt kann ich jetzt hier mutmaßen. Ich habe vorhin ganz bewusst auch versucht darzustellen, dass wir uns abgestimmt haben mit dem Verfassungsschutzverbund und auch dem BfV. Das heißt, eigentlich dürfte es keine sehr großen Unterschiede in der Lagebeurteilung gegeben haben. Das ist auf fachlichem Wege passiert. Das will ich jetzt hier nicht noch einmal nachzeichnen.

Was ich aber sagen kann, dass es durchaus unterschiedliche Nuancen im Sprachgebrauch gibt. Das liegt auch daran, dass es zwei unterschiedliche Organisationen mit unterschiedlicher Perspektive und Auftrag sind. Und ich kann nur sagen, das Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg, was ja für uns sozusagen auch die einsteuernde Dienststelle ist für Informationen aus dem Verfassungsschutzverbund und Einschätzungen, steht voll und ganz hinter der polizeilichen Lagebeurteilung. Die ist also voll und ganz abgestimmt.

Was jetzt also noch übrigbleibt für mich, ist vielleicht der Gedanke, dass es bei einer abstrakten Lagebeurteilung auch immer möglich ist, im Nachhinein zu sagen, das haben wir so gesagt. Je konkreter es dann wird tatsächlich, umso mehr hat das dann auch ein bisschen damit zu tun, was man aus der vorher eingeschätzten Lage eigentlich herauslesen möchte. Das wäre meine fachliche Meinung als Staatsschützer dazu.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ich kann es jetzt dabei belassen, aber das werde ich nicht tun, denn dieser Widerspruch, der ist mir einfach zu offensichtlich. Wenn man einfach sagt, was das Bundesamt für Verfassungsschutz dazu bewegt hat, so eine Stellungnahme abzugeben, damit ist für mich dieser Widerspruch nicht aufgelöst. Und dieser Widerspruch hat natürlich auch Folgerungen. Wir sind ja bei der Frage nach der Verantwortung insgesamt, was hätte man erwarten können und wovon ist man tatsächlich nur ausgegangen. Und wenn eine Bundesbehörde, immerhin das Bundesamt für Verfassungsschutz, sagt, es ist genau das passiert, was wir von Anfang an erwartet haben, und hier in Hamburg gesagt hat, das konnte man so gar nicht erwarten, diese Gewalt hat eine völlig neue Dimension, dann sehe ich da nach wie vor einen ganz, ganz erheblichen Widerspruch. Das sehen Sie mir bitte nach.

Und noch eine kurze Nachfrage zu dieser Schilderung von Ihnen. Sie haben natürlich gut dargelegt, man musste sich beraten in dem Augenblick. Mich interessiert aber wirklich, wie sieht das da bei Ihnen aus, wenn ein Einsatzleiter vor Ort sagt, ich gehe da nicht hinein, obwohl Herr Dudde den Einsatzbefehl erteilt hat, da hineinzugehen. Sind Sie konsterniert? Was machen Sie? Sie sind bestimmt keine halbe Stunde sprachlos oder Sie treffen natürlich Ihre Verfügungen, aber sooft kommt so etwas natürlich nicht vor. Was passiert da in dem Augenblick?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Bevor Herr Dudde dazu gleich noch einmal etwas sagt, möchte ich vielleicht zu der vorangegangenen Frage noch einmal hinweisen auf das ja, glaube ich, auch zitierte und bekannte Papier des Bundesinnenministeriums, was nach dem Gipfel rausgegeben wurde und wo man sich auch noch einmal bezieht auf Lageeinschätzungen und dann tatsächliche Lage und wo es am Ende des diesbezüglichen Absatzes unter Bezugnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz ausdrücklich heißt, und so weiter "hat jedoch das Aggressionspotenzial und die Bereitschaft der vorsätzlichen Gefährdung von Leib und Leben der Polizeibeamten eine neue Dimension erreicht". Also, es gibt schon auch aus Sicht der Bundesbehörden hier eine Dimension, die sich unterscheidet von dem, was man vorher prognostiziert hat. Und dann Herr Dudde noch einmal zu der zweiten Frage. – Jetzt war Herr Dudde direkt angesprochen. Zu der zweiten Frage, wie findet man das als Polizeiführer, wenn einen das erreicht.

Herr Dudde: Wie gesagt, wir würden die Geschichte gern ganz erzählen, also deshalb ist man ja da. Also, es ist ja nicht so, dass wir da Kollegen hinstellen und dann sagen, machen wir nicht, sondern es findet ja eine Beratung statt mit dem (...) -Abschnittsführer, weil es ja immer um eine Abwägung geht. Also, der Kollege, der unten sagt, ich habe da Bedenken, macht das ja nicht, weil er jetzt irgendwie müde ist oder keine Lust hat, sondern er sieht erhebliche Gefahren für sich. Und da muss man in Abwägung ... Dann kann man ja sagen, es ist unberechtigt. Also, das ist aus der Entfernung immer sehr schlecht. Also, da hat man ja einen (...) -Abschnittsführer und berät sich, was man machen kann, weil man ja wie gesagt schon Unterstützung kriegen kann. Haben wir ja auch dann eingesetzt, das SEK. Dann muss man nur überlegen, ob das wirkungsvoll sein kann oder nicht, aber die Bedenken, die Kollegen haben, wenn sie in einen Einsatz gehen, muss man schon ernst nehmen. Und jetzt ist es da vielleicht ein bisschen überspitzt, aber so selten kommt das nun auch nicht vor, dass Kollegen einmal erwähnen, Mensch, wollen wir es nicht lieber anders machen. Würde ich so erst einmal stehen lassen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider verzichtet? Dann Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Das finde ich ja ein bisschen schade, dass jetzt hier sozusagen die spannenden Fragen – meine ich ernst – der Opposition uns fehlen werden. Das ist ja doch irgendwie eigentlich der Teil, der unsere Arbeit hier ausmacht. Und ich kann das nachvollziehen, dass wir alle – also, den Eindruck habe ich auch – hier heute nicht in die Detailtiefe kommen, mit der wir über ganz viele Dinge reden müssen und wollen und sollen. Trotzdem, finde ich, macht es Sinn, einmal diese Sondersitzung, die ja vor allem auch von der CDU beantragt war, aber es haben auch andere sich natürlich angeschlossen, und uns in dieser Runde zusammenzufinden, um den Versuch eines großen Überblicks sozusagen als ersten Schritt in die Detailberatung hinein überhaupt erst einmal zu entwickeln.

Okay, es ist so, wie es ist. Herr Jarchow, es tut mir leid, wenn Sie fanden, ich habe Ihre Frage nicht ausreichend beantwortet. Meiner Meinung nach haben Sie gefragt, warum denn überhaupt ein Sonderausschuss. Das habe ich mit Aktenvorlage, mit Expertenbefragung beantwortet. Da kann man ins Detail gehen. Also, es war auf jeden Fall keine Absicht. Ich wollte da nicht ausweichen oder so.

Ich versuche aber einmal an zwei, bei zwei Punkten möchte ich gern nachhaken. Wir haben ja von Herrn Meyer, aber dann auch danach von Herrn Hieber beschrieben bekommen, auf welche Art und Weise sich diese Zusammenarbeit, um sozusagen nicht nur aus hamburgischer Sicht ein Sicherheitskonzept zu erstellen, sondern eben mit bundesweiter Beteiligung, wie sich diese Zusammenarbeit gestaltet hat. Und das kriege ich nicht ganz zusammen. Deswegen würde ich da einmal nachfragen.

Ich habe mir bei Herrn Meyer den Satz notiert: "Erarbeitete Konzepte wurden dann verschiedenen Bundesgremien und Ausschüssen vorgestellt." Und Herr Hieber hat darauf hingewiesen, dass man eine Lageabschätzung mit dem G-Tag ausgetauscht hat. Also, wie ist es denn nun? Also, ist erst aus Hamburg ein Konzept erstellt worden und damit ist man dann auf die Bundesebene, auf verschiedene Bundesebenen zugegangen oder gab es wirklich – so hatte ich es bisher verstanden – von Anfang an eine Zusammenarbeit nach der Entscheidung und als man anfangen musste, sich über ein Sicherheitskonzept Gedanken zu machen, die Entscheidung sozusagen auf breiter Ebene, auf Bundesebene miteinander das zu entwickeln?

Soweit vielleicht erst einmal. Dann komme ich gern noch mit einer zweiten Frage.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also, die Frage ist, ab welchem Zeitpunkt in welcher Weise mit den Bundesbehörden zusammengearbeitet wurde. Dazu würde der Polizeipräsident etwas sagen.

Herr Meyer: Noch einmal: Es ist sehr frühzeitig ja mit anderen Behörden ausgewertet worden, welche Erfahrungen diese Behörden in ihren Einsätzen gemacht haben, also mit der bayerischen Polizei, mit der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern, um Erfahrungen erst einmal als Grundlage zu nehmen für ein solches Konzept. Dann ist das weitergegangen in unterschiedlichen Zusammensetzungen.

Erst einmal haben wir in dem Einsatz selbst ja auch drei andere Polizeibeamte aus anderen Ländern. Und man hat sukzessive dieses Konzept erarbeitet, später in verschiedenen Gremien dargestellt, die Lage ausgetauscht mit verschiedenen anderen, mit dem Bundeskriminalamt, mit anderen Verfassungsschutzbehörden. Und ich kann noch einmal sagen, ich saß ja nun im Bundeskanzleramt bei dem Vortrag. Und da war Dr. Maaßen ja dabei. Und ich kann mich nicht erinnern, dass Dr. Maaßen gesagt hätte, erstens, es wird ein strategisch-taktisches Camouflage-Wechselspiel von diesen Tätern geben, wie ihr es noch nie in der Bundesrepublik erlebt hat, oder dass er gesagt hätte, dass wahllos Ziele in der Form, wie wir es in Altona erlebt haben, möglicherweise auch aus einer Reaktion des Einsatzes, also des Einsatzverlaufes, dass das erfolgen wird. Und das Ausmaß der Gewalt ist auch nicht in der Form beschrieben, wie Herr Hieber es ja eben im Anklang schon beschrieben hat, dass es eben im Ausmaß eine besondere Dimension hatte.

Ich glaube, das sind Nuancen und wir sehen ja schon, dass die vorgesetzte Behörde, das Bundesministerium für Inneres, also die vorgesetzte Behörde vom Bundesamt für Verfassungsschutz, zu dieser Einschätzung kommt. Daran sehen wir schon, in welchen Nuancen wir uns hier bewegen. Und ich glaube, wenn man das so einmal einordnet, dann kann man schon sagen, dass es eben in bestimmten Bereichen eine Entwicklung gab, ein höheres Ausmaß gab, aber möglicherweise auch aus dem Einsatzverlauf eine Dynamik, die eben zu diesen teilweise extremen Feststellungen, wie es in der Schanze war oder eben um das Thema, um den Komplex Altona ... Beide wollen wir ja im Detail noch durch die Einsatzführer hier vorstellen. Ich glaube, da werden ganz viele Fragen genau in der Gesamtschilderung dazu beantwortet, wo das eben quasi als besondere Entwicklung heraus sich im Verlaufe herausgestellt hat.

Vorsitzender: Vielen Dank erst einmal. Für eine Nachfrage, Frau Möller?

Abg. Antje Möller: Ja, aber das, was sich dann an konkreten Einsatzsituationen ergeben hat, wo Sie sagen, dass Sie sie jetzt hier eben noch nicht darstellen konnten, das ist dann doch hier vor allem in Hamburg bewertet worden durch die Kräfte, die hier waren, und durch die Zuständigen, die hier vor Ort waren.

Ich bin noch einmal bei dem Anfang. Ich habe noch nicht klar verstanden. Also, ist das berichtet worden und angehört worden, was Hamburg entwickelt hat oder gab es eine konkrete Beteiligung im Sinne von ... Wie soll man es formulieren? Man übernimmt auch einen Teil der Verantwortung der Entwicklung des Konzeptes. Das wird doch – also, gehe ich jedenfalls von aus – Teil der Fragen sein. Wieso gibt es jetzt so viel kluge Menschen, die sagen, das wussten wir alles schon vorher? Also, vielleicht angefangen bei Herrn Maaßen, aber es gibt auch Leute, die sagen, das ist Einsatztaktik der Achtzigerjahre. Das sind auch Menschen mit einem wissenschaftlichen Hintergrund. Wir wissen, glaube ich, alle noch viele Beispiele. Und deshalb stelle ich genau diese Frage. Sind solche Anregungen, solche Überlegungen, sind die vorher mit eingeflossen oder gab es ein aus Hamburg entwickeltes Konzept, das dann in die Beratung oder mehr in so eine Art Bekanntgabe gegangen ist auf der Bundesebene?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also, vielleicht drei Anmerkungen. Natürlich lag die Gesamtverantwortung, die Gesamteinsatzverantwortung für den Teil von Polizeiarbeit, über den wir jetzt hier sprechen, die lag natürlich bei Hamburg. Insofern waren wir auch in der Federführung, was die Erstellung des Einsatzkonzeptes betrifft. Und dann hat es verschiedene Abstimmungsmechanismen und natürlich das Einbeziehen sämtlicher Einschätzungen und Erkenntnisse auch anderer gegeben.

Und was kluge Bemerkungen im Nachhinein betrifft: Also, so stark unterscheidet sich das nicht. Also, das, was wir vorher eingewertet haben, wo hinterher jetzt andere auch sagen, das ist doch genauso gekommen, das ist nicht, sagen wir einmal so, automatisch eine Abweichung, sondern auch aus dem, was wir jetzt an Lageeinschätzungen noch einmal hinterher dargestellt bekommen, ließ sich eben das ganz konkrete Geschehen, was bedeutet das, was leiten wir daraus ab, was passiert mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wann, wo und welcher Form in der Stadt, sodass man sich als Polizei darauf einstellen kann, nicht herleiten.

Und ich würde ansonsten aber zu dieser Frage, wie haben wir da zusammengearbeitet ... Vielleicht kann das auch noch einmal Hartmut Dudde, weil er sehr viel operativ natürlich auch da zusammengearbeitet hat, auch noch einmal aus seiner Sicht ein bisschen weiter erläutern.

Herr Dudde: Danke. Das war ja der Sinn und Zweck des Vorbereitungsstabes. Es gab noch keinen G20 in Deutschland. Insofern war der Planungsauftrag für uns klar, wir entwickeln ein Konzept. Neben mir sehen Sie ja zwei Kollegen mit anderen Wappen. Das zeigt natürlich, dass, wenn man mit so etwas beginnt, man sich einmal kurz versucht, da ein bisschen Honig zu saugen, wo es Expertise gibt. Das war naheliegend. Das war Elmau, da haben wir auch sehr viele hilfreiche Hinweise gekriegt im Umgang, was ist zu erwarten, jetzt nicht polizeitaktisch, aber so die Rahmenbedingungen, wer spielt da eine Rolle. Wir hatten sofort sehr engen Kontakt zur Bundespolizei. Und ich sage auch ganz ehrlich, das ist so ein eher Luftraumschutz. Der ist eigentlich erst vor zwei Jahren komplett neu entwickelt worden. Das ist der Herr Bandelt(?) aus Baden-Württemberg, der heute nicht hier ist.

Diese Expertise haben wir uns von allen geholt, haben uns hilfreiche Tipps geben lassen. Daraus haben wir dann eine BAO entwickelt. Die hatte ich Ihnen vorhin gezeigt mit diesen 15 Einheitsabschnitten. Für diese BAO trag namentlich ich die Verantwortung. Und das war die, die wir sozusagen in anderen Kreisen vorgestellt haben. So gehen wir da heran, dass wir das diskutiert haben. Aber es war nicht so, dass wir uns die irgendwo abhaken lassen mussten nach dem Motto, macht ihr gut und richtig, sondern mit denen wir in die Diskussion gegangen sind und die über Beratungen eigentlich zwischen fast allen Länderpolizeien entwickelt wurde. Und jeder, der eine gute Idee hatte ... Und wie gesagt, ich habe hier zwei Einheitsführer, die nicht aus Hamburg kommen, die in diese BAO eingeflossen sind, die haben wir zu uns geholt und gesagt, ihr müsst uns helfen, denn das überfordert jetzt eine Landespolizei wie Hamburg. Wir haben nicht für jede Ecke, also jetzt gerade Luftraumüberwachung ist ja eigentlich ein gutes Beispiel, nicht die Expertise, die man dafür braucht. Und so ist dieses Konzept entwickelt worden. Und wenn Sie sagen, man kann ja viel lesen, wie andere das so machen, zum Glück lese ich wenig über Polizeifachleute, die mir sagen, das kann man an anders machen, denn eigentlich waren die alle beteiligt. Und insofern bin ich da mal ganz zufrieden mit. Denn, wie gesagt, jeder hatte die Chance, sich vorher zu äußern.

Senator Grote: Vielleicht noch eine kurze Ergänzung auch zum Gesamtverständnis. Natürlich ist es dann so, dass die Erkenntnisse, die über das Landesamt für Verfassungsschutz auch in die Lagebewertung einfließen, durchaus auch abgeglichen werden oder das mit aufnehmen, was vom Bundesamt für Verfassungsschutz dort kommt. Und dass natürlich umgekehrt eine Bundesregierung – sodass es über den Weg natürlich

auch eine Polizei erreicht und dort auch mit in die Lagebewertung eingeht –, die hier einen solchen Gipfel in Hamburg durchführt, sich natürlich auch ein eigenes Bild davon macht, wie es denn hier mit der Sicherheit läuft. Und insofern hat es dort auch über das Kanzleramt und über die Bundesbehörden, natürlich auch über das Auswärtige Amt und so weiter Kontakte gegeben, wo man gezielt in Besprechungen die Sicherheitsaspekte noch einmal durchgegangen ist, das abgeglichen hat. Auch die Einschätzungen der Beteiligten, also derjenigen, die bei uns in der Einsatzorganisation Verantwortung hatten oder überhaupt für die Sicherheit in Hamburg und für den Einsatz Verantwortung hatten, mit den Verantwortlichen des BKA, der Bundespolizei, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, das eben auch noch einmal abgeglichen und auch die einzelnen Aspekte, auch gerade der Lageeinschätzung, eben noch einmal diskutiert haben.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Warnholz verzichtet?

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Hat sich erledigt.)

Herr Jarchow auch?

(Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja.)

Dann ist Herr Münster dran.

Abg. Arno Münster: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Über das Verhalten will ich mich jetzt nicht äußern, ich finde es nur ein bisschen merkwürdig, aber, gut. Ich glaube aber, der hintere Bereich dieses Raumes hat ein hohes Interesse punktuell noch einmal ein bisschen etwas zu erfahren, und zwar zu den beiden Einsätzen, die ja auch eine Medienresonanz nach sich gezogen haben, also einmal die Schanze und einmal der Vorgang in Altona. Deswegen würde ich schon gern eine Frage zur Schanze stellen, denn die Bilder, die ich gesehen habe, haben sich ja mehr auf den Bereich Schulterblatt bezogen, das war ja mehr der südliche Bereich, aber im nördlichen Bereich, so Altonaer Straße, soll es ja auch irgendwelche Auseinandersetzungen gegeben haben. Es sollen, wie ich gehört habe, auch Rahmenschutzkräfte im Raum gewesen sein, die Hinweise gegeben haben, dass das also etwas anders läuft als normal und deswegen dann ja dementsprechend auch nachher die Benachrichtigung des SEK. Und da hätte ich gern noch einmal vielleicht doch den Vortrag jetzt angehört, der vorbereitet ist, und noch einmal weiß, wie da eigentlich die Lage tatsächlich gewesen ist. Denn ich habe immer nur so einen Ausschnitt aus dem Fernseher bekommen und vor Ort war ich nicht, ich bin ja nun kein Berufsdemonstrant, dass ich da immer auflaufen muss. Aber ich hätte gern schon einmal die Lagebewertung jetzt ihrerseits, Herr Senator.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also ich glaube, dass der ganze Komplex des Freitagabends in der Schanze mit Sicherheit zu den Themen gehört, wo es intensivsten Frage- und Nachbereitungsbedarf gibt und wo man, glaube ich, am stärksten erläutern muss, was da eigentlich passiert ist, warum das passiert ist und wie wir polizeilich damit umgegangen sind. Deswegen würden wir tatsächlich an dieser Stelle jetzt noch einmal ein bisschen in den Vortrag gehen, um das einmal verstehbar zu machen. Und da würde ich dann tatsächlich, wenn das ... Es sei denn, es ist nicht gewünscht, aber sonst würde ich wirklich bitten, dass Hartmut Dudde, Herr Großmann und dann Herr Zorn dort etwas dazu sagen. Herr Dudde noch einmal als kurze Einleitung. Herr Großmann war verantwortlich für den Einsatzabschnitt Eingreifkräfte, also die Polizeikräfte, die da in der Schanze eigentlich zum Eingreifen bereitstanden. Und dann Herr Zorn, der eine wichtige Rolle spielt, weil er den Einsatzabschnitt Intervention hier unter sich hat, die dann mit den Spezialkräften dort hinzugerufen wurden und da auch eingeschritten sind. Und das ist sehr wichtig, glaube ich, sich das einmal anzuhören. Deswegen würde ich anbieten, dass wir das jetzt einmal darstellen.

Vorsitzender: Vielen Dank für das Angebot. Ich habe jetzt drei Einverständnisse gesehen. Oder ist es ...

Abg. Dr. Andreas Dressel: Die Frage ist, ob es zu den Sachen, die eben an Fragen gestellt worden sind, noch weitere Fragen gibt, die man vielleicht, bevor jetzt wieder ein Vortragsabschnitt kommt ...

Vorsitzender: Herr Dressel, Entschuldigung, aber den Vorsitz habe ich. Und genau das ...

(Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, ich wollte das nur an...)

Entschuldigung. Das habe genau auf der Redeliste, deswegen die Verständigung bei Dreien, die damit einverstanden sind, dass wir genauso verfahren. Herrn Nockemann habe ich aber noch auf der Redeliste. Sind Sie auch einverstanden damit oder wollen Sie die Frage noch loswerden?

(Abg. Dirk Nockemann: Ich kann die Fragen auch danach stellen.)

Okay. Dann würde ich den Senat bitten, so zu verfahren.

Senator Grote: Dann Herr Dudde mit einem kurzen Einstieg. Und dann Herr Großmann und anschließend Herr Zorn.

Herr Dudde: Ja, vielen Dank. Herr Großmann wird sich gleich noch selbst vorstellen. Herr Großmann war für mich der Einheitsabschnittsführer Eingreifkräfte, das sind die Festnahmehundertschaften gewesen, und ist in den Abendstunden des Freitags, so gegen 19 Uhr, damit betraut worden, sich um den Gesamtkomplex Schanzenviertel zu kümmern. Und ich würde ihn jetzt einmal bitten, aus seiner Sicht den Zeitablauf zu schildern und danach wird dann auch Michael Zorn zusätzlich über die Zeitabläufe und die Einheitskonzeption des SEK-Einsatzes im Schanzenviertel berichten.

Herr Großmann: Wie angekündigt, würde ich gern zwei, drei Worte vorab zu meiner Person sagen. Es ist mehrfach gefallen, dass ich einer der beiden heute anwesenden Gäste hier, auch der Hamburger Polizei, bin. Im Alltag bin ich als Angehöriger der Bundespolizei Leiter der Bundespolizeiinspektion hier in Hamburg, insofern schon auch Hamburger Polizist, nur nicht Angehöriger der Hamburger Polizei, und seit einigen Jahren wiederholt damit beauftragt gewesen, einen sogenannten Einsatzabschnitt Eingreifkräfte zu führen. Vor vielen Jahren schon einmal anlässlich der Castor-Einsätze, dort im Zusammenspiel mit der Polizei Niedersachsen und der Bundespolizei. Wir haben dieses Konstrukt auch die letzten drei Jahre jeweils zum 1. Mai hier bei den demonstrativen Aktionen aufgerufen. Gleiches habe ich auch beim Tag der Patrioten gemacht, bei dieser großen Rechts-Links-Lage im September 2015 und logischerweise beim OSZE- Einsatz, der ja im Prinzip die Strukturen auch testen sollte.

Vielleicht noch einmal ganz kurz, was so ein Abschnitt Eingreifkräfte macht. Unsere Aufgabe ist es, durch offene und hoch mobile Präsenz für Prävention und Deeskalation zu sorgen. Unsere Aufgabe ist es auch, alle anderen Einsatzabschnitte bei Bedarf in der Lagebewältigung zu unterstützen. Das sind insbesondere Situationen der Nothilfe, wo andere Einsatzabschnitte unter Druck geraten. Das Kerngeschäft allerdings des Abschnittes ist es, präventive und repressive Freiheitsentziehung durchzuführen, also Festnahmen und Gewahrsamnahmen zu tätigen. Wenn es geht, vor Beginn der Störaktion, aber auch auf frischer Tat oder, und das ist sehr häufig der Fall, zeitversetzt und bei günstiger Gelegenheit nach entsprechender Tatbeobachtung und nach entsprechender Klettung der erkannten Straftäter. Das ist das, was wir eigentlich machen. Das wollte ich gern voranstellen und dann

wurde ich jetzt gebeten, Ihnen die Situation am Freitagabend in der Schanze darzustellen, wie sie sich für mich als Einsatzführer vor Ort dargestellt hat.

Für Ihr Gesamtverständnis halte ich es für wichtig, Ihnen kurz darzustellen, welche Eindrücke meine Einsatzkräfte und ich in den Phasen zuvor gewonnen haben. Wir haben nicht nur in den von Herrn Hieber zitierten Papieren von den gefährlichen Gegenständen gelesen, sondern wir haben sie auch reihenweise schon in den Vortagen des Einsatzes sichergestellt beziehungsweise beschlagnahmt. Wir waren auch die Kräfte, die an den Durchsuchungen gegen die Gruppierung „Roter Aufbau Hamburg“ beziehungsweise in Rostock beteiligt waren. Und wir haben auch am Donnerstagabend und am Freitagmorgen genau solche Gegenstände sichergestellt, beschlagnahmt, wie Herr Hieber sie genannt hat. Wir wurden auch beginnend seit Donnerstagabend an einer Vielzahl von Einsatzorten massiv angegriffen. Und zum Zeitpunkt, als sich diese Szenarien im Schanzenviertel ereigneten, am Abend des Freitags hatte ich allein in meinem Einsatzabschnitt bereits eine Zahl von 200 verletzten Kolleginnen und Kollegen. Auch vor dem Hintergrund muss man natürlich die erfolgten Beratungen verstehen.

Und hervorheben möchte ich tatsächlich auch gern noch einmal das, wie sich der Polizeipräsident und auch Herr Hieber zu dem Gegenüber geäußert haben. Wie hat sich das Gegenüber schon beginnend am Donnerstagabend für uns dargestellt? Ich habe es am eigenen Leib erlebt und beobachten müssen, wie ein ständiges Wechseln in der Kleidung erfolgte, wie wir nahezu keine Hemmschwelle feststellen konnten, eine äußerste Brutalität, die die Kräfte der Beweissicherungs-festnahmeinheiten, die mit entsprechendem Gegenüber erfahren sind, selbst auch verwundert und erschrocken haben. Wir haben darüber hinaus festgestellt, dass wir an nahezu allen Einsatzorten eine große Zahl an – ich tue mich schwer bei der Bezeichnung – eine Großzahl an Schaulustigen, eine große Zahl an Partygängern angetroffen haben, die ja bei einer bestimmten Phase jeweils eine Bereitschaft gezeigt haben, sich mit den Gewalttätigen zu solidarisieren und sich auch zu Gewalttaten haben hinreißen lassen. An einigen Orten mussten wir erst einmal gegen die letztgenannten Personen vorgehen, um überhaupt an unsere eigentlichen Zielpersonen heranzukommen.

Ich würde Sie jetzt dann gern mitnehmen so in eine Uhrzeit um 19 Uhr herum am Freitagabend. Wir waren in dieser Zeit über das Stadtgebiet verteilt mit den Kräften gebunden, ich nenne nur einige Beispiele. Wir sind gegen eine Störergruppierung vorgegangen, die die Innenbehörde am Johanniswall angreifen wollte. Wir sind gegen gewalttätige Störergruppierungen in der Bernhard-Nocht-Straße vorgegangen, an der Balduintreppe, auf der Ludwig-Erhard-Straße, am Millerntorplatz, auf der Budapester Straße, im Bereich der St. Pauli Kirche, im Bereich der Wohlwillstraße. Wir hatten also zunächst vielfältige Kräftebindungen abseits der Schanze, später dann allerdings eine Konzentration der Kräfte im Bereich des Schanzenviertels. Wir hatten so im Zeitfenster 19.30 /20 Uhr – legen Sie mich da bitte nicht auf die Minute fest, ich habe mich jetzt auf eine Schilderung der Eindrücke vorbereitet und nicht auf eine minutengenaue Chronologie – also gegen 19.30/ 20 Uhr verstärkten Zulauf im Bereich des Neuen Pferdemarktes und auf der Grünfläche beim Grünen Jäger, mussten da mehrfach gegen Personengruppen im Kreuzungsbereich vorgehen. Aber auch auf der Grünanlage sind wir aus dieser Personengruppe bereits mit Flaschen- und Steinbewurf angegriffen worden. Schon in dieser Phase ist es zu ersten Wasserwerfereinsätzen gegen die Angreifer gekommen. Wir hatten bereits auch kleinere Störungen in den Nebenstraßen der Schanze, gegen die wir auch vorgegangen sind. Insgesamt und das war auch mit der Gesamteinsatzleitung, mit der Polizeiführung abgestimmt, wollten wir uns aber zunächst zurückhaltend zeigen, was ein Vorgehen im Schanzenviertel angeht. Wir wollten nicht auf kleinste Störungen reagieren und zunächst einmal waren es auch kleinste Störungen, das, was wir auch aus anderen demonstrativen Aktionen zu den bekannten Jahreszeiten in Hamburg auch kennen, geringe Mengen von Unrat auf der Straße, die dann angezündet werden. Ich sage es einmal so platt, wir wollten zunächst einmal genau nicht über jedes Stöckchen springen und massiv Kräfte in das Schanzenviertel bringen.

Wir haben ehrlich gesagt auch nicht damit gerechnet. Das konnten wir aufgrund der jüngeren Erfahrungen in der Vergangenheit auch nicht, dass das Gegenüber bereit ist, dermaßen große Schäden im eigenen Viertel zu verursachen, im eigenen Viertel so zerstörerisch zu wirken. Und erlauben Sie mir die Klammerbemerkung, offensichtlich ist ja auch der ein oder andere Sprecher der Szene selbst nicht davon ausgegangen, dass ihnen solche Bilder im eigenen Viertel begegnen.

Wir haben dann zunehmend festgestellt, dass sich die gewaltbereite Klientel verstärkt wieder in die Schanze zurückzieht. Wir haben in dieser ganzen Vorphase acht massive Angriffe in den Seitenstraßen, im unmittelbaren Umfeld der Schanze auf geschlossene Einheiten erlebt. Uns ist es dabei noch gelungen, Festnahmen in niedriger zweistelliger Zahl zu tätigen, also diese Angriffe jeweils abzuwehren und erkannte Straftäter festzunehmen. Mit fortschreitender Uhrzeit wurde es aber zunehmend schwerer, die Festnahmekräfte nach der erfolgten Festnahme aus diesem Bereich wieder rauszuziehen und heiler Haut von den Zugriffsorten wieder zurückzunehmen, um entsprechend die festgenommenen Personen den weiteren Maßnahmen zuzuführen.

Die Straßen, in denen wir uns da bewegt haben nur einmal beispielhaft, waren die Lippmannstraße und die Susannenstraße. Wir hatten dann einen – das würde ich dann schon nicht mehr Unrat nennen – eine etwas massivere Barrikade im Bereich Lippmannstraße/Ecke Lerchenstraße und haben bei dem Versuch, gegen diese Barrikade beziehungsweise gegen die Personen des Barrikadenbaus vorzugehen, festgestellt, dass wir da in Stärke einer Hundertschaft inzwischen gar nicht mehr antreten können und zweiter Sieger wären.

Jedes Mal, also mit fortgeschrittener Uhrzeit – wir sind dann jetzt irgendwo so in einem Bereich gegen 21 Uhr, kurz nach 21 Uhr – war es so, dass jeder Versuch, Kräfte in den Seitenstraßen oder im Bereich Schulterblatt zu zeigen massive Angriffe hervorgerufen hat, die auch jeweils zu Verletzungen von Einsatzkräften geführt haben. Wir haben dann noch einmal einen Versuch unternommen – das war, glaube ich, vorhin auch schon Gegenstand einer Frage – aus nördlicher Richtung, also aus dem Bereich Altonaer Straße in das Schulterblatt zu kommen. Dort hatten wir das gleiche Erlebnis, wir sind von der dortigen Eisenbahnbrücke, aber auch aus den Häusern massiv angegriffen worden, was zur Folge hatte, dass sich die eine Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft nur freisetzen konnte, durch den massiven Einsatz von Wasserwerfern und durch die Unterstützung von weiteren Einheiten. Und dann erhielt ich eine Quelleninformation von verdeckt eingesetzten Kräften – jetzt nehme ich doch mal einen Zettel, ich wollte Vorlesen eigentlich vermeiden, aber ich möchte das gern wörtlich zitieren –, die mir also mitgeteilt haben:

"Circa 1 500 zu allem bereite Personen beherrschen das Schanzenviertel. Das Schanzenviertel ist als Festung ausgebaut und man erwartet schon die Polizei. Auf dem Gerüst Schulterblatt 1 und den Dächern entlang des Schulterblatts sollen Molotowcocktails, Eisenstangen und Zwillen bereitgelegt sein, ebenso sollen Feuerlöscher und Gehwegplatten bereitgelegt sein. Zwillen seien auch an andere Personen im Viertel verteilt worden. Verletzungen" – das letzte Zitat jetzt aus der Quelleninformation – "Verletzungen bis hin zum Tod würden von der Störerklientel billigend in Kauf genommen."

Das war die Quelleninformation. Diese Quelleninformation kannten auch die mir unterstellten Einheitsführer. An der Stelle wäre ich jetzt auch auf die vorweggenommene Frage gekommen, Herr Nockemann, wie hat sich das da jetzt abgespielt, wie kommen die darauf, so wie Sie genannt haben, einen Befehl zu verweigern.

(Abg. Dirk Nockemann: Das habe ich nicht so genannt!)

Das war einfach das Szenario. Ich erinnere noch einmal, wir hatten schon über 200 Verletzte im Abschnitt. Wir haben genau die Gegenstände, die wir vorher in den Lageprognosen gelesen haben tatsächlich auch aufgefunden. Und jetzt war ich natürlich in einem Dilemma. Ich hatte die Beratung der mir anvertrauten Einsatzkräfte, für die ich natürlich auch eine

Fürsorgepflicht und auch eine Verantwortung habe, und auf der anderen Seite – ich will Ihnen jetzt einmal so zwei Waagschalen füllen – erhielt ich Informationen, dass zunehmend Geschäfte im Schanzenviertel geplündert werden, es Versuche gibt, diese geplünderten Geschäfte in Brand zu setzen. Ich erhielt auch Informationen, dass es erste Notrufe über 110 von besorgten, verängstigten Anwohnern gab, die Sorge hatten, dass der Mob möglicherweise auch in die Häuser, in die Wohnungen kommt, die auch Sorge hatten, dass möglicherweise das Feuer der angezündeten Barrikaden auch irgendwie auf die Wohnungen, auf die Wohnhäuser übergreift. Und vor diesem Hintergrund bestand für mich zu keinem Zeitpunkt die Option, nicht in das Viertel zu gehen, diese Option hat es für mich nie gegeben. Mir war klar, da mussten wir rein und es kann kein rechtsfreier Raum werden und der polizeiliche Einsatz kann auch nicht so aussehen, dass wir uns um das Viertel herum aufstellen. Diese Option hat es nie gegeben. Dennoch sah ich mich gezwungen, eine Rechtsgüterabwägung zu treffen, um zu sehen, welche Rechtsgüter werden jetzt gerade im Schanzenviertel verletzt. Was höre ich da? Was wird mir da mitgeteilt? Welche Rechtsgutverletzungen drohen aber auch, wenn wir jetzt voreilig und aus meiner persönlichen Sicht, in meiner Verantwortung des Einsatzführers vor Ort, verantwortungslos in dieses Viertel hineingehen? Und diese Rechtsgüterabwägung, dieses Abwägen dieser beiden Seiten, hat mich dann dazu bewogen, das Gespräch mit Hartmut Dudde zu suchen, zu führen und mit ihm gemeinsam zu besprechen, wie wir das Problem lösen können. Wir wussten beide, wir müssen da rein, wir müssen da zeitnah rein. Aber uns war auch beiden klar, dass wir jetzt nicht voreilig und verantwortungslos ganze Einheiten beim Reingeben in das Schulterblatt werden opfern können.

Vielleicht noch eine Ergänzung, das ist jetzt pure Theorie und glücklicherweise stand ich nicht vor dieser Entscheidung. Aber ich habe mir natürlich auch sehr wohl überlegt, wie es denn ist, wenn die Rechtsgüter in diesen beiden Waagschalen, die ich Ihnen eben beschrieben habe, wenn diese die gleiche Wertigkeit erhalten? Wenn das eintritt, was die Bevölkerung befürchtet? Wenn der Mob in die Häuser geht und wenn eines der Häuser in der Nähe der brennenden Barrikaden tatsächlich Feuer fängt? Ich betone noch einmal, diese Situation gab es nicht, es ist reine Theorie. Aber in dem Fall wäre für mich klar gewesen, dann hätten wir dort reingehen müssen, ob mit SEK-Kräften oder ohne, dafür sind wir dann Polizei und dann hätten wir auch gehandelt. Aber in dem Zeitpunkt, als ich diese Beurteilung der Lage angestellt habe, lagen eben noch deutlich unterschiedliche Rechtsgüter in den Waagschalen.

Ja, ich habe Ihnen schon von der Verbindungsaufnahme berichtet. Es lief dann nach meinem Kenntnisstand, das kann bei Bedarf sicherlich der Polizeiführer auch noch einmal ergänzen, aber nach meiner Wahrnehmung haben wir uns sehr schnell darauf verständigt, dass es durchaus eine Option sein könnte, die Abschnitteingreifkräfte mit SEK-Kräften zu unterstützen. Der Polizeiführer sagte mir, er wird das kurz mit dem Einsatzabschnittsleiter Intervention, dem diese Spezialeinheiten unterstanden, erörtern. Das ist offensichtlich erfolgt, sodass ich nach wenigen Minuten einen Rückruf vom Polizeiführer Hartmut Dudde bekam, der mit gesagt hat: Jawohl, so machen wir es. Die Kräfte sind alarmiert und ich bekomme diese erörterte, entwickelte Unterstützungslösung.

Wie gestaltete sich dann das Vorgehen? Der zweite Gast in dieser Reihe hier zu meiner Linken, Michael Zorn, wird dann auch gleich im Detail darauf eingehen. Jedenfalls war es so, dass wir nach Eintreffen der SEK-Einheiten diesen Deckung geboten haben zum Vorgehen aus dem Kreuzungsbereich Neuer Pferdemarkt in Richtung des Hauseingangs Schulterblatt 1. Das erfolgte in Form von Wasserwerfern. Die Kräfte, wie auch Teilkkräfte von mir konnten sich dann im Schutze des Wasserwerfers bis auf die Höhe des Hauseingangs Schulterblatt 1 begeben und sind dann in dieses Gebäude eingedrungen. Dazu wird zuständigkeitshalber Herr Zorn Näheres sagen. Und was dann ...

Herr Dudde gab mir zu Recht gerade noch einmal den Hinweis, da war ich vielleicht ein bisschen schnell, ich habe das vorhin so mit den Quellenhinweisen abgetan, vielleicht liefere ich noch einmal nach, was jetzt konkret unsere Befürchtungen waren, die zu diesem Unterstützungsersuchen geführt haben. Also, ich hatte vorhin gesagt, in der

Quelleninformation hatte ich schon den Hinweis, dass sich Personen auf den Dächern entlang des Schulterblattes befinden. Anders, als zum Teil medial dargestellt, ging es hier nicht nur um das Schulterblatt 1, es ging nicht nur um das Baugerüst vorne links am Straßeneingang, es ging nicht nur um das erste Dach, es ging um die überwiegende Zahl der Dächer. Nur auf wenigen Dächern fanden sich keine Personen. Und jetzt muss ich auch noch einmal den Bogen zu den sichergestellten Gegenständen schlagen. Wir hatten also am frühen Morgen, wenn wir nachher zur Situation Altona und Stadionumfeld, Rondenbarg und so weiter, wir haben da auch haufenweise Drahtseile sichergestellt. Meine Befürchtung war also auch, dass wir in diesem Fall, anders als bei sonstigen Räumungen des Schulterblattes, auf derart massiven Barrikadenbau treffen, dass unsere Räumfahrzeuge, unsere Wasserwerfer ins Stoppen kommen, dass es uns nicht gelingt, die Straße einfach mit schwerem Gerät freizuräumen, sondern dass wir in eine Situation kommen, wo das Ganze statisch wird, dass wir auf Höhe irgendeiner Hausnummer werden stehen bleiben müssen, weil der Räumwagen aufgrund der Qualität der Barrikade nicht durchfahren kann. Und das galt es, aus meiner Sicht, absolut zu vermeiden, dass wir mit unseren Kräften vor irgendeiner Hausnummer stehen und von oben, von den Dächern, von den noch nicht geräumten Dächern fleißig auf uns eingewirkt werden kann. Das galt es zu vermeiden. Da war ich vielleicht ein bisschen kurz oder ein bisschen schnell mit dem Quellenhinweis.

Und was jetzt in der Zwischenzeit passierte, wo ich auf die alarmierten Spezialeinheiten gewartet habe, da habe ich zwei Dinge gemacht. Ich habe selbst auch zusätzliche Technik angefordert. Ich habe gebeten, mir alles an verfügbaren Wasserwerfern und schweren Gerät zu unterstellen, was die BAO so bietet. Das ist erfolgt. Ich habe gebeten, weitere Kräfte in den Bereich zu bekommen, denn mir war klar, die Räumung, das Vorgehen im Zusammenspiel mit dem SEK ist das eine, aber wir werden auch im Rücken Kräfte brauchen, die den bereits geräumten Bereich freihalten, die dafür sorgen, dass wir im Rücken nicht wieder Zulauf aus den Hinterhöfen, aus den Seitenstraßen bekommen, die wir beim Vorgehen im Schulterblatt dann schon passiert haben. Auch diese Kräfte sind dann gekommen. Die waren zuvor, das nur am Rande, bei der stationären Versammlung im Bereich Reeperbahn/Ecke Talstraße eingesetzt, die in der Zwischenzeit zu Ende ging und insofern waren sie frei, mich auch dort oben zu unterstützen.

Ach so, was ich noch gemacht habe, ich habe mir Aufklärungskapazitäten aus der Luft unterstellen lassen. Und im Nachhinein, da sehen wir gleich auch noch Bilder. Zwischen meinen Ausführungen und den Ausführungen von Herrn Zorn werden wir uns einige Videoaufnahmen noch auf der Leinwand ansehen können. Und da sehen Sie und da werden Sie auch das hören, was ich Ihnen jetzt darstelle. Sie hören da auch Funkverkehr zwischen dem Piloten und mir, denn mir war es sehr wichtig, einen Hubschrauber nur für uns zu haben, mit dem ich ständig kommunizieren kann und der mir ständig darüber Auskunft geben kann, ob auf den nächsten Metern voraus, bei der Räumung im Schulterblatt noch Angriffe von den Dächern zu erwarten oder ob die Dächer frei sind. Und Sie hören das gleich wunderbar auch im Funkverkehr. Einmal sagt der Pilot, so die nächsten 50 Meter, also sinngemäß, sind jetzt frei, ihr könnt weitergehen. Das andere Mal sagt er, stopp, wenn ihr jetzt weitergeht, erreicht ihr wieder besetzte Dächer, es droht wieder Gefahr von oben. Und genauso hatte ich es auch mit ihm abgestimmt. Er war unsere Lebensversicherung, er hat uns gesagt, ob wir weiter vorgehen können, ob wir stoppen, warten müssen oder ob wir eine nächste Hausnummer, einen nächsten Hauseingang haben, wo SEK-Kräfte zunächst erst einmal wieder hineingehen müssen. So war das Zusammenspiel und so haben wir uns vorgearbeitet.

Die Kräfte der SEK haben für uns die Gefahren aus den Häusern heraus und von den Dächern abgewehrt. Was blieb, waren ständige, massive Angriffe von der Straße, von den Störern, die uns voraus waren. Um Ihnen einmal ein Bild zu geben, in den Fällen, von denen wir sonst reden, von den demonstrativen Aktionen im Schanzenviertel, da wird auch Technik eingesetzt, da werden auch Wasserwerfer eingesetzt. Sie kennen alle diese Bilder. Aber wenn da eine Wasserwerferstaffel mit den Räumkräften vorgeht, reicht eine Staffel locker aus und am Ende des Schulterblattes bei Erreichen der Altonaer Straße ist noch reichlich

Wasser in den Werfern vorhanden. In diesem Fall haben wir die Staffeln, zwei Werfer nebeneinander mit einem Räumfahrzeug dabei, zweimal gewechselt, weil die Werfer leer waren. Wir haben also den Inhalt von drei Staffeln eingesetzt, in Summe 60 000 Liter, um uns den Druck von vorne, den Druck auf die Kräfte, vom Leib zu halten. Und in dem Moment, wo wir die Werfer wechseln mussten, weil sie leer waren und weil die nächste bereitstehende Staffel einfahren musste, um weiter vorzugehen, wurde der Druck jeweils so groß, dass wir andere Zwangsmittel einsetzen mussten, um uns zur Wehr zu setzen. Also jede Phase, wo der Wasserwerfer wechseln musste, war für uns eine Phase, wo sich der Druck deutlich erhöhte auf meine Kräfte auf der Straße. Ich glaube, das soll es erst einmal gewesen sein. Ich könnte jetzt anbieten, mit Ihrem Einverständnis, dass wir jetzt ein paar Filmszenen einspielen.

Senator Grote: Vielleicht ist es gut, noch einmal darzustellen, zu welchem Zeitpunkt wir wie viele Kräfte dort hatten.

Herr Großmann: Ja, also ich sage einmal, wir haben angefangen in dieser Vorphase Neuer Pferdemarkt – Grüner Jäger, die ich geschildert habe, mit circa sechs Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften. Und nachher, als wir uns bereitgestellt haben für die Räumung, zusammen mit den SEKs, war mein gesamter Einsatzabschnitt dort eingesetzt. Und Sie haben nach der Zahl gefragt, Herr Senator, trotzdem erlaube ich mir die Bemerkung, wir hatten nicht zu wenig Kräfte. Es lag nicht daran, dass wir zu wenig Kräfte hatten und dass mehr Kräfte nicht zu einer anderen Beurteilung der Lage geführt hätten, zu einer anderen Abwägung geführt hätten. Ja, vielleicht ...

Senator Grote: Gut, dann können wir jetzt vielleicht einmal die Bilder von den Dächern ...

Vorsitzender: Vielleicht noch, bevor das ... Hier gab es noch einmal ein bisschen Verwirrung wegen des Fortgangs jetzt des Vortrages. Ich hatte die Frage von Herrn Münster so verstanden, dass es eine einleitende Frage wäre, um jetzt in die Schanze einzusteigen. So habe ich das ja auch begründet. Aber Herr Münster hat noch eine Nachfrage zu der Frage, die er am Anfang gestellt hat. Und dann würde ich fragen, ob die beiden Wortbeiträge, die ich da ... okay. Dann würde ich Herrn Münster für eine Nachfrage bitten, dann Frau Möller und dann können wir uns, glaube ich, an die Sequenzen wagen. Herr Münster bitte.

Abg. Arno Münster: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich hatte ja einleitend gesagt, dass ich mich nicht nur auf den Bereich Schulterblatt konzentrieren wollte, sondern auf den Bereich Altonaer Straße. Hatten Sie kurz, kurz angeschnitten und dann haben Sie irgendwie mehr Herrn Nockemanns Frage von vorhin beantwortet. Das habe ich nicht so ganz verstanden, aber ... Ich habe ja so Teile dann gehört, dass also unwahrscheinliche Wurfgeschosse dann sogar auf die Polizeieinheiten in der Altonaer Straße vollzogen worden sind, da haben Sie ja gesagt, auch von den Dächern. Und da ist ja erst einmal die Brücke vorgelagert, also die Bahnbrücke, und dann kommen ja eigentlich ganz normale Wohngebäude und dann auf der rechten Seite, wenn man von der Altonaer Straße guckt, kommt ja irgendwann dann die Flora. Kann man sich das so vorstellen, dass also die ganze Straße auf den Dächern sozusagen Leute waren, die dann irgendwelche Gegenstände versucht haben, hätten, von den Dächern zu schmeißen?

Und die nächste Frage ist: Wie viele Kräfte waren Sie da vor Ort. Sind Sie da nachher zum Schluss da geblieben oder sind Sie noch einmal gegeneinander gefahren sozusagen? Weil, wo sind dann die Leute geblieben, die das sozusagen gestört haben?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Da würde ich Herrn Großmann noch einmal bitten, das darzustellen. Ich glaube, der Gesamtkontext ist ja auch die Frage, wenn man vorne am Schulterblatt nicht

reinkam, wieso ist man nicht hinten von der Altonaer Straße reingegangen und möglicherweise auch von den Seitenstraße her. Dass man einfach noch einmal darstellt, mit welcher Situation die Kräfte da konfrontiert waren und wie man dann weiter vorgegangen ist.

Herr Großmann: Ja, also, vielleicht einmal zu den Örtlichkeiten, also, im Bereich Altonaer Straße, also nördliches Ende Schulterblatt, haben wir einen Versuch unternommen, weiter auch hineinzukommen ins Schulterblatt, sind da aber an der Eisenbahnbrücke oder unwesentlich weiter, also wir sind jedenfalls bis zur Flora gar nicht gekommen bei dem Versuch. Und der Druck auf die Kräfte, die dort aus dem Norden hineingegangen sind, war so groß, das hatte ich vorhin auch schon gesagt, dass ich sie ohne den massiven Einsatz von Wasserwerfern und weiteren Einheiten –nachher in Summe drei Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften, also ungefähr 300 bis 350 Leute – dort auch nicht wieder rausbekommen hätte.

Das Gleiche ist auch passiert jeweils, wenn wir im Bereich Lippmannstraße, Lerchenstraße in anderen Seitenstraßen versucht haben, mit Einheiten reinzukommen. Es hat einfach nicht funktioniert. Und da kam dann auch wieder dieser klassische Aufstellort, südliches Ende Schulterblatt dann ins Spiel, weil, um Kräfte konzeptionell aufzustellen, Technik zusammen mit Zugriffskräften, mit Räumkräften aufzustellen, braucht man auch einfach eine gewisse Stellfläche. Die hat man nicht in einer der Nebenstraßen. Und dann, im Bereich der Altonaer Straße könnten Sie jetzt vielleicht noch sagen, na ja, da ist aber auch viel Platz. Ja, das stimmt, aber dann hat man als Erstes erst einmal die Brücke, die natürlich taktisch höchst ungünstig ist und die man also dann erst einmal räumen und besetzen müsste.

Auf Ihre Frage zu den Dächern, ja, es waren ... also ich würde sagen, einzelne Dächer waren nicht von Personen besetzt. Eine Unterscheidung, um das vielleicht noch einmal zu ergänzen, auf welchem Dach befinden sich denn jetzt diese gefährlichen Gegenstände, gibt es vielleicht auch ein Dach, auf dem sich Anwohner befinden, weil sie aus Sorge irgendwie ihre Wohnung verlassen haben, oder gibt es auch ein Dach, auf dem sich Schaulustige befinden. Es war nicht zu unterscheiden. Da verweise ich noch einmal auf die wechselnde Kleidung, auf dieses ständige Umziehen, das war nicht zu sagen.

Was ich bei dieser Gelegenheit auch noch gern ergänzen würde, wir haben dann irgendwann die eigenen Augen aus dem Viertel auch rausziehen müssen, sodass ich ab einem bestimmten Zeitpunkt auch diese Quelleninformationen, die ich vorhin angesprochen habe, gar nicht mehr hatte. Da hatte ich ausschließlich die Informationen aus dem Hubschrauber, auch bei der Räumung selbst. Es war nicht mehr vertretbar, eigene, verdeckte Kräfte in diesem Viertel zu lassen. Das sind ebenfalls erfahrene Kräfte, die sich in vielen Orten Deutschlands bei vielen demonstrativen Aktionen gemeinsam mit Gewalttätern auf der Straße bewegen. Und diese erfahrenen Kräfte haben sich bei mir gemeldet, haben die Quelleninformationen gegeben und haben kurze Zeit später aber auch darum gebeten, sich aus dem Viertel zurückziehen zu dürfen, weil ihre Gefährdung für sich selbst als zu hoch bewertet wurde. Und ich musste diesem Antrag auch entsprechen, ich konnte ihm praktisch nur entsprechen, weil unser Konzept so ist, dass wir ... Oder, anders gesagt, wir haben uns auf die Fahne geschrieben zu gewährleisten, dass in dem Moment, wo sich eine dieser Kolleginnen oder Kollegen meldet und sagt, ich habe die Befürchtung, dass ich aufgefliegen bin, dass ich verbrannt bin, und ein Notsignal sendet, dann haben wir den Anspruch, diese Person so schnell wie möglich mit uniformierten Einheiten aus dem Viertel herauszuholen. Und genau das konnte ich diesen Kolleginnen und Kollegen nicht mehr versprechen und das konnte ich nicht mehr gewährleisten. Und insofern konnte ich auch gar nicht anders, als diesem Antrag Folge zu entsprechen und zu sagen, ja, dann zieht euch raus. So, das noch einmal als Hintergrundinformation zur Erklärung, warum dann irgendwann, sage ich einmal, die Quelleninformationen auch dünner wurden und sich auf die Beobachtung aus der Luft beschränkten.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, dann habe ich zwei Fragen. Die eine bezieht sich auf die letzte Situation, die eben beschrieben wurde. Ist es dann zutreffend, dass also das, was man so hört, wir hören ja immer alle viel, dass der Warnschuss, der abgegeben wurde, tatsächlich von einer der Quellen, haben Sie eben die Personen genannt, in höchster Not abgegeben worden ist? Das würde ich konkret noch einmal nachfragen wollen.

Und meine erste Frage bezieht sich mehr auf diese Situation, die Sie sozusagen beschrieben haben, dass es dort Unrat gab, Baustellen jeder Art. Also wenn ich das richtig verstanden habe, gibt es ja bestimmte Quartiere in der Stadt, vor allem in der Innenstadt gewesen und das mag alles Bezirk Mitte sein, das kann ich aber nicht genau sagen, wo ganz klar vereinbart gewesen ist, dass Baustellen abgedeckt werden, zugemacht werden, dass Gerüste entweder abgebaut oder gesichert werden. Ist das richtig, dass das sozusagen über die Polizei jeweils dann entschieden worden ist, in welchen Bereichen muss das so sein, oder war das eine Bezirksentscheidung jeweils? Und gibt es irgendeine Erklärung dafür, also ich habe es selbst auch im Bereich Königstraße zum Beispiel gesehen, auch dort waren ja, ich sage jetzt einmal, offene Baustellen im Sinne von, da war der Sand gerade hingeschüttet, aber die Steine, um die Straße zuzumachen, lagen da rum und Ähnliches. Warum ist das sozusagen also in manchen Bereichen passiert ist, aber eben nicht in Teilen von Altona? Bei Eimsbüttel war es, glaube ich, ähnlich an der Osterstraße. Auch da waren offene Baustellen zu finden.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Zum Thema Warnschuss und auch zu der zweiten Frage, Baustellen, Gerüste und so weiter, würde ich jeweils an Hartmut Dudde weitergeben. Nur der einleitende Hinweis, dass natürlich der Teil der Stadt, der insgesamt hier potenziell betroffen und auch real betroffen war, schon sehr groß war, also auch die Zahl möglicher oder realer Baustellen natürlich auch sehr, sehr hoch war.

(Zuruf)

Gut, dann aber erst einmal Herr Dudde und dann ...

Herr Dudde: Also das Thema Warnschuss betrifft nicht die genannten Quellen von Herrn Großmann. Das war ein Kollege der Aufklärung, war eine andere Örtlichkeit und auch eher am frühen Abend, als er mit seinem EA ...

(Zuruf)

– Bitte?

(Abg. Heike Sudmann: Können Sie es noch einmal sagen, das war so leise.)

Ach so, noch einmal, genau. Also, die Warnschussabgabe hatte nichts mit dem EA Eingreifkräfte zu tun, sondern das war ein Kollege aus dem EA Aufklärung an einer anderen Örtlichkeit zu einer etwas früheren Zeit.

Und zum Thema Bigpacks und Saubermachen würde ich an Herrn Krösser weitergeben.

Staatsrat Krösser: Die Stadtreinigung hat auch im Bereich rund um die Schanze einiges an Material am 6. Juni 2017 abgefahren, also vor dem Freitag, weil man aus Sicht der Polizei den weiteren Verbleib dieses Materials für unglücklich hielt.

Vorsitzender: Konnten Sie jetzt zu den anderen Bezirke, die Frau Möller angesprochen hat, Bezirk ...

(Abg. Antje Möller: Ich kann das auch noch einmal wiederholen).

Gern.

Abg. Antje Möller: Ich stelle noch einmal konkret die Nachfrage. Also das, was mir berichtet worden ist, ist, dass es vonseiten der Polizei, und jetzt sage ich einmal, von Herrn Dudde, ob Sie das in Person waren oder nicht, klare Vorgaben gab, für welche Straßenräume tatsächlich die Baustellen wieder zugemacht werden sollten und ähnliche Dinge entfernt werden sollten und dass das in anderen Bezirken oder an anderen Örtlichkeiten nicht der Fall war. Ich würde es einfach nur verstehen, wie da sozusagen der gesamte Umgang damit war und wer jeweils die Entscheidung darüber hatte, also die zuständigen Bezirke oder ist das eben von der Polizei entschieden worden.

Senator Grote: Herr Dudde.

Herr Dudde: Das sind zwei Sachverhalte. Mit den Bezirken hatten wir Kontakt über die Transferstrecken, also wo die Kolonnen fahren mussten. Da wäre es natürlich ein Unding gewesen, wenn da zwei Tage vorher die Straße aufgerissen wird und die uns nicht mehr als Transport zur Verfügung stehen. Da hatten wir mit den Bezirken Kontakt und gesagt, in den Bereichen wird nichts gemacht.

Es gab von uns keinen Auftrag, sämtliche Baustellen Hamburgs und alle Gerüste abzubauen, da fehlt uns auch ein bisschen die Rechtsgrundlage. Ich habe das ja auch gelesen mit dem Gerüst Schulterblatt 1, was wir angeblich mit Doppel-S-Draht hätten sichern können. Dazu waren uns die Örtlichkeiten leider vorher nicht bekannt. Und, wie gesagt, es fehlt auch die Rechtsgrundlage, Baustellenbetreibern zu sagen: Räumt den ganzen Kram hier ab.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Ich würde Herrn Nockemann gern noch das Wort geben, dann wollten wir uns die Sequenzen angucken und dann würde ich eine Pause vorschlagen. Das ist, glaube ich, das Sinnvollste. Oder hatten ... Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, erst einmal vielen Dank für diese eindrucksvollen Schilderungen. Ich glaube, das kann man nicht mit einem Bericht, mit einem schriftliche Bericht leisten, sondern das war für uns schon sehr wertvoll, dem auch zuzuhören, was Sie ausgeführt haben, direkt aus dem Einsatzgeschehen heraus.

Sie sagten, die Aufklärer mussten abgezogen werden wegen zu großer Eigengefährdung. Damit hatten Sie nur noch den Hubschrauber. Wie viel Zeit ist denn von dem Augenblick an vergangen, bis Sie wirklich in das Viertel reingehen konnten? Denn, ich sage einmal, in dieser Zeitspanne hätte ja eine ganze Menge dort passieren können. Da hätten ja dann wirklich Menschen zu Schaden kommen können. Deswegen würde ich ganz gern dezidiert erfahren, ob das Minuten sind, Viertelstunde, halbe Stunde.

Dann sprachen Sie selbst auch noch einmal das Gerüst an. Nach Medienberichten sollen die Schlüssel für dieses Haus, das ja ein Privathaus war, der Polizei angeboten worden sein. Das würde ich gern noch einmal erläutern haben. Gab es in dieser Spanne irgendwelche Erkenntnisse, dass auch aus der Roten Flora per Messenger oder wie auch immer dieses Geschehen seitens der Autonomen gesteuert worden ist? Sie sagten vorhin, es sei alles aufgeboden worden auch an Polizeitechnik, was überhaupt zu bieten war in dem Bereich. Dann führten Sie aber auch aus, dass mit dem zur Verfügung stehenden Gerät nicht hat geräumt werden können, diese Barrikaden, die dort waren. Lässt das vielleicht den Schluss für die Zukunft zu, dass man da anderes Räumgerät braucht, vielleicht noch schwereres Räumgerät? Denn derartige Auseinandersetzungen wird es sicherlich nicht das letzte Mal gegeben haben. Gibt es irgendwas an Technik, was Sie sich vielleicht wünschen würden,

jetzt nicht nur im Bereich Räumung, sondern auch Distanzwaffen? Sie haben jetzt die Möglichkeit, das einmal vor einem Ausschuss darzulegen.

Dann hätte ich noch eine Frage zu den Wasserwerfern, die eingesetzt worden sind. Ich habe die Bilder gesehen. Ich weiß ja auch, dass man nicht immer sofort mit voller Kraft feuern soll, ich weiß auch, was passieren kann, Stuttgart 21. Aber die Wasserwerfer, die ich dort gesehen habe, die da zum Einsatz gekommen sind, das war irgendwie so eine Art, ja, manchmal hatte ich den Eindruck, das war eine Wasserpistole. Das ging auf den Boden vor den Menschen und das hat überhaupt kaum Wirkung gehabt. Hätte man diese nicht auch durchaus mit gutem Gewissen auch aus der Not heraus anders einstellen können, intensiver einstellen müssen sogar? Das sind dann ...

Ach so, eine Frage habe ich noch. Sie sprachen die Behinderungen an durch, jetzt nicht explizit Gewaltbereite, sondern durch umstehende Personen. Welche Rechtsgrundlagen hatten Sie, abgesehen von einem Platzverweis? Das ist natürlich lächerlich in so einer Situation, die gehen dann nicht zur Seite. Ist es da vielleicht erforderlich, andere, neue Rechtsgrundlagen zu schaffen, um Ihnen da den Einsatz zu ermöglichen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, wir werden versuchen, es einmal ein bisschen zu sortieren. Die erste Frage, nachdem die Aufklärer abgezogen wurden, wie lang war die Zeitspanne, bis im Schulterblatt vorgegangen wurde. Da würde ich Herrn Dudde, gegebenenfalls ergänzend Herrn Großmann bitten.

Herr Dudde: Herr Großmann hat für seinen Einsatzabschnitt geredet. Seine Tatbeobachter sind abgezogen worden, der EA Aufklärung ist im Viertel geblieben, also die Kollegen, die wir da drin hatten.

Abg. Dirk Nockemann: Entschuldigung, das habe ich jetzt nicht verstanden.

Herr Dudde: Nein, wir haben, wenn Sie meine BAO gelesen haben, fünfzehn Einsatzabschnitte. Ein wichtiger Einsatzabschnitt ist der EA Aufklärung, also Kollegen in Zivil, die für uns die Lage erkunden. Herr Großmann hat seine Tatbeobachter abziehen müssen, weil die keinen Schutz mehr durch ihre Zugriffsvarianten hatten. Die Aufklärung, die wir hatten, konnte im Viertel bleiben.

Abg. Dirk Nockemann: Okay, nur, weil sich das vorhin so anhörte, als hätte man keine Ohren und keine Augen mehr dort gehabt bis auf den Hubschrauber.

Herr Dudde: Doch. Er hatte keine mehr, wir hatten schon welche.

Abg. Dirk Nockemann: Na gut, das glaube ich jetzt einmal. Aber es waren ja noch weitere Fragen.

Vorsitzender: Herr Nockemann, machen Sie bitte das Mikro aus? Der Senat antwortet.

Senator Grote: Dann war die Frage, wie verhielt sich das mit dem Gerüst, hätte man damit nicht anders umgehen können, und Schlüssel, die wir zu dem Haus oder auch zu anderen Häusern hätten. Weil das eine grundsätzliche Frage ist, wie man mit so etwas umgeht, und dann auch, wie wir das konkret da gemacht haben, würde ich den Polizeipräsidenten bitten.

Herr Meyer: Ja, wir müssen im Prinzip bei den Szenarien einsteigen, die wir hatten im Vorfeld. Wir haben also mit Hausbesetzungen in dieser Stadt gerechnet, das heißt also, mit Besetzungen von leer stehenden Häusern oder mit Besetzung von besonderen anderen Objekten. Wir haben uns auf Hausbesetzungen insofern vorbereitet, dass wir gesagt haben,

wenn das Haus besetzt wird, dann gehen wir rein und räumen das. Dieses wäre jetzt eins von 40 oder 30, ich kann Ihnen nicht genau die Zahl sagen, möglichen Häusern, die man hätte besetzen können, für das wir dankenswerterweise den Schlüssel bekommen haben. Wir hätten im Fall einer Hausbesetzung sicherlich den Schlüssel dann in Ruhe abholen können und hätten dann das öffnen können.

Hier war es ja etwas anderes. Wir haben hier ja – und Herr Großmann hat es ja erläutert – in verschiedenen Bereichen des Schulterblattes über die gesamte Straße eben ja so etwas wie eine, sollen wir es Hinterhalt nennen oder eine Falle, man hat sich ja sozusagen in Hasstiraden geredet und hat gesagt, Polizisten sollen in dieser Situation besonders schwer angegriffen werden. Und deswegen ist ein Hinterhalt jetzt gar nicht mit dieser Situation vergleichbar. Der Hausbesitzer hatte uns auch den nicht Schlüssel gegeben ... Ich gebe Ihnen den für den Fall, dass irgendein Hinterhalt passiert, sondern das war der Fall der Hausbesetzung. Also das hätte uns, wie gesagt, ein bisschen vielleicht genutzt, aber nicht so, dass wir jetzt unbedingt darauf angewiesen gewesen wären. Also ja, das war ein Szenario, war schön, den Schlüssel zu haben, aber für den Hinterhalt, von dem wir jetzt hier sprechen, oder von den verschiedenen Hinterhalten, darauf waren wir zu dem Zeitpunkt nicht eingestellt.

Senator Grote: Dann Flora, gab es Beobachtungen oder Erkenntnisse, dass an dem Abend die Flora eingebunden war, also auch als Gebäude genutzt wurde im Rahmen der Aktivitäten am Schulterblatt. Da würde ich einmal Herrn Dudde fragen.

Herr Dudde: Also darüber habe ich keine Erkenntnisse.

(Abg. Dirk Nockemann: Messenger? Oder wie auch immer! Elektronisch?)

Ja, das könnte Herr Hieber sicherlich auch besser erklären. Das wird ja noch Bestandteil der SOKO Schwarzer Block werden, zu gucken, ob es Kommunikationsbeziehungen gab und wenn, welche das gewesen sind.

Senator Grote: Also unser Bild ist nicht, dass die Flora sozusagen wie eine friedliche Insel im tosenden Geschehen lag, aber wir haben jetzt keine ausreichende Auswertung, um da irgendwie valide eine Rolle oder irgendetwas beschreiben zu können, was da nun konkret auf das Gebäude bezogen passiert ist. Oder?

(Herr Hieber: Bei uns nicht!)

(Zuruf Abg. Heike Sudmann)

Gut, keine Erkenntnisse sind keine Erkenntnisse. Dann noch einmal das Thema Barrikaden, anderes Räumgerät, andere Bewaffnung und vielleicht auch im Anschluss die Frage, Wasserwerfer, war das sozusagen ein geeignetes oder ausreichend geeignetes Einsatzmittel an dem Abend. Herr Dudde.

Herr Dudde: Im Bereich Technik haben wir nicht das Problem, kommen wir durch. Wir haben auch alles an technischen Einsatzeinheiten gehabt, was Deutschland bietet. Das Problem in der Situation ist gewesen das Thema Zeit. Es wäre schlecht gewesen, wenn wir reingefahren wären, hätten stehen bleiben müssen und hätten uns festgefahren, warum auch immer, weil da eine Pylone auf einmal steht. Das kennt man aus Castor-Einsätzen, weil dann die Stahlseile in Aktion gebracht worden sind, die wir morgens schon sichergestellt haben. Wenn wir stehen geblieben wären, wäre man verhältnismäßig schutzlos gegenüber den Dächern gewesen. Durchgekommen wären wir immer, es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen. Und das, was wir an Technik hier hatten, war durchaus auskömmlich, um eigentlich alles zu beseitigen, inklusive Pylonen oder Straßenblockaden oder querstehende Lkws. Es wäre dann immer nur eine Frage der Zeit gewesen.

Und zum Thema Wasserwerfereinsatz, ich weiß nicht, ob ich das gleich mit abarbeiten soll.

(Zuruf)

– Bitte?

(Senator Grote: Ja!)

Also auf den Wasserwerfern sitzt ausgebildetes Fachpersonal, die sehr sorgsam, um genau Verletzungen zu vermeiden, mit der Dosis und dem Wasser umgehen. Und das ist aus vielen taktischen Gründen zu bewerten. Und die Hauptwirkung ist nicht unbedingt der Druck bei den neuen Wasserwerfern, sondern die Wassermenge. Und das mag dann für den Laien ein bisschen schlaff aussehen, ist aber für den, den es betrifft, genauso wirkungsvoll wie mit hohem Druck. Mit hohem Druck arbeiten wir inzwischen sehr ungern.

Senator Grote: Dann war noch die Frage, unbekannte oder unbeteiligte schaulustige Personen, welche Möglichkeiten haben wir, dagegen vorzugehen. Herr Polizeipräsident.

Herr Meyer: Na, es kommt jeweils auf den einzelnen Fall an. Wenn man natürlich Störungen sieht, dann kann man nach Gefahrenabwehr gegen die Personen vorgehen. Aber es war ja eine so große Menge an Schaulustigen und es war ja auch eine Unterscheidung ... Es waren einige, die nur zugeschaut haben, andere, die gelegentlich eine Flasche geworfen haben, und Dritte, die offensichtlich die Situation genutzt haben, um ihre Gewaltfantasien auszuleben. Und die befanden sich allesamt in dem Bereich. Ich glaube, eine der Lehren aus diesem Einsatz könnte durchaus sein, wie man oder ob man über Rechtsgrundlagen nachdenken muss, die noch besser sind, um dem entgegenzuwirken. Jedenfalls sind die andauernden Durchsagen tatsächlich völlig wirkungslos verpufft. Und insofern muss man auch darüber nachdenken.

Vorsitzender: Ja, erst einmal vielen Dank. Ja, dann würden wir jetzt die Videosequenzen sehen wollen.

Senator Grote: Vielleicht eine kurze Anmerkung noch. Es gibt einige Sequenzen, die sind mit Ton, die würden wir so laufen lassen. Dann gibt es welche ohne Ton, die würde Herr Großmann ein bisschen kommentieren, damit man ein bisschen besser versteht, was dort zu sehen ist.

(Videoaufnahmen „Personen auf Dächern“ werden abgespielt.)

Herr Großmann: Ja, ich glaube, das waren jetzt so die wesentlichen Funksprüche. Ich glaube, jetzt bleibt der Ton dann auch weg. Was Sie hier sehen können, ist die Vielzahl der Personen, auch auf der Straße, die sich jeweils natürlich, wenn wir vorgegangen sind, in unsere Richtung orientiert haben, uns beworfen haben mit Steinen, beschossen haben mit Pyrotechnik. Wir haben in dem ersten Wasserwerfer, der ins Schulterblatt eingebogen ist, eine Stahlkugel vom Zwillenbeschuss ja gefunden, die hatte der Polizeiführer Sonntag in der Pressekonferenz ja schon gezeigt. Sie sehen dann vereinzelt auch, so gut man das erkennen kann auf diesen Bildern, dass Gegenstände heruntergeworfen werden von den Gebäuden, und sehen an den Hausnummern, die zum Teil unten eingeblendet werden, eben auch, bis zu welcher Höhe, also wie weit nördlich wir von den Hausnummern eigentlich schon sind. Es geht unten im Süden ja mit dem Schulterblatt 1 los, über das schon viel gesprochen wurde, und das geht hoch bis in die Siebzigerhausnummern, wo Personen auf den Dächern waren.

Jetzt haben wir hier den Bewurf von den Dächern Juliusstraße, ein Bereich, den wir auch unten gerade erreicht hatten. Sie hatten das an den Scheinwerfern und an dem Blaulicht des

Wasserwerfers gesehen. Und Sie können sich vorstellen, dass das schwer zu unterscheiden war, sind das jetzt Schaulustige, sind das Anwohner oder sind das potenzielle Angreifer, die sich da jeweils auf dem Dach befinden. Das war sowohl aus dem Hubschrauber schwer als auch natürlich für uns von unten.

Vorsitzender: ... Ja, dann erst einmal vielen Dank. Dann würde ich jetzt vorschlagen, dass wir eine Pause machen, die Bürgerschaftskanzlei hat es geschafft, ein Notbuffet zusammenzustellen, weil die Bestellung schiefgelaufen ist. Deswegen weiß ich jetzt nicht, was da ist, aber wir machen trotzdem, würde ich vorschlagen, 20 Minuten Pause.

Sitzungsunterbrechung von 19:31 Uhr bis 19:55 Uhr

Vorsitzender: So, meine Damen und Herren, ich würde gern fortsetzen. Dann würde ich gern fortfahren, das heißt, Bild- und Tonaufnahmen bitte ich also jetzt auch wieder abzustellen und einzustellen. Das Wortprotokoll wird, wie gesagt, fortgesetzt, läuft ja während der gesamten Sitzung. Wir haben jetzt noch ein paar Videosequenzen gesehen, die mir zumindest jetzt auch relativ neu waren. Also ich kann nicht sagen, dass ich die irgendwo schon einmal gesehen hätte. Wenn ich das richtig weiß, dann würde der Senat jetzt gern noch Herrn Zorn zur Ergänzung beziehungsweise zum SEK-Einsatz in der Schanze noch einmal sprechen lassen.

(Zuruf Abg. Arno Münster)

Herr Münster, ach so, eine vorsorgliche Wortmeldung.

Also, dann würde ich dem Senat das Wort erteilen und dann hat Herr Zorn das Wort bitte.

Staatsrat Krösser: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, wie schon angekündigt, würden wir, um den Themenkomplex Schanze in einer Gesamtdarstellung einmal abschließen zu können, hier gern noch einmal Stellung nehmen zu dem Thema Einsatz der Sondereinsatzkräfte in der Schanze. Da gibt es ja zwei Fragen. Einerseits warum Sondereinsatzkräfte und die zweite Frage war immer, warum so lange. Dazu würde ich dann einmal bitten Herrn Zorn vorzutragen.

Herr Zorn: Ja, danke schön. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Auch ich darf mich ganz kurz vorstellen, mein Name ist Michael Zorn. Ich bin Beamter der Polizei Niedersachsen, leite in Hannover die Abteilung Einsatz der Zentralen Polizeidirektion und habe mich in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig mit dem Thema Einsatz beschäftigt, war früher stellvertretender Kommandoführer des SEK Niedersachsen, habe in den letzten Jahren größere Einsatzabschnitte bei Großlagen im Bundesgebiet übernommen, unter anderem beim G7-Gipfel in Elmau, und hatte jetzt die große Ehre, beim OSZE-Gipfel im vergangenen Dezember und jetzt beim G20-Gipfel den Einsatzabschnitt Intervention planen, vorbereiten und führen zu dürfen.

Zu den Aufgaben meines Einsatzabschnitts – und ich würde mich nach diesen allgemeinen kurzen Ausführungen dann auf die Nacht vom 7. auf den 8. Juli konzentrieren – gehört die Verhinderung von Terroranschlägen generell. Das bedeutet, es ist eigentlich eine Maßnahme des Bevölkerungsschutzes, die Verhinderung von Attentaten, also Anschlägen auf Schutzpersonen, das Ermöglichen eventuell erforderlicher Evakuierungen, die das BKA bei Schutzpersonen durchführen muss, das Flankieren zu begleiten sowie die Detektion und Bekämpfung sogenannter Drohnen.

In der Konsequenz dieser Aufträge haben wir mit unserem Einsatzabschnitt einen Antiterrorereinsatz durchgeführt und sind in dieser dafür erforderlichen taktischen Struktur auch aufgestellt gewesen. Das bedeutet, dass mir zu diesem Zweck

Spezialeinsatzkommandos, Kräfte von Spezialeinsatzkommandos aller Bundesländer zur Verfügung gestellt worden sind sowie zwei mobile Einsatzkommandos und Kräfte des österreichischen Einsatzkommandos Cobra. Die Gesamtzahl der bei mir im Abschnitt eingesetzten Spezialeinheiten lag bei etwa 600, in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli sind mir zusätzlich nochmals 74 Einsatzkräfte, unter anderem der Bundespolizei, zugewiesen und unterstellt worden.

Ich würde gern, weil es augenscheinlich relevant sein könnte, etwas zum Einsatz von Spezialeinheiten sagen. Spezialeinsatzkommandos haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in erster Linie dem Bereich der Schwerstkriminalität gewidmet, das heißt Entführungen, Erpressung, Geiselnahme-Lagen, insbesondere auch mit bewaffneten Tätern. Leider, muss man sagen, ist in den letzten zwei Jahren ein weiteres Segment hinzugekommen, das heißt, die Bewältigung von Terrorlagen. Das heißt, wir haben hier beim G20, wie ich bereits erwähnt habe, einen Antiterrorereinsatz gefahren.

Am Freitag, den 7. Juli 2017, gegen 22.07 Uhr hat mich Herr Dudde angerufen und mich gefragt, ob es möglich sei, mit meinen Kräften auf das Dach des Gebäudes Schulterblatt 1 vorzudringen, um die Störer und Gewalttäter, die dort oben auf dem Dach befindlich waren und auf dem Gerüst vor dem Gebäude, die also letztendlich Herrn Großmann – das hat er, glaube ich, sehr eindrucksvoll geschildert – mehr oder weniger in einen Hinterhalt gelockt haben, um diese Störer und Personen dort zu entfernen. Zu diesem Zeitpunkt brannten im Schulterblatt mehrere Barrikaden – Sie hatten das auf den Hubschrauberbildern gesehen – und die Gesamteinsatzleitung, sprich Herr Dudde, befürchtete, dass bei einem Vorrücken der Eingreifkräfte von Herrn Großmann von den Dächern oder auch vom Gerüst die Kräfte mit Gegenständen, also Molotowcocktails, Gehwegplatten, Steinen, Eisenstangen und so weiter beworfen werden, sodass eine akute Lebensgefahr für die Einsatzkräfte bestünde.

Ich habe Herrn Dudde dann eine umgehende Prüfung zugesagt, weil Spezialeinsatzkommandos klassisch natürlich nicht in versammlungsrechtlichen Aktionen eingesetzt werden, wobei ich eins hinzufügen möchte, dass die Lage, die sich mir aus der Schilderung von Herrn Dudde dargestellt hat, auch nichts mit irgendeiner versammlungsrechtlichen Aktion oder irgendeiner Form eines politischen Protests zu tun hatte, sondern das waren, ich sage es jetzt einmal, Gewalttäter. Zwischen 22.07 Uhr und 22.11 Uhr habe ich diese Lagebeurteilung und Einschätzung mit meinem Stab erörtert und dazu bedarf es noch einmal der Erklärung, dass die taktische Grundaufstellung in einem Antiterrorereinsatz eine völlig andere ist, als wenn man beispielsweise eine Geisellage bewältigt. Das heißt, wir waren in einer sehr feingliedrigen Aufstellung in der Innenstadt, auf die ich gleich noch zu sprechen komme.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wir hatten starke Kräfte in konkreten Schutzmaßnahmen, weil die sogenannte Prozedur in der Elbphilharmonie noch lief, und das bedeutet, wir hatten umfangreiche Schutzmaßnahmen um die Elbphilharmonie herum, an den Hotels der Schutzpersonen, weil natürlich ihre Rückkehr aus der Elbphilharmonie erwartet worden war, und am Gästehaus des Senats. Wir hatten Interventionskräfte für die Begleitung der Schutzkolonnen in den Gefährdungsstufen 1 und 2, auch angesichts des bevorstehenden Endes der Veranstaltung in der Elbphilharmonie. Wir hatten Kräfte bereits in der Ruhephase, die tagsüber den gesamten Komplex Messehallen geschützt haben. Dazu erlaube ich mir die Anmerkung, dass wir nicht in einem Schichtdienstmodell gearbeitet haben, sondern durch ein intelligentes Kräftenmanagement versucht haben, 72 Stunden durchzuarbeiten, und wir direkt aus meinem Stab eine Zuweisung der Kräfte in die Ruhephase gemacht haben, wobei die Alarmierbarkeit sofort da ist, das heißt, wenn ich Kräfte aus der Ruhephase hole, dann sind die innerhalb von drei Minuten, wie wir so schön sagen, auf der Piste. Man kann das an einer Lage am 8. Juli abends festmachen – oder am 8. Juli morgens, glaube ich. Am 8. Juli morgens. Dort hatte eine Person mit einer Langwaffe an der Messe geschossen und die Kräfte, die wir aus der Ruhephase geholt haben, waren 6 Minuten später am Einsatzort.

Weitere Kräfte meines Einsatzabschnitts befanden sich zum Zeitpunkt des Anrufs von Herrn Dudde in der Stadt mit dem Auftrag der Anschlagsverhinderung. Das ist eine verdeckte Aufstellung. Man muss sich das so vorstellen, dass die Kräfte nicht sichtbar sind, sondern in kleinen Teams schwerpunktmäßig in der Innenstadt verteilt sind und den Auftrag der Anschlagsverhinderung haben. Also unmittelbarer Bevölkerungsschutz, eine sofortige Reaktion, in Kleinstteams mit einer sofortigen Interventionsfähigkeit. Dieser Mechanismus wird bei uns als Eingaben im Jargon der Spezialeinheiten bezeichnet und dazu gehört eben auch eine bestimmte Art von Fortbewegungsmitteln, Ausrüstung und auch Bewaffnung.

Bei der Prüfung zwischen 22.07 Uhr und 22.11 Uhr, war also die Frage, ob es möglich sein würde, in möglichst kurzer Zeit aus einer thematisch völlig anderen taktischen Aufstellung robuste Kräfte zusammenstellen zu können, um die Lage am Schulterblatt bereinigen zu können und gleichzeitig die Aufträge rund um die Elbphilharmonie, die Schutzpersonen und natürlich auch die Anschlagsverhinderung nicht zu vernachlässigen. Um 22.11 Uhr habe ich Herrn Dudde mitgeteilt, dass unser Einsatz auf dem Dach des Gebäudes Schulterblatt 1 möglich sei. Dass das Umgliedern, das heißt, aus der taktischen Antiterroraufstellung in die Aufstellung, so wie wir es am Schulterblatt dann im Rahmen einer sogenannten Zugangssicherung mit Zugängen ins Gebäude, auf die Gerüste, in die Treppenhäuser und aufs Dach benötigen, dass diese Umgliederung einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Herr Dudde hat mir den Einsatzauftrag dann erteilt und hat darauf hingewiesen, dass allerhöchste Eile geboten sei und hat mich gebeten, mit Herrn Großmann telefonisch Verbindung aufzunehmen. Das habe ich um 22.21 Uhr getan, vorher habe ich einen meiner beiden Unterabschnittsleiter als Einsatzleiter vor Ort für die Interventionskräfte bestimmt und habe ihm den Einsatzauftrag erteilt. Um 22.21 Uhr habe ich dann mit Herrn Großmann gesprochen, der das, was Herr Dudde mir schon angedeutet hatte, alles bestätigte und noch hinzugefügt hat, dass er befürchte, dass es bei einem Vorrücken seiner Kräfte mindestens schwerstverletzte, wenn nicht sogar tote Beamtinnen und Beamte geben könnte. Er hat auch nicht ausgeschlossen, dass, würde er zu einem Vorrücken gezwungen sein, es zu einem Schusswaffengebrauch kommen könnte. Sein Zögern hinsichtlich des Vorrückens hatte auf der Seite der Gewalttäter, die sich auf der Straße befanden, zur Folge, dass sie gezielt versucht haben, ihn zu locken. Herr Großmann hatte, glaube ich, schon dargestellt, dass sie dann Geschäfte geplündert haben, versucht haben, die in Brand zu setzen, sodass er quasi zum Handeln gezwungen worden wäre, und er hat mir, wenn ich diesen persönlichen Eindruck schildern darf, gesagt, dass die Situation für ihn nahezu unerträglich sei, in diesen Spagat zu geraten.

Ich persönlich, wenn ich das auch noch anfügen darf, habe diese Situation als sehr, sehr bedrückend empfunden, weil im Hintergrund unseres Telefonats ich deutlich die Hilferufe aus den Häusern der Anwohner hören konnte.

Die Kräfte in meinem Einsatzabschnitt wurden umgegliedert, das heißt, zu neuen, größeren Einheiten mit einer anderen Bewaffnung, mit einer anderen Ausrüstung und Ausstattung zusammengefasst. Das Erreichen des Bereitstellungsortes – der Bereitstellungsart ist also der Raum, an dem sich die Kräfte treffen, um von dort aus zu agieren – war für alle Kräfte äußerst schwierig, da die Straßen übersät waren mit Gegenständen, Steinen, Barrikaden, Flaschen. Auf der Anfahrt zum Bereitstellungsart sind allein in einer Einheit zwei Fahrzeuge an den Reifen stark beschädigt worden, andere Fahrzeuge sind durch brennende Barrikaden beschädigt worden. Also, es war jetzt nicht so, dass die Kräfte das Blaulicht aufgesetzt haben und dann da hinfahren konnten. Darüber hinaus war die gesamte Verkehrslage im Innenstadtbereich durch die sich abzeichnende Abreise aus der Elbphilharmonie mit den erforderlichen Sperrmaßnahmen plus den Sperrmaßnahmen, die anlässlich der versammlungsrechtlichen Aktion beziehungsweise der Gewalttaten erforderlich waren, für meine Kräfte sehr schwierig. Das heißt, wir haben selbst nach Abfahrt der Kräfte in der neuen Konstellation mit neuer Ausstattung und Bewaffnung teilweise sehr lange Anfahrtszeiten gehabt.

Die Kräfte fuhrten aus insgesamt elf Bereitstellungsorten im Stadtgebiet Richtung Schulterblatt und um 23.10 Uhr hat dann der von mir bestimmte Leiter vor Ort den Einsatzort erreicht und hat sofort Kontakt zu Herrn Großmann aufgenommen. Die Kräfte sind dann bis 23.37 Uhr sukzessive eingefahren und nach kurzer Absprache hat der Führer vor Ort gesagt, dass er mit den relativ schwachen Kräften – das waren insgesamt 24 Beamte zunächst – den ersten Vorstoß auf das Gebäude vornehmen würde. Es handele sich bei den Kräften um das SEK Sachsen sowie Beamte des Einsatzkommandos Cobra aus Österreich. Man hat dann beim Annähern an das Objekt schon auf den Hubschrauberbildern auch gesehen, dass einige der Gewalttäter auf dem Dach Schulterblatt 1 das Dach verlassen haben. Das heißt, ich persönlich habe daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass es eine doch intensive Gegenaufklärung gegeben hat, die das Anrücken meiner Kräfte, das ja, wenn Sie die TV-Aufnahmen verfolgt haben, nicht verborgen geblieben ist, dass das auch bei den Gewalttätern schon zu teilweise Abwanderungserscheinungen geführt hat.

Um 23.37 Uhr sind, wie gesagt, die ersten Kräfte vorgegangen und an der Stelle erlaube ich mir, einen Bericht eines Einsatzführers bei mir zu zitieren, der davon gesprochen hat, dass in dem Moment, als die Kräfte, als meine Kräfte unten, auch unter dem Schutz der Kräfte von Herrn Großmann, die Haustür beziehungsweise das Gerüst am Gebäude Schulterblatt 1 erreicht hatten, sind sie von der rechten Dachseite und von der rechten Gerüstseite mit Eisenstangen, großen Steinen, Paletten und so weiter beworfen worden. Und da meine Kräfte keine, wenn ich es salopp formulieren darf, Demo-Ausstattung haben, sondern wir natürlich in erster Linie mit ballistischem Schutz arbeiten, bestand somit eine unmittelbare auch Lebensgefahr für meine Kräfte. Wir haben deshalb um 23.37 Uhr die Dachkante mit Gummigeschossen aus 40-mm-Waffen beschossen, haben also auch keine Personen getroffen oder treffen wollen, sondern gezielt die Dachkante beschossen, und wir haben alle Gewalttäter, die sich auf dem Dach befanden und auf dem Gerüst befanden, mit den Ziellasern unserer eingesetzten Waffen bedroht, ganz gezielt bedroht, sind dann ins Gebäude eingedrungen. Allein die Bedrohung hat dazu geführt, dass es massive Rückzugstendenzen gab, aber der von mir eingesetzte Führer vor Ort hat auch gesagt, er hatte keine andere Möglichkeit gesehen, um eine Eskalation dort vor Ort zu verhindern.

Sie werden, wenn Sie die Bilder im Fernsehen verfolgt haben, gesehen haben, dass meine Kräfte nicht im Laufschrift sich dem Gebäude angenähert haben, sondern sehr ruhig und besonnen an das Gebäude herangetreten sind, weil sowohl Herr Großmann als auch ich der Meinung waren, dass diese Situation nichts mit irgendeiner Art Demo-Lage zu tun hat, sondern wenn man sich das Gesamtszenario vorstellt und sieht, dass Spezialeinsatzkräfte sogar bedroht werden, das hatte etwas, wenn ich mir die Formulierung erlauben darf, von sich abzeichnenden Unruhen. Und wir waren zusammen mit den Kräften von Herrn Großmann sehr sensibel aufgestellt, sehr konzentriert, sehr ruhig, sehr besonnen, aber auch sehr konsequent und haben gesagt, wir werden das mit einem betont ruhigen, aber deutlichen Vorgehen hier beenden. Und das ist dann in letzter Konsequenz auch gelungen.

Wir haben um 23.52 Uhr die Tatortgruppe des Einsatzabschnitts Kriminalpolizeiliche Maßnahmen informiert, weil sich da bereits abgezeichnet hat, dass es nicht bei dem Gebäude Schulterblatt 1 bleiben würde, wir also auch in andere Gebäude in der Nähe vorrücken würden. Die ganze Gebäudestruktur mit der Nummerierung ist ein sehr komplexes Gebilde dort am Schulterblatt und daher haben wir gesagt, werden wir weder Festgenommene zur Endbearbeitung bringen können noch irgendwelche Gegenstände sicherstellen können. Das ist auch nicht Aufgabe der Spezialeinheiten. Wir haben also abgesprochen, dass die Kräfte von Herrn Großmann dann die von uns in Gewahrsam genommenen Personen im Bereich Schulterblatt 1, das waren 13 Personen, übernehmen und wir dann sofort ins nächste Gebäude gehen. Dafür habe ich weitere Kräfte angefordert beziehungsweise sie wurden bei mir angefordert von meinem eingesetzten Einsatzleiter vor Ort, und so haben wir weitere Kräfte alarmiert. Die Tatortgruppe sollte nach unserer Auffassung dort eventuell vorhandene Spurenträger dann auch fachgerecht sichern, damit

ein Abgleich mit möglicherweise den in Gewahrsam genommenen oder auch festgenommenen Personen möglich ist.

Um 0.09 Uhr ersuchte der Einsatzführer vor Ort um die Freigabe des Einsatzes von Sprengmitteln. Das hatte ich bereits im Vorfeld freigegeben. Da aber Herr Dudde und ich kurz vorher telefoniert hatten, haben Herr Dudde und ich nochmals dieses thematisiert und das, was Herr Dudde für mich auch in diesem Einsatz bereits freigegeben hatte, wurde noch einmal bestätigt, das heißt, der Einsatz von Sprengmitteln zum Öffnen von Türen war freigegeben. Dieser Einsatz war nicht mehr erforderlich, weil die Türen mit anderen Mitteln, insbesondere eine sogenannte FH-Tür mit anderen Mitteln geöffnet werden konnte. Wir haben einige Türen in den darauffolgenden Gebäuden mit Schrotrepetierwaffen, mit Flinten geöffnet. Das geht mit einer speziellen Türöffnungsmunition, die verhindert, dass Geschosse durch die Tür dringen, sondern die nur durch die kinetische Energie einen Schaden an der Tür anrichten, sodass diese geöffnet werden kann.

Um 0.20 Uhr wurden weitere Kräfte zum Einsatzort entsandt, da die Anzahl der potenziell zu durchsuchenden Objekte nunmehr feststand. Darüber hinaus haben wir oder habe ich ein Sonderfahrzeug der Hamburger Polizei, den sogenannten Survivor zum Einsatzort entsandt, weil nicht auszuschließen war, dass wir Kräfte geschützt an ein Gebäude heranzuführen müssen, also um, wie gesagt, diese Situation am Schulterblatt 1 nicht noch einmal erleben zu müssen, oder auch geschützt in ein bestimmtes Areal hineinbringen müssten. Im Ergebnis sind zwischen 22.37 Uhr und 1.24 Uhr die Gebäude Schulterblatt 1, 3, 5, 7, 9, 10, 11, 13 und 15 durch meine Kräfte geöffnet und nach Gewalttätern und Störern durchsucht worden. Im Schulterblatt 1, hatte ich schon angeführt, wurden insgesamt 13 Personen angetroffen, fixiert und an Kräfte einer USK-Einheit aus Bayern übergeben.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine persönliche Anmerkung. Es ist ohne Zweifel so, dass die Polizeien des Bundes, der Länder, die Polizei Hamburg sich sehr intensiv auch mit dieser Lage noch einmal vertraut machen muss. Ich persönlich lege sehr viel Wert auf die Feststellung, dass der Einsatz von Spezialeinheiten in diesem Fall nichts mit Demonstration, nichts mit Versammlung zu tun hatte, sondern das Vorgehen gegen Gewalttäter, wie auch immer man das strafrechtlich qualifizieren möchte, ob man da das berühmte Bilden von Gruppen, bewaffneter Gruppen oder die Vorbereitung staatsgefährdender Gewalttaten dann sich anguckt, das ist erst einmal hier und heute, glaube ich, irrelevant. Der Punkt ist, dass wir nach meinem Dafürhalten, und mit dieser Meinung stehe ich nicht ganz allein, um Haaresbreite an einer sehr, sehr schwerwiegenden Eskalation der Lage vorbeigeschrammt sind. Und ich würde hiermit meine Ausführungen zunächst beenden. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Erst einmal vielen Dank für die eindrucksvolle Schilderung. Ich habe jetzt auf der Redeliste Herrn Münster und danach Herrn Tjarks.

Abg. Arno Münster: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe noch ein paar Notizen hier, ich will einmal gucken, ob ich das ein bisschen sozusagen hinten eingereiht bekomme. Sie haben jetzt zuletzt gesagt, dass Sie die Häuser 1, 3, 5, 7, 9, glaube ich, dementsprechend begangen haben und auch dann sozusagen von Straftätern befreit haben. Da würde ich meine Frage noch ergänzen wollen mit den Siebzigernummern, was wir jetzt in dem Film gesehen haben. Da waren erhebliche Gewalttäter ja noch auf den Dächern. Waren Sie da auch noch im Einsatz oder sind die dann irgendwie von allein runtergekommen? Hat sich der Hubschrauber... da irgendwie noch einmal zu geäußert? Das wäre das eine.

Dann hätte ich noch eine Frage, im Nachhinein, wenn die Lage sich da ein bisschen beruhigt hat, werden dann solche Objekte noch einmal nachbegangen, und wenn ja, was wurde da gefunden noch.

Und die dritte Frage, die ich hier noch einmal habe, ist, wie viele Straftäter haben Sie denn sozusagen in Gewahrsam genommen beziehungsweise verhaftet.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Die erste Frage ist die nach den höheren Hausnummern. Herr Zorn bitte.

Herr Zorn: Danke schön; Herr Senator. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Wir haben um 01.24 Uhr die Maßnahmen dort eingestellt, weil wir in letzter Konsequenz einen Unterstützungseinsatz für Herrn Großmann, der schwerpunktmäßig mit der Lagebereinigung dort befasst war, gefahren haben und somit war nach seiner Lageeinschätzung unser Einsatz bei den Gebäuden, die wir unter anderem in den Videoaufnahmen gesehen haben, nicht mehr erforderlich.

Senator Grote: Vielen Dank. Zu der zweiten Frage – oder wir schließen vielleicht die dritte Frage, da sie ja auch an Sie gestellt worden ist, gleich einmal an. Hat es weitere angetroffene Täter und wie viele Ingewahrsamnahmen gegeben?

Herr Zorn: Ja, danke schön. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Wir haben im Haus Schulterblatt Nummer 15 hinter einer verschlossenen Tür Personen wahrgenommen, eine Vielzahl von Personen wahrgenommen. Ich habe den genauen Einsatzbericht noch nicht ausgewertet, auch wir sind dabei, das gerade zusammenzutragen, aber in meiner Erinnerung war es so, dass es sich dort unter anderem um eine kleine Personenanzahl von Demo-Sanitatern gehandelt hat mit einer verletzten Person unter anderem. Wir haben die Tür geöffnet, sind dann auf diese Personengruppe getroffen, haben, so wie das bei Spezialeinheiten ist, die Personen sofort bedroht und haben auch sie aufgefordert, sofort die Hände hochzunehmen, sich einmal zu drehen, sodass wir sehen konnten, dass keine Schusswaffen oder andere Waffen dort im Spiel sind. Meine Kräfte haben dann für die verletzte Person ein NEF oder RTW angefordert und die anderen Personen sind dann, meine ich, an die Kräfte von Herrn Großmann übergeben worden. Da bin ich mir allerdings nicht ganz so sicher. Wir haben auch in diesem Fall keine Personalienfeststellung gemacht, weil das in letzter Konsequenz auch nicht unsere Mission dort ist.

Senator Grote: Dann ist noch offen die Frage sozusagen Nachverfolgung. Kriminalpolizeiliche Beweissicherung in den Gebäuden. Muss man, glaube ich, einmal vorab sagen, dass es natürlich keine Umstände waren wie die, die wir normalerweise haben, wenn wir in die kriminalpolizeiliche Bearbeitung reingehen, wo wir in der Regel abgeschlossene Situationen haben, wo man dann eben die entsprechende Tatortarbeit macht. Hier war es ein dynamisches, sich weiterentwickelndes Geschehen, wo erst einmal, glaube ich, das muss man einräumen, andere Dinge im Vordergrund gestanden haben. Aber Herr Hieber kann vielleicht einmal dazu etwas sagen, wie wir mit diesen Fragen umgegangen sind oder umgehen konnten in der Situation.

Herr Hieber: Ja, vielen Dank. Also, es ist so gewesen, dass, wie wir jetzt hier eindrucksvoll gehört haben, die Lagebereinigung dort sehr professionell abgelaufen ist. Allerdings muss man aus der Rückschau sagen, dass das für die kriminalpolizeilichen Maßnahmen sich anders darstellt. Das ist auch ein bisschen dem Umstand geschuldet, dass ja hier eine sehr, sehr komplexe Organisation aufgebaut war mit sehr, sehr unterschiedlichen Kräften.

Ich will das vielleicht einmal nur noch ganz kurz eingangs deutlich machen. In dem Einsatzabschnitt Kriminalpolizeiliche Maßnahmen waren zu dem Zeitpunkt über 3 000 Mitarbeiter beschäftigt in einem Zweischichtensystem und es war ein großer Anteil auch von auswärtigen Beamten, Kriminalbeamten aus allen Bundesländern dort tätig. Es ist tatsächlich bei dieser Situation so gewesen, dass 13 Personen am Schulterblatt 1 festgesetzt wurden, zunächst einmal durch Spezialeinheiten, und diese dann übergeben wurden an EA-Eingreifkräfte, wie wir eben gehört haben. Dann erfolgte eine weitere Übergabe ans Polizeikommissariat 16, wo diese betroffenen Personen erst einmal festgesetzt wurden, und dann wurde der Einsatzabschnitt Kriminalpolizeiliche Maßnahmen über das sogenannte

Entscheidertelefon informiert. Das ist dann also – ich habe das ja schon gerade eben dargestellt – ein sehr, sehr komplexer Einsatzabschnitt, wo dann ein Unterunterabschnitt-Entscheider sich um dieses Thema gekümmert hat. Wie jetzt in der Nachschau sozusagen es sich darstellt, wurden dem Kollegen allerdings keine sehr besonders klaren Sachverhalte übermittelt, um was es eigentlich ging. Also alles das, was wir jetzt hier gehört haben, auch aus verschiedenen Perspektiven, war sowohl den Beamten, die das mitgeteilt haben am PK 16, als auch dem aufnehmenden Beamten im Entscheidungsbereich EA KPM so nicht klar. Es war also überhaupt unklar, ob es sich um Festnahmen handelt, um Ingewahrsamnahmen, es gab keine Berichtslage, es gab auch keine mündlichen Informationen, die das irgendwie weiter erklärt hätten. Es wurde dann also um Durchsuchungen und Personalienfeststellungen zunächst einmal gebeten. Und nachdem dann der Sachverhalt sozusagen sich da auch nicht weiter aufklärte, wurde den dort vor Ort befindlichen Einsatzkräften mitgeteilt von der Kriminalpolizei, dass sie selbst die Entscheidung treffen müssten über die Ingewahrsamnahmen, was auch rechtlich völlig richtig ist, das müssen die Beamten vor Ort machen. Das wurde dann entsprechend entschieden und sie wurden dann in die Groß-Gesa in Neuland in Harburg entsprechend verbracht als Ingewahrsamnahmen. Dort wurden sie dann bearbeitet im Laufe des Tages und mit Vorführakten als Ingewahrsamnahmen mit einem Antrag auf langfristige Ingewahrsamnahme dem Amtsgericht überstellt. In einigen Fällen kam es schon vorher zu einer Entlassung durch die Polizei aus Verhältnismäßigkeitsgründen, in fünf Fällen kam es zu einer richterlichen Entlassung und in vier Fällen wurde eine langfristige Ingewahrsamnahme durch das Amtsgericht angeordnet.

Bezüglich der Nachfrage – das möchte ich hier auch gleich noch betonen –, Tatortsicherung erfolgte vonseiten der Kriminalpolizei auf der von mir gerade eben schon geschilderten Situationsbeschreibung. Die Entscheidung, dass aufgrund der Extremsituation im Bereich Schanze dort keine Tatortsicherung auf dem Dach stattfinden würde durch Kriminalpolizei, die Eingreifkräfte wurden entsprechend um Beweissicherung filmisch und durch das Einsammeln von Gegenständen gebeten. Eine kriminalpolizeiliche intensive Tatortbefundaufnahme mit nach – ich sag ‘mal – allen Regeln der Kunst für einen Tatort, wo versuchte Tötungsdelikte sozusagen auch zu sehen ist, erfolgte erst Tage später. Mit diesem Befund gehen wir jetzt im Augenblick in der Sonderkommission Schwarzer Block um und natürlich sind Strafverfahren gegen diese Personen eingeleitet. Man muss allerdings sagen, dass wir jetzt gerade eben von der Bewertung einer Gefahrenlage gehört haben und die strafrechtliche Würdigung, das heißt, die Zuweisung einzelner Tatbeiträge für einzelne Personen, das wird jetzt die Aufgabe weiterer Ermittlungen sein. Aber das möchte ich auch nicht verhehlen an der Stelle, auch durchaus eine Herausforderung aufgrund der verlaufenden Zeiträume. Da werden wir jetzt weiter ermitteln und arbeiten. So weit.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Eine Nachfrage, Herr Münster bitte.

Abg. Arno Münster: Ja, Herr Senator, ich hätte noch nach den Personen auf den Häusern Schulterblatt 70 oder Mitte 70 noch einmal gefragt, wo sind die denn geblieben, wenn das SEK da nicht mehr im Einsatz war? Sind die dann sozusagen irgendwie informiert worden, dass da jetzt im Schulterblatt 1 bis 9 sozusagen ein bisschen massiv von der Polizei vorgegangen wird, dass die dann gleich die Flucht mit ergriffen haben oder wo sind die denn geblieben?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Dazu würde dann Herr Großmann noch einmal etwas sagen.

Herr Großmann: Also, wir haben uns von Beginn an von diesem Einsatz des SEKs durchaus erhofft, dass die Kenntnis davon auch die Straße hochwandert. Und um das einmal deutlich zu sagen, aus dem, sag ich ‘mal, Entschluss ... Dass ein Straftäter auf dem Dach nicht besonders scharf darauf ist, von Spezialeinsatzkräften festgenommen zu werden, sich

das der eine oder andere doch noch anders überlegt, und das war offensichtlich auch der Fall, sodass wir in dem hinteren Bereich, also im hinteren, im nördlichen Drittel, tatsächlich keinen Einsatz des SEK mehr benötigt haben. Weil die Personen, entweder ausgelöst durch den robusten Einsatz der Spezialeinsatzkräfte im südlichen Bereich des Schulterblattes, vielleicht auch ausgelöst durch die ständige Präsenz des Hubschraubers mit starken Scheinwerfern mit Videografie, sich jedenfalls irgendwann zurückgezogen haben, sodass die Personen in den hohen Hausnummern, die Sie auf dem Film gesehen haben, tatsächlich am Ende bei der fortschreitenden Räumung dort nicht mehr auf den Dächern waren.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dr. Tjarks bitte.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Es sind schon eine ganze Reihe von Fragen beantwortet worden, aber ich möchte, bevor ich sozusagen in die Fragen komme, einmal Ihnen, Herr Großmann, und auch Ihnen, Herr Zorn, dafür danken, was Sie da gemacht haben, und auch meinen Respekt ausdrücken, weil, ich glaube, diese Situation hätte dort nicht entstehen sollen, aber Sie sind da wirklich in einer schwierigen Situation reingegangen und haben da, glaube ich, auch Schlimmeres verhindert, und ich glaube, dafür sollten wir hier als Ausschuss das auch gemeinsam würdigen.

Ich habe jetzt in Anbetracht der Tatsache, was hier alles auch schon beantwortet ist, eine wichtige Erkenntnis mitgenommen, die sich ja so ein bisschen aus meiner Sicht peu à peu zumindest für mich dargestellt hat, nämlich die Frage, warum Sie eigentlich nicht aus einer anderen Richtung in das Schulterblatt, in dieses Viertel eingedrungen sind. Das haben Sie, glaube ich, auch sehr klar dargestellt und auch gezeigt, dass auf allen oder auf vielen Dächern in diesem Viertel Personen waren. Deswegen würde ich gern noch einmal einen Schritt zurückgehen. Und was mich vor allen Dingen interessiert, ist vielleicht die Frage, die sich auch an Sie stellt, Herr Großmann, ist die Frage, was waren das für Menschen, die im Schulterblatt angetroffen worden sind. Also sprich, die Frage nach den Tat- und Täterstrukturen, weil man so ein bisschen den Eindruck bekommen hat, dass das durchaus sehr unterschiedliche Menschen waren, die da plötzlich waren. Und dann hat man die Plünderungen im Fernsehen gesehen und da hatte man das Gefühl, das waren fast Menschen, die sich daran nicht nur berauscht, sondern auch irgendwie in diesen Gewaltsog mit hineingezogen worden sind. Aber vielleicht mögen Sie das einmal aus Ihrer Sicht darstellen und vielleicht auch aus der Sicht derjenigen, die Sie dann hinterher auch als Täter eingesammelt haben. Das sind ja vielleicht auch noch einmal zwei unterschiedliche Sachen. Aber ich glaube, das wäre für die weitere Sachverhaltsaufklärung sehr relevant, dass man versteht, welche und was für Personengruppen da waren, auch in welchem Umfang. Und ich bitte deswegen an dieser Stelle einfach auch um eine, wie soll ich sagen, sehr präzise Darstellung.

Der zweite Komplex, der mich in Bezug auf den Einsatz in der Schanze natürlich auch noch einmal interessiert, und das ist natürlich jetzt auch noch einmal ein Schritt zurückgegangen, ist die Frage nach der grundsätzlichen Entstehung der Lage. Da wurde – ich weiß nicht mehr genau, wer es war – geschildert, an wie vielen verschiedenen Orten die Polizei – sage ich einmal, ich kriege die Uhrzeit jetzt nicht mehr zusammen, aber deswegen bitte ich das noch einmal auch sehr genau darzulegen – unterwegs war und auch mit bestimmten Lagen zu kämpfen hatte. Nichtsdestotrotz ist es natürlich so, dass wir uns alle gewünscht hätten, dass die Lage, so wie sie am Schulterblatt war, sage ich einmal, gar nicht erst entstanden wäre oder viel früher hätte, na ja, leider abgeräumt werden können. Und vor dem Hintergrund ist, glaube ich, auch so ein bisschen der zeitliche Ablauf wichtig, ab wann Sie auch, also nicht nur welche Lagen es auch in der Stadt gab, sondern auch die Frage, ab wann Sie, sage ich einmal, festgestellt haben, dass es im Schulterblatt jetzt zu einer, wie soll ich sagen, also Massierung von Problemen kommt. Und wie Sie dann in diesem Zeitablauf darauf reagiert haben? Das sind eigentlich meine beiden Hauptkomplexe und, ich glaube, das ist wichtig, um die Gesamtdynamik zu verstehen.

Vielleicht noch ergänzt um die halbe Frage zu den Tat- und Täterstrukturen ist die Frage, ob es aus Ihrer Sicht in diesem ganzen Geschehen eine Dynamik gab, die ich, wie ich eben gesagt habe, die darauf hindeutet, dass Leute, sage ich einmal, die ursprünglich so ein bisschen als, ich will jetzt nicht sagen Passanten, aber so als interessierte Beobachter da waren, in dieses Geschehen reingezogen worden sind und sich dann plötzlich unter den Tätern wiedergefunden haben, obwohl sie vielleicht nicht mit der Intention dahin gegangen sind, auch Täter zu sein. Da würden mich einfach Ihre Beobachtungen interessieren, denn ich glaube, diese beiden Komplexe sind zentral, um das zu verstehen, was da eigentlich passiert ist, um auch Ihr Agieren noch einmal kritisch zu hinterfragen. Danke schön.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Zu der ersten Frage, mit wem hatten wir es dort zu tun und wie hat sich diese Dynamik entwickelt, wer hat sich dann daran beteiligt und so weiter, würde ich vielleicht zunächst einmal Herrn Großmann bitten, möglichst auch unter Einbeziehung dessen, was wir von den Tatbeobachtern so zurückgemeldet bekommen haben.

Herr Großmann: Also ich fürchte, dass ich das zur vollsten Zufriedenheit zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantworten kann. Das wird aber durchaus noch kommen. Also zu dem Zeitpunkt, als wir noch Tatbeobachter verdeckt im Viertel hatten, haben wir natürlich auch Erkenntnisse über die Sprache gewonnen, wie sich die Personen verständigt haben, die da auf der Straße unterwegs waren. Und daraus würde ich schon schließen, dass eine Mischung war aus international angereisten Tätern, die einfach nicht in deutscher Sprache kommuniziert haben. Das ist für mich schon ein Indiz, wo ich jetzt schon sagen kann, ja, es werden auch internationale Täter dabei gewesen sein, aber ich glaube, dass die großen Mengen an Videomaterial, die wir selbst erstellt haben, aber auch das, was uns von extern zur Verfügung gestellt wurde, auch die Auswertung dieses Materials, aber auch die Auswertung von Festnahmen, die werden dann noch nähere Auskünfte geben. Wir haben ja zum Teil dann später auch Personen festgenommen nach Tatbeobachtung im Viertel, die wir nicht bei den Maßnahmen im Viertel festgenommen haben, sondern an einem Folgetag oder in den Folgestunden. Das muss man jetzt zusammenlegen. Das habe ich im Einzelnen noch nicht. Da läuft auch die Berichtsfertigung noch, dass von den Tatbeobachtern noch Berichte geschrieben werden, von den festnehmenden Kräften noch entsprechende Berichtslagen gefertigt werden. Und da, glaube ich, wird auch die, ohne den Kollegen Hieber da in irgendeiner Art und Weise unter Druck setzen zu wollen, aber ich glaube, die Auswertung des Videomaterials wird da auch noch eine Antwort darauf geben, woher kamen die. Wen haben wir jetzt eigentlich nach Tat zeitverzögert und bei günstiger Gelegenheit noch festgenommen, der eine Tat im Viertel begangen hat und welcher Nationalität ist der, wo kam der her? Soviel vielleicht erst einmal zu dieser ersten Frage.

Senator Grote: Dann direkt anschließend vielleicht, ob wir über festgenommene Täter und Zuordnungen zu Gruppen nach Nationalität oder wie auch immer schon etwas sagen können, nach den ja bisher noch sehr am Anfang stehenden Ermittlungen, aber vielleicht gibt es erste Eindrücke. Herr Hieber.

Herr Hieber: Ja, ich bin da ein bisschen bei Herrn Großmann, der tatsächlich gesagt hat, wir stehen da noch sehr am Anfang. Ich kann zunächst einmal grundsätzlich sagen, dass wir mit dem Landesamt für Verfassungsschutz uns einig sind, dass wir davon ausgehen, dass etwa 5 000 gewaltbereite Personen insgesamt an den Ausschreitungen teilgenommen haben, wenn Sie so wollen und dass darunter gut 1 000 bis 1 200 Ausländer gewesen sind. Das sind aber keine Zahlen, sage ich einmal, die man jetzt auf die Goldwaage legen darf, sondern das sind erste Schätzungen. Entsprechend würde ich einfach noch einmal zu den 13 Personen zurückkommen vom Schulterblatt 1. Es handelt sich dabei um zwölf Erwachsene und einen Heranwachsenden, davon sind vier Personen russischstämmig und offenbar auch ohne Wohnsitz hier in Deutschland, zumindest so, wie sich das im ersten Zugriff dargestellt hat. Es entspricht also ein bisschen diesem Verhältnis, was ich sehr, sehr

grob gerade eben vielleicht darstellen konnte. Mehr kann ich, ehrlich gesagt, aber zu dem Hintergrund der Personen noch nicht sagen, da müssen wir noch die weiteren Ermittlungen abwarten und ich glaube, das hat der Kollege Großmann schon sehr, sehr klar gerade gesagt, da stehen wir noch am Anfang eines großen Berges von Beweismaterial. Und wir haben ja jetzt mit der Sonderkommission am Montag die Arbeit aufgenommen und da werden wir sicherlich hier noch einmal in dem Rahmen oder dem Sonderausschuss dann berichten können.

Senator Grote: Könnten Sie aber vielleicht doch noch ergänzen, wir haben ja ein Bild von den bisher Festgenommenen und in Gewahrsam Genommenen auch nach Nationalitäten. Das lässt sich jetzt nicht unmittelbar auf die Situation Freitagabend Schulterblatt übertragen oder bildet das nicht ab, aber nur dass man einmal über die Gesamttage so ein paar Indizien hat. Haben wir das?

Herr Hieber: Also über die Zahlen, die hier auch schon genannt wurden von den 186 Festnahmen und 225 Ingewahrsamnahmen und den daraus erwachsenen 51 Haftbefehlen und 95 langfristigen Ingewahrsamnahmen hinaus bin ich jetzt leider im Augenblick gerade nicht aussagefähig bezüglich der Nationalitätenstruktur. Da gibt es schon etwas, aber ich habe das jetzt hier gerade nicht im Zugriff.

Senator Grote: Dann kann der Staatsrat dazu zwei Sätze sagen.

Staatsrat Kröscher: Ich habe jetzt keine exakten Zahlen in den Unterlagen, aber man muss schon feststellen, dass im Schwerpunkt der Festnahmen wie auch der Ingewahrsamnahmen festzustellen ist, dass es weit überwiegend

(Zuruf: Etwas dichter ans Mikro.)

deutsche Staatsangehörige sind, die dort festgestellt worden sind und in einem geringeren Umfang auch ausländische Staatsangehörige. Wenn man die Zahlen dann betrachtet, kann man feststellen, dass es bei den Festnahmen einen Teil Italiener und französische Staatsangehörige vor allen Dingen mit erkennbar sind. Bei den Ingewahrsamnahmen ist eine etwas gemischtere Lage, da haben wir auch ein paar mehr Skandinavier dabei. Bei den Festnahmen sind es relativ wenige Skandinavier. Woran das jetzt liegt, wird sicherlich noch Gegenstand der Auswertungen sein müssen. Aber nur, dass man einmal ungefähr das Verhältnis betrachten kann.

Senator Grote: Dann gab es noch die Frage zur Entstehung der Lage und ein bisschen zum zeitlichen Ablauf, da würde ich einmal, als Einstieg Herrn Dudde bitten, und Herrn Großmann dann noch zu ergänzen.

Herr Dudde: Ja, vielen Dank. Es ist genau richtig, man darf die Situation im Schanzenviertel nicht isoliert betrachten, genau auch nicht den Freitagmorgen in Altona. Sondern wir hatten in der Entwicklung der Lage, ich nehme einmal nur ein paar Schlagworte, die wir hier haben. Wir hatten auf der Reeperbahn einen Aufzug mit 2 000 Personen. Wir hatten 7 000 Personen in der Nähe des Millerntors. Wir hatten um 19.24 Uhr 500 Personen werfen Steine auf Polizeibeamte. Um 19.36 Uhr 1 200 Personen werden Richtung Neuer Pferdemarkt geräumt. Um 21.30 Uhr Gerritstraße Barrikadenbau. 200 Personen in der Otzenstraße nehmen die Straße auseinander. Das sind die Meldungen, wie sie eingetragen werden. 20.15 Uhr auch im Bereich der Budapester Straße 1 000 Personen bewerfen Polizisten und ziehen Unrat auf die Fahrbahn. Max-Brauer-Allee, also wieder tiefstes Altona, Personen werfen Unrat auf die Fahrbahn, Pyrotechnik wird gezündet. Das zeigt, was drum herum alles bedient werden musste und los war. Und bei der Annäherung Richtung Schanzenviertel war eben der Auftrag für den Kollegen Großmann, wenn es geht, da die Situation jetzt erst einmal statisch zu halten, also Weigerung (?) zu verhindern, aber jetzt auch nicht über jedes Stöckchen zu springen, was uns da vielleicht wieder die ganze Lage

noch zusätzlich hochgefahren hätte. Von daher war der Auftrag, es erst einmal so lange statisch zu halten, solange es irgendwie geht.

Senator Grote: So und dann hat sich das Geschehen aber dennoch immer weiter am Schulterblatt, im Schanzenviertel zusammengezogen und konzentriert und die Lage hat sich entwickelt. Und das beschreibt noch einmal Herr Großmann.

Herr Großmann: Ja, wenn Herr Dudde die Einzelanlässe da jetzt aufzählt, dann zählt er den Gesamtüberblick der Gesamteinsatzleitung auf. An Teilen dieser Orte war ich mit meinen Kräften beteiligt, das hatte ich ja vorhin auch beispielhaft genannt. Wir haben aber, das versuche ich gern noch einmal zu beschreiben, zunächst große Personenansammlungen im Kreuzungsbereich Neuer Pferdemarkt, Feldstraße, Stresemannstraße, dieser ganze Komplex beim Grünen Jäger gehabt. Die würde ich überwiegend – da baue ich so ein bisschen Ihre anschließend gestellte Frage gleich mit ein –, zumindest vom äußeren Erscheinungsbild – wir haben schon ein paar Mal gesagt, wir konnten es zum Teil auch nicht unterscheiden –, als bunte, zum Teil schaulustige, erlebnisorientierte Masse und vereinzelt verummte Täter einordnen. Das war eine Lage, die noch mit einzelnen Festnahmen beantwortet werden konnte, mit mehrfachen Räumungen des Straßenbereichs. Und im Bereich des Schanzenviertels hatten wir, verglichen mit dem, was Herr Dudde gerade angesprochen hat, verglichen mit dem, was sich in diesem Kreuzungsbereich abgespielt hat, äußerst geringe, kleinste Störungen in der Anfangsphase. Also wir haben wirklich, was Herr Dudde auch gerade noch einmal beschrieben hat, mit irgendwie über niedrig gehaltene Stöckchen zu springen. Wir haben da zunächst keine Notwendigkeit gesehen, uns da noch in weitere Lagen zu verwickeln, sondern wollten einfach auch erst einmal das abarbeiten, was an Vielzahl der geschilderten Lagen schon da war.

Und dann, wenn wir reingegangen wären, das ist ja das, was wir häufiger schon erlebt haben, dann hätten wir eine zusätzliche Lage geschaffen. Das haben wir an sehr vielen Orten der Stadt erlebt, da, wo wir hingefahren sind, da hatten wir Zulauf an Personen, da hatten wir eine Zunahme dann von Gewalttätigkeiten, weil wir einfach auch als Angriffsobjekt da waren, weil wir als Objekt des Beschusses, des Bewurfes da waren. Und eine solche Lage wollten wir zunächst im Schanzenviertel nicht erzeugen.

Senator Grote: Gut. Aber trotzdem bitte noch einmal so ein bisschen vielleicht auch über die zeitlichen Stationen beschreiben, wie sich das dann aber anders entwickelt hat. Zumindest einmal grob, wie kann man sich das vorstellen. Also zuerst waren es kleine Störungen, auf die man nicht gleich eingehen wollte, aus den bekannten Gründen und wie hat sich das dann weiterentwickelt. Ich sage einmal, bis hin zu dem Punkt rund um 22 Uhr, wo man gesagt hat, jetzt müssen wir uns einmal neu aufstellen.

Herr Großmann: Ja. Das versuche ich gern noch einmal. Also, ich habe Sie ja vorhin bei meiner ersten Ausführung so bei einer Uhrzeit von ungefähr 19 Uhr abgeholt und würde jetzt diese Spanne, die ich eben auch noch einmal beschrieben habe, so bis ungefähr 20.30 Uhr ausdehnen wollen. Und je dichter wir an 21 Uhr herankamen oder 21 Uhr vorbei war, wurden die Störungen im Schanzenviertel massiver. Wir haben uns dann inzwischen auch gefordert gesehen, diese Störungen mit Einsatzkräften, mit Maßnahmen zu belegen, das hatte ich vorhin auch geschildert. Wir haben ja in niedriger zweistelliger Zahl dann auch angefangen in den Nebenstraßen, im Randbereich des Schanzenviertels Festnahmen zu machen, sind mehrfach mit starken geschlossenen Einheiten, also dann auch nicht mehr unter Hundertschaftstärke, massiv angegriffen worden. Das waren alles Dinge, die sich dann ab 21 Uhr fortfolgend ereigneten. Und wo wir dann auch in einer ziemlichen Geschwindigkeit eine Zunahme von gewalttätigen Personen und dieses Phänomen der Verschanzung, der Verfestigung der Lage entdeckt hatten, kam auch relativ schnell die Quelleninformation mit den schon geschilderten Folgen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Tjarks für eine Nachfrage.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Also dann stelle ich zunächst einmal fest, dass insbesondere das Thema Täterstruktur ein wichtiges Thema ist, was wir im Sonderausschuss dann auch noch einmal ein bisschen näher beleuchten müssen, denn ich glaube, das war jetzt der Anfang. Und es interessieren mich jetzt, ehrlich gesagt, auch nicht nur primär die Nationalitäten, sondern auch welchen sozialen Status die Menschen haben et cetera pp, also mit was für Menschen wir da eigentlich konfrontiert waren. Und ich glaube, das ist für die Frage der politischen Aufarbeitung eine der sehr relevanten Fragen.

Ich stelle dann darüber hinaus fest, dass Sie insgesamt von 5 000 gewaltbereiten Personen gesprochen haben, also wir uns in etwa in dem Szenario ja bewegt haben, was vorher angekündigt worden ist und mit dem auch gerechnet wurde.

Ich habe jetzt trotzdem noch einmal eine Frage zu der Lage im Schulterblatt, denn wir haben ja alle dann irgendwie auch mit denjenigen gesprochen, die da wohnen und die irgendwie da im ersten, zweiten, dritten oder vierten Stock waren und sich daran nicht beteiligt haben, sondern die sich ja dann irgendwie auch ein bisschen Sorgen gemacht haben. Und jetzt ist ja, ich sage einmal, wenn man einen Ort für Ausschreitungen in Hamburg sucht, das Schulterblatt zu solchen Anlässen ja wahrscheinlich einmal die erste Adresse. Deswegen war ich jetzt ein bisschen überrascht und vielleicht mögen Sie mir das noch einmal ein bisschen erklären, dass Sie an dieser Stelle eine Strategie verfolgt haben, die Sie, sage ich einmal, zunächst zurückhaltendes Vorgehen genannt haben, glaube ich vorhin, und jetzt haben Sie gesagt, die Lage statisch zu halten. Ich bin jetzt kein Einsatzführer, deswegen frage ich Sie jetzt. Aber man hat doch das Gefühl, wenn man sich überlegt – und ich verstehe das, dass Sie sehr stark gesagt haben, es gibt sehr viele unterschiedliche Orte, an dem Sie präsent sein müssen, ich finde, das haben Sie eindrucksvoll dargelegt –, dass sich am Schulterblatt etwas entwickeln können würde – das ist ja in Hamburg nicht unbekannt – und deswegen schon noch einmal die Frage, warum Sie an dieser Stelle diese Strategie verfolgt haben, damit man das besser versteht.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Senator.

Senator Grote: Vielleicht erst noch einmal einen Hinweis dann auch noch einmal zu den Täterstrukturen und den Personengruppen. Das stimmt, dass wir uns da im Moment auch noch sehr zurückhaltend äußern. Das hat auch etwas damit zu tun, dass wir sehr viele unterschiedliche Hinweise aus unterschiedlichen Richtungen bekommen, wer sich da an was irgendwie genau beteiligt hat und dass wir Wert darauf legen, dass wir das irgendwie erst einmal zusammenfügen, bevor wir ein Bild darstellen. Das ist relativ kompliziert und es ist richtig, dass wir uns dem dann im Sonderausschuss noch einmal sehr vertieft widmen. Und am Schulterblatt habe ich es jetzt so verstanden, dass sich die Lage zunächst ein bisschen so entwickelte, wie man es vielleicht kannte und erwarten konnte und wo der Eindruck entstand, wenn wir da jetzt schon bei einer niedrigen Schwelle da reingehen, dann fachen wir das erst richtig an, weil genau das auch ausgelöst werden sollte.

Dass dort die Strategie Provokation der Polizei oder das Hineinlocken der Polizei ins Viertel mit einer Konsequenz und Zielstrebigkeit und Vehemenz verfolgt wurde, die auch nicht davor zurückgeschreckt hat, das halbe Viertel da zu verwüsten, das ist, glaube ich der Punkt, so ist jedenfalls mein Verständnis bisher, der nicht erwartet worden war. Nichtsdestotrotz ist ja auch, glaube ich, deutlich geworden, dass mit Entwicklung der Ereignisse man schon immer dichter rangegangen ist und dann eben aber auch auf einen immens starken Widerstand getroffen ist, der dann nicht ohne Weiteres so überwunden werden konnte.

Aber trotzdem, um das noch einmal ein bisschen plastischer vielleicht zu machen, auch von der Lageeinschätzung, vom Umgang, von der Herangehensweise und warum man sich am Schulterblatt nicht früher stärker aufgestellt hat, würde ich vielleicht einmal noch einmal

Herrn Dudde bitten, möglicherweise kann Herr Großmann noch ergänzen. Aber zunächst Herr Dudde.

Herr Dudde: Ja, sehr gern, wobei Sie es eigentlich alles schon erklärt haben. Die Anfangssituation auf dem Neuen Pferdemarkt war noch eine Situation, die händelbar war, wo wir sagten, das ist in Ordnung. Der ganze Tag, seit Donnerstagabend fand ja in einer verhältnismäßig aufgeheizten Stimmung statt. Und da ich eine langjährige Erfahrung als Chef der Bereitschaftspolizei habe, weiß ich, was im Schulterblatt passiert, wenn die Stimmung schlecht ist und wir da reinfahren, dann gehen wir sofort in die Konfrontation. Das war auch immer der Grund, Frau Möller weiß das noch aus alten Zeiten, dass wir immer wieder versucht haben, uns möglichst schnell aus dem Viertel rauszuziehen, und für eine beruhigende Lage zu sorgen, weil wir da sonst zum Spielball werden. Und insofern war die Grundidee, wir versuchen, da einmal zu deeskalieren. Denn es ist so, auch wenn jetzt alle kommen und sagen: Mensch, Schulterblatt ist doch die erste Adresse hier. Ich weise einmal zart darauf hin, dass wir die letzten zwei Jahre jedes Schanzenfest in Ruhe feiern konnten und die ganzen Szenarien, die wir über Jahre kannten, sich wirklich beruhigt hatten. Und ich gebe zu, da bin ich ja auch mit Menschen, mit denen ich sonst eher strittig darüber diskutiere, glaube ich einer Meinung, dass, was dann da passiert ist, uns garantiert keiner hätte vorhersagen können, dass man sich so an einem Wohnviertel mit auch Geschäften auslässt, die eher so der tägliche Nahversorger sind. Und das war wirklich der Versuch, in der Anfangsphase zu sagen, bloß da jetzt nicht noch rein und das noch einmal richtig hochfahren. Wenn es nicht mehr geht, machen wir das, aber solange sind wir einmal nicht diejenigen, die jetzt auf jedes Stöckchen reagieren, was hier geht. Kräfte hätten wir genug gehabt, Herr Großmann hatte ja nicht wenig BFEn. Aber wir wären da in eine Lage reingefahren, wo man gesagt hätte, das hättet ihr doch wissen müssen, dass, wenn ihr da jetzt reinfahrt, das richtig rundgeht. Und wir hatten anfangs nur diese Störergruppe auf dem Neuen Pferdemarkt und das war noch gut händelbar. Das hat sich dann nur sehr schnell weiterentwickelt. Allerdings fiel dann auch schnell die Entscheidung, wir legen los, um festzustellen, jetzt ist ein derart reger Zulauf von richtig starkem Potenzial, dass wir noch einmal überlegen müssen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Dr. Dressel, bitte.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, vielleicht noch einmal direkt anschließend, weil es ja auch schon etliche Berichte in den Medien darüber gegeben hat, ob sich im Verlauf des Abends am Schulterblatt auch an den Personenstrukturen, mit denen man es da zu tun hatte, irgendwie etwas geändert hat? Ich habe irgendwo gelesen, das muss ja alles nicht stimmen, am Anfang war irgendwie noch der reale schwarze Block da, aber das hätte sich im Verlauf des Abends in eventorientierte Jugendliche verändert. Es ist die Frage, ohne da jetzt zu sehr ins Detail zu gehen, das ist ja noch den Ermittlungen auch vorbehalten, ob Sie da eine Veränderung im Laufe des Abends ein Stück weit festgestellt haben mit denjenigen, mit denen Sie es da zu tun hatten.

Dann glaube ich, ist die Frage, ob man von anderen Seiten hätte kommen können, glaube ich, die haben wir doch auch sehr eindrucksvoll auch von Ihnen mitbekommen.

Dann noch einmal die Situation, Sie sind dann reingegangen von Schulterblatt 1, haben Sie sich dann Schritt für Schritt durchgearbeitet und haben schon ein bisschen gesagt, dass, je weiter Sie vorgerückt sind, je mehr auch die Tatsache, dass Sie SEK dabei hatten, auch einschüchternd gewirkt hat und sich Leute zurückgezogen haben. Trotzdem hat ja der ein oder andere hier in diesem Ausschuss auch für ein Gebäude auf der linken Seite am Schulterblatt immer ein besonderes Interesse, nämlich die Rote Flora. Haben Sie beim Vorrücken an der Stelle irgendwelche Feststellungen getroffen, dass es auch von da Bewurf gab? Irgendwelche besonderen Vorkommnisse, was die Rote Flora angeht? Oder war das in dieser konkreten Einsatzsituation jetzt ein Haus wie andere auch, die Ihnen da begegnet sind? Vielleicht können Sie da ein Stück weit etwas dazu sagen.

Und dann noch einmal insgesamt abschließend die Frage, es war ja jetzt immer auch in der Auswertung: Was hätte man erwarten können? Auf was war man wie eingestellt? Da wir hier ja nun wirklich sehr viele erfahrene Einsatzführer dabei haben, hat es da aus Ihrer Sicht schon einmal eine Situation gegeben, wo Sie quasi mit SEK-Kräften in so eine Einsatzlage gehen mussten? Vielleicht können Sie das noch einfach noch einmal im Vergleich zu Ihrer eigenen Einsatzgeschichte und Einsatzerfahrung noch einmal beleuchten?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja. Vielleicht zur Frage der realen Zusammensetzung, ob sich die geändert hat. Vielleicht nur einmal eine vorsichtige Beschreibung des Eindrucks, den wir bisher haben. Der ist zwar so, dass sich viele weitere beteiligt haben, aber dass es klare Gruppen sehr entschlossener und auch organisierter Gewalttäter die ganze Zeit über an verschiedensten Stellen gegeben hat, die auch die ganze Zeit über gewirkt haben. Also, da haben sich andere in unterschiedlichem Umfang beteiligt, aber es ist nicht so, dass die eigentlichen Gewalttäter irgendwann weg waren und nur noch der eventhungrige Mob auf der Straße war. Das ist nicht das Bild, was wir im Moment haben. Aber das müssen wir auch noch einmal ... Also da spielen auch Erkenntnisse anderer Behörden mit rein, das würden wir im Sonderausschuss noch einmal vertieft darstellen.

Vorrücken auf die Rote Flora, da würde ich Herrn Zorn noch einmal bitten. Und vielleicht, weil ich das sehr eindrucksvoll finde, sagen Sie auch noch einmal, mit wie vielen Kräften Spezialeinheiten Sie dort eigentlich dann in der Spitze auch unterwegs waren.

Herr Zorn: Ja, danke schön, Herr Senator. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir waren mit etwa 110 Kräften in der Spitze dort vor Ort. Dazu muss man sagen, dass ich Kräfte der Bundespolizei angefordert habe, und zwar Spezialkräfte. Man unterscheidet zwischen Spezialeinheiten und Spezialkräften. Zu den Spezialkräften gehören die BFE+ Einheiten der Bundespolizei. Das sind also geschlossene Einheiten, die in der Bundespolizei mit der GSG 9 taktisch zusammenwirken. Solche BFE+ in dem Sinne gibt es in den Bundesländern nicht. Zu den Spezialkräften gehören weiterhin die Personenschutzkräfte des BKA. Also, ich habe Spezialkräfte der Bundespolizei angefordert, da Herr Großmann natürlich mit seinen Kräften weiter ins Schulterblatt vorrücken wollte und somit die von uns freigemachten Gebäude ja auch gehalten werden sollten. Und insofern habe ich dafür dann Kräfte der Bundespolizei unterstellt bekommen. Und insgesamt waren wir dann, wie gesagt, etwa 110 bis 115, das wird sich dann am Montag rausstellen, wenn wir unsere Nachbereitung gemeinsam gemacht haben mit den Spezialeinheiten aus den Bundesländern. Dann werden wir da etwas präziser in der Auskunft.

Senator Grote: Vorrücken Richtung Rote Flora. Beobachtungen? Hat das Gebäude eine Rolle gespielt? Personen auf dem Dach der Roten Flora? Herr Zorn, wenn Sie dazu Beobachtungen haben, sonst würde Herr Großmann dazu auch etwas sagen. Herr Zorn, können Sie dazu etwas sagen?

Herr Zorn: Herr Senator, ich kann dazu leider nichts sagen, weil wir uns, wie gesagt, bis zur Hausnummer 15 vorgearbeitet haben.

Senator Grote: Okay. Danke. Herr Großmann.

Herr Großmann: Ja, also, die Frage war ja gezielt, hat sich jetzt dieses Gebäude da noch einmal in besonderer Weise abgehoben? Da würde ich sagen, das war schwer möglich von dem, was wir an den ersten Häusern erlebt haben, da noch einmal einen draufzusetzen. Das war auch nicht der Fall. Auch da waren Personen auf dem Dach, aber im Bereich der Roten Flora, kann ich mich jetzt erinnern, ich müsste jetzt in den Unterlagen nachsehen, aber dass wir auf alle Fälle auch starke Einheiten im Flora-Park eingesetzt haben. Und dass es im

Flora-Park auch durchaus zu Angriffen kam, die ähnlicher Kategorie waren wie auch auf der Straße, also Bewurf mit Steinen, Beschuss mit Pyrotechnik, Bewurf mit Pyrotechnik. Also das Umfeld, ich kann mich deswegen erinnern, weil ich auch speziell den Hubschrauber, den wir jetzt schon ein paar Mal angesprochen haben, dort auch noch einmal hin entsendet habe, um den Flora-Park auszuleuchten mit seinem Scheinwerfer, und da eben unter Licht Einheiten hinein zu schicken. Das wäre es erst einmal von meiner Seite als Ergänzung.

Senator Grote: Okay, das heißt aber, Beobachtungen Personen auf dem Dach, haben wir für das Gebäude Rote Flora zum jetzigen Zeitpunkt keine Informationen.

(Abg. Heike Sudmann: Keine Erkenntnisse bleiben keine Erkenntnisse.)

– Ja, ich will ja nur sicher sein, dass wir da an der Stelle präzise sind.
So, und dann haben wir die Frage, was war erwartbar, wann haben wir zuletzt SEK-Kräfte eingesetzt? Sind das Szenarien, die wir vielleicht schon einmal gekannt haben? Dazu wollte gern Herr Dudde etwas sagen.

Herr Dudde: Weil Sie fragten nach Erfahrungsschatz. Ich muss ganz weit zurückgreifen, es waren meine Anfangsjahre in der Hamburger Polizei. Ich meine, dass im Rahmen der besetzten Häuser in der Hafenstraße einmal unser damaliges MEK auf dem Dach abgesetzt wurde oder das Dach geentert hat, um das zu sichern, mit der gleichen Maßgabe, keine Dachplatten, von uns. Danach kenne ich so einen Sachverhalt überhaupt gar nicht, und insofern hätte ich es mir auch vorher fast gar nicht richtig vorstellen können, dass man das so machen muss. Aber es gab in der Situation, die hier, glaube ich, eindrucksvoll geschildert wurde, für uns überhaupt keine andere Möglichkeit, als es mit Spezialkräften zu machen. Ich muss noch dazusagen, das ist vielleicht auch wichtig, man könnte ja auf die Idee kommen, schickt da doch irgendeinen Zug hoch, dann sollen die die abräumen. Es darf nichts passieren. Es darf kein Störer runterfallen, es darf kein Kollege runterfallen, deshalb müssen das Kräfte machen, wo man sicher sein kann, dass die mit dem nötigen Augenmaß, der nötigen Angemessenheit die Lage sofort stabil kriegen. Deshalb sind so Zwischenlösungen, vielleicht geht einmal eine BFE nach oben, auch schon ob der Bekleidung – sie schließen sich aus.

Und ein Wasserwerfereinsatz von unten auf das Dach, haben wir kurzfristig gemacht, um den Druck zu nehmen, ist aber eigentlich auch nicht eine tolle Lösung, weil, man weiß immer nicht, wie es ausgeht. Und das Schlimmste, was passieren hätte können, wenn Kollegen, Störer, Schaulustige – es waren auch welche da, die offensichtlich nur geguckt haben – vom Gerüst gefallen wären oder vom Dach runtergerutscht –, deshalb war für mich der Einsatz der Spezialkräfte der einzige gangbare Weg.

Senator: Noch einmal vielleicht auch der Polizeipräsident dazu?

Herr Meyer: Also wenn Herr Dudde sagt, das ist keine tolle Lösung, dann meint er, es ist zu gefährlich, das so zu machen.

Ich glaube, man muss immer noch einmal wieder zurückkommen, ich merke das auch an den Fragen, und wir haben ja durchaus offene Erkenntnisse des Landesamts für Verfassungsschutz, ich glaube aber, dass dort viel mehr Erkenntnisse sind, die man sicherlich dann in der Frage Sonderausschuss noch heranziehen kann, dass klar war, durch Hinweise vom LfV, dass der 7. Juli 2017 eben der Tag war, bei dem man sich in eine Art Hasstirade begeben hat vonseiten der Militanten, und dass klar war, man will sich an Polizisten rächen, man wusste nur nicht, wo. Dann kam um 8.15 Uhr in Altona ... wurde ein Molotowcocktail bei dieser marodierenden Menge auf einen Streifenwagen geworfen, der brannte ab, dann kam der Hinweis, Molotowcocktails sollen an diesem Tag eingesetzt werden. Man wusste nur nicht, wo.

Dann hat sich die Lage so entwickelt, wie sie beschrieben wurde am Pferdemarkt/Grüner Jäger. Das heißt, da war in der Schanze noch gar nicht das Klientel. Wir haben berichtet, die Erfahrungen, wenn wir reingegangen wären, hätten wir zu dem Zeitpunkt, nicht mit dem Wissen von heute, von jetzt, sondern zu dem Zeitpunkt, hätten wir die Lage dort zu einer Angriffslage, zu einer Eskalation gebracht. Deswegen hat es sich entwickeln können oder auch müssen. Um 20.25 Uhr kriegten wir dann die Meldung vom Verfassungsschutz, dass sich in der Mitte oder in der Schanze, im Schulterblatt, Italiener, Skandinavier, besonders gewaltbereit, befinden, um eben Teil der Angriffswellen vorzubereiten, Griechen auf den Dächern, ich hatte es bei meiner Eingangsbemerkung gesagt, es müsste also im Wortprotokoll schon drin sein, und diese Situation herrschte vor.

Drumherum, wenn ich jetzt noch einmal an die Russen erinnern darf, wo man sich fragt, wieso kommen Leute aus Moskau, wie sind die hier, was machen die hier, dann sieht man daraus diese Melange, die sich da entwickelt hat. Und es war nicht so, dass plötzlich nur noch Dritte da waren, die man ... ich möchte gar nicht den Begriff Schaulustige nennen, das waren Gewalttäter, die einfach möglicherweise auch mobilisiert durch die beiden Sender, die ja 7/24 von der Lage berichtet haben. Das heißt, man konnte ja in Billstedt den Entschluss fassen, da hinzufahren, weil da jetzt gerade es unheimlich abgeht. Das heißt, dadurch ist eine unheimliche Dynamik entstanden inmitten derer ... Der militante Bereich war angeführt von Ausländern, von denen wir vorher schon gemerkt haben, dass die vorangehen im Sinne, im negativen Sinne vorangehen und quasi eine Militanz und eine enthemmte Angriffswut und Gewalt an den Tag legen, und dann umgeben von diesen Gewalttätern, Schaulustigen, ich glaube, das war das, was dann so langsam sich entwickelt hat, woraus man dann irgendwann diese Situation hatte, die man eben nicht vorhersehen konnte und wo auch ich mich noch erinnere an Zivilfahnder, die dort im Gebiet seit Jahr und Tag eingesetzt sind, die gesagt haben, ich habe noch nie so viel gebetet, dass ich meine drei Töchter am nächsten Morgen wiedersehe. Und die dabei auch Tränen in den Augen hatten. Diese Situation, glaube ich, das kann mir keiner erzählen, auch wenn ich nicht dabei war und wenn ich das nur am Bildschirm gesehen habe, die war mit nichts vergleichbar, jedenfalls mit nichts, was wir Jahrzehnte zurückliegend in diesem Bereich erlebt haben. Und es hat sich sukzessive so entwickelt. Und, ja ... – Vielen Dank.

Senator Grote: Herr Großmann vielleicht noch einmal als erfahrener Polizeiführer, auch ähnliche Szenarien, SEK-Einsätze, in früheren Lagen.

Herr Großmann: Nein, keine. Ich schließe mich den Ausführungen an.

Ich will noch einmal ergänzen die eine Weichenstellung. Herr Dudde hatte die Gefahren auf den Dächern sowohl für das polizeiliche Gegenüber als auch für die Kräfte angesprochen. Ich erinnere noch einmal an die Quelleninfo, die wir hatten, die da lautete, wenn Polizeikräfte in die besetzten Gebäude oder in die Gebäude eindringen, dann ist die Notwendigkeit, dass diese Polizeikräfte von ihrer Schusswaffe Gebrauch machen müssen, nicht auszuschließen, und das ist einfach auch in der Polizei eine Weichenstellung. Wenn wir das Erfordernis eines Schusswaffeneinsatzes im Bereich einer bestimmten Wahrscheinlichkeit einordnen, dann landen wir einfach auch bei SE-Kräften. Ich kann mich selbst nicht an eine solche Lage erinnern. Ich hatte Ihnen bei der Vorstellung meiner Person gesagt, ich bin schon einige Jahre in diesem Bereich unterwegs, auch als verantwortlicher Einsatzabschnittsführer für Eingreifkräfte, auch mit Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten unterwegs, und an so einen Appell von Zivilkräften, sich rauszuziehen, an eine so intensive und ablehnende Beratung, ohne weitere Unterstützung und ohne Spezialeinheiten hineinzugehen, kann ich mich während meiner aktiven Zeit in dieser Funktion nicht erinnern.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dr. Dressel mit einer Nachfrage.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Damit ist ja auch klar, es war nicht Teil der ganzen Einsatzkonzeption, sondern das ist ja dann erst an dem Abend sozusagen in der Situation

entstanden, dass man diese Kräfte nachführt. Da haben Sie genickt, also dann haben wir auch diesen Punkt zu Protokoll.

Was mich noch einmal, weil Sie die Tataufklärer angesprochen haben, interessiert, was die an dem Abend auch beobachtet haben konkret an Vorbereitungshandlungen im Quartier, vielleicht auch an Unterstützungshandlungen aus dem Quartier heraus, von Leuten, die da unterwegs gewesen sind. Es gab ja diese Bilder, wo dann ein kleines Steinmüerchen da aufgebaut wurde mit Pflastersteinen und so weiter. Was wurde an Handlungen da beobachtet? Und auch ein bisschen Erkenntnisse, wer sich daran wie beteiligt hat. Waren das jetzt nur die, die Sie da als ausländische Täter und so weiter identifiziert haben, oder auch Leute natürlich auch von drum herum, weil natürlich uns die Frage, welche Unterstützungsstrukturen in der Stadt und vor Ort machen das eigentlich möglich, dass so etwas so passiert. Haben Sie da Beobachtungen gemacht?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Können wir dazu zum jetzigen Zeitpunkt etwas sagen, was wir bisher noch nicht gesagt haben? Herr Großmann.

Herr Großmann: Nein, ich habe eigentlich die Beobachtungen, Informationen von den verdeckten Kräften in den vorhin vorgelesenen Zitaten umfassend dargestellt. Das waren die Beobachtungen, die die gemacht haben und die sie mir mitgeteilt haben.

Vorsitzender: Okay, vielen Dank. Herr Ilkhanipour bitte.

Abg. Danial Ilkhanipour: Vielen Dank. Ich habe zwei Fragekomplexe. Zum einen das Thema Schaulustige, Sie hatten das ja an verschiedenen Stellen angerissen. Meine Frage: Wie sehr hat Sie das beschäftigt? Waren die, in Anführungsstrichen, lediglich störend oder haben sie tatsächlich auch den Einsatz an verschiedenen Stellen gefährdet, also einen erfolgreichen Einsatz gefährdet? Das Verhältnis, mit dem Sie sich mit denen, in Anführungsstrichen, beschäftigen mussten.

In dem Zusammenhang auch, Sie sagten ja, hinsichtlich der Störer und Gewalttäter eine nie dagewesene Qualität im Vergleich zu anderen Erfahrungswerten. Auch da die Frage: Gilt das auch für die Schaulustigen, also Quantität, aber auch hinsichtlich des Eingreifens, des Verhaltens? Ist das vergleichbar mit dem 1. Mai gewesen oder wurde da viel intensiver eingegriffen oder sich kontraproduktiv, sage ich jetzt einmal, verhalten? Und in dem Gesamtzusammenhang, wie habe ich mir das vorzustellen? Waren das so zwei unterschiedliche Gruppen, die koexistiert haben, Schaulustige und Täter, oder wurde sich hinter denen auch verschanzt? Wurde da interagiert irgendwie? Ich hatte ein Beispiel, weshalb ich das frage. Mir wurde berichtet, dass dort von einem Täter, einem potenziellen Täter, dann irgendwann gerufen wurde, „In five minutes run or fight!“ zum Beispiel. Also wurden die da vielleicht auch animiert an der Stelle? Gibt es da Erkenntnisse?

Und der zweite Komplex geht ein bisschen in die Richtung der Frage, die Sie zurzeit nicht beantworten können, von Herrn Dressel, nur andersrum. Gab es sichtbar denn auch aus der Szene und aus der Umgebung deeskalierende Kräfte? Kann man dazu vielleicht etwas sagen? Weil, jetzt im Nachhinein wird ja zunehmend auch kommuniziert, dass man das ja nicht haben wollte, jedenfalls nicht in der Schanze, nicht im eigenen Hinterhof. Dann wäre meine Schlussfolgerung ja, dass man dann vielleicht in der Situation ja auch versucht, auf die Täter dann einzuwirken im Vorfeld, an verschiedenen Stationen das vielleicht zu lassen. Gibt es da Kenntnisse für eben deeskalierendes Agieren seitens der Szene?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Man muss, glaube ich, auf Folgendes hinweisen. Das Erste ist, dass natürlich dieser ganze Komplex, dieses Zusammenwirken von denjenigen, von denen wir sagen würden, das waren diese 5 000 Gewaltbereiten, die aus Anlass des Gipfels jetzt nach Hamburg gekommen sind und denen wir einen Großteil der Ereignisse zuschreiben können, und deren Zusammenwirken mit anderen, die quasi spontan sich dem angeschlossen und sich in die Ereignisse einbezogen, eingebunden haben selbst, dass das mit zu dem Schwierigsten gehört, was wir hier zu untersuchen haben. Und wir auch sehr vorsichtig sind, dazu jetzt dezidierte Schilderungen abzugeben.

Wir haben ganz unterschiedliche Phänomene gehabt. Wir müssen sehen, dass wir zum Teil gar nicht unterscheiden konnten, ob jemand jetzt eigentlich zu der einen oder zu der anderen Gruppe gehört, weil ein Teil der Strategie eben war, sich erst einmal unauffällig zu verhalten, bunt gekleidet am Rand zu stehen und dann sich plötzlich einzuschalten. Das kann jemand gewesen sein, der die ganze Zeit mit dieser Absicht unterwegs war, es kann aber auch wirklich ein vorher Unbeteiligter gewesen sein.

Es gibt schon so einen Eindruck unter den Beobachtern, dass viele sich dann auch in diese Dynamik fast wie in einen Rausch da auch mit reinbegeben haben und einfach mitgemacht haben aus Gründen, die wir wirklich ... die man richtig untersuchen muss, wahrscheinlich sogar wissenschaftlich untersuchen muss. Es gibt die Beobachtung, dass sich jedenfalls ganz viele auch überhaupt nicht abgegrenzt haben. Dass auch, wenn es die Durchsagen gab und wenn es Wasserwerfereinsatz gab und so weiter, dass das als Spektakel wahrgenommen wurde, dass man neben den Gewalttätern stehengeblieben ist und entweder noch Fotos gemacht hat oder vielleicht sogar selbst einmal eine Flasche geworfen hat. Also eine ganz diffuse Lage, sehr schwer zu beschreiben und sehr schwer zu begreifen.

Und eben mit sehr vielen fließenden Übergängen. Deswegen bitte ich da auch um Verständnis, dass wir das jetzt noch nicht so ganz klar und deutlich einordnen können. Da werden wir jetzt ein Puzzle zusammensetzen müssen aus ganz vielen Beobachtungen und ganz vielen Eindrücken, um da ein immer besseres Bild zu bekommen. Und, wie gesagt, das erreicht irgendwann eine wissenschaftliche Ebene, weil es wirklich ein sehr besorgniserregendes und besonderes Phänomen ist.

Das gesagt habend, frage ich aber doch noch einmal Herrn Großmann, ob er noch etwas beitragen kann dazu.

Herr Großmann: Keine Ergänzung.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Schumacher.

Abg. Sören Schumacher: Ja, vielen Dank. Ich möchte, bevor ich zu ein paar Fragen komme, zwei Feststellungen machen. Bevor ich heute Abend hier hergekommen bin, war ich nicht so erkenntnisreich, wie wir es jetzt sind, und es sind ja auch nur Teile, insofern danke ich, dass Sie uns zur Verfügung stehen und die Fragen beantworten. Die zweite Feststellung ist, dass der Innenausschuss ja anscheinend auch schon in seiner letzten Sitzung hohes Interesse daran hatte, wie das polizeiliche Vorgehen ist, wenn Menschen auf Dächern sind. Das alles kann man im Wortprotokoll des letzten Ausschusses nachlesen.

Ich habe eine kleine Verständnisfrage zu der Gesamtlage. Es ist ja wirklich sehr, sehr schwierig für uns zu überblicken, in welchen Minutentakten was wie passiert ist. Ich beginne einmal mit Herrn Großmanns Vortrag. Sie sagten, es gab schon, bevor eigentlich die Einsatzlage gegen 19 Uhr/19.30 Uhr dort losging, wenn ich es so richtig verstanden habe, das können Sie ja gleich noch einmal richtigstellen, massive Angriffe auf die Polizei, und Sie hatten auch schon 200 verletzte Polizisten. Wenn Sie das noch einmal einordnen könnten, in welchem Zeitraum das war und was dort konkret passiert ist, dass es zu so vielen verletzten Polizisten gekommen ist.

Ein zweiter Ansatzpunkt war die Nichtmöglichkeit des Einschreitens auf das Schulterblatt durch die bekannten Besetzungen auf den Dächern. Sie haben ja sehr eindrücklich geschildert, wie die Wasserwerfereingriffe waren, wie schnell die auch leer waren und dass es zum Einsatz von anderen Zwangsmitteln gekommen ist. Können Sie uns da bitte noch einmal schildern, wie ich mir das so vorzustellen habe und welche Zwangsmittel das sind? Ob das Pfefferspray ist oder was damit gemeint ist.

Und ganz zum Schluss die Verständnisfrage zum SEK. Sie haben ja sehr minutendetailliert vorgeschildert, wann Sie Kräfte vor Ort hatten, wann Sie die angefordert haben und dass Sie immer wieder weitere Kräfte alarmiert haben. Habe ich das richtig verstanden, dass es sich dabei um weitere Spezialeinsatzkräfte handelte?

Und der letzte Punkt war dann, um 0.20 Uhr, sagten Sie, nochmal weitere Kräfte, die mit dem Survivor gefahren sind. Handelt es sich dabei aufbauend immer weiter um SEK-Kräfte, die dann zu der Zahl von über 100 gekommen sind?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, verschiedene Fragen. Vielleicht noch einmal einleitend zur Gesamtlage am Freitag, womit wir es da eigentlich zu tun hatten. Dazu ist es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir beginnend wirklich mit dem frühen Morgen ein ganz hohes Aggressionspotenzial und eine hohe Angriffsbereitschaft gegenüber Polizeikräften hatten. Das beginnt schon morgens irgendwann zwischen 6 und 7 Uhr im Bereich Vorhornweg/Volkspark/Rondenbarg mit harten ersten Auseinandersetzungen mit entsprechend Verletzten und auch entsprechenden Funden. Um einmal ein Bild davon zu erzeugen, wie man dort unterwegs war und wie von denjenigen, die für diese Ereignisse die Hauptverantwortung tragen, wie die eigentlich in diesen Tag reingegangen sind, würde ich einfach noch einmal die Bilder vom Rondenbarg morgens zeigen, auch das, was wir dort gefunden haben an Material, wovon wir ja ausgehen mussten, dass es im Laufe des Tages eingesetzt werden soll. Das war also schon an dem Morgen Und vielleicht einmal die Bilder von dem gefundenen Material dort. *(siehe anliegende Präsentation, Folien 8 - 22)*.

Da hat es also schon früh morgens eine heftige ... Und das ist das Material, das dort gefunden wurde. Vielleicht ruhig einmal weitergehen. Feuerlöscher, Steine, Pyrotechnik jeder Art. Dann gibt es da ein Bild, einmal gucken, ob wir das irgendwo haben, noch einmal Pyrotechnik, Stahlseile. Wo ist das Bild mit den Stahlseilen? Kommt noch. Also Vermummungsmaterial, hier das Stahlseil, so fing dieser Tag schon an. So ist man im Grunde genommen in diesen Tag hineingegangen. Und da hat es sich fortgesetzt in ständigen sehr harten Auseinandersetzungen den gesamten Tag über, im Bereich Altona zunächst, im Bereich St. Pauli, dann später im Grunde genommen der Versuch in Richtung Schutz-/Sicherheitszone Elbphilharmonie vorzudringen und und und, dann am Nachmittag wieder im Bereich St. Pauli und dann abends nachher sich entwickelnd Richtung Schulterblatt. Das war so ein bisschen die Lage. Und dann würde ich vielleicht Herrn Großmann bitten, noch einmal zu erläutern, quasi noch ein bisschen detaillierter, was vor 19.30 Uhr passiert ist und woher die 200 Verletzten gekommen sind.

Herr Großmann: Ja, das kann ich machen. Herr Senator, Sie haben das Zeitfenster eigentlich schon sehr, sehr gut beschrieben. Ich hatte in meinem Eingangsstatement gesagt, ich hatte zu diesem Zeitpunkt bereits über 200 Verletzte, und das spielte natürlich eine Rolle in der Beurteilung der Lage. Wenn Sie jetzt nach dem Zeitfenster genau fragen, dann meine ich, ohne mich jetzt auf den einzelnen Beamten festlegen zu wollen, dass die Zahlen drastisch nach oben geschossen sind, die Zahl der verletzten Kollegen in meinem Abschnitt am Donnerstagabend bei den Maßnahmen unten im Bereich Fischmarkt/Hafenstraße, also an dem Aufzug Welcome to Hell und den Anschlussaktionen, die sich daran anschlossen. Das ist ein großer Faktor gewesen, wo wir viele Verletzte hatten.

Der nächste Faktor ist genau der, den der Senator eben auch schon vorgestellt hat und wo wir jetzt auch schon das Bildmaterial gesehen haben, im Umfeld des Stadions, also hier Rondenborg/Schnackenburgallee, in diesem ganzen Bereich hatte jeder Versuch des Aufstoppens einer Personengruppe, die jeweils auch in deutlicher Überzahl, also das polizeiliche Gegenüber in Überzahl gegenüber den eingesetzten Kräften, aufgestoppt wurde, hat sofort zu massiven Auseinandersetzungen geführt und zu einer erheblichen Zahl an Verletzten. Das setzte sich fort aus dem Stadionumfeld dann in den Bereich Innenstadt, in den Bereich Balduintreppe/Hafenstraße, in den Bereich Millerntorplatz, aber auch an das Alsterufer, als wir dann von der Uhrzeit so Richtung Kolonnenfahrten Hotel zum Messegelände waren zeitlich.

Wir hatten nachmittags einen Aufzug, der den Aufzugsbegleitkräften ja entwichen oder durchgebrochen ist, der dann in dem Zwischengelände Alter Elbpark, also Millerntorplatz/Alter Elbpark, versucht hat, Richtung Elbphilharmonie zu kommen. Auch bei dem Versuch oder nicht bei dem Versuch, bei den Einsatzmaßnahmen, auch diese Personengruppen auf dem Weg zum Baumwall, zu den Elbbrücken aufzustoppen, kam es zu massivem Zwangseinsatz. Wir hatten auf der Seewartenbrücke, die Brücke, die über die Helgoländer Allee geht, in dieser Phase, das muss so der frühe Freitagnachmittag gewesen sein, hatte ich eine Situation, da kann ich mich auch noch einmal gleich anschließen an den Aspekt Habe-ich-noch-nie-erlebt eine ganze Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft, die per Funk einen Notruf abgesetzt hat. Die Kennworte waren ja alle prominent in den Medien aufgelistet, deswegen kann man sie auch hier nennen, die also den Stieglitzruf abgesetzt haben, das heißt, Polizeibeamter in Not. Hier war es kein Polizeibeamter in Not, hier war es eine ganze Hundertschaft in Not, und das minutenlang im Bereich der Seewartenbrücke. Auch da haben wir eine erhebliche Zahl von Verletzten gehabt. Und so kommen wir in Summe, bis wir dann hier in diesem Zeitfenster landen, 19/19.30 Uhr, so kommen wir dann in Summe schon auf 200. Und ich betone noch einmal, allein in meinem Abschnitt. Es gab ja auch noch viele andere Einsatzabschnitte.

Senator Grote: Ergänzung: Bei der Seewartenbrücke handelt es sich vermutlich um die Kersten-Miles-Brücke, nehme ich an.

(Herr Großmann: Brücke über die Helgoländer Allee!)

Brücke über die Helgoländer Allee, allgemein bekannt als Kersten-Miles-Brücke.

Dann noch einmal die Frage, auf den Dächern, Schulterblattsituation, Zwangsmittel, worüber sprechen wir bei Zwangsmitteln. Herr Großmann.

Die zweite Frage war, die Situation Schulterblatt, Dächer, Einrücken ins Schulterblatt, Einsatz von Zwangsmitteln. Über welche Zwangsmittel sprechen wir.

Herr Großmann: Wir haben in der Phase, wo wir die Wasserwerfer wechseln mussten, die habe ich Ihnen vorhin geschildert, das waren die Momente, als wir deutlich höheren Druck personell abzuwehren hatten beziehungsweise mit der Ausstattung abzuwehren hatten, die die Einheiten eben am Mann tragen, und da haben wir in einzelnen Notwehrsituationen Reizstoffe mit Mehrzweckpistolen verschossen, um uns das angreifende Gegenüber auf Distanz zu halten. Das sind eigentlich die einzigen besonderen Einsatzmittel, die wir da eingesetzt haben, ansonsten beschränkte sich das bei den Festnahmen auf den Einsatz des Mehrzweck Einsatzstoffes, auf den Einsatz von Fesselungsmitteln. Also keine weiteren Besonderheiten.

Senator Grote: Da müssen wir noch einmal zum SEK-Einsatz ... Was war genau das Ziel der Frage?

Abg. Sören Schumacher: Das Ziel der Frage, es waren ja nicht die 100 am Anfang da, wenn ich das richtig verstanden habe, dass die weiteren Anforderungen dann bis zum Ende immer die SEK-Einheiten waren.

Senator Grote: Dazu noch einmal Herr Zorn bitte.

Herr Zorn: Ja, danke, Herr Senator. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir haben in den taktischen Aufträgen an den Gebäuden in der Straße Schulterblatt ausschließlich SEK-Kräfte eingesetzt und auch die nachalarmierten Kräfte sind SEK-Kräfte gewesen. Wir haben einige logistische Unterstützung gehabt, das betraf dann Kräfte der Bundespolizei, die ich vorhin angesprochen habe. Einerseits die sogenannte BFE Plus, darüber hinaus einen Sonderwagen 4 mit einem LED-Lichtmodul drauf, damit wir die Häuser auch von außen beleuchten können. Das sind keine Mitglieder von Spezialeinheiten gewesen. Und wir haben Kräfte aus dem Einsatzabschnitt Reisewege der Bundespolizei bekommen, die die SEK-Fahrzeuge gesichert haben, damit die nicht beschädigt werden oder sonst wie abhanden kommen. Aber wenn es um die reine Operation an und in den Gebäuden ging, sind es aufwachsende Kräfte der SEKs gewesen beziehungsweise des Einsatzkommandos Kobra.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Ja, eine Vielzahl von Ereignissen, die wir irgendwie noch lange nicht durchhaben. Ich möchte nur eine kurze Nachfrage zu den Bildern stellen. Da hätte ich die Bitte, dass Sie noch einmal kurz sagen, wann genau dieses Sortiment, um es in einem Wort zu sagen, sichergestellt worden ist. War das in der Situation, wo, wenn ich das hier richtig lese, eine Gruppe von 30 Personen festgesetzt worden ist gegen 6.33 Uhr – habe ich hier stehen –? Ist das aus dieser einen Gruppe oder ist das aus mehreren Einsätzen zusammengetragen worden? Das wäre meine eine Frage.

Ansonsten wollte ich noch einmal einen anderen Punkt aufgreifen, nämlich die Frage nach dem Umgang mit den Demo-Sanitätern. Sie hatten das beschrieben eben bei dem Einsatz ganz zu Anfang. Sie haben im Haus, in dem letzten Haus, das Sie begangen haben und durchsucht haben, eine Gruppe von Demo-Sanitätern bei der Behandlung von Verletzten aufgefunden. Das haben Sie unterbrochen, diese Hilfeleistung, so formuliere ich es jetzt einmal, und haben für den Verletzten einen Rettungswagen angefordert, und die Demo-Sanitäter, so habe ich es verstanden, sind ihres Weges gegangen.

Ich würde das gern grundsätzlich einmal abfragen, wie der Umgang mit diesen Demo-Sanitätern ist, die ja durchaus auch behilflich sind bei verletzten Polizisten und Polizistinnen – das ist ja auch wohl, wenn ich das richtig weiß, im Laufe dieser Woche auch der Fall gewesen – und andererseits, meiner Meinung nach, bisher jedenfalls immer akzeptiert worden sind, auch von den Einsatzkräften der Polizei und anderen, auch von der Feuerwehr, wenn ich es richtig weiß, als Einsatzkräfte, also in ihrer Rolle akzeptiert worden sind. Die sind ja deutlich erkennbar, die tragen ihre Ausrüstung dabei und Ähnliches. Da gibt es eine Beschwerdelage, die ja auch die Polizei erreicht hat sicherlich von hauptberuflichen Sanitätern, die hier ihre Hilfe geleistet haben. Deshalb würde ich ein bisschen mehr darüber wissen, wie eigentlich die Rolle, die die dort spielen, gesehen wird aus Sicht der jeweiligen Polizeiführungen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also zunächst zu der Frage Bilder, insbesondere das eine Bild oder die Bilder mit diesen Sortimenten dessen, was gefunden wurde. Welches war die Situation? War es eine oder waren es mehrere? Dazu Herr Großmann.

Herr Großmann: Ja, ich bin jetzt bei den Bildern einmal ein bisschen zurückgesprungen. Die ganzen Gegenstände stammen aus einer einzigen Situation, es war keine Sammlung, die wir da zusammengetragen haben. Und bei dem Vorfall oder bei dem Ereignis sprechen wir davon, dass sich eine Gruppe von 200 Personen aus dem Camp im Volkspark gelöst hat. Ich habe um 6.15 Uhr am Freitagmorgen eine Einheit von mir damit beauftragt, diese Personengruppe von 200 Personen, die zu dem Zeitpunkt bereits in der Straße Rondenbarg unterwegs waren, eine Parallelstraße zur Schnackenburgallee, zu überprüfen.

Die Kräfte sehen Sie hier, die sind mit Fahrzeugen der Gruppe entgegengefahren, das ist die Straße Rondenbarg, haben dann in einer Entfernung, wie Sie hier sehen, von circa 100 Metern vor der Personengruppe angehalten mit ihren Fahrzeugen, sind ausgestiegen, haben eine gewisse Einsatzformation vor ihren Fahrzeugen eingenommen und sind dieser Gruppe entgegengegangen mit dem Ziel, sie zunächst einmal aufzustoppen und die weitere Absicht zu klären und die Gruppe zu überprüfen. Dabei setzte sofort ein massiver Bewurf ein als eine Distanz von circa 50 Metern erreicht war, erneut mit Steinen, mit Flaschen, mit Pyrotechnik, man sieht es zum Teil auf der Straße liegend, auch die Gegenstände. Die Einheit hat sich dann irgendwann entschlossen, die Wurfweite zu unterlaufen, der Personengruppe mit hoher Geschwindigkeit entgegenzulaufen, um den Bewurf zu unterbinden. Dabei ist ein Teil der Personengruppe auf einen Zaun ausgewichen, der das Firmengelände der Firma TRANSTHERMOS eingefriedet hat. Da sind sie, also eine Gruppe, auf der Flucht vor den Einsatzkräften aufgestiegen. Dann hat irgendwann die Statik nachgelassen von diesem Zaun, von dieser Balustrade und die Personen sind dann einen kleinen Absatz heruntergefallen. Eine andere Personengruppe ist eine Böschung hochgeflüchtet auf der anderen Straßenseite. Insgesamt haben wir 73 Personen aus dieser Menschenmenge von insgesamt 200 zu Boden gebracht und dort erst einmal festgesetzt. Herr Hieber, glaube ich, hat es schon einmal angesprochen, dass ein Teil dieser Personen dann eben nicht gewahrsamsfähig war, also zunächst einmal nicht in seinem Bereich gelandet ist, weil wir sie entsprechend in Krankenhäuser haben abtransportieren lassen aufgrund ihrer Verletzungen. Das waren Verletzungen aus dem Unfall im Zusammenhang mit dem Zaun, mit dieser Balustrade.

Das war die Situation. Und bei den Personen, die wir eben festgenommen haben oder in Gewahrsam genommen haben, haben wir all die Gegenstände gefunden, die Sie da auf den Bildern sehen.

Senator Grote: Dann die zweite Frage, Sanitäter. Da würde man, glaube ich sagen können, dass es bei denen, die wir nachts im Schulterblatt angetroffen haben, vermutlich nicht um Demo-Sanitäter im engeren Sinne sich gehandelt hat, weil wir ja keine Demo hatten, aber jedenfalls sind die dort Sanitäteraufgaben nachgegangen. Zu diesem konkreten Geschehen vielleicht noch einmal ergänzend Herr Zorn und zum grundsätzlichen Umgang mit der Frage Demo-Sanitäter dann Herr Dudde. Herr Zorn.

Herr Zorn: Danke, Herr Senator. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich hatte vorhin gesagt, dass es sich möglicherweise bei dem Objekt um das Gebäude Schulterblatt 15 gehandelt haben könnte. Es handelt sich aber um das Gebäude Schulterblatt 10. Dort wurden um 0.23 Uhr Personen hinter einer Tür wahrgenommen, und die Standardvorgehensweise, die der Senator eben angesprochen hat, bei Spezialeinheiten ist, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir sehr viele Gewalt- und Straftäter in diesem Umfeld hatten, dass die Tür gewaltsam geöffnet wird, dass die Personen, die sich dann im unmittelbaren Einwirkungsbereich der Kräfte befinden, sofort bedroht werden. Das ist eine Standardvorgehensweise bei Spezialeinheiten, dass gesagt wird, Hände über den Kopf, Polizei, nicht bewegen, und dann hat jede dieser Personen sich einmal um die eigene Achse gedreht, ist auch durchsucht worden. Für die verletzte Person ist dann ein Rettungswagen gerufen worden, die Person war in eine Aludecke eingewickelt. Die Vorgehensweise ... Wenn man natürlich vorher gewusst hätte, dass sich, ich nenne es jetzt einmal vorsichtig, Rettungskräfte, ausschließlich Rettungskräfte hinter einer Tür

verbergen, dann hätten wir natürlich klingeln können und sagen können, Rettungskräfte, bitte öffnen. Nur die Gesamtsituation, da bitte ich um Verständnis, hat also diese alternative Vorgehensweise nicht hergegeben. – Danke.

Senator Grote: Dann Herr Dudde zum grundsätzlichen Umgang mit sogenannten Demo-Sanitatern.

Herr Dudde: Da gibt es keinen, also wir halten keinen davon ab, anderen Menschen zu helfen. Wenn der dabei noch eine rote Jacke anhat, also sich als Demo-Sanitäter erkennbar zeigt, dann werden wir ihn an der Arbeit nicht hindern. Das ist ganz klar. Da gibt es auch keine Weisungen von mir oder Ähnliches. Also die dürfen ihre Arbeit tun. Allerdings, zum Thema Demo-Sanitäter und Rondenbarg hätte Herr Hieber noch zwei kleine Ergänzungen.

Herr Hieber: Ja, ich würde mir einfach erlauben ... Das Bild, was Sie gerade gezeichnet haben vom Demo-Sanitäter, rief bei mir so aufgrund der Staatsschutzerfahrung ein bisschen Irritationen hervor. Ich kann sagen, dass ich eine Reihe von Zielpersonen kenne, die stark im linksextremistischen Bereich verwurzelt sind, die genau so eine Funktion übernehmen, und da habe ich gar nicht die Vorstellung des barmherzigen Samariters. Um vielleicht noch einmal das ein bisschen zu konkretisieren an der Stelle, wir haben durchsucht in mehreren Objekten in Rostock im Vorfeld dieser Welcome to Hell-Veranstaltung und hatten dort eine Zielperson dann auch langfristig in Gewahrsam gebracht in Mecklenburg-Vorpommern, die auch schon in Hamburg aufgefallen war als extrem gewalttätig und der wir auch schwere Gewaltstraftaten zugerechnet hätten für den G20. Bei dem umfangreichen Waffenlager, was wir gefunden haben in der Garage war ebenso umfangreiches Verbandsmaterial, Blutdruckmessgeräte, Manschetten, entsprechend Kanülen und ähnliche Dinge, die ein Demo-Sanitäter sicherlich mit sich rumträgt, aber eben auch Brandsätze und andere improvisierte Waffen, die bis zu tödliche Verletzungen hervorrufen können. Also meine Wahrnehmung ist, dass sozusagen die Bereitschaft zur Hilfe einseitig verteilt ist und sich nach meiner Wahrnehmung nicht so stark auf Polizeikräfte erstreckt.

Vielleicht auch noch eine Ergänzung im Bereich Rondenbarg, die ich hier noch gern machen möchte für den Ausschuss. Es ist ja so gewesen, dass es zu 59 Festnahmen gekommen ist, im Ergebnis sind 46 Personen dann mit richterlicher Bestätigung längerfristig in Gewahrsam genommen worden und bei 13 Personen sind U-Haftbefehle ergangen. Was ich noch bemerkenswert finde, ist, dass zwischenzeitlich Haftprüfungen umfangreich stattgefunden haben und dass immer noch zehn Personen sich in Haft befinden. In zwei Fällen wurden die Haftbefehle aufgehoben, in einem Fall gab es Haftverschonung. Das ist, weil natürlich auch im weiteren Verlauf der Ermittlungen dann auch tatsächlich feste Wohnsitze auf einmal auftauchen, doch eine sehr bemerkenswerte Zahl, sage ich einmal, von bestätigten Haftbefehlen, die also, glaube ich, auch noch einmal zeigt, dass in diesem Falle tatsächlich auch gerichtsverwertbar da deutlich wurde, was für ein Potenzial auf der Straße war.

Vorsitzender: Frau Möller für eine Nachfrage.

Abg. Antje Möller: Ja, also vielleicht habe ich mich nicht richtig ausgedrückt, aber ich habe einfach eine grundsätzliche Frage gestellt und das Beispiel genommen, was Sie, Herr Zorn, eben erklärt haben. Mir ging es um die grundsätzliche Frage, so wie ich sie gestellt habe, gibt es dafür eine besondere Regelung, eine Art Vereinbarung, die niemand irgendwie einmal aufgeschrieben hat. Und damit verbunden war lediglich meine Frage, ob es zutrifft, dass es auch so ist, dass, wenn es dann gerade passt und niemand anders in der Nähe ist, jetzt drücke ich es einmal so aus, selbstverständlich gegenüber der Polizei Hilfeleistung erfolgt oder erfolgen kann und dass das auch eigentlich zu dem durchaus eingespielten Miteinander bei solchen Versammlungen gehört, oder nicht, das wollte ich einfach nur nachfragen. Und nichts weiter.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Gut, also ich denke, zum grundsätzlichen Umgang hat Herr Dudde gesagt, dass wir niemanden daran hindern und dass es natürlich immer gut ist, wenn anderen Menschen medizinisch geholfen wird. Ob wir jetzt Erfahrungen haben, dass solche Demo-Sanitäter auch Hilfe an Polizeikräfte geleistet haben, da gucke ich einmal in die Runde, ob wir das bestätigen können. Müssten wir sonst noch einmal vertiefen im Sonderausschuss. Spontan gibt es dazu keine Erkenntnisse.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Timmermann bitte.

Abg. Juliane Timmermann: Vielen Dank, die Herren, für die doch sehr anschaulichen Schilderungen. Ich glaube, die sind auch noch einmal ganz wichtig, insbesondere auch für die Bewohnerinnen und Bewohner in der Schanze, dass dieses Gefühl von Hilflosigkeit, was dort ja auch entstanden ist, auch noch einmal sehr deutlich wurde, dass Sie ein ähnliches Empfinden hatten, Ihrem Dienst sozusagen in der gewohnten Art und Weise nicht nachzukommen, nämlich bei sozusagen 110-Hilfe einzuschreiten und dort den Menschen hilfreich zur Seite zu stehen.

Eine Frage, die ja immer noch im Raum wabert, ist so ein bisschen, ob dann tatsächlich die Telefonnummer immer erreichbar war. Einige sagten ja, dass sie gar nicht tatsächlich um Hilfe rufen konnten, wie sie es gern gewollt hätten. Insoweit da noch einmal die Nachfrage, um dieses auch aufzuklären.

Und das andere ist, das hatte ganz am Anfang Herr Hieber, da kam mir schon die Frage bevor wir hier eingestiegen sind, Sie hatten diese vier Phänomene, die nicht neu sind, aber in der Geballtheit und in ihrem Zusammentreffen neu waren, das waren Gewaltbereitschaft, Wahllosigkeit der Ziele, die koordinierte Planung und die massive Nutzung von Wechselkleidung. Sie hatten jetzt auch noch einmal davon gesprochen, dass man organisiert vorgegangen ist. Ich würde gern da noch einmal nachfragen, was man unter dieser koordinierten Planung und Lenkung auch jetzt insbesondere dort noch einmal zu verstehen hat. Also gab es da so etwas wie einen Schlachtplan, Einsatzplan? Wurde dort tatsächlich über die verschiedenen Medien kommuniziert? Bis hin zu, Sie hatten gesagt, dass es so etwas wie eine Gegenaufklärung gab, wie Sie das erklären oder wie Sie es versuchen jedenfalls in diesem Moment zu erklären, weil das ja auch schon spannend ist, die Schlüsse dann daraus zu ziehen für weiteres Vorgehen.

Vielleicht erst einmal nur soweit. Einen Satz noch, weil einige sich im Moment nicht beteiligen wollen an dieser Diskussion. Ich bin froh, dass wir einen Sonderausschuss haben, weil es, glaube ich, Phänomene gibt, die sich tatsächlich auch nicht mit einem Schnellschuss im Moment beantworten lassen. Der ganze Bereich der Schaulustigen ist einer, glaube ich, der tatsächlich, was das Versammlungsrecht angeht, ganz viele Fragen aufwirft, wo ich im Moment gar nicht weiter fragen möchte. Die Täterprofile waren schon eins. Wir haben hier ganz häufig die männliche Form benutzt, man sah es jetzt auf einem Bild, einmal eine Frau, da war ich zum Beispiel auch sehr erstaunt bei den Bildern, dass es ja auch tatsächlich eher der gewaltbereiten Szene zuzuordnende Frauen gab, die sich dort auch beteiligt haben und gar nicht unbedingt die Schaulustigen, die eher männlich waren, also die Gewalttäter auch, aber das ja trotzdem ein Phänomen ist, was ich aus dem, was Schanze angeht, 1. Mai, noch nicht so gekannt habe und beobachtet habe. Insoweit sind da ganz viele Fragestellungen, die wir, glaube ich, dort sehr genau uns angucken müssen.

Insoweit erst einmal vielleicht zu den ersten beiden Fragen, was Gegenaufklärung angeht und eben die Lenkung und Steuerung, die ja fast nach einem Plan verlief, wie da Ihre Einschätzung zu ist.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Zum Einstieg noch einmal zum Thema Hilflosigkeit. Also das Gefühl der Menschen in der Schanze, dass man ihnen nicht hilft, das war uns natürlich auch ein Anliegen, das heute auch noch einmal darzustellen, weil das natürlich für jeden, der Verantwortung für Sicherheit in der Stadt hat, und auch für alle Einsatzkräfte vor Ort und auch für alle Polizeiführer eine ganz, ganz bittere Erfahrung war und kaum ertragbar war, dass man dort nicht so hineingehen konnte in dem Moment, wo man gesagt hat, jetzt müssen wir eigentlich einschreiten. Das ist etwas, was bei vielen auch ganz starke Nachwirkungen hinterlassen hat und mit dem wir uns deswegen auch so besonders intensiv auseinandersetzen und das, glaube ich, auch noch weiter tun werden.

110, man ist nicht durchgekommen oder ist nicht erreichbar gewesen, solche Hinweise haben wir zum Teil bekommen. Wir können es noch nicht aufklären ehrlicherweise. Es sind wahrscheinlich ja auch zu bestimmten Zeitpunkten sehr viele Anrufe gewesen, aber trotzdem muss man natürlich unter 110 irgendwie auch durchkommen. Wir konnten das ehrlicherweise noch nicht aufklären, sind da aber noch dran.

Frauen unter den Gewalttätern, also stimmt, man muss eigentlich von Gewalttäterinnen und Gewalttätern sprechen. Es hat auch Frauen gegeben, auch unter den in Gewahrsam genommenen und Festgenommenen waren Frauen. So.

Zu dem Phänomen Organisationsgrad, konkrete Planung, das ist auch etwas, was uns beschäftigt. Was wir noch nicht so gut sagen können, ist das, was zum Teil der Bund, also von den Bundesbehörden geäußert wird, dass man wirklich da von einer wirklich zentralen Steuerung oder Planung spricht. Soweit würden wir noch nicht gehen, aber einen hohen Organisationsgrad hat es gegeben. Gegenauklärung ist übrigens nichts Neues. Das gibt es sehr intensiv und hat es eben auch hier sehr intensiv gegeben. Aber vielleicht zum Organisationsgrad noch einmal der Polizeipräsident.

Herr Meyer: Ja, zum einen ist festgestellt worden, dass die Personen, die wir insbesondere dem Ausland zugeordnet haben – wir haben ja die Zahlen gehört, 400 bis 500 jeweils aus Skandinavien, Südosteuropa oder Italien –, teilweise sehr gute, also nicht im Sinne von gut, aber sehr ausgeprägte Straßenkämpfermentalität an den Tag gelegt haben. Das heißt, selbst für die gut geschulten Einsatzkräfte war das eine ziemliche Herausforderung. Dann haben wir weitere Indizien darauf, dass Funkverkehr genutzt worden sein kann, also wir vermuten das, Indizien dafür gibt es. Wir haben dieses Phänomen der Wechselkleidung jetzt ja dank der Bilder aus der Bevölkerung, wo wir dann plötzlich ein Bild bekommen, wo sich jemand im Hinterhof umzieht oder vielleicht sogar seine Kleidung versteckt oder verbrennt. Aber das muss man, glaube ich, alles noch auswerten. Und natürlich hat es in diesem Einsatz auch einen großen Verbundeinsatz gegeben der benachbarten Behörden, die auch viele Erkenntnisse gesammelt haben. Da muss man, glaube ich, auf weitere Auswertungen schauen, inwieweit man aus diesen Quellen dann auch tatsächlich noch diese Indizien, die wir jetzt haben, noch stärker belegen kann. Ich bin sicher, dass Informationen dazu vorliegen, aber wo und wie und in welcher Form sie dann auch verwendbar sind, das wird man sehen. Aber wir haben auf jeden Fall Indizien und ich glaube, da ist noch Aufklärungsmöglichkeit, was das Thema angeht, vorhanden.

Senator Grote: Vielleicht noch einmal Gegenauklärung, weil das, glaube ich, nicht allen geläufig ist, was verbirgt sich hinter Gegenauklärung.

Herr Meyer: Na ja, dass quasi Militante an bestimmten Bereichen, wo Polizei agiert, sich aufhalten, dass man aus dem Camp wie dem Vorhornweg herausgeht, um zu sehen, ob im Umfeld sich Aufklärungskräfte der Polizei bewegen, die dieses Camp beobachten und Ähnliches mehr. Also man versucht quasi, Taktiken oder Polizeikräfte oder Bewegungen von Kräften auszuspähen, wahrscheinlich auch Ausrüstung, um daraus eigene Schlüsse zu ziehen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Nockemann bitte.

Abg. Dirk Nockemann: Vielen Dank für die Worterteilung.

Vorsitzender: Moment, ganz ...sorry, der Senator...

Senator Grote: Ein ganz kurzer Ergänzungsbeitrag noch von Herrn Hieber, Entschuldigung.

Herr Hieber: Genau, kleiner Ergänzungsbeitrag. Wir haben ja Durchsuchungen im Vorfeld gemacht und mit verschiedenen Zielpersonen zu tun gehabt. Vielleicht, Sie sagten ja, Sie beschäftigen sich ja auch schon im Vorfeld mit dem Thema G20, dann werden Sie gehört haben, dass wir beispielsweise Berliner Linksextremisten hier festgestellt haben, wo beispielsweise, ich nehme nur ein Beispiel, die Listen von Kennzeichen, die die bei sich geführt haben, von Polizeifahrzeugen, sind ja klare Indizien auf so ein Thema wie Gegenaufklärung. Da sind die eben extrem sensibel gewesen. Das könnte man an dem Beispiel auch noch ein bisschen weiter fortsetzen. Es gab beispielsweise bei der Durchsuchung der zwei Tatverdächtigen im Zusammenhang mit dem Roten Aufbau Hamburg ja die Auffindung von Fotos von Polizeikräften, umfangreicher Art. Ich sage einmal, das war Schulungsmaterial für ausländische Linksextremisten. Da waren in englischer Sprache Beschreibungen drunter, damit man wusste, aha, so sieht also eine Beweis- und Festnahmeeinheit aus in Deutschland, dann weiß ich schon gleich, mit wem habe ich es zu tun. Ich glaube, daran erkennt man schon, dass es einen sehr professionellen Vorbereitungsgrad gibt. Und das setzt sich dann fort, beispielsweise kennen wir natürlich Fahrradaufklärer, die im Stadtgebiet unterwegs sind und, wie das auch schon geschildert wurde vom Polizeipräsidenten, dann Aufklärungsergebnisse weitergeben. Aber tatsächlich, ich glaube, es ist zu früh, zumindest für uns jetzt als Polizei, um hier zu dieser Frage, die ja dasteht, zentrale Steuerung – ja/nein, und wenn ja, durch wen und wie, wirklich schon Stellung zu nehmen. Ich glaube, da sollten wir tatsächlich uns noch einen Augenblick Zeit nehmen und dann nachberichten in dem Ausschuss.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, die Wortmeldung, auf die jetzt reagiert wird, liegt ja schon eineinviertel Stunden zurück. Ich habe das einmal gestoppt. Wenn man als einziger Oppositionsangehöriger noch hier sitzt und die FDP nicht einmal mehr vertreten ist, dann wird man hier so ein bisschen angesteuert von der Mehrheit.

(Zuruf des Abg. Dr. Anjes Tjarks)

Deswegen ... – Ja, zu Ihnen komme ich gleich auch noch. Deswegen kann es sein, dass ich gleich vielleicht noch einmal ein bisschen zurückkomme auf Themen, die eigentlich schon abgehandelt waren.

Es gab bei den Demonstrationen so etwas wie sogenannte parlamentarische Beobachter. Ich glaube, die Linksfraktion hatte zu den Demos parlamentarische Beobachter entsandt. Ich weiß nicht, ob das da im Schanzenviertel auch der Fall gewesen ist. Die hatten sich ja zeitweise einmal zwischen Polizeibeamten und dem Schwarzen Block postiert. Die Frage ist, behindern diese sogenannten parlamentarischen Beobachter die Arbeit der Polizei nachhaltig. Haben die irgendeine Form von Sonderstatus? Bekommen die eine Sonderbehandlung?

Zweitens, im Rahmen der Aktuellen Stunde wurde vonseiten der Linksfraktion vorgetragen, dass sich IS-Terroristen oder IS-Angehörige dort im Schanzenviertel bewegt hätten und dass man die wohl versehentlich für Linke gehalten hat. Von dieser These halte ich nicht allzu viel aber es ist nun einmal gesagt worden. Die Frage ist, können Sie so etwas bestätigen.

Drittens, Herr Dudde sprach davon, dass das sehr schwierig ist, sich als Polizeieinheit im Schanzenviertel zu bewegen, also generell schon sehr schwierig ist, und dass dann bei den Bewohnern dort der Blutdruck immer ein bisschen hochgeht. Das ist natürlich sehr bezeichnend für die politischen Verhältnisse in dieser Stadt und ich glaube, diese Tatsache allein hat natürlich die Bewältigung dieses Gipfels schon wesentlich erschwert. Eigentlich sollte sich jeder fragen, welchen Anteil seine eigene Partei denn an diesen politischen Verhältnissen in der Stadt hat.

Herr Dr. Tjarks, Sie meinten vorhin, ich habe das einmal mitgeschrieben, da seien interessierte Beobachter in der Schanze gewesen, die dann dort hineingezogen worden sind. Das ist für mich eine etwas schräge Formulierung. Da wird niemand hineingezogen, ja, das gibt ein Wort ...

(Abg. Dr. Anjes Tjarks: Das war eine Frage!)

– Ja, aber Sie haben es so formuliert, die da hineingezogen worden sind. Ich glaube, da wird niemand hineingezogen, sondern da begibt man sich hinein. Da wird man natürlich fragen müssen, warum ist das eigentlich so in dieser Stadt. Warum gibt es da keine Aufklärung beispielsweise an Schulen, wenn schon die Familien versagen? Warum beschäftigt sich Schule nicht einmal mit diesem Thema, dass man sich beispielsweise dort fernzuhalten hat, wenn Polizeieinheiten geschlossen dort gegen Militante vorgehen? Das sollte man nicht einfach so abtun. Ich glaube, das ist eine ganz wesentliche Ursache für das, was wir dort vorgefunden haben. Damit wird sich auch der Sonderausschuss befassen müssen.

Dann habe ich noch eine Frage an die Polizei oder auch an den Innensenator. Sie hatten sich jetzt bereits festgelegt bei den Plünderungen, dass es sich dabei um Provokationen handelte, die die Polizei bewegen sollte, in den Bereich Schanze zu gehen. Gleichzeitig wird aber auch von bestimmten Kreisen gesagt, nein, das sei einfach nur ein menschlicher Kontrollverlust, das sei ein sich Hineinsteigern in Plünderung, in Gewalt. Als Beleg wird angeführt, dass man sich dann in diesen geplünderten Handyläden um die Handys gekümmert hat, um die besonders hochwertigen, hat man sich drum gestritten. Kann es sein, dass man sich das mit der Provokation jetzt im Nachhinein auch so zurechtlegt, weil man ein Bild zeichnet, was besonders gefährlich war oder weil man damit auch begründen will, warum man nicht reingegangen ist? Provokation hat vorgelegen, es war gefährlich oben auf dem Dach. Ich will Ihnen das gar nicht unterstellen, aber so etwas kann ja durchaus einmal passieren, dass man sich im Nachhinein noch einmal etwas zurechtlegt. Da ich, wie gesagt, der einzige Oppositionsmensch hier in dieser Runde bin, muss ich auch solche Fragen einmal stellen.

Dann ist noch die Frage, in der Öffentlichkeit stoßen diese Freilassungen dieser 13 Täter, die man da auf dem Dach festgenommen hat, natürlich auf völliges Unverständnis. Dass Sie in der Situation jetzt nicht Beweise sichern konnten, sondern dass es da um Gefahrenabwehr geht, ist doch völlig klar, das ist gar nicht die Frage. Lag es an zu engen Fristen? Lag es daran, dass man wirklich nichts beweisen konnte? Und wie ist dort das weitere Verfahren? Aus den Ausführungen vorhin, glaube ich entnommen zu haben, dass das bezüglich einiger Personen noch nicht zu Ende ist, sondern dass man sich da auch noch bemüht, weitere Fakten und Tatsachen herbeizuschaffen, die es nachher möglicherweise doch zu einem gerichtlichen Verfahren kommen lassen können. Das wäre es. – Danke.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Dann will ich einmal versuchen, die Frageanteile von den Statementanteilen zu trennen. Erster Punkt, parlamentarische Beobachter, ja, das sind Abgeordnete, die sich

dann als parlamentarischer Beobachter dort aufhalten, die haben keinen besonderen Status, aber sie stellen auch keine besondere Behinderung dar.

Dann haben wir die Frage nach IS-Terroristen, die wir dort möglicherweise angetroffen haben. Also da, glaube ich, nehme ich nichts vorweg, wenn ich sage, dass wir dazu keine konkreten Erkenntnisse zum jetzigen Zeitpunkt haben.

Dann die Frage, wie sind die Plünderungen einzuordnen. Ich denke schon, dass das natürlich ein Stück weit eine Gemengelage ist. Nicht jeder, der sich ein Handy rausgeholt hat, hatte den festen Plan, damit die Polizei zu provozieren, sondern die Gelegenheit hat natürlich dann auch da das eine oder andere ausgelöst. Aber das Bild, was wir zurzeit haben, und das ist ja der aktuelle Stand, den wir heute darstellen, ist so, dass die Einsatzkräfte davon ausgehen konnten, dass es eine sich immer weiter eskalierende Lage gab, die auch erzeugt wurde, um eben dort praktisch ein Einschreiten zu erzwingen. Das hatte Herr Großmann dargestellt. Vielleicht können wir das sonst noch einmal ... – Okay. Ist aber auch schon sozusagen vorhin ausgeführt worden.

Freilassung der 13 in Gewahrsam Genommenen, da können Sie einmal glauben, dass das auch von uns als ausgesprochen ärgerlich angesehen wird. Natürlich geht es darum, dann innerhalb der gesetzlichen Fristen dort einzelne konkrete Tatbeiträge zuzuordnen und damit die Voraussetzungen auch für Haftbefehle oder längerfristige Gewahrsamnahmen zu schaffen, das ist insbesondere für Festnahmen nicht gelungen und auch für längerfristige Ingewahrsamnahmen nur, glaube ich, zu einem ganz kleinen Anteil gelungen. Das heißt aber nicht, dass die Verfahren abgeschlossen sind, sondern es laufen eine ganze ... Also die Ermittlungsverfahren laufen, und zwar, wenn ich das richtig sehe, gegen alle, oder, Herr Hieber? Gegen wie viele? Sagen Sie einmal etwas zu den Ermittlungsverfahren.

Herr Hieber: Also es sind aktuell Strafverfahren eingeleitet worden wegen schweren Landfriedensbruchs gegen alle beteiligten Personen. Das wird jetzt eben Aufgabe der Ermittler sein, so wie das immer ist, entsprechend den rechtsstaatlichen Bedingungen, denen wir da unterliegen, wie Sie das schon sagten, Herr Senator, Tatbeiträge zuzuweisen. Da gibt es ja verschiedene Quellen, die man als Beweismittel heranziehen kann. Aber das will ich jetzt gar nicht im Einzelnen ausführen. Da werden wir tatsächlich gucken müssen. Aber vielleicht noch einmal der Hinweis auf Ihre Frage, ich glaube nicht, dass es ein Problem von Fristen war an der Stelle. Es war tatsächlich eben ein Problem, was auftreten kann, wenn so viele Menschen in einer so extremen Situation arbeiten. In Einzelfällen hat das dann nicht so gut funktioniert. Ich glaube, insgesamt kann man die Bilanz ziehen, ist das aus Sicht, auch insbesondere der Kriminalpolizei, ein sehr erfolgreicher Einsatz gewesen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Münster.

Abg. Arno Münster: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hätte noch zwei, drei, vier, fünf Fragen, glaube ich. Ich habe ein Bild, wo eine Frau sich auf ein Räumfahrzeug begeben hat, aus Thüringen, glaube ich, war das. Da hätte ich einmal eine Frage, die sah ja sozusagen vom Bild her so aus, als ob die eher so partytechnisch unterwegs gewesen wäre. Da hätte ich eine Frage: War das Fahrzeug eigentlich im Einsatz oder war das zu dem Zeitpunkt irgendwie in Ruhe oder in Bereitschaft?

Die zweite Frage, die ich dazu hätte: Hätte man die Frau nicht auch anders entfernen können als mit massivem Pfeffersprayeinsatz? Ich meine, das ist ja eine zierliche Person gewesen, ich glaube, da hätte man vielleicht ein anderes Mittel wählen können.

Dann habe ich noch eine Frage allgemein zu den Umstehenden bei diesem Einsatz, zum „Partyvolk“. Wie groß war das Verhältnis aus Ihrer Sicht eigentlich und kann man solche Mengen eigentlich dementsprechend steuern beziehungsweise muss man die begleiten, weil, wie die Dame ja auf einmal dann vielleicht, wenn sie auch so...im Einsatz war, auf einmal auf so ganz dumme Gedanken kommt?

Dann hätte ich noch eine Frage zu den Russen. Sind die vorher schon einmal bekannt gewesen, dass sie Landfriedensbruch begangen haben? Sind die einer anderen Szene zuzuordnen? Also das sind ja dann eventuell auch Hooligans oder so gewesen. Dass man da vielleicht in die Richtung noch einmal gucken könnte.

Dann habe ich eine Frage allgemein zum Einsatz von Reizgas. Die Wasserwerfer haben ja auch Reizgas mit. Wurde am 7. Juli sogar Reizgas verwendet? Mir wurde gestern berichtet, es gab einen Vorfall am 8. Juli, auch in der Schanze, wo Wasserwerfer durchgefahren sind und sich auch positioniert haben und als sie reingefahren sind, sollen sie Reizgas versprüht haben. Können Sie das bestätigen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, das Bild von der Dame auf dem Einsatzfahrzeug kennen wir, glaube ich, alle. Ob wir dazu jetzt schon konkrete Ausführungen zum Sachverhalt machen können, da müsste man wahrscheinlich mit den Beamten sprechen, die da jetzt direkt vor Ort waren. Grundsätzlich gilt natürlich, dass man nicht Einsatzfahrzeuge zu besteigen hat.

Pfeffersprayeinsatz, das war in dem Zusammenhang, glaube ich, auch. Also, können wir jetzt nicht konkret ... diesen Einzelsvorgang können wir jetzt nicht weiter aufklären, können wir bei späterer Gelegenheit im Sonderausschuss oder wie auch immer dann das, was wir dann an Kenntnissen haben, noch einmal aufbereiten.

Verhältnis, sagen wir einmal, zunächst Unbeteiligte zu der eigentlichen Gruppe der Gewalttäter, wir haben das ja schon ein bisschen berührt, diesen Bereich. Können wir dazu noch etwas Weiteres sagen, Herr Großmann?

Herr Großmann: Wenn ich Herrn Münster richtig verstanden habe, war ja die Frage, kann man im Vorfeld Maßnahmen treffen, kann man diesen Personenkreis irgendwie von vornherein aufnehmen irgendwo, kann man verhindern, dass er in dieser Rolle als störende Schaulustige, störende Gaffer überhaupt erst am Einsatzort erscheint. Das war, glaube ich, Ihre Frage.

(Abg. Arno Münster: Ja.)

Und der Anteil, ja. Also, ich sage einmal, wenn man Kräfte zur Verfügung hat, um Zulauf von Dritten zu einem Einsatzort zu verhindern, dann macht man das sicherlich. Hier, glaube ich, war es das, was der Senator auch schon mehrfach rausgestellt hat, hier war es jedenfalls eine Gemengelage, wo wir erst einmal sortieren mussten, was ist jetzt ein buntgekleideter, erst einmal so nicht erkennbarer Schwarzer Block, was ist Partyvolk, was sind Schaulustige, das war schwer zu differenzieren. Vom Anteil her war das von Ort zu Ort unterschiedlich. Also wenn Sie jetzt die Bilder gesehen haben, hier, Freitagmorgen im Stadionumfeld, dann war der Anteil null. Wenn ich Ihnen jetzt Bilder zeigen würde vom Neuen Pferdemarkt, Beim Grünen Jäger am Freitagabend, dann war der Anteil in dieser Zeit 19, 20 Uhr sicherlich über die Hälfte.

Senator Grote: Danke. Dann die Frage zu den in Gewahrsam genommenen Russen. Können wir dazu etwas sagen, ob wir die schon kannten und gibt es Hinweise darauf, dass die möglicherweise auch dem Hooligan-Milieu zuzuordnen sind? Ich gucke einmal in Richtung von Herrn Hieber. Können wir dazu irgendwelche Auskünfte erteilen?

Herr Hieber: Keine belastbaren Auskünfte.

Senator Grote: Okay, bleibt also dann noch weiter aufzuklären. Thema Einsatz von Reizgasbeimischungen im Wasserwerfer würde ich Herrn Dudde einmal bitten.

Herr Dudde: Also ich habe nur Kenntnis über den Einsatz der MZP, also das Verschießen von Tränengas. Mir liegen aber auch noch nicht alle Berichte der Wasserwerfer vor. Generell gilt die Linie, wir mischen keine Reizstoffe dem Wasser zu. Ob man das in allen Fällen, weil wir ja auch teilweise über Notfallsituationen reden, so gehalten hat, weiß ich nicht, das kann ich aber beim nächsten Mal mit Sicherheit konkret berichten.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Dr. Dressel bitte.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ich würde gern zum einen noch einmal eine Nachfrage stellen, weil, irgendwo gab es das Thema eben, ob da irgendjemand von IS irgendwo dabei gewesen ist. Es wird irgendwo, gerade bei den Medienberichten, es hätte wohl irgendwo auch Rechtsextreme gegeben. Vielleicht kann dazu noch einmal etwas bezogen auf die beobachteten Einsatzsituationen geschildert werden. Irgendwie habe ich das bei DPA gerade gelesen. Vielleicht können Sie dazu irgendetwas sagen. Und wenn Sie schon auch jetzt Bilder von dem Morgen, von der Vorhornweg-Situation hier auch gezeigt haben, ist die Frage, ob man nicht noch einmal auf ein anderes Thema, nämlich natürlich die Einsatzsituation an dem Freitagmorgen in Altona, die, glaube ich, für das Sicherheitsempfinden auch der Bürgerinnen und Bürger gerade im Hamburger Westen, durchaus uns alle, glaube ich, sehr bekümmert hat. Dass da eine Situation entstanden ist, wo eben auch Leute länger auf den Schutz unserer Polizei warten mussten, dass Sie da ein bisschen noch einmal etwas sagen können, auch vielleicht aufbauend auf dem, was Sie hier schon gezeigt haben, wo man versucht hat, auch zu reagieren, aber es eben dann die Situation in Altona gegeben hat. Und ich glaube, das ist etwas, was, finde ich, auch noch einmal kurz im Zusammenhang noch einmal dargestellt werden sollten.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, sehr gern. Zum Thema Rechtsextreme, da gilt das, was auch für alle anderen Gruppen, über die es jetzt Hinweise gibt, wer da alles womöglich vor Ort war, wir können dazu noch nichts Belastbares sagen. Es gibt da alle möglichen, ich sage einmal, auch sehr bunten Schilderungen und die müssen jetzt daraufhin überprüft werden, was daran belastbar ist. Und das würden wir dann versuchen, für den Sonderausschuss so aufzubereiten, dass sich da auch etwas Realistisches ergibt, damit wir jetzt nicht über, na ja, sehr spekulative Stände hier sprechen müssen.

Die Situation am Freitagmorgen im Bereich Altona würden wir sehr gern ein bisschen weiter noch erläutern. Und wenn da nichts ist ... das wird dann allerdings einige Minuten in Anspruch nehmen, insofern, wenn das ... Okay. Dann würde ich dazu zunächst Herrn Rohweder bitten, der den Einsatzabschnitt Gegenveranstaltungen geleitet hat, und dann um Ergänzung durch Herrn Großmann.

Herr Rohweder: Ja, wir waren ja im Kern, Sie hatten es eben beantwortet, schon mittendrin an dem ...

(Abg. Christiane Schneider: Bitte, näher ans Mikrofon!)

Ist es zu leise? Wir waren ja schon mittendrin an dem Tag, dem Freitagmorgen, durch die Beschreibung dieser Gruppe von 200 Personen. Vielleicht, um Sie noch einmal abzuholen, die Planungen und die Lageeinschätzung, die wir hatten, war die, dass an dem Freitag, der 7. Juli 2017, dass das der sogenannte Aktionstag war, wo die Gipfelgegner geplant hatten, den Ablauf des Gipfels an diesem Tag empfindlich stören zu wollen. Zu diesem Zweck waren auch verschiedene Versammlungen angemeldet in Hamburg, insbesondere auch für den Hafenbereich an dem Tag, unter dem Tenor "Gegen die Logistik des Kapitals", um insbesondere da den Wirtschaftsverkehr zu behindern.

Gleichzeitig war die Situation so, dass wir aufgrund der Allgemeinverfügung für den bekannten Korridor zwischen der Innenstadt und dem Flughafen natürlich keine angemeldeten und bestätigten Versammlungen in dem Bereich mehr hatten. Sehr wohl war jedoch klar, dass beabsichtigt war, mit unangemeldeten Aktionen für den Bereich Innenstadt und Richtung Flughafen, dass dort Aktionen zu erwarten waren. Wir mussten damit rechnen, dass man zeitgleich und koordiniert an diesen verschiedenen Örtlichkeiten auftauchen wird. Und die möglichen Szenarien waren Sitzblockaden, Durchbrechen von Absperrungen, das Errichten von Barrikaden und auch das Behindern von Einsatzkräften. Also alles in allem neben auch der einen oder anderen gewalttätigen Auseinandersetzung vielleicht eher ein Szenario, sage ich einmal, des zivilen Ungehorsams.

Wir haben uns als Polizei auf diesen Tag dann natürlich auch eingestellt, indem wir entsprechende Polizeikräfte dann an möglichen relevanten Örtlichkeiten, sage ich einmal, auch bereitgestellt hatten, auch ab dem Freitagmorgen. Das waren insbesondere, wie ich es vorhin geschildert habe, natürlich der Bereich, Herr Großmann ist vorhin auch schon einmal darauf eingegangen, zwischen Flughafen und Messegelände, der erweiterte Innenstadtbereich, wo die Protokollstrecken sind, größere Kreuzungen, wo man erwarten könnte, dass dort Personen auftauchen. Und natürlich das Hafengebiet.

Ganz konkret ist in der Nacht vom 6. auf den 7. Juli 2017 der Hinweis noch gekommen, dass diese Aktionen, die sogenannte Fingertaktik, um, ich sage einmal, diese Aktionen zu gehen, aus dem Camp am Volkspark stattfinden sollen, dass von dort größere Personengruppen am Morgen in entsprechende Aktion treten wollen. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir auch Erkenntnisse, dass ungefähr so 1 500 Personen sich in dem Park dort aufhalten würden.

Wir waren insoweit auf diesen Vormittag, auf diesen Tag vorbereitet, waren unter anderem auch mit Eingreifkräften am frühen Morgen im Bereich des Camps präsent. Das ist das, was Herr Großmann vorhin schon geschildert hatte. Dass dann der Ablauf, sage ich einmal, doch nicht ganz so, wie es zu erwarten war, stattfand, nämlich dass gleich bei Antreffen von bestimmten Personengruppen man mit massiver Gewalt auf die Polizeikräfte einwirkt mit diesem beschriebenen Szenario, war so zunächst einmal überraschend. Es fing an um 5.55 Uhr, dass erste Feststellungen gemacht wurden, dass 700 Personen das Camp verlassen haben. Das war ein blauer Finger und das war so mit 300 Personen, und ein grüner Finger – also die waren alle so grün gekleidet – von 400 Personen. Und die haben sich dann auf den Weg gemacht zum Bahnhof, so Richtung Bahnhof Stellingen.

Kurz danach, um 6.20 Uhr rum, entstand die Situation, über die wir vorhin schon gesprochen haben, die Herr Großmann geschildert hat, der dann im Weiteren ja auch berichtet hat, was sich an dem Vormittag in der Stadt abgespielt hat, auch an Gewalttätigkeiten, also Kersten-Miles-Brücke ... erzählt hat.

Ich will einmal versuchen, ich könnte jetzt auch chronologisch alle zehn Minuten berichten, wo wir Brennpunkte in der Stadt hatten, die wirklich von Antreffen von Gruppen mit sofortigen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei bis hin zu Blockaden, die die Polizei gebunden haben, die weggeräumt werden mussten, bis hin zu angemeldeten Versammlungen, die wir von A nach B geführt haben, also eine wahnsinnige Gemengelage, die man visualisiert vielleicht ganz gut darstellen kann, auf einem Bild, das Sie da jetzt an der Wand sehen (*siehe anliegende Präsentation, Folie 4*). Vielleicht für Sie zur Orientierung, ganz groß oben links ist der Park, der Volkspark, das Camp. Alles, was Sie an rosa Kästchen sehen, sind Ereignisse, die sich in der Zeit von morgens 5.55 bis 8 Uhr, also innerhalb von zwei Stunden abgespielt haben. Die blauen Felder, das ist dann der Zeitraum von 8 bis 10 Uhr, und die braunen von 10 bis 11 Uhr.

Ich glaube, man kann sehr gut sehen, dass grundsätzlich vom Camp aus der Versuch unternommen wurde, das, was auch zu erwarten war, dass Aktionen geplant waren, die sich in Richtung Strecke, in Richtung Innenstadt, Flughafen und auch Hafen – das haben wir

unten jetzt gar nicht mehr mit drauf, weil das dann zu unübersichtlich werden würde – aber entwickelt haben. In dem Zeitraum, dem rosa Zeitraum, waren alle eingesetzten Polizeikräfte gebunden, alle. Entweder, indem Auseinandersetzungen mit der Polizei stattfanden, ähnlich, wie Herr Großmann geschildert hat, die nach so einer Auseinandersetzung ja nicht vorbei sind, sondern man hat Personen festgenommen, die Kräfte müssen über Stunden arbeiten und können da nicht weg. Das Gleiche galt für die anderen Situationen.

Und dann ist, das sehen Sie im unteren Bereich, da finden Sie drei rote Punkte, und das ist die Situation, dass wir um 7.39 Uhr – kurz blättern –, das war der Zeitpunkt, wo sich alle polizeilichen Maßnahmen auf die Bereiche Stellingen, Bahrenfeld, Altona Nord, Eimsbüttel, St. Pauli und die erweiterte Innenstadt konzentriert haben, eine Meldung erhielten von der Einsatzzentrale, also über 110, aber auch parallel durch Polizeibeamte, die sich vor Ort in Altona aufgehalten haben, dass 200 verummte Personen an der Elbchaussee mehrere Kraftfahrzeuge angezündet haben und dass wir zu diesem Zeitpunkt, als diese Meldung kam, die für uns von der Örtlichkeit her völlig atypisch und nicht logisch war, weil sie mit dem Gipfelstören in dem Sinne überhaupt nichts zu tun hatten, nicht in der Lage waren, zu diesem Zeitpunkt Kräfte aus diesem Großeinsatz, also geschlossene Kräfte nach Altona zu entsenden.

Diese Situation in Altona, die zog sich dann weiter, indem wir um 7.44 Uhr eine Meldung von Verkehrskräften bekamen, dass die Scheiben am Altonaer Rathaus eingeworfen werden und dass um 7.46 Uhr circa 100 verummte Personen auf der Max-Brauer-Allee in Richtung Altona unterwegs waren und dort auch einen Molotow-Cocktail auf einen Streifenwagen geworfen haben, der sofort Feuer gefangen hat.

Es war ein Zeitraum von 20 Minuten, in dem es nicht möglich war, Kräfte aus dem Bereich abzuziehen, weil alle irgendwo gebunden waren und nicht wegkonnten. Wir haben dann um 7.45 Uhr Kräfte, die mittlerweile alarmiert werden, da hatte Herr Dudde ganz am Anfang schon etwas zu gesagt, dass wir da in einer Phase waren, wo auch Kräfte nachalarmiert wurden, um durchzutauschen, in die Richtung Altona entsandt, also in Hundertschaftstärke, die aber nichts mehr ausrichten konnten. Das heißt also, der Zeitablauf, das kann man, glaube ich, auch nachvollziehen, wenn man versucht, um die Uhrzeit von, ich weiß nicht, Schwanenwik oder aus der Innenstadt heraus nach Altona, da machen Sie auch nicht so und in einer Minute ist jemand da, sondern da war die Situation in Altona, wenn Sie so wollen, erledigt und die Gruppe der Straftäter dann auch weg und nicht mehr aufzunehmen.

Wir haben, ich sage einmal, in der Aufstellung, ich glaube, das ist noch einmal wichtig, eine Situation gehabt, Herr Meyer hat es am Anfang auch schon gesagt, dass wir natürlich nicht in der Lage waren, für alle Szenarien die gesamte, komplette Stadt irgendwie mit Kräften zu belegen, sondern dass wir mit den Wahrscheinlichkeiten arbeiten mussten. Und wir haben vor dem Hintergrund, ich sage einmal, den täglichen Dienst, die Reviere, die Kommissariate stark gemacht im täglichen Dienst, damit sie in der Lage sind, wenn denn wider Erwarten dezentrale Aktionen durch Kleinstgruppen, Kleingruppen passieren, wir dann auch vor Ort schnell als Polizei agieren und handeln können. Nur, in diesem Fall war es keine Kleingruppe, sondern es war ein Mob von fast 200 Personen, wo in der Phase dann auch die Polizei, die in Altona ja vor Ort war, Verkehrskräfte und auch ein Streifenbeamter, überhaupt nichts ausrichten kann, weil die sich selbst in Sicherheit bringen mussten. Das vielleicht in der Kürze zunächst einmal die Situation, wie sie sich in Altona dargestellt hat.

Senator Grote: Das würden wir vielleicht noch einmal ergänzen, weil es ja doch ein paar Facetten hat. Ich glaube, wir sollten noch einmal sagen, wie viele Kräfte wir wann in Altona hatten, und dann vielleicht noch einmal darstellen, dass es ein atypischer Verlauf war, das ist ja ein nicht erwarteter Verlauf, aber dass es natürlich nicht so war, dass wir ... Also sagen wir einmal so, dass wir darauf schon reagiert haben, der Zeitraum der Alarmierung aber eben wirklich auch sehr kurz war. Diese drei Orte, die drei Meldungen, liegen eben, ich glaube, irgendwie 13 Minuten oder 15 Minuten auseinander. Daran kann man schon sehen,

dass die sich sehr schnell wahrscheinlich auch bewegt haben und es eben nicht eine Kleingruppe im eigentlichen Sinn war, auf die man mit PK-Kräften hätte reagieren können, sondern eben eine größere Zahl, die ein anderes Einschreiten erfordert hat, was dann eben sehr schnell hätte passieren müssen, um erfolgreich zu sein, und wir da sozusagen auch ein Geschwindigkeitsproblem hatten. Aber ich würde schon noch einmal auch Herrn Dudde bitten, noch einmal darzustellen, wie auf diese Alarmierung reagiert wurde, und dann vielleicht auch noch einmal Herrn Großmann, wie so die Kräfterlage war in Altona.

Herr Dudde: Genau. Das war ein Zeitpunkt, in dem wir handeln mussten. Wir haben zu der Zeit – also im Detail, welche Kräfte alarmiert wurden, wird Herr Großmann noch machen – versucht, alle Kräfte des Raum- und Streckenschutzes Richtung Altona zu schicken. Sie müssen aber dazu sehen, das geht ja bis fast zur Schönen Aussicht hoch. Also das war der gesamte Bereich, in dem wir Störergruppen hatten, um die wir uns kümmern mussten. Und es ist schon angeklungen, wenn Sie zu der Zeit Kräfte verlegen wollten, ging es nicht in der gewohnten Schnelligkeit, also von der Fahrgeschwindigkeit, weil man teilweise einiges umfahren musste. Wir haben die Nachtdienstkräfte zu der Zeit im Dienst behalten, also die, die im Veranstaltungsschutz tätig waren, haben wir dabeibehalten. Wir haben die Kräfte umgruppiert, die eigentlich im Hafen vorgesehen waren, die Demonstrationen zu bedienen und zu verhindern, dass auf die Infrastruktur im Hafen eingewirkt wird. Herr Großmann kann vielleicht noch etwas dazu sagen, welche von den Kräften er sozusagen in diesen Einsatzraum geschickt hat und wie sich der Verlauf dann bei ihm dargestellt hat.

Senator Grote: Vielleicht auch noch einmal vorher der Hinweis, vom Gesamtbild her war es so, dass wir Erkenntnisse hatten, dass sich aus dem Camp eben verschiedenfarbige Finger in Gruppen lösen würden und sich in Richtung des Transferkorridors im Grunde genommen bewegen würden. Und das hat sich dann auch so vollzogen, das kann man auch sehen. Und das Unerwartete war praktisch ein schwarzer Finger, der dann an einer völlig anderen Stelle dort aufgetaucht ist. Jetzt zur Kräfterlage in Altona vielleicht noch einmal Herr Großmann.

Herr Großmann: Ja, sehr gern. Ich würde Sie noch einmal ganz kurz abholen wollen, wo, aus welchem Einsatzszenario kamen wir. Ich habe mit meinen Kräften die Nachlaufphase vom Donnerstagabend, Welcome to Hell, gegen 3 Uhr morgens beendet. Und Herr Hieber hat das sehr ausführlich dargestellt, was für Erwartungen haben wir für Freitagmorgen. Damit war für uns klar, wir haben vielleicht eine Stunde Pause, kurz ein bisschen versorgen, frisch machen. Aber 4 Uhr sind wir wieder in eine Kräfteaufstellung gegangen, für das, was Herr Hieber vorhin in der Lage dargestellt hat, für das, was auch Herr Rohweder dargestellt hat. Und da bin ich mit folgenden Erwägungen rangegangen: Wir hatten so einige Blockadeorte, die uns vorher genannt worden sind, die lagen zwischen Flughafen und Messe. Dort bin ich mit vier Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften reingegangen. Wir hatten Blockadeorte, die lagen im Bereich zwischen Binnen- und Außenalster beziehungsweise also auf den Strecken vom Hotel zum Messegelände, in der Innenstadt selbst also. Da bin ich mit sechs Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften rangegangen. Wir mussten zu dem Zeitpunkt noch davon ausgehen, dass es mehrere Aufzüge gibt, die sich dann vereinen im Hafengebiet. Dort bin ich mit zwei Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften rangegangen. Und dann war natürlich auch sehr klar, dass ein Teil der Personen, die uns beschäftigen wird, am Morgen, aus dem Camp aufbrechen wird. Und um auch das frühzeitig mitzubekommen, um diese Personen überprüfen zu können, so, wie ich Ihnen das vorhin am Beispiel Rondenbarg dargestellt habe, bin ich da zunächst einmal mit zwei Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften im unmittelbaren Campumfeld gestartet und habe das aufrecht erhalten bis kurz vor 7 Uhr.

Dann war für mich erkennbar, dass wir oben im Bereich zwischen Flughafen und Messe wahrscheinlich nicht die erwarteten Aktionen feststellen werden, und habe diese Kräfte komplett in das Stadionumfeld mitgebracht, also von zwei auf sechs aufwachsend dann. Und irgendwann, mit wenigen Minuten Verzögerung, bin ich dann auch zu dem Ergebnis

gekommen, auch im Hafen werden wir nicht das sehen, was angekündigt war, sodass ich auch diese Kräfte noch mit hinzugezogen habe. Und dann war es eigentlich mit allen Blöcken, mit allen Fingern, die der Senator eben erklärt hat, so, dass wir ein Aufeinandertreffen hatten zwischen diesen Fingern und den Kräften, die diesen Fingern entgegengefahren sind, dass dieses Aufeinandertreffen in sofortigen massiven Auseinandersetzungen endete und dass es dabei auch immer wieder passierte, dass Teile dieses Fingers, Teile dieser Personengruppe, eben nicht festgehalten werden konnten, sondern sich auch den polizeilichen Maßnahmen entzogen haben. Und ich erkläre mir das so, dass das die Personen waren, die dann auch irgendwann in Altona angekommen sind, an einem Ort, wo wir weder eine massenhafte Blockadeaktion erwartet haben noch wo wir besondere Reizobjekte gesehen haben.

Vorsitzender: Vielen Dank so weit. Herr Münster.

Abg. Arno Münster: Ja, vielen Dank. Ich habe noch einmal zwei, drei Fragen. Und zwar, Sie sagten, Sie konnten die Gruppe nicht mehr aufnehmen, die jetzt in Altona sozusagen ihr Unwesen getrieben hat. Haben Sie jetzt Erkenntnisse schon in irgendeiner Form von Ermittlungen, dass man jetzt irgendwie schon so eine kleine Tätergruppe irgendwo zuordnen kann? Oder sind Sie noch nicht so weit?

Dann habe ich irgendwie gehört beziehungsweise ich war morgens ja auch noch in Rissen und bin dann sozusagen fast zur gleichen Zeit ja nach Hause zum Fischmarkt gefahren und hörte im Autoradio, auf der Elbchaussee brennen die Autos. Ich habe gedacht, ich höre nicht richtig, weil ich zwei Stunden vorher in die andere Richtung gefahren bin. Das war ja wie Sonntagmorgens da so leer, hat mich so richtig irritiert.

Aber in dem Zusammenhang habe ich noch gehört, dass sich die Gruppe eventuell geteilt haben kann, dass also eine Gruppe von der Elbchaussee Richtung Blankenese und die andere sich dann Richtung Max-Brauer-Allee auf den Weg gemacht hat. Und wenn man die Videos, die ich jetzt per Handy ... zugespielt bekomme ... konnte man sehen, dass die Gruppe über die Max-Brauer-Allee ja und dann auch teilweise in die Schmarjestraße eingebogen ist, so 30 Meter, 40 Meter. Und wenn man diese Straße dann weitergeht und dann so nach 80 Meter sich nach links begibt, dann ist man in der Schillerstraße. Da ist sozusagen der Erste Bürgermeister zu Hause. Und kann man daraus Erkenntnisse ziehen, dass die sozusagen nur gewalttätig unterwegs waren und überhaupt ohne politisches Motiv oder so? Man hat ja auch gesehen, welche Fahrzeuge sie in Brand gesetzt haben.

Des Weiteren habe ich gehört, dass das dann noch einen Übergriff gegeben haben soll auf die Bundespolizei, die am Bahnhof Altona stationiert ist. Können Sie da noch etwas zu sagen? Und die letzte Frage, die ich hätte, im Vorfeld wurde ja seitens der Versammlungsbehörde und ich glaube, auch von Ihnen, Herr Meyer, also vor diesen Camps ja gewarnt, dass da also richtige Gewaltexzesse draus hervorgehen können. Fühlen Sie sich in Ihrer Aussage bestätigt und was wäre eigentlich, wenn man sozusagen mehrere solcher Camps gemacht hätte. Wäre dann sozusagen die Eskalation an ganz, ganz vielen Orten dieser Stadt, also insbesondere Entenhausen, Stadtpark, Volkspark hat man das ja nun gesehen. Und ist das dann sozusagen auch eine Erkenntnis, die Sie jetzt gewonnen haben und sagen, also, bei der nächsten Großveranstaltung, bitte keine Camps, das sind potenzielle Gewaltorte.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, zu der Gruppe, die unterwegs war, morgens ist es so, dass die Erkenntnislage ehrlicherweise nicht besonders befriedigend ist, sondern dass wir so, wie geschildert, eine Situation hatten, dass die Gruppe zu groß war, um von örtlichen PK-Kräften sinnvoll aufgenommen zu werden oder dass die sich dann denen in den Weg stellen konnten, andererseits eben die größeren Einheiten, die man gebraucht hätte, nicht so

schnell herangeführt werden konnten. Die Zeitpunkte der Meldungen liegen sehr dicht aneinander. Also wir haben die schlicht nicht schnell genug angetroffen. Insofern haben wir auch noch keine konkreten Erkenntnisse, auch aus dem direkten, unmittelbaren Kontakt, sondern müssen jetzt letztlich das, was wir an Videoaufnahmen, an allem möglichen anderen Material dort haben, auswerten und müssen gucken, ob wir von denen welche bekommen. Es gibt ja relativ viel Material. Es sei denn, wir könnten schon irgendetwas zu den Tätern dort sagen, Herr Hieber, aber das glaube ich nicht, dass wir da irgendetwas zuordnen können. Sonst würde ich gleich sowieso noch einmal Sie bitten, dann könnten Sie das noch ergänzen.

Schillerstraße: Zufall oder irgendwie ein Ziel, wäre im Moment reine Spekulation. Also wir haben jetzt keine Erkenntnisse, dass das irgendwie ein beabsichtigtes Ziel gewesen ist, aber auch das bedarf noch der weiteren Aufklärung. Bahnhof Altona, Bundespolizei: Da würde ich Herrn Großmann bitten, ob wir dazu etwas sagen können.

Herr Großmann: Ja, in der Tat gehört das in der Alltagsorganisation ja zu einem meiner Reviere, insofern bin ich auch recht gut informiert über den Sachverhalt. Es gab eine Ankündigung, dass eine verummte Gruppierung sich dem Bahnhof Altona nähert. Dann hat die Bundespolizei – also vielleicht ganz am Rande, neben der BAO, die Herr Dudde vorhin gezeigt hat, hatte ja auch die Bundespolizei eine besondere Aufbauorganisation mit eigenen Einsatzabschnitten und auch noch einmal gesondert unterlegten Kräften. Aus dieser besonderen Aufbauorganisation standen auch Kräfte am Bahnhof Altona, aber in sehr geringer Stärke. Und es befanden sich Einzeldienstbeamte, Streifenbeamte an den Fahrzeugen, die vor dem Revier abgestellt sind in der Nähe oder direkt neben einem Taxistand dort, und kurz nachdem sie überkamen, dass sich eine verummte Gruppierung in deren Richtung bewegt, war diese Gruppierung auch schon zu sehen und hat unmittelbar angesetzt, die Fahrzeuge anzugreifen, die Scheiben einzuschlagen, zu versuchen, die Streifenfahrzeuge in Brand zu setzen. Dabei befanden sich auch einzelne Streifenbeamte noch im Fahrzeug, die dabei zum Teil verletzt wurden, die auch die Schusswaffe gezogen haben, die aber nicht eingesetzt haben, auch nicht zu einem Warnschuss. Und so schnell, wie diese verummte Gruppierung da war, war sie auch wieder weg.

Senator Grote: Vielen Dank. Zum Thema Camps dann zunächst der Polizeipräsident und dann noch einmal Herr Hieber.

Herr Meyer: Ja, wir werden ja zum Thema Camps noch eine rechtliche Abhandlung hören. Ich gehe jetzt einfach einmal auf die sozusagen Ohne-Rechts-Gründe oder den ohne-rechtlichen Blick auf die Ergebnisse ein. Es hat ja angefangen mit dem Ziel, im Stadtpark ein Camp für 10 000 Menschen zu bekommen mit dem Ziel, dort zu schlafen. Das ist ja bis über das Bundesverfassungsgericht dann lange bewegt worden über verschiedene Gerichtsstufen und hat letztlich zu dem Ergebnis geführt, dass dann doch – die Entscheidung des VGs war ja noch anders kurz davor – vorm OVG 300 Schlafzelte zustande gekommen sind. Und das war zwei Tage vor G20.

Nun haben wir ja von ziemlich allen Bundesverfassungsschutz- und Landesverfassungsschutzbehörden, auch von unserem Landeskriminalamt, die Einschätzung gehört, dass wir mit bis zu 8 000 militanten Aktivisten gerechnet haben. Tatsächlich aber, auch wenn das nur eine Schätzung ist, ist die Zahl darunter deutlich zurückgeblieben mit 5 000. Es gibt schon Hinweise darauf, dass es Gruppen gab, die auf eine Unterbringung kostenlos angewiesen waren. Und wenn man sich jetzt die Ursprungszielsetzung, ein Eventcamp, im Stadtpark vorstellt und das wäre drei Wochen vorher zustande gekommen und hätte dazu gedient oder hätte sich auch verbreitet in die europäischen Nachbarländer, aber auch in den deutschen Ländern, dann bin ich relativ sicher, dass die Summe der erwarteten 7 000 bis 8 000 Militanten erreicht worden wäre.

Deswegen halten wir an unserer Ursprungseinschätzung, ein Camp ist ein Ort der Vernetzung, ein Camp ist ein Ort des Rückzugs und mindestens, wie wir wissen, auch vom 6. auf den 7. Juli 2017 ein Ort, in dem man sich gegenseitig hochgepusht hat und gesagt hat, morgen, am 7. Juli 2017, hat man eben bestimmte Aktionen vor gegenüber Polizeibeamten, wobei die ja am Abend waren, jetzt am Morgen, das zeigt ja auch die Darstellung, ging es eher um die sogenannte Viel-Finger-Taktik, in verschiedenen Farben die Anfahrt zur Messe, zur Tagung und in den Hafen zu blockieren.

Senator Grote: Ergänzend Herr Hieber.

Herr Hieber: Ja, vielleicht mit einem kleinen Hinweis auf Fakten, keine Einschätzung. Im Zusammenhang mit der Personengruppe, die am Rondenbarg festgenommen wurde, also diese 59 Festnahmen, darunter sind zwei Personen, die überprüft wurden beim Camp Vorhornweg im Vorhinein, also eine gewisse Verbindung kann man da erkennen, und mit dabei war auch eine Person, die sowohl die Polizei als auch das Landesamt für Verfassungsschutz für den faktischen Organisator des Camps am Vorhornweg hält. Insofern laufen auch die Ermittlungen an dieser Stelle weiter. Aber das als erster Hinweis.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Dr. Tjarks bitte.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich wolle jetzt gern noch einmal etwas zu der Frage Altona und auch zu der Viel-Finger-Taktik fragen. Und zwar zum einen, ich habe das jetzt so verstanden, dass in Altona wir nicht ganz genau wissen, woher die Täter genau kamen, und wir aber auch nicht genau wissen, wo sie hingegangen sind, weil es alles innerhalb von 20 Minuten geschehen ist und die Kräfte nicht vor Ort sind. Nur, dass ich das noch einmal richtig rekapituliere, weil, das war ja eine der zwei entscheidenden Szenen, glaube ich, für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, und die Frage auch, wie es sich auf das Sicherheitsgefühl auswirkt.

Dann habe ich eine Frage noch einmal zu der Viel-Finger-Taktik. Die Frage ist einfach, sage ich einmal, das ist ja jetzt ... ich nehme einmal an, das ist ja nicht etwas, was Sie sich jetzt ausgedacht haben als Begriff, die Viel-Finger-Taktik, sondern was sich irgendjemand in der Szene oder die Szene oder wer auch immer ... aber das ist schon ein Teil der Frage. Gibt es jemanden, wo man sagt, okay, das ist der Urheber oder daher kommt das? Weil, das ist ja jetzt auch nicht etwas, was sie sich, sage ich einmal, gefühlt in der Nacht überlegen und am nächsten Morgen machen, sondern das ist ja etwas, was man auch von längerer Hand plant. Deswegen würde mich das interessieren, woher kommt das eigentlich. Können Sie da Hinweise geben, wer das war, wer diese Organisation letztlich übernommen hat? Weil, es klingt ja nach einer, sage ich einmal, in sich überlegten Aktion, die dann wieder auf Einzeldynamiken ausgelegt war, die man nicht so vorhersehen konnte, wie man sie vielleicht vorhersehen konnte. Man konnte etwas vorhersehen, aber eben auch nicht alles. Altona ja leider nicht. Und ich glaube, deswegen ist es gut, wenn wir noch einmal einen Moment da verharren und gucken, dass Sie da noch einmal ein paar mehr Informationen geben.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Dazu der Polizeipräsident.

Herr Meyer: Ja, es gab unterschiedliche Quellen, aber vor allen Dingen auch mindestens Indymedia, wo das thematisiert wurde, dass also die Szene - Der Begriff kommt nicht von der Polizei - an dem Tag, wie gesagt, die Grundüberlegung war ja, es ist die Anreise zum Gipfel, und das Grundziel war, jetzt diese Anreise zu blockieren auf der einen Seite, und die andere Seite war eben der Hafen. Und zwar in der Form von bis zu acht oder neun Fingern, deswegen habe ich Viel-Finger-Taktik gesagt, die unterschiedlich farblich gekleidet waren oder sein sollten und dann dafür sorgen sollten, dass die Anfahrt zur Messe, aber auch zwischen Messe und Flughafen beziehungsweise Dinge im Hafen, die man dem

Kapitalismus oder dem Fluss des Kapitalismus oder den Strömen des Kapitalismus, so ist der Wortlaut, den ich erinnere aus Indymedia, dienen, dass die blockiert und gestört werden sollten.

Interessant ist vielleicht zu wissen, dass es Gruppen gab, die sich völlig normal bewegt haben, die also bis zum Berliner Tor gefahren sind, dort dann ausgestiegen sind und dann Sitzblockaden gemacht haben. Also insofern ist die Frage, so, wie es jetzt in der schwarzen Gruppe im Rondenbarg passiert ist, das kann man nicht auf jede Gruppe übertragen. Eigentlich konnte man in der Erwartung sein, dass die Gruppen, die losgehen, auch durchaus im Korridor ankommen, um dort zu blockieren. Insofern ist die Überraschung, dass jetzt eben im Rondenbarg eine Gruppe auf die Kräfte der Bundespolizei trifft, die früher schon Verkehrsschilder zerstört, rausgerissen hat, Steine aufgenommen hat und dann eben so agiert, wie sie agiert. Wir vermuten natürlich, dass aus dieser Konfrontation der 200 Personen dann andere Personen, die nicht unter den 50 Festgenommenen waren, sich versprengt haben und dann später an anderer Stelle in Altona in der Großen Bergstraße, möglicherweise aber auch an der Elbchaussee, aufgetaucht sind, es ist aber auch möglich, dass sie sich mit anderen noch getroffen haben, das kann man eben nicht so genau, jedenfalls jetzt noch nicht, darlegen. So ist es aber zumindest zu vermuten, dass von Teilen eben diese Straftaten begangen worden sind.

Vielleicht muss man noch einmal sagen, dass zehn Hundertschaften im Einsatz waren. Das hätte ich gern an dem Morgen gewusst, als ich mit dem Bürgermeister in Altona war und mit den Geschädigten gesprochen habe und noch nicht genau wusste, wie viele wir da vor Ort hatten. Nur, diese zehn Hundertschaften waren eben in der Stadt verteilt, so wie es eben dargestellt wurde, und die brauchen dann natürlich eine Zeit zu erkennen, dass wir jetzt einen Bedarf haben an Einsatzkräften im Westen der Stadt. Und dann gilt ja auch Folgendes, es brennen Fahrzeuge, die ziehen weiter, und Polizei kommt und läuft ein Stück weit hinterher, bei den brennenden Fahrzeugen. Und da ist es schwierig, diese Zeit aufzuholen, die die Täter haben, die sich dann immer wieder versprengt haben oder eben auch in unterschiedlichen Gruppen an unterschiedlichen Orten agiert haben.

Deswegen ist für mich dieser Ausgangspunkt vom Kopf her, worauf war die Polizei eingestellt, hat sie das völlig verschlafen oder war sie tatsächlich, und das war sie, am Camp mit Aufklärungskräften in Zivil und hat die Bewegung dort festgestellt, hat auch die Viel-Finger-Taktik festgestellt, aber war dann eben überrascht von der Situation, dass eben nicht wie die anderen Gruppen, alle Gruppen oder zumindest vor allen Dingen diese schwarze Teilgruppe, nicht Richtung Korridor, also City, gefahren ist, oder Hafen, sondern sich dann eben schon marodierend so früh gezeigt hat. Und darauf war es dann eben schwierig, so schnell zu reagieren, weder mit den Streifenwagen, mit den fünf oder vier, die man dort in Altona gehabt hätte, war es möglich, noch mit den Kräften, weil die eben, das zeigt ja die Darstellung, an unterschiedlichen anderen Orten mit Störergruppen unterwegs waren, die angesprochen haben und beschäftigt waren.

Das ist so mein Bild, das ich habe von dieser Ursprungslage am Freitag, und ich glaube, es ist auch für die Altonaer oder für die Leute aus der Elbchaussee wichtig zu sagen, wie ist Polizei da aufgestellt gewesen. Wie konnte es dazu kommen, dass diese 20 Minuten eben der Eindruck entstand, die Polizei ist nicht da, die Polizei hilft dir nicht. Weil, diese Einstellung oder diese Darstellung kennt natürlich niemand, sondern wir haben halt immer von zwei Hundertschaften gesprochen, die da in der Nähe waren und die sich dann sehr, sehr schnell verbraucht haben, in Anführungsstrichen, an den Orten im Westen. Aber, wie gesagt, tatsächlich war es ja deutlich mehr an Kräften, die eben dann in Erwartung der Ursprungs-Viel-Finger-Taktik gewesen sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dr. Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, das ist wirklich noch einmal der Punkt, glaube ich, den wir auch herausarbeiten müssen, weil das natürlich auch das Sicherheitsempfinden, glaube ich, der auch im Hamburger Westen wirklich besonders betrifft. Da ist es schon noch einmal die Frage, Sie waren mit Aufklärungskräften am Camp, aber es war nicht das, was wir jetzt in der Situation Schanzenviertel hatten, dass Sie Tataufklärer hatten, die so ungefähr mit den Hundertschaften von Gewalttätern mit unterwegs sein konnten, sodass das tatsächlich in der Situation an der Elbchaussee dann auch eine überraschende Situation gewesen ist. Das würde mich noch interessieren, einmal gucken, wie weit gerade Sie jetzt... Mit 200 Leuten, die sich durch das Stadtgebiet bewegen, das ist ja jetzt auch nicht irgendwie zehn Leute in Guerillataktik, das ist ja schon noch einmal eine andere Größenordnung bei 200, wo man denkt irgendwie, das hätte vielleicht auf dem Weg dahin noch einmal auffallen können.

Ich meine, vor allem, wenn Sie gesehen haben, dass im Vorhornweg, wenn Sie die Situation, die wir vorher gesehen haben, Sie stellen da auch die Leute, die verteilen sich, und trotzdem sind 200 in der Elbchaussee. Also vielleicht noch einmal diesen Abschnitt zwischen Vorhornweg und Elbchaussee, welche Erkenntnisse Sie haben, wie die da aus dem Nichts da aufgetaucht sind. Ob das ein bisschen schon noch einmal weiter aufgearbeitet wurde.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Vielleicht noch einmal zu dem Bild, das wir im Moment haben. Ich glaube, erstens können wir sagen, dass wir in dieser Gruppe jedenfalls keine Tatbeobachter oder Quellen oder irgendetwas hatten. Jedenfalls ist das der aktuelle Erkenntnisstand. Dann ist es so, dass wir, wie gesagt, eine große Zahl von Personen und Gruppen in der Stadt unterwegs hatten, von denen wir die allermeisten im Blick hatten und auch dort mit Kräften dran waren, dass aber in der Tat wir nicht jetzt an jeder Gruppierung dran waren. Und wir können bis heute zu dem Geschehen an diesen drei roten Punkten in Altona keine komplette Verlaufsgeschichte erzählen, wann die sich von wo nach wo bewegt haben. Das heißt, wir wissen auch nicht, ist das eine Gruppe, die eine längere Zeit auf der Straße unterwegs war, haben die sich umgezogen, gegebenenfalls mehrfach, haben die sich aufgeteilt, haben die sich wieder getroffen. Das waren ja schon welche, die sehr mobil, sehr gut organisiert, sich mehrfach umziehend im Laufe des Tages, auch an dem Morgen ja schon, sie haben auch an dem Morgen in Altona schon diese Umziehhaktion gehabt, zum Teil innerhalb von weniger Sekunden. Viele haben diese Videos gesehen, dass die also angelaufen kommen, sich im Laufen umziehen und innerhalb weniger Sekunden völlig anders aussehen. Das haben wir mehrfach an dem Morgen schon in Altona gehabt.

Insofern darf man sich das nicht so vorstellen, da ist ein großer, 200 Mann starker Schwarzer Block ewige Zeit von Norden nach Süden an die Elbchaussee gezogen, den muss doch jemand gesehen haben, sondern wir haben kein klares Bild und es gibt ganz viele Optionen, wie die sich organisiert haben können, wie die sich bewegt haben können und wie es dann zu dieser Konstituierung dieses Trupps, der dann schwarz gekleidet da wieder aufgetreten ist, wie es dazu gekommen ist. Ich fürchte, wir können das zum jetzigen Zeitpunkt nicht viel konkreter beschreiben.

Vorsitzender: Für eine Nachfrage Herr Dr. Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Hat man irgendwie im weiteren Verlauf irgendeinen von den Leuten, die da durch Altona gezogen sind, dann in irgendeinem weiteren Verlauf festgenommen, oder sind die ... Es kann ja sein, dass es sich in einem anderen Zusammenhang herausgestellt hat, weil wir da vielleicht ja auch jetzt viele Hinweise auch aus der Bevölkerung haben oder so. Wäre natürlich auch jetzt für das Sicherheitsempfinden, glaube ich, nicht schlecht, wenn man da irgendwie einen Fahndungserfolg hätte.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, wir müssen ja schon sehen, dass wir erstens aus der heftigsten Konfrontation, die sich gleich am frühen Morgen ergeben hat, mit einer eben auch schon sehr starken, schwarz gekleideten Blockgruppierung in unmittelbarer Nähe des Camps, dort ja sehr viele Festnahmen haben, oder, ja, Fest- und Ingewahrsamnahmen, welche, die dann ins Krankenhaus überwiesen werden mussten und so weiter. Aber da sind sehr viele Personen schon einmal aus dem weiteren Geschehen rausgenommen worden.

Wir haben für die weiteren Verläufe eine sehr, sehr hohe Zahl von Hinweisen, von Bildmaterial, von Videos, ich weiß nicht, wie viele Tausend Dateien inzwischen auf das Hinweisportal da auch der Soko hochgeladen wurden. Das bedarf aber natürlich jetzt einer sehr, sehr genauen Auswertung. Und es kann durchaus so sein, dass die Gruppen, die da unterwegs waren, eben auch die sehr erfahren, sehr professionell sehr gut organisiert waren, und dass es eben nicht die sind, derer man am schnellsten habhaft wird, sondern das wird eine sehr akribische Aufklärungsarbeit werden.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dr. Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe noch die Nachfrage, kann man denn eigentlich schon etwas zu den Schäden in Altona, vielleicht auch in der Schanze, sagen, was die Schadenshöhe angeht. Weil, die Polizei war jetzt ja auch vor Ort, hat da Sachen aufgenommen, und das sind ja so ein bisschen die beiden Hauptorte. Deswegen die Frage, kann man da schon in irgendeiner Form etwas beziffern und vielleicht auch in hartem Umfang, sprich, sage ich einmal, über die Große Bergstraße gehe ich sowieso jede Woche zweimal, aber trotzdem, vielleicht weiß man, was da genau passiert ist.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, wir sind durchaus noch in der Phase der Aufnahme der Schäden, aber wir können ein bisschen etwas sagen zu betroffenen Geschäften und zu betroffenen Fahrzeugen, glaube ich.

Herr Hieber: Ich kann da überhaupt keine validen Zahlen im Augenblick liefern, weil eben eine Vielzahl von Berichten noch ausgewertet werden muss. Ich habe mich einmal versucht, diesem Thema so zu nähern, dass wir mit dem örtlichen Polizeikommissariat 21 einmal Kontakt hatten. Ich habe jetzt in Erinnerung noch 21 Fahrzeuge, die dort gemeldet wurden.

Zu den Geschäften kann ich im Augenblick nichts sagen, ich weiß aber, dass über dieses Thema Entschädigungszahlungen auch die Polizei sehr aktiv gewesen ist und da sich in einem unteren dreistelligen Bereich schon Zahlen ergeben haben. Die kann ich jetzt wiederum aber nicht direkt umlegen auf Altona, weil, das bezieht sich auf die Infomobile, die einerseits in der Schanze, aber eben auch in Altona waren. Insofern ist das noch ein ganz uneinheitliches und nicht belastbares Bild. Da müsste man noch nachberichten.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Noch einmal Herr Dr. Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, weil wir natürlich auch durchaus zeitlich voranschreiten, noch einmal, wenn jetzt nicht noch Fragen zu dem Komplex Altona sind, ich glaube, auch das werden wir ja dann je nach Ermittlungsfortschritt auch noch einmal genau beleuchten im Sonderausschuss, wieweit Sie da vorangekommen sind und welche weiteren Erkenntnisse wir darüber haben, dass wir vielleicht noch einmal zu einem Punkt, der dann ja von einigen immer irgendwie noch einmal als Auslöser für alles Mögliche gewertet wird, dass Sie vielleicht noch einmal einen Sachstand aufgrund der jetzigen Erkenntnislage zu dem Aufzug vom Abend vorher, wenn ich das richtig sehe, zu Welcome to Hell, geben, weil natürlich es da auch unterschiedliche Sachstände und auch Vorwurfslagen gibt, wo es vielleicht auch noch einmal gut ist, dass Sie aus Ihrer Sicht das Aktuelle darstellen. Das wäre das eine.

Und wenn Sie das beleuchtet haben, wenn ich das richtig mitbekommen habe, weil ja heute auch die Meldung über die Medien lief, dass es auch Gruppen gab von den Falken aus Nordrhein-Westfalen, die nach Hamburg ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

– Ja, das ist ... Jetzt stelle ich Fragen, liebe Christiane, die eigentlich auch noch andere hätten stellen können, aber wir stellen sie gern mit.

... dass eine Gruppe von Falken aus Nordrhein-Westfalen, Gewerkschaftsjugend und so weiter, auf dem Weg nach Hamburg angehalten worden ist, das war vor dem Demonstrationsgeschehen, wenn ich das richtig sehe, wo jetzt auch eine Klage gegen die Stadt angedroht ist, dass Sie vielleicht einmal kurz auch das, weil einfach uns auch Nachfragen erreichen, dass Sie auch dazu einmal den Sachstand darstellen könnten, ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

– Ja, deswegen ...

Kollegin Schneider wendet ein, sie war in der GeSa und ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Vorsitzender: Vielleicht widerstehen wir der Versuchung, in Dialog zu verfallen. Das Wort hat Dr. Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ich greife nur auf, was mir hier zugemurmelt ist und füge das in die Frage ein, ...

Vorsitzender: Bei Wortprotokoll ist das schwierig.

Abg. Dr. Andreas Dressel: ... wie sich der Sachverhalt darstellt, und dann können wir ja die weitere Beantwortung, wenn noch nicht alles geklärt ist, dann auch im Sonderausschuss vornehmen. Aber ich will vielleicht noch einmal aufgreifen, was der Senator heute beim Eingangsstatement gesagt hat, dass wir, glaube ich, angesichts der Vorwurfslagen gegen die Polizei bei der Zahl von jetzt 23 000 eingesetzten Polizeibeamten sagen können, natürlich ist hier ein ganz herausragender Einsatz geleistet worden, was im Einzelfall nicht ausschließt, dass es auch einmal Fälle gegeben hat, wo etwas nicht so gelaufen ist, auch von Polizeiseite nicht so gelaufen ist. Umso wichtiger ist, dass man auch da, wenn es Nachfragen gibt, das auch gut aufklärt und dann solche Sachen auch beantworten kann.

Vorsitzender: Dann würde ich mich der Bitte anschließen, dass man dann auch noch zu Welcome to Hell kommt. Eine Beantwortung der Frage, Herr Senator.

Senator Grote: Ja, zu dem zweiten Gesichtspunkt dann, glaube ich, vielleicht einmal zuerst. Der Kenntnisstand, den wir dazu haben, ist, dass tatsächlich hier ein Bus in die Gefangenensammelstelle überführt wurde. So, wie sich das uns jetzt darstellt, war das ein schlichter Übertragungsfehler bei der Übermittlung eines Kennzeichens. Ein Bus, der uns gemeldet worden war als einer, der von einer sehr problematischen Personengruppe genutzt wird mit dem Hinweis, dass er zu überprüfen sei, und dann ist es wohl bei der Übertragung des Kennzeichens zu einem Fehler gekommen. Sobald sich das aufgeklärt hat, hat man den Bus auch wieder freigegeben. Das ist ein Vorgang, für den man sich nur entschuldigen kann. Das ist einfach so, da ist ein Fehler passiert.

Es hatte mich an dem Morgen auch schon die DGB-Vorsitzende dazu angerufen und ich hatte ihr das auch sofort mitgeteilt, nachdem sich die Lage aufgeklärt hat, habe mich dazu

auch noch entschuldigt, und ich glaube, mehr kann man da nicht machen. Das ist ein Fehler, der passiert ist und der bedauerlich ist.

Zum Thema Welcome to Hell würde ich als Einstieg noch einmal Herr Dudde bitten und dann für den Einsatzverlauf Herrn Großmann. Herr Dudde.

Herr Dudde: Welcome to Hell, die Demonstration wurde von uns ja von Anfang an als gegebenenfalls kritisch gesehen, weil hier angeblich der größte Schwarze Block hier dann durch Hamburg marschieren sollte. Von daher hatten wir uns darauf eingestellt, diesen Aufzug nötigenfalls eng zu begleiten, weil, beauftragt war er nicht, weil wir auch keine belastbaren Hinweise hatten, Auflagen zu erlassen oder ... Verbot haben wir noch kurz geprüft, das war aber illusorisch bei der Teilnehmerzahl, weil man natürlich nie hätte behaupten können, dass das in Gänze einen gewalttätigen Verlauf nimmt.

Beauftragt war mit der Durchführung der Veranstaltung der Kollege Rohweder von den eher Gegenveranstaltungen, der im engen Zusammenwirken mit Herrn Normen Großmann, der, wie gesagt, die Festnahmehundertschaften vertrat, diesen Aufzug bedienen sollte. Und über den Ablauf, wie er sich aufgestellt hat, welches Potenzial vor Ort war, würde ich normalerweise jetzt erst einmal an Herr Rohweder übergeben.

Senator Grote: Ich würde direkt an Herrn Großmann übergeben.

Herr Großmann: Ja. Wir hatten unsere Kräfte verschiedenster Einsatzabschnitte dort unten im Bereich im Einsatz. Einmal Kräfte, die Sie klassisch kennen aus solchen Einsätzen für die Aufzugsbegleitung, die dann möglicherweise erforderlich wird. Auch ich war mit meinen Kräften erneut vor Ort an diesem Einsatzort und kann also meine Eindrücke von diesem Abend schildern.

Vielleicht eingangs, wir hatten uns in der Annahme, dass dieser Aufzug die angemeldete Aufzugstrecke zurücklegen wird, entsprechend entlang der Aufzugstrecke aufgestellt mit den Kräften, also hatten Einsatzkräfte unter anderem auch im Bereich dieses liegenden U, die der Aufzugsweg machen sollte. Es sollte unten am Hafen langgehen, Helgoländer Allee hoch, unter der Brücke durch, von der ich nicht weiß, wie sie heißt, und dann eben auf der Reeperbahn wieder Richtung Westen. In diesem liegenden U waren wir relativ stark vertreten, wir hatten Kräfte aufgebaut im Bereich Landungsbrücken, im Alten Elbpark, unten am Millerntorplatz und waren darauf vorbereitet, dann, nachdem dieser erste Teil der Aufzugstrecke absolviert war, dann im Einsatz jeweils immer Eingreifkräfte links und rechts des Aufzugs bereitzustellen für den Fall, dass uns die Kräfte der Aufzugsbegleitung unterstützend benötigen oder wir auch eigeninitiativ dort Maßnahmen treffen müssen.

Ich habe mir ein Bild gemacht vom Fischmarkt, von der Auftaktkundgebung, weil sich auch die Frage stellte, welcher Personenkreis hält sich dort auf am Fischmarkt. Das war in diesem Bereich alles absolut friedlich geprägt durch Redebeiträge, durch Musikeinspielungen und Ähnliches, und habe dann irgendwann in der Phase, als man sich orientierte in Richtung Aufzugstrecke, in Richtung Aufstellungsort, selbst auch mich an dem Straßenbereich St. Pauli Fischmarkt befunden, also praktisch der Aufzugstrecke voraus außerhalb dieses Flutschutztores, habe mir angesehen, was jetzt an Versammlungsteilnehmern den Fischmarkt verlassen hatte und sich auf dieser Aufzugstrecke bereitgestellt hat, und Gleiches galt auch für die Aufzugsbegleitkräfte, die sich ebenfalls schon in Erwartung des sich aufstellenden Aufzugs auf dem Straßenbereich befanden, bis zu einer Höhe der Fußgängerbrücke, die im Bereich des Pudel Clubs über den Straßenzug geht.

Dann war ich, ehrlich gesagt, ziemlich überrascht, was dann auch so vom optischen Erscheinungsbild den Fischmarkt an der Spitze verlassen hat und sich auf dem ersten Teil der Aufzugstrecke bereitgestellt hat. Ich habe da zwei große Schwarze Blöcke, die ich in Summe so auf circa 1 500 Personen schätzen würde, festgestellt, den ganz überwiegenden

Teil der Personen verummmt. Zwischen diesen beiden circa gleich großen Blöcken war ein Zwischenraum, in diesen Schwarzen Blöcken befanden sich aus meiner Erinnerung mindestens zwei Lautsprecherwagen. Dann sind diese beiden Schwarzen Blöcke zum Stehen gekommen in dem Bereich dieser Fußgängerbrücke und weitere Versammlungsteilnehmer haben sich vom Fischmarkt runter begeben auf die Aufzugstrecke.

Das war aber nicht mehr in großer, relevanter Zahl möglich, weil einfach die Strecke dann erst einmal voll war, also ein großer, bunter Teil an Versammlungsteilnehmern befand sich noch auf dem Fischmarkt beziehungsweise im Bereich des Flutschutztores. Die Absprache, die ich getroffen hatte mit den Kräften der Aufzugsbegleitung war, dass wir zunächst einmal genau in dieser Phase, Aufstellung auf der Aufzugstrecke, einen Abfluss von Versammlungsteilnehmern auf dem Fußweg verhindern, also oben auf die Flutschutzmauer hinauf. Das war so unsere Absprache, das wollten wir verhindern, weil, das hätte zur Folge gehabt, dass noch rechtsseitig der bereitgestellten Aufzugsbegleitkräfte Versammlungsteilnehmer stehen, das wollten wir vermeiden. Außerdem wollten wir auch vermeiden, dass Versammlungsteilnehmer aus welchen Gründen auch immer die gesamten wartenden Begleitkräfte umlaufen, indem sie zwischen Flutschutzmauer und Hafenkante in einem Bereich, der auch so irgendwie 30, 40 Meter breit ist, sich in Richtung des Aufzugsweges begeben. Das habe ich gemacht mit Teilen meiner Kräfte und dann habe ich wahrgenommen, die Gespräche habe ich dann nicht selbst geführt, sondern der Unterabschnittsleiter der Aufzugsbegleitung, dass er aufgrund dieses hohen Anteils, des ganz, ganz überwiegenden Anteils an Vermummten in diesen Schwarzen Blöcken Gespräche geführt hat. Das habe ich regelmäßig über Funk mitbekommen, über Telefon mitbekommen mit dem Versammlungsleiter. Ich habe dann in der weiteren Folge auch mitbekommen, dass Lautsprecherdurchsagen über die Lautsprecher eines Wasserwerfers erfolgt sind, jeweils mit der Aufforderung, die Vermummung abzulegen. Ich unterstelle einmal, dass die Kooperationsgespräche zwischen dem Leiter der Aufzugsbegleitkräfte und dem Versammlungsleiter einen ähnlichen Tenor hatten oder den gleichen Tenor hatten. Wir haben dann mit entsprechendem zeitlichen Ablauf festgestellt, dass im vorderen Bereich zwar einige dieser Aufforderung nachgekommen sind, ganz überwiegend es aber bei einem hohen Anteil an Vermummten blieb.

Was habe ich noch wahrgenommen? Ich hatte Ihnen gesagt, so ein erster Block von bunt gekleideten Personen war auch schon in der Lage, den Fischmarkt zu verlassen und stand auch schon auf der Aufzugstrecke und der Bereich des Fußwegs auf der Flutschutzmauer stand doch relativ voll mit Personen, die aber auch schon dort gestanden haben, als die Auftaktkundgebung auf dem Fischmarkt noch lief, sodass ich die auch erst einmal – wir hatten das Thema heute schon ganz oft – unter Dritten eingestuft habe, jetzt nicht unbedingt unter der Gruppe der Versammlungsteilnehmer und vom äußeren Erscheinungsbild auch nicht als erkennbar gewalttätig. Also buntes, scheinbar unbeteiligtes Klientel auf der Flutschutzmauer. Und die ersten ..., das ist schwer zu schätzen, aber vielleicht so in einer Länge von 50 bis 100 Metern auch schon bunt gekleidetes Klientel bereits auf der Aufzugstrecke, der ganz große Rest noch im Bereich Fischmarkt.

So stellte sich für mich die Situation dar. Und dann begann auch eine Kommunikation zwischen den Aufzugsbegleitkräften, also dem EA Gegenveranstaltung und dem Führungsstab. Da kann möglicherweise dann der Polizeiführer auch noch ergänzen. Es begann eine Kommunikation zwischen dem Polizeiführer und mir und wir hatten eben zu überlegen, wie gehen wir jetzt mit dieser Lage um. Klar war, dass der Aufzug in diesem Vermummungsgrad so nicht marschieren kann. Welche Erwägungen haben da eine Rolle gespielt? Erstens, Vermummung in einer Versammlung stellt einen Straftatbestand dar, die Polizei ist nach dem Legalitätsprinzip verpflichtet, da einzuschreiten, insbesondere wenn es den Gesamtcharakter der Versammlung kennzeichnet und es sich nicht um einzelne Personen handelt. Wir haben darüber hinaus Quelleninformationen bekommen zu einem Vorhaben dieser Schwarzen Blöcke im Bereich der Reeperbahn, hatten die Erkenntnisse, dass im Bereich der Reeperbahn Angehörige dieser Schwarzen Blöcke eine Eskalierung

spätestens dort herbeiführen wollten durch entsprechende Gewalttätigkeiten. Wir hatten auch eine Erkenntnislage, dass auf der Aufzugsstrecke bis dorthin noch verschiedene Depots angelegt worden sein sollten, um sich mit entsprechenden Gegenständen noch auszustatten. Wir hatten zu beurteilen die gesamte Örtlichkeit, die Örtlichkeit, an der wir standen, aber auch die Örtlichkeit, die wir in der Folge passiert hätten, also eine weiter, breiter werdende Straße, eine Flutschutzmauer, die abnimmt an Höhe, die irgendwann das Straßenniveau erreicht, einen Wohnmobilparkplatz, glaube ich, ist es, dort in dem Bereich, ein immer breiter werdender Straßenzug zum Bereich Landungsbrücken hin, im Bereich der Helgoländer Allee eben die Grünanlage und dann eben der Ort der angekündigten oder uns bekannt gewordenen Eskalation.

Ja, und dann eine vierte Erwägung, die noch eine Rolle gespielt hat, die musste ich eben noch einmal nachschauen, war, dass wir natürlich drüber nachgedacht haben, dass es möglicherweise zu einem Ausschluss der Schwarzen Blöcke kommen muss und dass es uns auch ein Anliegen war oder eine Überlegung war, wie kann man mit anderen bunten friedlichen Versammlungsteilnehmern weiter verfahren, sodass wir auch zu bewerten hatten, gibt es die Möglichkeit, wenn wir denn Maßnahmen treffen gegen die Schwarzen Blöcke, mit den bunt gekleideten, scheinbar friedlichen Teilnehmern einen abweichenden Aufzugsweg zu kooperieren. Bei der Betrachtung dieser ganzen Erwägungen, Sachzwänge, Einflussfaktoren und der Tatsache, dass offensichtlich die Kooperationsgespräche mit dem Leiter und auch die Durchsagen über Lautsprecher keine großartige Wirkung erzielt haben, sind wir eben zu dem Ergebnis gekommen, der Ort unten im Bereich Fischerhaus, dort, wo wir eben standen, wäre geeignet, zumindest erst einmal zwei Trennlinien zu ziehen, einmal zur Teilung der beiden auch durch wenige Meter getrennten Schwarzen Blöcke und eine zweite Trennlinie zu ziehen hinter dem zweiten Schwarzen Block im Übergang zu den bunt gekleideten. Dann würde ich den Ball erst einmal zurückspielen.

Senator Grote: Danke. Dann würden wir das noch einmal ein bisschen weiter beschreiben und dann auch noch einmal konkretisieren und auch den Kollegen Ferk gleich noch einmal bitten, der die Verantwortung für den Bereich Aufzugsbegleitung hatte, und auch über die Kooperationsgespräche und den weiteren Verlauf der Situation vielleicht noch ein bisschen genauer etwas sagen. Dazwischen aber noch einmal Herr Dudde.

Herr Dudde: Ja, danke. Also nachdem sich die Aufzugslage so dargestellt hat, wie es Herr Großmann eben gerade beschrieben hat, hatte ich mich mit unseren Juristen beraten, wie man damit umgehen kann. Erstens war die juristische Meinung, das kann man so nicht gehen lassen, also die Menge ist viel zu groß, das ist prägend, die müssen da unten bleiben. Wir haben dann verschiedene Szenarien durchgesprochen, was man machen kann, um das abzustellen. Herr Ferk wird gleich darauf eingehen, weil wir einfach den Auftrag dann gegeben haben, die gehen so nicht los, ihr fordert über den Versammlungsleiter auf, die Vermummung abzulegen und wenn sich das dann in Gänze so wieder darstellt, dann könnte man ja gehen.

Herr Ferk wird gleich sagen, wie das dann vor Ort sozusagen gelaufen ist. Mit ständig weiterem zeitlichen Ablauf hat man gemerkt, das wird wohl nicht fruchten. Man hat dann insofern überlegt, was kann man dann machen. Das machen wir in Hamburg eigentlich selten, aber da die Menge der Versammlungsteilnehmer verhältnismäßig groß war und die Örtlichkeit günstig, hatten wir vorbesprochen, dann werden wir einmal versuchen, diese beiden Blöcke zu umschließen, dann könnte man sie nochmals auffordern, die Vermummung abzulegen und dann immer noch entscheiden, wie man mit denen umgeht. Aber wir hatten dann die Chance gehabt, wenn wir diese 1 500 von der restlichen Versammlung abgetrennt hätten, mit den Versammlungsleitern einen neuen Marschweg zu kooperieren, weil, man hätte dann über Pepermölenbek hochgehen können zum Nobistor, um dann von da aus sozusagen auf dem dann alten Marschweg weiterzugehen. Das waren die ganzen Überlegungen, die sich auch über einen verhältnismäßig langen Zeitraum

hinzogen, weil das jetzt alles keine Sachen waren, die in 5 Minuten abgelaufen sind, sondern die sich dann über 45 Minuten entwickelten.

Ich denke zu Art und Umfang der Kooperationsgespräche, wie sich das vor Ort darstellte, ist Herr Ferk sicherlich der Richtige.

Senator Grote: Dann würde ich an Herr Ferk übergeben mit der Bitte, auch noch einmal etwas dazu zu sagen, was eigentlich sozusagen Alternativen gewesen wären. Mein Bild ist so ein bisschen, dass es drei gab Szenarien, entweder man kooperiert und die Vermummung wird abgelegt oder b) die gesamte Versammlung bleibt weiter stehen, auch mit dem großen Teil, den wir zu dem Zeitpunkt als friedlich eingeschätzt haben oder eben man nimmt eine Trennung vor. Und da vielleicht dann einmal sozusagen ab dem Zeitpunkt, wo man mit der Versammlungsleitung in Gespräche gegangen ist. Herr Ferk.

Herr Ferk: Ja, danke schön. Ich darf mich kurz vorstellen, mein Name ist Joachim Ferk, ich bin der Leiter der Hamburger Bereitschaftspolizei. Ich war an diesem Tage unten am Aufzug bereits zu dem Zeitpunkt, ab 16 Uhr, als sich die ersten Versammlungsteilnehmer dort einfanden. Wir waren dafür zuständig, den gesamten Aufzug, die Versammlung zu begleiten, das heißt, ich zusammen mit der Hamburger Bereitschaftspolizei und weiteren mir unterstellten Kräften.

Den ersten Kontakt zum Anmelder, Herrn Blechschmidt, und zum Leiter der Versammlung, Herrn Beuth, hatte ich gegen 16 Uhr, die sich bei mir meldeten, mit mir kurz absprachen, wie jetzt die eigentliche Versammlung auf dem Fischmarkt laufen sollte – das ist, glaube ich, für die weitere Darstellung relativ uninteressant – und dass man vorhatte, so wie angekündigt, ab ungefähr 18 Uhr, 18.30 Uhr sich aufzustellen und dann anschließend loszumarschieren. Wir haben dann vereinbart, dass wir uns vorher jeweils noch treffen würden und den genauen Abmarsch dann noch miteinander verabreden würden. Es gab bereits zu diesem Zeitpunkt von der Versammlungsleitung Fragen hinsichtlich unseres Vorgehens im Falle eines Abmarsches, in dem Moment, wo man losmarschiert. Unter anderem wurde dann hinterfragt – dazu schicke ich vielleicht voraus, dass wir drei uns natürlich aus diversen Versammlungen kennen, auch aus Versammlungen, die nicht immer so gelaufen sind, wie man sich das im Versammlungsrecht vorstellt –, es wurde dann versucht, auszuloten, wieweit ich bereit wäre, bestimmte Dinge zuzulassen. In den Gesprächen habe ich deutlich gemacht, dass die Linie gegenüber dieser Versammlung die gleiche Linie ist, die in Hamburg immer und gegenüber jeder Versammlung gilt, dass wir also jede Art von Versammlung, die friedlich abläuft, möglichst völlig polizeifrei laufen lassen, dass wir aber schon Befürchtungen haben, auch aufgrund der Ankündigungen, die ja auch nicht zuletzt durch die Leitung der Versammlung im Vorwege gemacht wurden, über einen der größten Schwarzen Blöcke, die es in Europa je gegeben hat, schon Sorgen hatten, dass diese Versammlung eben nicht gänzlich friedlich verlaufen würde.

Dann kamen die üblichen Fragen, was passiert, wenn Pyro abgeschossen wird, was passiert, wenn einmal ein bisschen Vermummung da sei. Ich habe dann deutlich gemacht, dass man das nicht verharmlosen solle, dass wir natürlich, wenn wir einen Aufzug haben, der prägend ist mit Vermummung, mit Straftaten, mit schweren Ordnungswidrigkeiten, diesen Aufzug dann nicht einfach laufen lassen würden. Ich habe auch deutlich gemacht, was in diesem Fall üblich ist, dass wir natürlich nicht wegen einer Einzelperson, die sich möglicherweise unter Tausenden Teilnehmern verummmt, oder einem einzigen abgeschossenen Pyro gegen die gesamte Versammlung vorgehen. Das haben wir auch noch nie getan, dass wir aber trotzdem diese Sachen nicht tolerieren werden, dass wir Strafverfolgung gegebenenfalls einleiten, dazu auch Beweissicherung. Und dann die üblichen Spielregeln, dass es Aufgabe des Versammlungsleiters ist, für einen friedlichen Ablauf zu sorgen, dass er auf die Teilnehmer einzuwirken hat. Ich würde dieses tun, also auch verbal einwirken auf die Teilnehmer, wenn er nicht in der Lage dazu wäre, seiner Pflicht nachzukommen.

Es wurde dann noch kurz gesprochen, ob ich nicht bereit wäre, quasi an den Hafenstraßenhäusern, den ehemaligen Hafenstraßenhäusern, eine gewisse größere Toleranz zu haben, da ja beide Seiten ihr Gesicht wahren müssten. Auffällig an der Stelle für mich, da ich die beiden Herren ja schon häufiger erlebt habe, war durchaus eine Nervosität bei beiden, offensichtlich auch sehr angespannt, und ich hatte den Eindruck, dass sie sich nicht sicher waren, ob die Versammlung am Ende so ablaufen würde, wie sie sich das vielleicht vorher vorgestellt haben.

Wir haben uns dann das nächste Mal getroffen, als es darum ging, die Versammlung aufzustellen. Ab 18 Uhr wollte man dann dazu übergehen die Versammlung aufzustellen. Wir haben dann miteinander gesprochen. Ich habe dann mitgeteilt, es war erlaubt, in der St. Pauli Hafenstraße sich aufzustellen, dass ich die St. Pauli Hafenstraße freimachen würde bis kurz vor besagte Fußgängerbrücke und der Aufzug sich dort dann in Ruhe aufstellen könne. Ich habe dann mitgeteilt, dass wir festgestellt haben, dass es bereits sehr frühzeitig, 18.35 Uhr, circa 100 Personen gibt, die sich über einen – das werden Sie vielleicht in den Medien gesehen haben – großen Luftballonwürfel, einem schwarzen Würfel, der dort über Aufzugsteilnehmern hin- und hergereicht wurde, verummmt hätten. Dass ich auch in der Versammlung, um sicherzustellen, dass der Aufzug friedlich bleibt, den Aufzug linksseitig mit Polizeikräften und im weiteren Verlauf dann auch rechtsseitig mit Polizeikräften im Bereich von Problempersonen, von Störern oder Straftätern begleiten werde, nicht begleiten werde in Form einer vollständig geschlossenen Polizeikette, aber doch mit Polizeikräften, die den Aufzug so begleiten, dass wir gegebenenfalls jederzeit einschreiten könnten. Das stieß zwar nicht auf Gegenliebe, aber im Gegensatz zu anderen Versammlungen auch auf keinen größeren Protest. Man äußerte ausdrücklich Verständnis dafür, dass wir auch an der Aufzugstrecke, also immer da, wo der Aufzug abbiegen musste oder auch vor der Wache 16 auf der Reeperbahn starke Polizeikräfte hatte und sprach sich sogar dafür aus, dass wir an diesen Stellen uns mit starken Polizeikräften aufstellen. Das ist ein mehr als ungewöhnlicher Vorgang vonseiten der Demonstrationsleitung.

Die Aufzugsspitze hat sich dann ungefähr – legen Sie mich jetzt bitte nicht auf eine einzelne Minute fest – ungefähr um 18.45 Uhr auf dem St. Pauli Fischmarkt formiert. Wir hatten der Aufzugsspitze, wie das üblich ist, auch Raum gegeben, sich aufzustellen. Man musste die LauKWs positionieren. Ein paar Minuten später marschierte dann die Spitze einfach los. Wir haben dann kurz geguckt, ob man sich nur formieren will oder losmarschieren. Wir haben das häufig erlebt, dass man dann einfach einmal losmarschiert, um die Polizeikräfte zu überrumpeln und einfach das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Ich habe dann den Aufzug sofort danach aufgestoppt. Damit Sie eine Vorstellung haben, wie so etwas abläuft, ich kriegte dann vom Polizeiführer über den Leiter des EA Gegenveranstaltung die Anweisung, den Aufzug anzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich ihn dann bereits angehalten. Also das zeigt, dass wir natürlich auf verschiedenen Ebenen uns das Ganze angucken und sofort darauf reagieren.

Um 19 Uhr – und das ist wichtig – meldeten Kräfte meiner ersten Hundertschaft, dass wir bereits im vorderen Bereich erste Flaschenwürfe vereinzelt in Richtung von Polizeikräften hatten, also dass wir hier Gewaltstraftaten gegen Polizeikräfte hatten. Ich habe deutlich gemacht, auch im Vorwege, und das machen wir bei jeder Versammlung, dass das überhaupt nicht toleriert werden kann, weder das Einwirken auf Unbeteiligte noch auf Polizeikräfte, und dass wir zum Schutz Unbeteiligter aber auch von Polizeikräften in so einem Fall den Aufzug gar nicht loslaufen lassen werden und dass das umgehend durch den Versammlungsleiter oder uns abgestellt werden muss.

Diese Personen befanden sich zu diesem Zeitpunkt hinter dem ersten Lautsprecherwagen. Dort hat man sich dann innerhalb von wenigen Minuten komplett verummmt. Ich habe das dann um kurz nach 19 Uhr der Versammlungsleitung mitgeteilt, habe sie aufgefordert, dieses abzulegen, damit aufzuhören, die Straftaten zu beenden und auch die Störung einer

friedlichen Versammlung zu beenden, denn immerhin hatten wir Tausende von Teilnehmern zu diesem Zeitpunkt, die augenscheinlich zumindest eine friedliche Versammlung und Meinungskundgabe vorhatten, also auch deren Versammlungsrecht zu schützen.

Gleichzeitig habe ich ihm mitgeteilt, wie angekündigt, dass wir mit Strafverfolgungsmaßnahmen, Beweissicherung beginnen und dass wir auch Polizeikräfte auf Höhe dieser Straftäter jetzt seitlich bringen werden, und zwar deutlich in die Länge gezogen, das heißt, auch dann seitlich begleitend, und zwar auf der Fußwegseite, in Marschrichtung auf der linken Seite.

Wir haben gleichzeitig zum Stoppen des Aufzuges Wasserwerfer vor den Aufzug gestellt, auch um dann möglicherweise – das hat sich dann hinterher auch als richtig rausgestellt, wenige Minuten später – durch eigene Ansagen durch die Wasserwerfer auf Versammlungsteilnehmer einzuwirken, auch auf Unbeteiligte, zunächst einmal jedenfalls scheinbar Unbeteiligte, einzuwirken und anzukündigen, was möglicherweise passieren kann, um auch diese zu schützen.

Zu diesem Zeitpunkt, unmittelbar nach 19 Uhr, ist etwas passiert, das kann ich kaum noch mit den Worten ungewöhnlich bezeichnen, sondern das ist ein absolutes Novum, mir ist kein Fall bekannt, wo das je passiert ist: Der Leiter der Versammlung ist auf meinen Vertreter, der draußen neben mir steht, aber dadurch, dass wir natürlich – nur zum Verständnis – verschiedene Dinge zu funken, zu sprechen, umzusetzen haben, sind wir nicht bei jedem Gespräch nun beide immer gleichzeitig nebeneinander ... Er teilte mir mit, dass der Leiter der Versammlung auf ihn zugekommen sei und darum gebeten hat, dass wir die Versammlung seitlich begleiten. Das ist ein Vorgang, den habe ich bisher noch nie erlebt und mir ist auch nicht bekannt, dass den irgendjemand schon einmal erlebt hätte. Ein deutliches Zeichen dafür, dass aus meiner Sicht die Versammlungsleitung deutliche Sorge hatte, dass, ich sage jetzt einmal, die Büchse der Pandora da geöffnet wird und sie selbst den Aufzug nicht mehr unter Kontrolle haben.

Während wir noch warteten, dass die Vermummung abgelegt wird und der Leiter dann auf die Versammlung einwirkt, was dann auch später passiert ist, wurde gemeldet, dass es allerdings weitere Vermummung gebe und dass rechtsseitig in Marschrichtung Holzlaten in den Aufzug gereicht werden. Also um das ganz deutlich zu sagen, da läuft niemand rum und sagt, ich habe zufällig Holzlaten dabei, falls Sie sich mit der Polizei irgendeine Schlacht liefern wollen, hätte ich jetzt eine Auswahl oder ich habe ein paar Steine dabei. Da ist auch kein Baumarkt in der Nähe. Das sind eindeutig vorbereitete Handlungen, um sich jetzt, und zwar aktiv, zu bewaffnen, um ganz offensichtlich Polizeikräfte anzugreifen.

Der Leiter hat dann in der Tat Durchsagen durch die LauKWs gemacht, zumindest durch die ersten, die aber nach meiner Feststellung, unserer Feststellung, keine Wirkung zeigten. Daraufhin haben wir ungefähr um 19.20 Uhr eigene Durchsagen durch die Wasserwerfer veranlasst. Diese Wasserwerfer, die wir auch auf der Rückseite des Aufzuges hatten, denn, Sie werden die Bilder gesehen haben, viele Aufzugsteilnehmer standen dort ja noch im Bereich Breite Straße, des eigentlichen Fischmarkts, haben wir auch durch Wasserwerfer, die auf der Rückseite standen, das so gekoppelt, dass die Durchsagen von allen Seiten für alle Teilnehmer der Versammlung deutlich zu verstehen waren. Also aufgefordert, Vermummungen abzulegen, Straftaten zu unterlassen, Bewaffnungen abzulegen und auch Unbeteiligte immer wieder aufgefordert, beiseite zu gehen, aufzupassen, dass sie nicht durch Gewalttätigkeiten oder durch Zwangsmaßnahmen der Polizei, falls die notwendig würden, ungewollt in Mitleidenschaft gezogen würden. Das fand durchgehend statt und hatte zunächst einmal auf die Versammlungsteilnehmer nur geringe Wirkung, allerdings auch auf alle Umstehenden. Ich habe nicht festgestellt und den Eindruck gehabt, dass sich irgendjemand dort entfernt hat, obwohl wir das durchgehend angesagt haben.

Dann haben wir den Auftrag erteilt, dass Polizeikräfte, wie auch vom Versammlungsleiter ja selbst gefordert, in Marschrichtung dann linksseitig, also auf dem Fußweg zum Hang hin,

von vorne am Aufzug vorbeigehen und sich so ausbreiten, dass sie dort neben dem Aufzug sind. Sie sind also ganz normal neben einem Aufzug gegangen. Und bereits in dieser Phase wurden diese Kräfte aus dem vorderen Teil des Aufzuges angegriffen. Der zuständige Führer dieser Kräfte hat mir immer wieder gemeldet auf meine Frage, auf mein Drängen hin, er möge sich beeilen, dass er jetzt Probleme hat, durchzukommen, weil sich Personen in den Weg stellen, weil er körperlich angegriffen wird und sich quasi diesen Weg selbst mit Zwangsmittelinsatz freimachen muss. Hier geht es nicht um irgendeine Maßnahme gegen den Block, sondern hier geht es lediglich um das Vorbeigehen am Aufzug. Zumindest in der Spitze hatten wir zu diesem Zeitpunkt keinen friedlichen Aufzug. Im hinteren Teil sah das sicherlich zu diesem Zeitpunkt völlig anders aus.

Dann wurde die Entscheidung getroffen, dass wir – das wurde hier schon unter dem Thema Separierung genannt – gegen die Straftäter in diesem Block vorgehen, denn die Wirkung war, dass der erste Teil vorne zum Teil die Vermummung ablegte, nachdem wir gesprochen hatten, auch die Aufzugsleitung geredet hatte. Der Anmelder kam dann auf mich zu und berichtete mir fast euphorisch, so ein bisschen freudestrahlend, die haben die Vermummung abgelegt, jetzt können wir losmarschieren, Herr Ferk. Ich habe ihn dann darauf aufmerksam gemacht, dass das mitnichten der Fall sein wird, da sich unmittelbar danach ungefähr im Bereich des zweiten Lautsprecherwagens eine noch deutlich größere Gruppe befand, die nach wie vor sich zunehmend vermummt, in schwarzer Kleidung ist. Hier sei mir der Hinweis gestattet, ohne strafrechtliche Ermittlung vorwegzunehmen, aber eine einheitliche Uniformierung, das Anziehen gleichartiger Kleidung als Ausdruck eines politischen Kampfes oder einer angekündigten Auseinandersetzung beziehungsweise vorbereiteten, wäre, auch, wenn es als Uniform gewertet wird, klare Straftat, und zwar kollektive Straftat nach dem Versammlungsgesetz, zumindest von drei- bis vierstelligen Teilnehmerzahlen im vorderen Bereich.

Gegen 18.45 Uhr hat dann durch Kräfte – Herr Großmann hatte das geschildert –, der Eingreifkräfte und meiner Kräfte, eine Separierung dieses zweiten Blocks, dieses großen Blocks stattgefunden. Die Separierung an sich, so wie mir das dann zurückgemeldet wurde, fand relativ ohne Probleme statt, zumal sich ja auch der erste und der zweite Block, die eigentlich ja zusammengehörten, ein wenig getrennt hatten. Zwischendurch, gestatten Sie mir noch, wurden Lautsprecherdurchsagen gemacht beziehungsweise Aufforderungen, die, die sich organisiert hätten, mögen nach vorne kommen, die sich nicht organisiert hätten, mögen hinter den zweiten LauKW zurückgehen. Auch eine ungewöhnliche und nicht gerade auf Friedlichkeit hindeutende Organisationsansage.

Wir wurden dann zunehmend nach dieser Separierung - Sie haben die Bilder sicher vor sich, es gab einen Moment der Ruhe und dann sind sehr viele Personen auf die Flutschutzmauer heraufgeklettert mit Hilfe von unten und von oben. Spätestens ab diesem Moment waren die Passanten da oben überhaupt keine Passanten mehr, sondern haben Personen, insbesondere Straftäter, geholfen, sich polizeilichen Maßnahmen zu entziehen. Dabei war festzustellen, dass oben auch gerade Personen, die schwarz gekleidet waren, entweder in dieser Menge schnell verschwunden sind in den hinteren Teil oder ganz offensichtlich auch dort möglicherweise die Kleidung gewechselt haben. Denn ab diesem Zeitpunkt begannen dann Bewürfe von allen Seiten, von der Flutschutzmauer herunter auf uns, aus der Hanglage heraus wurden wir angegriffen, auch aus dem Block heraus. Ich habe dann die Wasserwerfer vorgezogen, wir haben den ersten Block beiseitegedrängt, wir sind dann vorgegangen und haben die Strecke im Weiteren freigemacht. Im hinteren Teil standen dann ja immer noch Kräfte, die ... Und dann auch etwas vielleicht zu Bildern, die man dann aus der Luft oder von Kameras sieht, ich bin vom Leiter des EA Gegenveranstaltung mehrfach drauf angesprochen worden zunächst, dass um mich herum ja offensichtlich sehr friedliche Leute stehen. Das war mitnichten so, aber offensichtlich auf solchen Bildern nicht zu erkennen. Wir sind massiv von allen Seiten beworfen worden, und zwar aus Menschenmengen heraus, die für sich genommen, erst einmal wie Unbeteiligte wirkten. Teilweise von oben, von der Balustrade heraus von Menschen, die wir gar nicht gesehen

haben, sodass wir gezwungen waren, auch in diese Richtung mit Wasserwerfern zu wirken, zum Beispiel auch auf die Flutschutzmauer. Dort gab es de facto keine Unbeteiligten, dort gab es lediglich Personen, die uns angegriffen haben oder es gab in diesem Bereich Personen, die dort stehengeblieben sind, weil sie ein entweder berufliches oder sonst wie Interesse hatten, hier im Einzelfall zuzugucken. Aber insgesamt gab es da dann keine friedliche Menge mehr um uns herum.

Der Anmelder ist dann im Weiteren noch einmal auf mich zugekommen, weil er mit mir reden wollte, und zwar wollte er mit mir darüber reden, dass ich doch meine Maßnahmen einstelle und aufhöre, in den Aufzug zu provozieren. Es sei doch eigentlich jetzt alles ganz friedlich und man hätte ja versucht, die Vermummungen abzulegen. An dieser Stelle habe ich ihm dann in der Tat erklärt, dass jetzt Schluss sei, dass wir nicht darüber reden können, unter welcher Bedingung dieser gewalttätige Teil da weitergeht und habe ihm unmissverständlich klargemacht, dass das hier zu Ende sei. Er hat sich daraufhin umgedreht, ich mich auch, weil ich beworfen wurde und gleichzeitig ja auch eine ganze Anzahl von Polizeikräften zu führen hatte. Er hat sich dann auch umgedreht, ich habe ihn oder den Leiter der Versammlung danach nicht mehr gesehen. Ich habe dann einige Zeit später über Funk erfahren, dass, jetzt bitte ich um Nachsicht, dass entweder der Leiter, nein, der Anmelder, Herr Blechschmidt, sich offensichtlich bei der Versammlungsbehörde gemeldet hat telefonisch und die Versammlung für beendet erklärt hat. Das wiederum überrascht mich nicht, weil, das ist eigentlich Ritus, dass in dem Moment, wo es ungemütlich wird, der relativ schnell sagt, die Versammlung ist zu Ende, mit den Worten, ich bin raus, ich habe keine Verantwortung mehr, ich verabschiede mich. In diesem Fall hat er das halt telefonisch gemacht.

So viel im Grunde genommen zu der Situation, die wir mit der Versammlung hatten. Die Überlegung, die wir hatten, war, dass wir gesagt haben, diesen Aufzug mit diesen Straftaten, mit diesen Gewalttätigkeiten, den können wir unmöglich, selbst mit einer starken seitlichen Begleitung, Richtung Hamburger Innenstadt, Richtung Zentrum der Stadt, denn bis zu den Landungsbrücken wäre es das gewesen, oder hoch zum Millerntorplatz und dann aufschließend auf die Reeperbahn führen, dann würde es nur noch zu einem noch größeren kollektiven Gewaltausbruch führen. Denn, wenn ich mir die Zahl der gesamten Gewalttäter angucke und anhöre, wie viele denn ungefähr da waren, und es angekündigt ist, einen der größten Schwarzen Blöcke, die Europa je gesehen hat, zu bilden, dann konnte ich mir ziemlich sicher sein, dass sich unter den weiteren Teilnehmern noch viel mehr befunden hätten, die sich auf der Marschstrecke dann ebenfalls entsprechend umgezogen hätten.

Die Möglichkeit, die wir dann – der Polizeiführer, Herr Dudde, hat das eben gesagt – überlegt hatten, war, mit den hinteren, mit den friedlichen Personen möglicherweise und der Versammlungsleitung eine Versammlung zu machen, unter Umständen auch auf einer alternativen Strecke. Die Alternative, die Versammlung bleibt dort stehen, wir lassen sie nicht weitergehen, die hatte sich ja im Grunde genommen dadurch erledigt, dass der erste Teil dann sehr gewalttätig geworden war. Der hintere Teil war aber dann auch nicht mehr zu trennen von Nichtgewalttätern und Gewalttätern. Meine Kräfte wurden dann aus dieser großen Masse heraus ständig angegriffen, beworfen, und zwar so beworfen, dass wir uns dort mit den Polizeikräften über längere Zeit nicht lösen konnten. Es war natürlich unser Bestreben, gerade wo wir von der Kaimauer und der Hanglage beworfen wurden, aus diesem Bereich herauszugehen, vielleicht auch, um das dann zu beruhigen. Das war unmöglich, da die Kräfte, die hinten Richtung Fischmarkt standen, derart auch von Personen in schwarzer Kleidung – des offensichtlich vorher gebildeten Schwarzen Blocks – so angegriffen wurden, dass es nicht möglich war, die Kräfte herauszuziehen, und andere Kräfte konnte ich da nicht entfernen. Ein Großteil meiner Kräfte hat es den Störern natürlich gefolgt und hat sich dann ins Umfeld begeben, um dann im Weiteren zu verhindern, dass dieser gewalttätige Mob möglicherweise die Innenstadt erreicht oder das Gelände, auf dem der G20-Gipfel stattfand, um weitere Schäden dann abzuwenden.

Im weiteren Verlauf der Nacht hat es dann ja noch zwei weitere Demonstrationen gegeben, die wir dann noch durchgeführt haben. Aber ich würde an dieser Stelle jetzt einfach erst einmal enden.

Senator Grote: Ja, vielen Dank. Dann würden wir nur noch als Ergänzung jetzt zum Einstieg noch einmal hier ein Video zeigen, das es ein bisschen einfach noch einmal bebildert. Vielleicht kann Herr Großmann einmal sagen, was wir da sehen.

Herr Großmann: Ja, vielleicht sage ich vorher ein paar Worte, weil, ich glaube, der Ton ist relativ laut dabei, bei dem Video.

Also genauso wie Herr Ferk das beschrieben hat, haben wir uns dann irgendwann entschlossen, zwei Trennlinien in den Aufzug zu ziehen. Das Ganze erfolgte links, von der linken Seite des Aufzuges in Aufzugsrichtung guckend, also von der Seite der Häuser, in Richtung Flutschutzmauer. Und ich möchte das noch einmal wiederholen, die Idee war, anschließend noch einmal wieder das Gespräch aufzunehmen, noch einmal wieder Durchsagen zu machen. Es war also praktisch eine ... sollte eine erste Steigerung sein, um zu belegen, dass wir es durchaus ernst meinen und dass dieser verummte Block so nicht marschieren wird und dass wir eine erste Vorbereitungsmaßnahme treffen, der dann praktisch der Ausschluss, der versammlungsrechtliche Ausschluss mit weiteren polizeirechtlichen oder strafprozessualen Maßnahmen hätte folgen können oder sollen.

Und das, was Sie jetzt gleich sehen, ist die hintere Trennlinie, die wir in den Aufzug gebracht haben, also die zwischen ... die am Ende des zweiten Teilblockes und der bunten, scheinbar friedlichen Masse. Wir wissen dann gleich im Anschluss an die Maßnahmen, dass weder die Personen auf der Flutschutzmauer noch die bunt gekleidete Masse im Anschluss an den schwarzen Block tatsächlich friedlich war.

Jetzt lassen wir das Video einfach einmal anlaufen.

(Video „Wellcome to Hell“ wird abgespielt.)

Ja, vielleicht noch einmal zwei Sätze hinterher. Also, Sie haben es gesehen, dass das Hineingehen, das Queren der Aufzugsstrecke ist nahezu ohne Zwangsmaßnahmen erfolgt, also leichtes Drücken, ein leichtes Schieben. Keineswegs war es aber so, wie es zum Teil dargestellt wurde, dass die Polizei da knüppelnd irgendwie in den Aufzug gegangen ist. Wir sind relativ einfach (...) große Zwangsanwendung hineingekommen. Danach trat wirklich eine Phase der Ruhe ein und dann folgte genau das, was Herr Ferk auch schon beschrieben hat. Ich habe es in einer Vorbesprechung einmal so genannt: Ich hatte das Gefühl, es legt jemand einen Schalter um, es gibt jemand ein Signal oder Ähnliches und auf Schlag begannen die Angriffe auf uns aus allen Richtungen. Aus Richtungen des Schwarzen Blockes, von den Personen, die oberhalb von uns auf dem Fußweg, auf der Flutschutzmauer standen, aber auch aus dem bunten, bis dahin noch als friedlich vermuteten Teil, der sich daran anschloss, Richtung Flutschutztor, und auch aus den Häusern in unserem Rücken. Wir haben, wenn man das hier fortsetzt, dann natürlich Einheiten auch auf dem Fußweg, auf der Flutschutzmauer eingesetzt. Die Räumrichtung und die Vorgehensrichtung war dann zurück Richtung Fischmarkt und wir haben dann ... dahin haben sich auch die Gewalttäter zurückgezogen. Wir hatten dann noch im Bereich der vorherigen Auftaktkundgebung, also auf dem eigentlichen Fischmarktgelände, insbesondere auf der Freifläche zur Hafenkante vor der Fischauktionshalle noch eine ganze Weile massive Auseinandersetzungen mit den Gewalttätern.

Ja, dann möchte ich da erst einmal schließen.

Vorsitzender: Ja, erst einmal vielen Dank für die detaillierte Darstellung. Ich habe jetzt noch ein paar Wortmeldungen. Herr Münster bitte.

Abg. Arno Münster: Ja, vielen Dank. Ich habe vorhin, glaube ich, schon erwähnt, dass ich da unten wohne. Deswegen war ich auch vor Ort und kann eigentlich bestätigen, also jedenfalls die Zeit, wo ich da unten war, dass das mehr Volksfestcharakter hatte, so um 16, 17, 18 Uhr. Das fand ich also recht angenehm da unten und ich habe da eigentlich gar keine Gewaltexzesse vernehmen können. Da saßen Leute, standen, hatten Getränke bei sich und das war eigentlich relativ relaxed. Es war auch dieser Lautsprecherwagen, es wurde da so Musik, es wurden auch – ja – Redebeiträge, die immer ... Ich finde die immer so spannend, weil, die versteht man irgendwie immer gar nicht, weil die irgendwie ganz komisch vorgetragen werden. Aber das ist gar nicht meine Frage. Meine Frage ist eigentlich, was ich nicht ganz verstanden habe: Wo ist der Schwarze Block denn jetzt eigentlich entstanden? Also erst hatte gedacht, er wäre oben auf der Promenade, also auf dem Vorlauf der Flutschutzmauer, wie Sie es ausgedrückt haben, weil, ich habe ihn sozusagen im Bereich Fischmarkt nicht sehen können. Ich bin aber auch in den hinteren Raum, ich bewege mich da vorne nicht und habe dann auch irgendwann sozusagen das Gelände verlassen, und als ich dann 200 Meter zu Hause war, sagte meine Frau, gucke einmal hier im Fernsehen, was dort los ist. Und ich wieder umgedreht und dann kam ich gerade zu dem Einsatz, als da der Schwarze Block sich Richtung Fischmarkt wieder bewegte und dann in nordöstlicher Richtung, nein, nordwestlicher Richtung sozusagen auch von Wasserwerfern so ein bisschen aufgehalten worden ist.

Das ist so die erste Frage: Wo hat sich der Schwarze Block eigentlich gebildet?

Und dann hätte ich noch eine Frage zur Beendigung. Der Veranstalter hat ja dann irgendwann den Aufzug für beendet erklärt. Das wurde mir dann auch so mitgeteilt. Da war ich dann sozusagen im hinteren Bereich wieder vor Ort, und dann aber auf einmal ging der Lautsprecherwagen mit Musik wieder an und der Demonstrationszug setzte sich wieder in Bewegung. Der wurde dann irgendwann wieder aufgestoppt. So weit war ich aber nicht vorne. Da weiß ich nicht genau, wann das aufge(...), warum? Und wenn die Demonstration beendet worden ist, wer hat die dann sozusagen wieder angemeldet? War das dann der Gleiche oder hat sich da jemand anderes bereit erklärt oder haben Sie sich als Polizei dann so einsatztaktisch gesagt, nein, komm, dann lassen wir sie weiterlaufen?

Ja, die letzte Frage, die ich dazu hätte, ist eigentlich: Sind denn die Vermummten dann irgendwo anders noch gestellt worden? Weil ich glaube, viele haben sich ja aus dem Gebiet auch zurückgezogen. Oder sind die noch einmal wiedergekommen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also das Bild, das wir im Moment haben, so wie es bei mir jedenfalls auch angekommen ist – ich bitte, mich sonst zu korrigieren –, ist so, dass sich die Situation verändert hat aus dieser volksfestartigen Ausgangskonstellation im Bereich Fischmarkt, Auftaktkundgebungen, Musik, Reden und so weiter, dann in die Aufstellung für die eigentliche Versammlung für den Demonstrationszug, und da haben sich an der Spitze sozusagen da im Bereich der Flutschutzmauer Hafenstraße dann zwei Schwarze Blöcke praktisch gebildet. Einer ganz an der Spitze des Aufzuges, 500, 600 Personen mit einem Lautsprecherwagen, und dann noch einmal etwas abgesetzt eine größere Gruppe, ein zweiter Schwarzer Block auch noch einmal mit einem zweiten Wagen. Und dahinter, im Grunde genommen fast schon dann im Kreuzungsbereich Peppermölenbek wieder Richtung Fischmarkt hat sich der gesamte restliche Aufzug formiert. Kann man das so beschreiben?

(Herr Meyer: (...), dass sie Rucksäcke dabei hatten und da hatten sie die schwarze Kleidung drin, haben sich also im Aufzug umgezogen.)

Gut, das wird noch einmal ergänzt durch den Polizeipräsidenten.

Herr Meyer: Ich habe die Frage so verstanden: Wie kann plötzlich aus bunt schwarz werden? Und das ist so, ja, die werden ja nicht kontrolliert, wenn die in die Demonstration hineingehen. Viele, sehr viele aus diesem Bereich hatten Rucksäcke dabei. Was in diesen Rucksäcken noch alles war, wissen wir nicht. Wir haben Hinweise auf Steine, aber vor allen Dingen auf Kleidung. Und das ist genau das, was wir über die zwei oder drei Tage immer wieder gesagt haben und verfolgt haben, dass sie sich dann in diesem Aufzug ganz offenbar einfach umgezogen haben und dann plötzlich aus bunt oder aus gemischt dunkel oder schwarz wurde.

Senator Grote: Danke. Dann die zweite Frage: Beendigung, Fortsetzung, wie hat sich das abgespielt, durch wen, wer hat neu angemeldet und wie ist das sozusagen einzuordnen? Vielleicht erst einmal Herr Dudde.

Herr Dudde: Ja, genau. Wir hatten die Situation, dass sich in der Hafenstraße vor den Polizeikräften von Herrn Ferk sich immer noch Versammlungsteilnehmer befanden und dort dann auch eine neue Versammlung angemeldet wurde bei Herrn Ferk. Wir hatten im Bereich Nobistor/Reeperbahn eine größere Ansammlung von Personen, die erst nur abwartend auf der Straße standen und ja eigentlich da nur standen. Auch aus diesem Bereich meldete sich eine Person bei den Einsatzkräften und bat darum, noch einmal einen Aufzug anzumelden, um auf dem festgelegten Marschweg dann einen Aufzug zu machen. Für den Bereich Nobistor sah es für uns so aus, als wenn das alles Personen sind, die eher bunt – also, das wissen wir inzwischen auch, dass es nicht ganz stimmt, aber zumindest sah es nicht so aus, als wenn sich daraus ein sehr störungsanfälliger Aufzug entwickelt, insofern haben wir den Aufzug am Nobistor bestätigt und bestätigt, dass er auf dem alten Marschweg dann weitergehen darf.

Bei Herrn Ferk meldete sich Herr Dolzer und meldete auch einen Aufzug an, auch für den gleichen Marschweg wieder, und bat darum, dann am Nobistor mit den dort stehenden Versammlungsteilnehmern zusammenzutreffen, um dann gemeinsam noch einmal einen Aufzug zu machen. Die beiden Aufzüge haben wir bestätigt.

Senator Grote: Gut. Und dann gibt es noch die Frage, wie haben sich die Mitglieder des Schwarzen Blocks, mit denen es die Konfrontation gegeben hat, zu Beginn, wie haben die sich anschließend verhalten, haben die sich verteilt, wohin sind die gegangen. Was können wir dazu sagen? Wer möchte das ...? Herr Großmann.

Herr Großmann: Ja, in der Tat haben sich die Kräfte der Aufzugsbegleitung um Herrn Ferk weiter um die sich bildenden Aufzüge gekümmert und wir uns um die versprengten Gruppen. Wenn Sie mir noch, sagen wir einmal, vier, fünf Minuten geben, dann suche ich einmal so ein paar Einsatzorte aus unserer Einsatzdokumentation raus, wo wir die einzelnen Gruppen wieder angetroffen haben und wie dieses Antreffen, dieses Zusammentreffen dann ablief. Ich bin jetzt gerade einmal eher so bei dem Bereich 20 Uhr, 20.15 Uhr. Da sehe ich hier eine ganze Reihe von Einträgen, die würde ich einmal eben ... da würde ich einmal eben drüberlesen und dann könnte ich das nachliefern.

Senator Grote: Gut, aber grundsätzlich war das Geschehen so, die sind aus dem Versammlungsbereich rausgegangen, Sie sind da hinterher. Dann hat es verschiedenen Kontakt noch gegeben, den man noch detaillierter darstellen könnte. Das war dann aber nicht mehr in Verbindung mit den beiden sich neu konstituierenden Versammlungen.

Herr Großmann: Genauso ist es. Nur, ich kann jetzt die Orte des erneuten Antreffens so aus dem Ärmel nicht liefern.

Senator Grote: Okay.

Vorsitzender: Herr Münster für eine Nachfrage.

Abg. Arno Münster: Herr Senator, ich habe eine Nachfrage zur zweiten Anmeldung. Da wurde mir gestern auch berichtet, auch von Teilnehmern, dass der noch einmal so im Bereich Landungsbrücken aufgestoppt worden ist und dann aber auch nicht ... durfte auch nicht weitermarschieren. Ist das ein falsches Bild, was ich da jetzt habe oder wie ist denn das da weitergegangen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Wer möchte das beschreiben? Herr Ferk.

Herr Ferk: Also wir hatten von ... ja, dann Viertel nach acht ungefähr wurde ja die erste Versammlung beendet, hatten dann diese Angriffe, mussten dann erst einmal die Lage bereinigen. Das, was ich beschrieben habe, ja sehr kurz beschrieben habe, ich hoffe auch ein bisschen, dass man das nachvollziehen konnte. Um ungefähr Viertel nach neun hat Herr Dolzer dann bei mir einen Aufzug angemeldet. Wir hatten uns zu diesem Zeitpunkt hinten vom Fischmarkt/ Breite Straße gelöst und uns mit unseren Kräften Richtung Landungsbrücken hingezogen. Dann kamen wieder Personen auf die Fahrbahn, Herr Dolzer meldete sich dann. Auch wir kennen uns von bereits in abgelaufener Zeit Versammlungen. Wir haben dann miteinander gesprochen. Eine Kooperation mit Herrn Dolzer ist durchaus anders als die mit den Vertretern der Roten Flora. Allerdings ist fast jede, außer beim Roten Aufbau, Kooperation anders als mit diesen Personen. Herr Dolzer bat uns dann, weil den meisten Teilnehmern ja jetzt nicht oder den Teilnehmern nicht bekannt war, dass es einen weiteren Aufzug geben sollte, der stand ja nicht in den Medien, in Aufrufen, darum, dass wir vorne den Aufzug anhalten und er erst einmal Gelegenheit hat, den Aufzug zu sortieren. Das war also in der Kooperation eine Maßnahme, um ihm zu helfen und letztendlich auch uns allen, dass er in der Lage war, einen weiteren, möglichst friedlichen Aufzug hinzubekommen. Wir sind dann auch noch ein Stück zurückgewichen, damit er sich nach vorne entwickeln konnte, denn es war ja durchaus mühevoll, den anderen zu signalisieren, dass wir jetzt nicht eine neue Konfrontation wollten, auch er nicht, sondern dass wir einen neuen Aufzug wollten.

Nachdem das dann passiert ist – das Ganze hat sich ungefähr eine halbe Stunde hingezogen – sind wir mit ungefähr 2 000 Teilnehmern gestartet, und zwar ungefähr ein ähnliches Bild, wenn natürlich auch wesentlich kleiner wie vorher. Wir hatten also ungefähr 100 gewaltbereite, für uns erkennbare Personen, von denen wir gesagt haben, das sind Gewaltbereite, die würden auch Auseinandersetzungen wollen, und vielleicht 100 weitere Personen, von denen wir gesagt haben, die würden, wenn es losgeht, mitmachen, und der Rest war offensichtlich friedlich, wenn auch durchaus aggressiv, sehr emotionalisiert.

Wir sind dann auf der ursprünglichen Marschstrecke, nachdem wir dann festgestellt haben, dass es Nobistor einen weiteren Aufzug gibt und man gesagt hat, man wolle dahinmarschieren, um sich dann mit diesem Aufzug zu vereinen, sind wir losgegangen. Das Ganze lief völlig problemlos im Grunde genommen ab, allerdings haben wir dann festgestellt, dass sich im hinteren Teil erneut ein Schwarzer Block gebildet hat. Und es ist dann dieses Phänomen, was hier heute Abend schon mehrfach beschrieben wurde, nachdem wir den ersten – das, was Sie auch im Video gesehen haben –, diese beiden ersten Blöcke gesehen haben, der erste hatte sich ja wieder zum Teil umgezogen und Vermummung abgelehnt, der zweite war über die Flutschutzmauer und im Wesentlichen nach hinten Richtung Fischmarkt weg, von Polizeikräften dann verfolgt, hatte sich dort mit meinen Kräften noch erhebliche Auseinandersetzungen geliefert. Also haben wir offensichtlich vorne gar keinen Schwarzen Block gehabt. Nichtsdestotrotz als wir in die Richtung marschiert sind, waren dort Personen eines Schwarzen Blocks. Der ist dann auf Höhe, wenn ich mich recht erinnere, Spielbudenplatz von Eingreifkräften im hinteren Teil abgetrennt worden, und zwar offensichtlich auch so abgetrennt worden, dass das für die restlichen Versammlungsteilnehmer, für den Aufzug, problemlos war, der Aufzug im Grunde

genommen weiterzugehen. Denn die Thematisierung, ihr habt den abgetrennt, kam erst deutlich später. Ganz offensichtlich, weil man über Telefon oder welche Medien auch immer miteinander Kontakt hatte.

Wir sind dann zum Nobistor marschiert. Da hatten die beiden Aufzüge das Problem, sich treffen zu können, weil der erste Aufzug schon losmarschiert war. Wir sind dann nach rechts in die Holstenstraße und haben ungefähr, gestatten Sie mir, dass ich das jetzt nicht auf den Meter jetzt genau weiß, aber sind wir Simon-von-Utrecht-Straße, kurz vorher haben wir diesen anderen Aufzug angetroffen.

Zusammenführung dieser beiden Blöcke, da wurde dann auch mit mir Kontakt aufgenommen, dass wir hinten ja offensichtlich auf Personen eingewirkt haben. Ich habe das dann erklärt, habe dann erklärt, dass wir dort ein, wenn auch kleiner dimensioniert, aber dort ein gleiches Bild hatten, wie wir es unten am Hafenrand hatten. Die Versammlungsleitung hat das dann überprüft, wie auch immer, sich kurz beraten, hatte damit auch kein Problem und sagte, wir bringen die Aufzüge zusammen. Wir hatten dann noch ein Stocken, weil wieder das Problem auftrat, dass wir ja auf den anderen Aufzug aufgelaufen sind, wir mit unseren Polizeikräften, irgendwie friedlich, das ist auch passiert, durch diese Menschen durch mussten, um an die Spitze zu kommen und beide Aufzüge sich vereinigen zu lassen. Dabei gab es erhebliche Schwierigkeiten für die Aufzugsleitung, den Teilnehmern deutlich zu machen, dass man jetzt einen Aufzug hat, dass man (...) mit der Polizei kooperiert hat, dass man versucht, einen gemeinsamen neuen Aufzug hinzubekommen. Das war dann durchaus von hoher Aggressivität begleitet. Also Äußerungen, wie "ganz Hamburg hasst die Polizei", obwohl nicht einmal ein Teil von Hamburg da war, war ja noch das Mildeste, was wir uns da angehört haben. Wir sind dann mit dem Aufzug, nachdem wir kurz gestoppt hatten, die Holstenstraße runter, sind dann rechts Max-Brauer-Allee/Altonaer Straße. Dann haben wir zwischendurch nachher noch einmal angehalten, der Aufzug angehalten, weil mir mitgeteilt wurde, dass im hinteren Teil auf friedliche Versammlungsteilnehmer eingewirkt wird. In einem Teil konnten wir dann mitteilen, dass es das nicht gibt, dass das offensichtlich eine Meldung ist, die sich wie auch immer verbreitet hat, dass an der angegebenen Stelle aber überhaupt keine Auseinandersetzung und auch kein Einwirken der Polizei stattfand.

Im weiteren Verlauf hat es dann aber offensichtlich im hinteren Teil, den ich aufgrund der Dunkelheit, der Größe des Aufzuges, der sich einen erheblichen Teil die Altonaer Straße runter entwickelt hat, nicht selbst sehen, was dort passiert ist. Letztendlich ist dieser Aufzug dann von sich aus zum Stehen gekommen im Bereich kurz vor der Einmündung zur Schanzenstraße. Der Versammlungsleiter hat dann mitgeteilt, dass es im Hintergrund Probleme gäbe, er wolle das klären, sein Aufzug ist dann weitermarschiert. Er hat mich dann gebeten, den Aufzug wieder anzuhalten, so wie wir es am Anfang hatten. Das haben wir dann gemacht. Der Aufzug stand dort eine ganze Zeit und hat sich dann irgendwann umgedreht und die Teilnehmer sind zurückgeflutet, die ersten, die bei mir standen, hinten hatte es sich offensichtlich schon aufgelöst, und dann ist die Versammlung beendet gewesen, und zwar faktisch beendet gewesen. Also es ist nicht so, dass er dann gesagt hat, jetzt ist Schluss, sondern seine Teilnehmer sind einfach weggegangen nach hinten. Und dann war dieser Aufzug dort beendet. Was dann genau hinten im Bereich Schulterblatt (...), das kann ich in dem Moment nicht sagen, weil ich halt woanders stand.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Ilkhanipour bitte.

Abg. Danial Ilkhanipour: Ja, vielen Dank. Ich hätte eine Frage grundsätzlich zu dem Aufzug. Also in zahlreichen Gesprächen, die ich in der Schanze geführt habe, wurde gesagt, dass doch von Anfang an geplant war, diesen Aufzug nicht loslaufen zu lassen, dass das quasi Strategie der Polizei sei. Das wurde sogar im Vorfelde auch im Fernsehen kommentiert. Hintergrund ist, als Indiz wurde zum einen genannt, keine Auflagen, zum Zweiten, die Genehmigung der Route sehr nahe an der Messe. Und unabhängig davon, dass ich persönlich das, wenn man das glaubt, dann besonders klug finde, dass man sich

dann verummmt und dann quasi in die Falle geht. Aber meine Frage: War das so? Und wenn nein, warum keine Auflagen und so weiter?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, dazu nehmen wir gern noch einmal Stellung. Herr Dudde.

Herr Dudde: Also es gab nie den Plan, den Aufzug nicht losgehen zu lassen, sondern wir wären sogar sehr froh gewesen, wenn der Aufzug auf dem Marschweg ganz in Ruhe so gegangen wäre, wie es geplant war. Wir haben das ja auch mit dem jetzt eben beschriebenen zweiten Aufzug auch ganz genauso gemacht und das hat dann ja auch funktioniert.

Auflagen können wir erlassen, wenn wir Hinweise darauf haben, dass es zu irgendwelchen Störungen kommt. Die Maßstäbe, die dafür hier von uns erwartet werden, sind sehr hoch und wir scheitern meistens ja damit, dass es nur eine Prognose ist und wir von den Gerichten da immer hören, na ja, Prognosen, ihr könnt es ja nicht belegen. Wir hatten nichts Griffiges, mit dem wir hätten beweisen oder behaupten können, dass der Aufzug so gefährlich ist und von uns beauftragt werden muss. Und wenn das nicht der Fall ist, dann haben wir den Marsch im Endeffekt so zu bestätigen, wie er angemeldet wurde. Das haben wir in ein, zwei Kooperationsgesprächen mit dem Versammlungsleiter dann ja auch hingekriegt, auch wenn es um den Endkundgebungsort (...). Und allein das Kräftekonzept, was wir bereitgestellt hatten für diesen Aufzug, zeigt, dass wir schon Interesse daran hatten, diesen Aufzug einfach losgehen zu lassen. Also es gab nie einen Plan, diesen Aufzug nicht gehen zu lassen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Timmermann.

Abg. Juliane Timmermann: Ja, Sie haben es in Teilen schon beantwortet. Es geht noch einmal um den Ort, wo das Ganze geschehen ist. Das war ja bei all dem, was man verfolgt hat, und auch bei den Menschen, die sozusagen, mit denen mehr sympathisiert haben, einer der großen Vorwurfslagen, das zum einen die Polizei sehr wenig Geduld hatte, sozusagen auch Vermummte noch hinzunehmen. Es hat doch Vermummung stattgefunden, wieso ist man trotzdem rein. Und das Zweite war ja der Vorwurf, dass die Stelle mit eben dieser Flutschutzmauer eine sehr gefährliche ist. Da kamen ja gewisse Assoziationen auch. Da ging es damals zwar um ein anderes, ein Tanzereignis, aber wo man eben sagte, dass es sehr gefährlich ist. Sie hatten jetzt das eine oder andere schon gesagt, dass man andere, ebenfalls schwerwiegende Ereignisse im Fortgang des Zuges umgehen wollte, aber vielleicht können Sie zu diesen Vorwurfslagen noch einmal klar Stellung beziehen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Vielleicht einmal einleitend, weil ja manchmal, wenn es sehr ausführlich und im Detail berichtet wird, ein bisschen verloren geht, was eine Essenz auch ist. Das Bild ist schon so, das wir im Moment haben, dass, als die Vermummungen sich gezeigt haben, es um zwei Bereiche ging, einmal einen Block vorne und dann einen etwas dahinter, aber ohne einen bunten friedlichen Teil dazwischen, und dass es über einen Zeitraum von 30 bis 45 Minuten einen intensiven Austausch gegeben hat mit dem Ziel, dass dort die Vermummung abgelegt wird. Und dem ist man zum Teil nachgekommen in dem ersten Block. Und in dem zweiten hat es aber eine eher gegenläufige Entwicklung gegeben. Dazu vielleicht, ja, weiß ich nicht, Herr Dudde sonst noch einmal und vor allen Dingen auch gleich zur Flutschutzmauer.

Herr Dudde: Also, das Problem ist für uns ja gewesen, dass der Marschweg für uns verhältnismäßig kurz war bis in den Bereich Reeperbahn. Und wir hatten, es ist hier schon genannt worden, die Hinweise, spätestens in der Reeperbahn wird es deutlich stark

zunehmen und danach will man gucken, was geht. Das heißt, wir hatten gar nicht viele taktische Varianten. Weil, wenn Sie die Helgoländer Allee nehmen mit rechts und links Grünanlagen, ist für uns sehr schlecht. Von daher schien – und das war auch mit Herrn Großmann abgesprochen – die Flutschutzmauer sehr wohl ein geeigneter Ort, weil generell erst einmal davon auszugehen war, dass man da gar nicht so schnell hochkommt, dass man von oben Hilfe kriegt und von unten sich mit Räuberleitern und massiven (...) Polizeikräfte dafür sorgt, dass sie hier nicht mehr zwischen den Aufzug und die Flutschutzmauer kamen. Das war mehr als ärgerlich, weil, das Ziel war ja gerade, die Gruppe dort aufzuhalten. Das war aber eine Erfahrung, die – ja – den Kollegen Großmann und mich dann auch ein wenig überrascht hat. Aber eigentlich war die Örtlichkeit polizeitaktisch gut, weil, wie gesagt, wir hatten zumindest eine gerade Begrenzung, an der auch nicht viel Schäden verursacht werden konnten. Jeden Meter weiter, das hat Herr Großmann auch schon gesagt, dann kommen irgendwann die (...)stellplätze, hätte man mit einer starken seitlichen Begleitung auf den Aufzug einwirken müssen. Und das ist für uns immer schwieriger, als wenn wir bauliche Gegebenheiten nehmen. Und deshalb erschien die Flutschutzmauer in der Grundaufstellung gut.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Frau Timmermann?

Senator Grote: Ganz kurz zu dem Aspekt vielleicht auch noch einmal der Polizeipräsident.

Herr Meyer: Ja, ich denke, wir interpretieren ja mehr in die Antworten und die Darstellung von Herrn Ferk und in das Video rein, als Sie das vielleicht tun. Ich will noch einmal sagen, dass natürlich der Anspruch auf eine Versammlung für die 9 000, ja, oder weitestgehend 9 000 – nachher war es ja nicht ganz klar, wie viel davon vielleicht dann doch auf der Kippe stehen –, aber für die 9 000 erst einmal bestanden hat. Das heißt auch, die juristische Beurteilung unserer Einsatzjuristin eben so war, ein Teilausschluss ist sinnvoll, weil der Rest ja irgendwie noch weitergehen könnte. Und da muss man vielleicht auch noch einmal sagen, welche Rolle hat eigentlich ein Leiter einer Versammlung. Ein Leiter einer Versammlung hat nicht die Rolle, die Polizei zu bitten, ihm zu helfen, damit er die Ordnung, die er eigentlich herstellen soll, herstellen kann. Es ist ihm in Vorgesprächen deutlich gemacht worden, dass Vermummung ein Gefährdungstatbestand – Klammer auf, Klammer zu –, absolut nicht hinnehmbar sein wird für größere Teile, weil die ja die Vorstufe zu Straftaten ist. Dann passiert das mit den Latten, die werden rechts in den Aufzug gegeben. Dann spricht man und hat eindeutig das Gefühl, dass der zweite Schwarze Block, der nach unserem Kenntnisstand aus nicht Deutsch sprechenden Teilnehmern bestand, überhaupt nicht reagiert auf das, was er macht, was er möglicherweise selbst auch merkt und dann den Ausweicher macht und sagt zu Herrn Ferk, können Sie die nicht seitlich begleiten. Also da ist deutlich geworden, dass der Einfluss, den eigentlich ein Leiter haben soll, überhaupt nicht da war innerhalb von einer Dreiviertelstunde. Und wenn man das zusammen sieht mit dem Plan, da ist etwas bereitgestellt auf dem Weg, Reeperbahn, da will man möglichst irgendwie hinkommen, um es dann dort zur Eskalation zu bringen, dann ist es insgesamt, glaube ich, sehr nachvollziehbar, an dieser Stelle zu sagen, wir ermöglichen durch einen Teilausschluss den Friedlichen eine Demonstration. Vor allen Dingen, es gibt gute Gründe, zu sagen, dass der Leiter für diese schwarzen Bereiche, vor allen Dingen für den zweiten Schwarzen Block, es nicht schafft, Einfluss zu nehmen. Auch das wiederum spricht dafür, diese, ich sage einmal mindere Maßnahme eines Teilausschlusses durchzuführen.

Und wenn man jetzt die Bilder sieht, deswegen haben wir die ja noch einmal gezeigt, wie ruhig die Kräfte in diese Lücke gehen, und dass erst einmal gar nichts passiert. Also die Behauptung, man habe eine Panik erzeugt und die seien gleich geflohen, die lässt sich ja durch die Bilder überhaupt nicht belegen. Das heißt, die Kräfte gehen hinein und dann passiert etwa 60 Sekunden gar nichts, sondern man ist erst einmal irritiert, aber man steht und man organisiert sich möglicherweise und dann kommt plötzlich das, was wir als Flucht sehen über die Flutschutzmauer. Dass das dann im Ergebnis nicht günstig ist und wir uns das anders vorgestellt hätten, weil wir sicherlich die Leute festsetzen wollten, um dann

Weiteres zu sehen, das mag fachlich so sein und dahingestellt sein, aber jedenfalls ist keine Situation, die man vergleichen kann mit Duisburg oder mit andern Dingen, sondern das war eine ruhige Situation und dann hat man sozusagen vonseiten der Militanten dann reagiert, indem man dann Angriffe gestartet hat beziehungsweise denn über die Flutschutzmauer geflüchtet ist oder vom Ort sich entfernt hat.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann. – Doch noch eine Nachfrage. Frau Timmermann.

Abg. Juliane Timmermann: Die Nachfrage bezieht sich nur darauf, weil eben so viele Menschen die Bilder gesehen haben. Wieso waren denn keine Einsatzkräfte sozusagen oben auf der Mauer? Also inwieweit können Sie das vielleicht noch einmal schildern? Wir sind gern Nationaltrainer und wir sind im Moment ja auch alle Polizeitaktiker und das sind ja die Dinge, womit wir auch konfrontiert werden, zu sagen, wieso erfolgt dieser Zugriff so und oben stehen ja schon ganz viele Passanten, zwar bunt erst einmal im ersten Augenschein, wieso waren nicht dort auch Einsatzkräfte.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ich glaube, das gehört zu den Punkten, hinterher ist man schlauer. Wir haben diejenigen, die dort oben sich aufgehalten haben, erst einmal nicht dieser Menge unten, die eben schwarz einheitlich aufgetreten ist und organisiert war, zugeordnet und hatten eine größere Wahrscheinlichkeit, größere Chance gesehen, dass dort über einen längeren Zeitraum eine Isolierung unten stattfinden kann. – Herr Großmann.

Herr Großmann: Ich hatte Ihnen ja eingangs etwas gesagt zur Kräfteaufstellung, zur Kräftedislozierung. Das unterstreicht auch noch einmal eine der Antworten auf Ihre vorherigen Fragen, dass wir nämlich entlang der Aufzugsstrecke schon hoch bis zum Millerntorplatz, bis zur Reeperbahn unsere Kräfte gestellt hatten in der Annahme, dass der Aufzug auch wirklich erst einmal marschieren wird. Wir waren also schon relativ stark verteilt.

Das Zweite war, das habe ich mit Herrn Ferk durchaus vorher besprochen, ist es erforderlich, dass dieser Bereich oben komplett freigeräumt wird vor der Phase, wo der Aufzug sich auf der Straße aufstellt. Da sind wir zu dem Ergebnis gekommen, nein, es reicht, wenn wir den Zulauf von Veranstaltungsteilnehmern von der Auftaktkundgebung dort hoch verhindern. Das haben wir auch gemacht, das hatte ich ja eingangs dargestellt. Das Freimachen oben, oder andersherum, dort Kräfte überhaupt hinzustellen, hätte es vorher erfordert, dass man diesen ganzen Bereich freiräumt. Und das wäre mit Sicherheit nicht mittels einer Aufforderung möglich gewesen, sondern das wäre schon aus meiner Bewertung, und so waren wir auch übereingekommen vor Ort, schon mit einer zwangsweisen Räumung einhergegangen, der zwangsweisen Räumung von Leuten, die wir erst einmal nicht als Veranstaltungsteilnehmer eingestuft haben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Einen Fehler habe ich gemacht, Frau Möller war vor Herrn Nockemann. Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Vielen Dank. Ich glaube tatsächlich, dass wir das alles, was uns noch an Fragen bewegt rund um diesen Aufzug herum heute hier nicht mehr geklärt kriegen, müssen wir ja auch zum Glück nicht. Wir können das erneut aufrufen im Sonderausschuss.

Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass es ja auch noch eine Menge Videos gibt, die sozusagen auch noch einen anderen Teil der Einsatztaktik zeigen, bei dem mit sehr schnellem Schritt, sozusagen fast laufend oder tatsächlich laufend auch sich auf den Schwarzen Block zubewegt wird und da schon diese Situation dieser Enge und des Kessels sehr viel schwieriger aus meiner Sicht aussieht. Aber das, glaube ich, kriegen wir hier nicht zu Ende diskutiert. Ich habe es einfach nur einmal in Erinnerung bringen wollen. Es hat nicht

nur diese ruhige eine Kette gegeben, sondern ja auch noch andere Eingriffsmaßnahmen der Polizei.

Meine konkrete Frage ist, was war denn eigentlich der vorgesehene Weg für den Abzug der Demonstrierenden, derjenigen, die sich sozusagen aus der Demonstration hätten entfernen wollen. Also Sie haben ja gesagt, Sie haben mehrfach darauf hingewiesen, man solle sich sozusagen eher entfernen als sich beteiligen und auf die Störer hingewiesen und so weiter. Aber der Abzug in Richtung Altona war ja auch durch Polizeifahrzeuge geschlossen, also Richtung Palmaille war zu und in Richtung Pepermölenbek auch. Bis sozusagen zum Hein-Köllisch-Platz und in das ganze Quartier hinein gab es keine freien Wege, auf denen man zum Beispiel Richtung Reeperbahn kommen konnte, um vielleicht in die S-Bahn oder überhaupt aus dem Gebiet rauszukommen. Jetzt habe ich lange geredet, aber vielleicht gibt es eine kurze Antwort. Was war denn der geplante Weg, um den abziehenden Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern, nachdem es also diese Auflösung gegeben hat, überhaupt den Weg zu ermöglichen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Das Bild, in dem wir da eigentlich im Moment unterwegs sind, ist ja das, dass der allerallergrößte Teil derjenigen, die nicht diesem schwarzen Bereich zugeordnet waren, eben noch gar nicht in diesem Straßenzug drin waren, sondern noch in dem Bereich Pepermölenbek vor dem Fischmarkt praktisch hätten abbiegen können. Und das war eigentlich die Idee. Wie sich das dann konkret vor Ort gestaltet hat, vielleicht Herr Ferk.

Herr Ferk: Also ohne dass ich, ich stand ja in der Straße St. Pauli Fischmarkt, ungefähr auf Höhe der Brücke und dann immer zwischen diesem Bereich und, sage ich einmal, kurz vor dem Flutschutztor, nicht ganz. Meine Kräfte konnten ja aufgrund des starken Bewurfs nicht in diesen Bereich so ohne Weiteres nach vorne gehen.

Ein Großteil der Teilnehmer hätte unten am Hafenrand, auch Palmaille, nach meinem Bild den Aufzug durchaus verlassen können. Wir haben den Aufzug ja nicht umstellt mit Kräften, ganz bestimmt nicht, sondern wir haben schon allein bei der Größe uns die Frage gestellt, dass sich zu einem bestimmten Zeitpunkt auch Kräfte, die wir vorher, ich sage einmal, im Raum darum aufgestellt hatten, in Richtung der Aufzugsstrecke gezogen haben. Und damit hinten natürlich, polizeilich würde man sagen, diesen Bereich etwas entblößt haben. Es ist mitnichten so gewesen, sowohl nach unserer Absprache als auch nach meinem Kenntnisstand, dass wir hintenherum den gesamten Aufzug sozusagen eingeschlossen hätten und verhindert hätten, dass man den Aufzug verlässt. Man hätte weggehen können. Und wenn viele es getan hätten, wäre vieles einfacher gewesen.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung auch zu dem, was an der Seite gewesen ist, weil vorher ja auch die Frage kam, was wir mit den Personen gemacht hätten. Wir konnten natürlich im Vorwege auch nicht auf die Personen einwirken, auf der einen Seite müssen wir zu Recht darauf achten, dass wir eine Versammlung nicht einschließen und man nicht nach außen kommunizieren kann, aber es wäre natürlich genauso problematisch, wenn wir im Vorwege das gesamte Publikum rechts und links der Strecke, nur weil es erhöht steht, von der Aufzugsstrecke wegbringen und sagen, ihr könnt eure Versammlung machen, es ist halt nur keine Öffentlichkeit mehr da. Also das ist rechtlich schon nicht mehr möglich. Aber ganz konkret, wir haben den Aufzug – auch faktisch gar nicht möglich – durch die Polizeikräfte nicht rundherum eingeschlossen. Da gab es gar keinen Grund zu.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Frau Möller, Sie haben gerade entweder bewusst oder unbewusst den Begriff Kessel gebraucht. Mich irritiert das immer, wenn so aus Ihrer Richtung der Begriff Kessel gebraucht wird.

(Abg. Antje Möller: Kann ich mir denken!)

Vielleicht war es doch eher unbewusst, weil, in dem Zusammenhang empfinde ich das eher als, wie soll ich das sagen, ein bisschen vorverurteilend. Das wollen wir doch hier nicht tun.

Ich habe vorhin vernommen, dass, nachdem der Aufzug aufgelöst worden war beziehungsweise nachdem der Anmelder gesagt hat, er möchte den Aufzug für beendet erklären, dass plötzlich Herr Dolzer auf der Bildfläche erschienen ist und eine weitere Kundgebung angemeldet hat. Habe ich das richtig verstanden, dass sich dann in seinem Aufzug auch 100 Autonome oder Vermummte befunden haben? Ich habe das vorher nicht so ganz mitbekommen. Vielleicht war es auch nicht ganz eindeutig.

Bei dieser vielen Umzieherei, da ist für mich einfach die Frage, bei 8 000 angemeldeten Teilnehmern am Schwarzen Block, wenn man sich einmal vorne umzieht, dann wieder hinten, dann in der Mitte, plötzlich tauchen da einmal 1 000 auf, wie kann man da überhaupt davon ausgehen, ob es nur 5 000 gewesen sind oder 3 000. Hat man da überhaupt noch die Übersicht darüber gehabt?

Dann sprachen Sie vorhin davon, man habe also hervorragend miteinander kommuniziert seitens dieser Demonstrationsteilnehmer, „Schwarzer Block vorne, Schwarzer Block“ hinten. In welcher Art funktionierte diese Kommunikation? War das über normale Handys, war das über Messenger?

Und von mir noch einmal die Frage – natürlich kenne ich auch diese Rechtsprechung Kessel, ist ja keine Frage –, wäre es eigentlich möglich gewesen, dass man diese Schwarzen Blöcke festgehalten hätte, die Mitglieder einzeln herausgezogen hätte, Sie haben ja schließlich eine Straftat begangen, und sie dann in Gewahrsam genommen hätte. Wäre das rechtlich möglich gewesen? Und wäre es auch, ich sage einmal, von der Mannstärke her möglich gewesen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also zunächst Zusammensetzung des zweiten Aufzuges, der von Herrn Dolzer angemeldet war, Herr Ferk.

Herr Ferk: Also nachdem die unmittelbaren, ganz erheblichen von mir geschilderten gewalttätigen Ausschreitungen im Bereich St. Pauli Fischmarkt und dann am Hafenrand unten beendet waren, und wir uns dann auch in Richtung Landungsbrücken zurückziehen konnten, nicht völlig aufgehört, aber es war dann eine Phase, wo es praktisch ruhig war, friedlich war, sammelten sich auf der Strecke Personen, und zwar Menschen, die normal gekleidet waren, die nicht schwarz gekleidet waren, die dort standen, die dort sehr aggressiv waren, verbal aggressiv, emotionalisiert waren. Herr Dolzer hat dann den Aufzug bei mir angemeldet. Ich hatte vorhin gesagt, dass wir unter seinem ..., nachher hatte er beim Abmarsch ungefähr 2 000 Teilnehmer, für uns erkennbar gut 100 Personen nach unserer Einschätzung hatten, die wir für gewaltbereit hielten, und zwar gewaltbereit, das habe ich auch vorhin gesagt, und nicht, dass sie Gewalttaten begangen hätten, dann wäre ich sicherlich nicht mit denen losmarschiert, und auch keinen Schwarzen Block in diesem Aufzug zu diesem Zeitpunkt gehabt haben, dann hätten wir auch gegen diesen Schwarzen Block sicher ein Einschreiten gehabt.

Der Aufzug ist dann losgegangen und im Laufe des Aufzuges hat sich dann im hinteren Teil am Ende ein Schwarzer Block gebildet. Ich kann jetzt nicht sagen, weil ich vorne am Aufzug bin, ob die sich umgezogen haben im Aufzug, ob die hinzugetreten sind, während wir dann die Reeperbahn erreicht haben oder wie die Personen sich dann dort zusammengefunden haben. Jedenfalls haben sie sich am Ende zusammengefunden und wurden dann vom Aufzug abgetrennt durch die Eingreifkräfte. Also es war jetzt nicht diese Durchmischung,

dass wir da in den Aufzug hinein gemusst hätten, sondern der Aufzug konnte problemlos weitermarschieren. Aber am Anfang gab es die nicht.

Senator Grote: Gut, danke. Dann zur Zahl der Gewalttäter, woher die Schätzung mit den 5 000 kommt, Herr Hieber.

Herr Hieber: Ja, das ist Ergebnis einer Besprechung mit dem Landesamt für Verfassungsschutz und es ist ein Stück weit Puzzlearbeit, ein Zusammentragen aller Informationen, die nach derzeitigem Stand vorliegen. Ich habe versucht, diese Zahl ja auch mit aller Vorsicht als eine Einschätzung zu kennzeichnen. Mehr kann ich an der Stelle dann auch nicht dazu sagen.

(Abg. Dirk Nockemann: Aber es könnten auch durchaus mehr sein, wenn die sich dauernd umziehen! (...))

Vorsitzender: Ich glaube, Herr Nockemann wollte eine Nachfrage stellen. Vielleicht mit Mikro, dann kommt es auch ins Wortprotokoll, Herr Nockemann.

Senator Grote: Ich glaube, es geht ja darum, wie zuverlässig ist das, wenn die Farbzurordnung nicht so funktioniert hat wie sonst. Ich glaube, das, was Herr Hieber auch gesagt hat, müssen wir so verstehen, dass die Schätzung nicht beruht auf dem Beobachten eines geschlossen irgendwo auftretenden Blocks, sondern dass wir schon die einzelnen Personengruppen, die sich natürlich auch umgezogen haben, die an verschiedenen Stellen in der Stadt aufgetreten sind, in Auseinandersetzungen auch verwickelt waren, beteiligt waren, ganz unabhängig jetzt von ihrer Kleidung vielleicht auch, dass wir da sozusagen ein Bild zusammengefügt haben, zusätzlich eben ganz stark auch unter Einbeziehung von Informationen des Landesamtes für Verfassungsschutz, die ja auch aus dem Bereich der Gewalttäter heraus sozusagen Informationen bekommen haben, und dass sich daraus dann so ein Gesamtbild ergibt. Das können wir bestimmt dann im Sonderausschuss noch einmal vertiefen. Aber es ist jetzt nicht so, dass wir den Umstand des sich ständig Umziehens da nicht irgendwie schon miteinbezogen haben.

Dann gab es noch die Frage Kommunikation in der Versammlung, wenn ich das richtig behalten habe. Wer möchte dazu etwas sagen? – Herr Ferk.

Herr Ferk: Naturgemäß kann ich nicht sagen, wie die untereinander kommuniziert haben. Es gab Personen, die rote Flaggen dabei hatten, die üblicherweise häufig von solchen Blöcken genutzt werden, um dann quasi Zeichen für eine Menge zu geben. Aber auf welchem Wege, wenn mir da einem Aufzug mit ja dann insgesamt 10 000 Menschen gegenübersteht, von einzelnen Personen untereinander möglicherweise kommuniziert wird, bitte ich um Verständnis, dass mir das verborgen bleibt.

Vorsitzender: Okay. Herr Dr. Tjarks.

(Abg. Dirk Nockemann: Nein, es war noch eine Frage offen!)

Oh, Entschuldigung. Pardon.

Abg. Dirk Nockemann: Ob es nicht möglich gewesen wäre, rechtlich und auch tatsächlich diesen Block dort einzeln herauszuführen.

Senator Grote: Ja, da wäre ich jetzt einmal etwas zurückhaltend, ein hypothetisches juristisches Szenario zu beantworten, wie lange und wie weit man wen nun irgendwo festhalten kann, aber natürlich kann man gegen Straftäter immer vorgehen. So.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dr. Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ich habe noch einmal eine Frage an Herrn Ferk, der ja die ganze Zeit mit dem Demoanmelder kommuniziert hat, und wir ja auch hinterher verschiedene Äußerungen dieses Demoanmelders in der Zeitung lesen durften. Nach Ihren Schilderungen stellt sich mir die Situation ein bisschen so dar, dass man das vielleicht so beschreiben könnte, diesem Demoanmelder ist die Situation auch ein wenig entglitten, weil da Menschen da waren, die nicht so zu seiner normalen, ich sage das jetzt einmal, Einsatzroutine gehörten. So ein bisschen hatte ich vorhin auch die Entwicklung am Schulterblatt verstanden, dass das auch eine Entwicklung war, sage ich einmal, wo so die „eingespielten Prozesse“ die will ich jetzt ... komische Worte für so etwas, ehrlich gesagt, aber ein bisschen anders waren, weil da plötzlich auch Personen beteiligt waren, die sonst da nicht beteiligt sind. Da würde mich einfach noch einmal jetzt zusammenfassend von Ihnen interessieren, ob Sie das auch so teilen, wenn ich das jetzt so sage.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Noch einmal einleitend, ich glaube schon, dass das zu den Themen gehört, die wir uns im weiteren Verlauf auch noch genauer angucken müssen, inwieweit diejenigen, die ohnehin aus allen Teilen Deutschlands, aber insbesondere dann aus dem europäischen Ausland eingeladen worden sind, sich an diesem großen Schwarzen Block zu beteiligen, wie eng die Abstimmung und Kooperation und die Einbindung in Aktionskonsense und so weiter, wie weit die eigentlich war, wie weit die gelaufen ist, wie weit die gelungen ist. Es hat Aussagen vorher dazu gegeben, der Anmelder, dass sie in der Lage sind, auch ihren Aufzug zu kontrollieren. Und es gibt in der Tat aber auch jetzt doch Hinweise darauf, dass die Steuerungsfähigkeit da begrenzt war.

Für den Ablauf Welcome to Hell, und da vielleicht die Eindrücke oder das Bild, was wir da jetzt haben, Steuerungsfähigkeit, Einflussmöglichkeit und insbesondere auch diesen zweiten Schwarzen Block durch den Anmelder, noch einmal Herr Ferk.

Herr Ferk: Also, die Leiter der Versammlung, ich hatte das ja gesagt, machten einen auf mich sehr unsicheren Eindruck und ich hatte schon den Eindruck, dass sie die Sache nicht im Griff haben und dass ihnen das auch bewusst ist. Allerdings zu glauben, dass sich zufällig, nachdem man europaweit aufgefordert hat, einen der größten Schwarzen Blöcke zu bilden und sich die Mittel der Auseinandersetzung selbst zu suchen und die Leute alle einlädt, zu glauben, dass die dann zufällig zusammengekommen wären und die Sache ist da quasi durch zufällig miteinander sich treffende Personen auseinandergelaufen, das halte ich, entschuldigen Sie, aber für völlig lebensfremd. Da waren doch organisierte Blöcke, die haben sich miteinander aufgestellt, hintereinander aufgestellt. Deshalb hatte ich vorhin die Begrifflichkeit gebraucht, die Büchse der Pandora geöffnet, also ich hatte den deutlichen Eindruck und auch die Polizeibeamten, die mit mir unterwegs waren, da ist schon zu etwas aufgerufen worden, da ist auch, wie im Vorfeld gesagt worden, wir suchen uns selbst unsere Mittel und dazu gehören auch gegebenenfalls das Verüben von Straftaten. Ohne dass ich das jetzt dem Anmelder persönlich zurechnen würde, er hätte zu diesen oder jenen Straftaten aufgefordert oder im Einzelnen genannt. Und dass dann einfach das Problem war, diese Personen unter Kontrolle zu kriegen. Aber es war ja nicht so, dass so zufällig anwesende Personen irgendwie mitgemacht hätten. Sehen Sie es mir nach, dass ich nicht beurteilen kann, was am nächsten Tag abends in der Schanze war. Das kann ich von hier aus jetzt nicht machen.

Vorsitzender: Gut. Ich habe noch Frau Möller und Herrn Nockemann und dann würde ich gern den Versuch machen, diesen Morgen zu beschließen. Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Diesen Morgen zu beschließen, ist schön. Ich habe gedacht, ich könnte so eine allgemeine Abschlussfrage stellen, aber das scheint nicht der Fall zu sein. Ich tue es trotzdem. Ich würde nichts mehr zu diesem Block fragen wollen, sondern ich möchte einmal auf Punkte eingehen, die wir heute nicht besprochen haben. Das sind einerseits Vorwürfe,

Beschreibungen, Berichte über Beeinträchtigungen von Journalistinnen und Journalisten in ihrer Arbeit. Verschiedenste Situationen gibt es da in der Beschreibung. Und es gibt natürlich auch den großen Komplex der Berichte und Videos und Beschreibungen schriftlicher Art, mündlicher Art, die sich auf Einsatzsituationen beziehen, wo sozusagen das polizeiliche Verhalten möglicherweise nicht verhältnismäßig war, kritikwürdig, wo es Vorwürfe von Übergriffen gibt und Ähnlichem. Meine Frage in die Richtung ist, gibt es an irgendeiner Stelle eine Nachbereitung dieser ..., also ein sich Auseinandersetzen mit diesen Vorwürfen, mit diesen Beschreibungen auch innerhalb der Polizei, außerhalb des D.I.E. Ich meine nicht das, was es an konkreten Anzeigen gibt, die, egal wo sie gelandet sind, denen geht man nach, das ist mir schon klar, aber sozusagen so, wie ich es beschrieben habe. Die Vorwurfslage, die Beschreibungen sind ja in einer Vielzahl vorhanden, außerhalb auch von konkreten Anzeigen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also natürlich gehört zur Einsatznachbereitung, dass eben auch, sage ich einmal, die Dinge noch einmal besonders vertieft werden, wo es kritische Rückmeldungen und Vorwürfe gibt. Ich denke, dass wir da auch bis hin zu Videosequenzen oder auch einzelnen Vorgängen, Vorwürfen, Journalisten ..., also alles, was wir irgendwie konkret bekommen, damit setzten wir uns natürlich auch auseinander, auch mit allgemeinen Vorwurfslagen. Ich glaube, dass wir uns wahrscheinlich im Sonderausschuss da einmal die Zeit nehmen sollten, das wirklich sehr detailliert dann auch auseinanderzunehmen. Aber das ist natürlich der Anspruch, dass das auch in die Nachbereitung reingehört.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann bitte.

Abg. Dirk Nockemann: Also ich kann beruhigen, ich werde keine weiteren Fragen stellen, aber mir steht natürlich auch eine Anmerkung zu. Herr Dr. Tjarks, das, was Sie vorhin an die Polizei gefragt haben, nämlich ob die Polizei auch der Auffassung ist, dass dem armen Anmelder ja die ganze Demo unschuldigerweise entglitten ist ... Ich weiß nicht, was so eine Frage soll. Für mich ist das der erste Versuch, hier wieder etwas zu relativieren. Eigentlich hatten wir uns darauf geeinigt, dass wir ergebnisoffen arbeiten, aber jetzt machen Sie schon wieder Abseitsbewegungen. Ich hoffe, der Bürgermeister wird das auch merken, dass auf die GRÜNEN kein Verlass ist.

Vorsitzender: So, dann stelle ich einmal fest, dass wir zu drei Bereichen heute Aussagen der Innenbehörde jetzt nicht getroffen haben oder uns ... Die Innenbehörde wäre sprechfähig, aber ich glaube, wir haben eine gewisse Zeit jetzt schon mittlerweile miteinander verbracht, sodass das mit Sicherheit heute nicht mehr behandelt werden kann. Das war die Situation Camp Entenwerder, die Situation des Verkehrs und die (...) Schwarzer Block und auch natürlich das, was Frau Möller eben noch angemerkt hat, das mit dem Journalismus.

Ich würde den Vorschlag machen, dass wir hier die Selbstbefassung beenden, nicht, weil sie thematisch durch ist, sondern weil wir dem Problem der Doppelbehandlung hier aus dem Wege gehen müssten, weil ich denke, dass dieses Wortprotokoll, was heute gefertigt wird, die Grundlage sein wird für die erste Sitzung des Sonderausschusses. Deswegen, aus diesem rein formalen Grund, würde ich hier die Selbstbefassung beenden wollen und damit auch das Wortprotokoll. Wer das auch so sieht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich danke Ihnen für die engagierte Diskussion und schönen Feierabendmorgen.

Zu TOP 2

Es bestand kein Beratungsbedarf.

Ekkehard Wysocki (SPD) (Vorsitz)	Antje Möller (GRÜNE) (Schriftführung)	Gabriele Just (Sachbearbeitung)



Einsatzsituationen



Filmsequenzen 6. Juli 2017 und 7. Juli 2017



Rondenbarg



Schulterblatt



Besondere Aufbauorganisation „Michel“



Videos



Video „Personen auf Dächern“



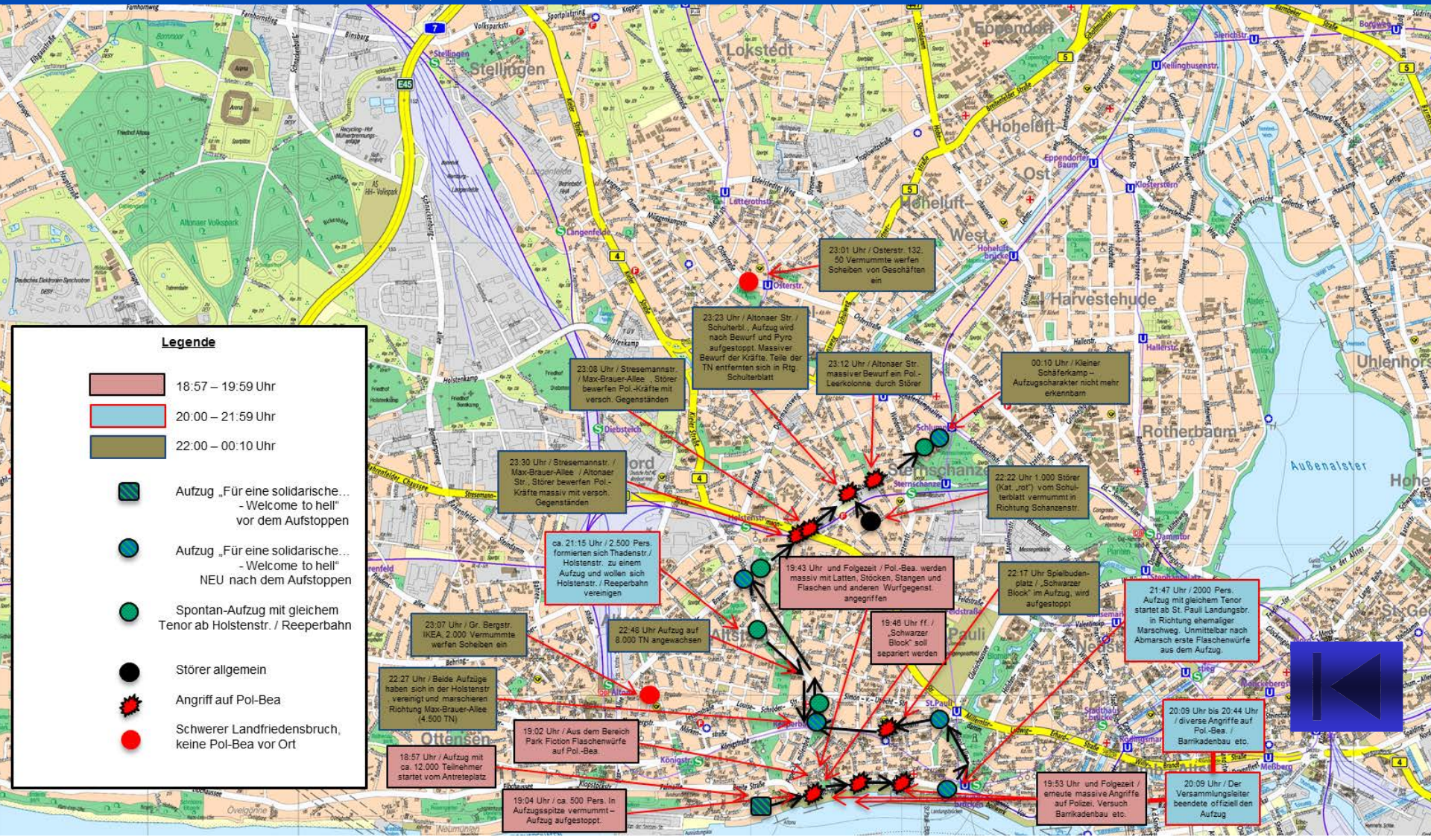
Video „Welcome to Hell“





POLIZEI
Hamburg

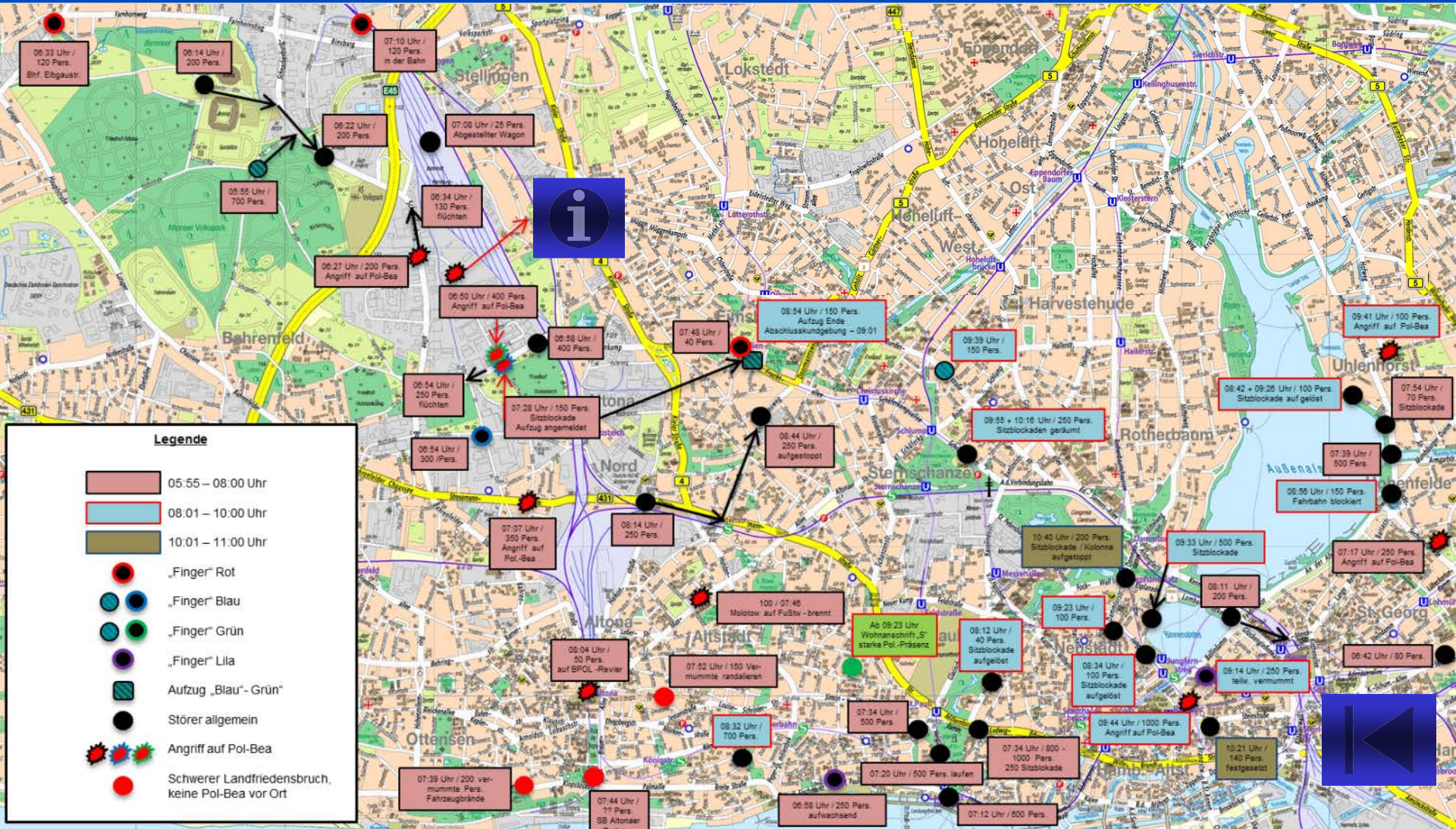
Einsatzsituation, Do. 06.07.2017 – 18:57 bis 00:10 Uhr





POLIZEI
Hamburg

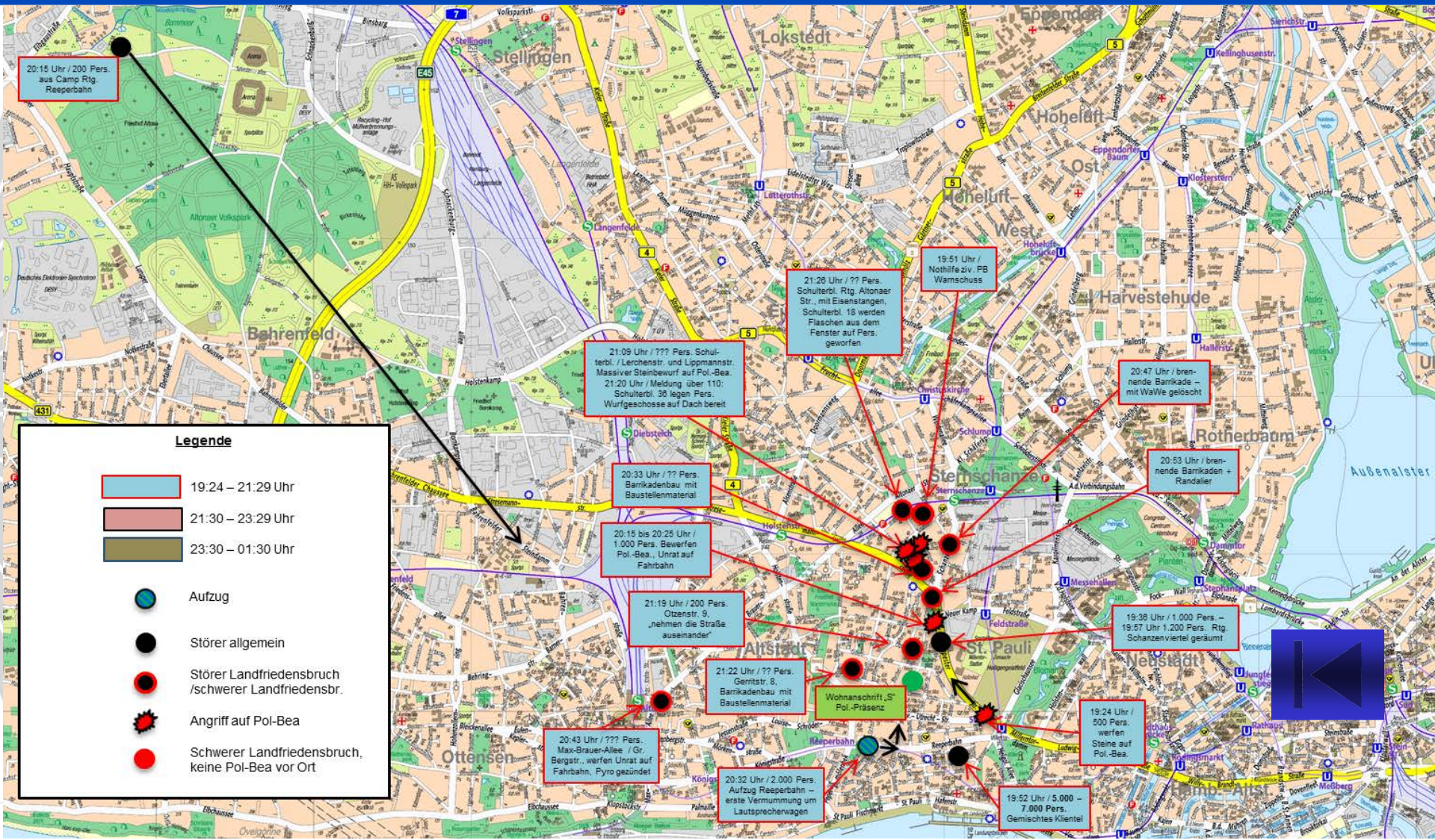
Einsatzsituation, Fr. 07.07.2017 – 05:50 bis 11:00 Uhr





POLIZEI
Hamburg

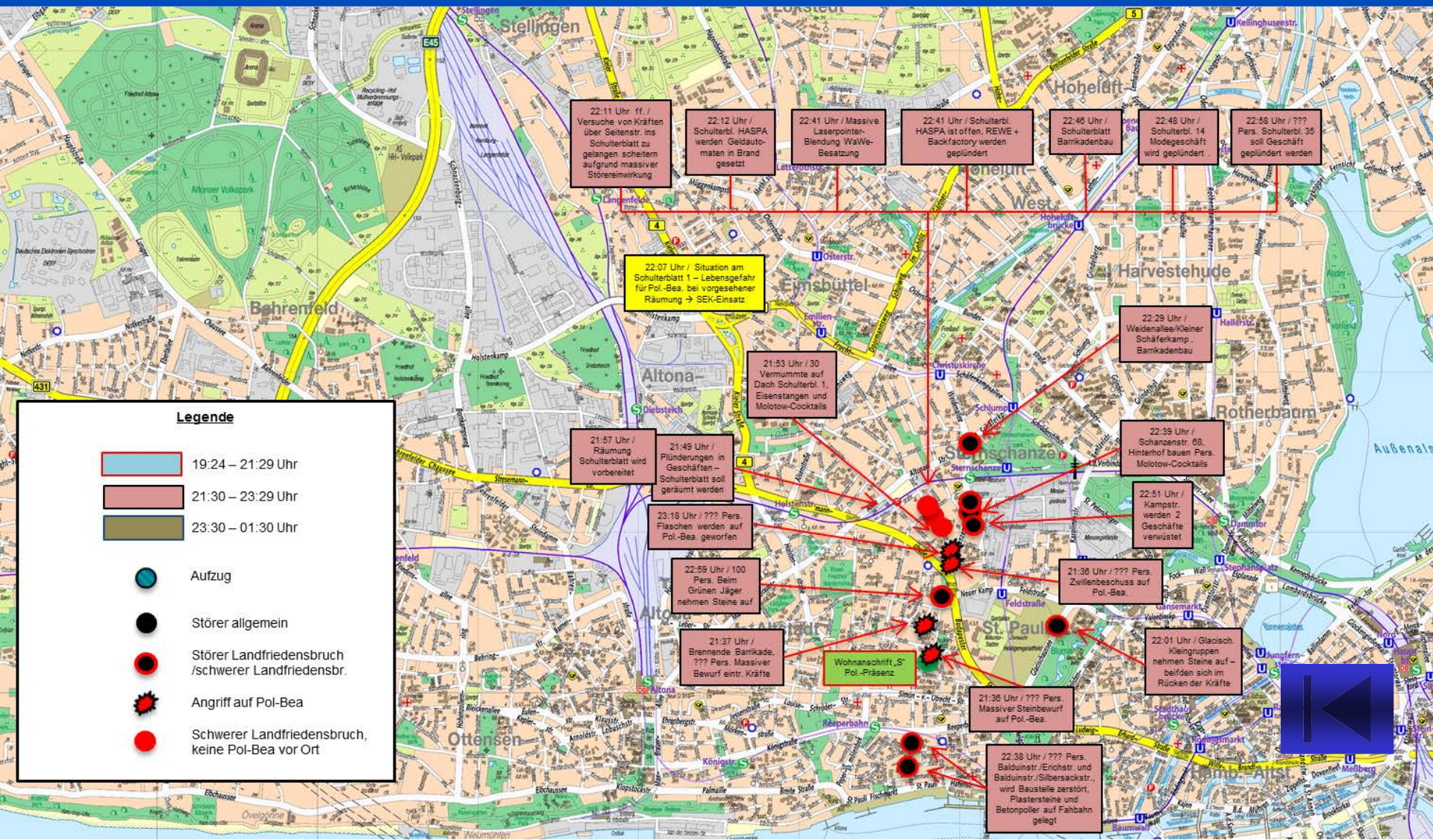
Einsatzsituation, Fr. 07.07.2017 - 19:24 bis 21:29 Uhr





POLIZEI
Hamburg

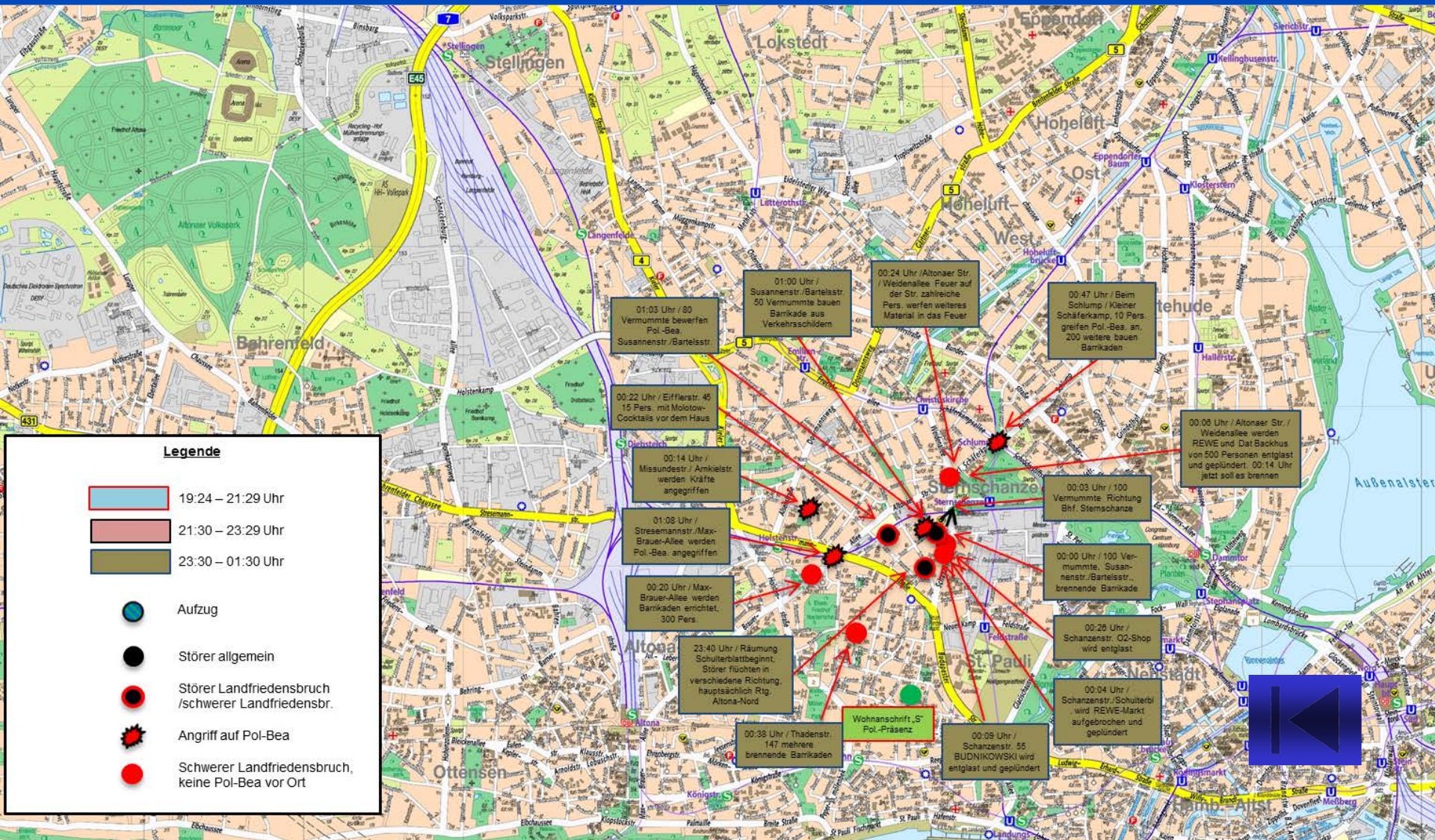
Einsatzsituation, Fr. 07.07.2017 - 21:30 bis 23:29 Uhr





POLIZEI
Hamburg

Einsatzsituation, Fr. 07.07.2017 - 23:30 bis 01:10 Uhr





POLIZEI
Hamburg

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

ankommende
Gruppe
Rondenbarg 22,
schwarz gekleidet,
vermummt,
wirft Steine auf
eintreffende
Polizeifahrzeuge





POLIZEI
Hamburg

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

Polizeikräfte BFHu
BLU verlassen
Autos, weiterhin
Bewurf durch
Personengruppe





POLIZEI
Hamburg

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

anlaufen der BFHu
BLU gegen die
Gruppe





POLIZEI
Hamburg

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

Festnahme der
Personen





POLIZEI
Hamburg

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

Festnahme der
Personen



Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

Festnahme/
Versorgung der
Personen





POLIZEI
Hamburg

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

Versorgung der
Verletzten (bedingt
durch Sturz vom
abgebrochenen
Zaun)
durch örtliche
Feuerwehr/
polizeiärztlicher
Dienst BPOLABT
BLU



Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

Mitgeführte
Gegenstände



Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“



Maskierungsmittel /
Schutzbewaffnung
Steine, Pyrotechnik
Brandbeschleuniger
Halteseile

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“



Pyrotechnik
Brandbeschleuniger-Spray
Präzisionszweille



POLIZEI
Hamburg

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“



Maskierungsmittel
Wechselkleidung
Halteseile

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“



Pyrotechnik
Steine
Stahlseile mit
Schlössern
div. Werkzeug
Sonnenbrillen

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“



Mützen
Steine
Schwarze
Masken
Staubmaske
Zahnschutz
Sonnenbrillen

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

Stahlseile mit
Schlössern – für
Blockadeaktionen
oder Stolperfallen
geeignet





POLIZEI
Hamburg

Camp Vorhornweg – „Schwarzer Block“

Schwarze Masken
Rote / schwarze
Tücher
Schwarze Wechsel-
kleidung
Versch. Fahnen





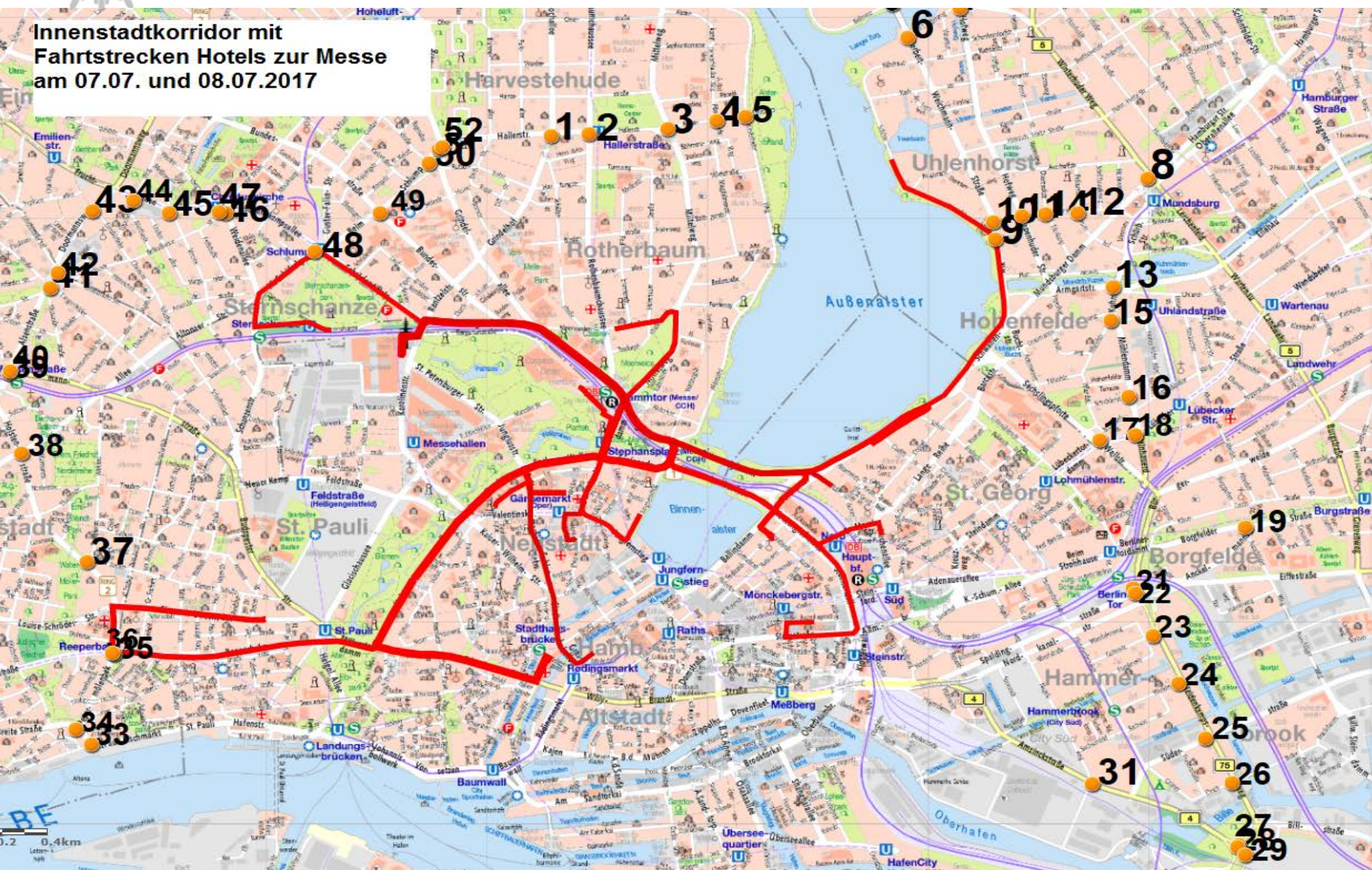
POLIZEI
Hamburg





POLIZEI
Hamburg

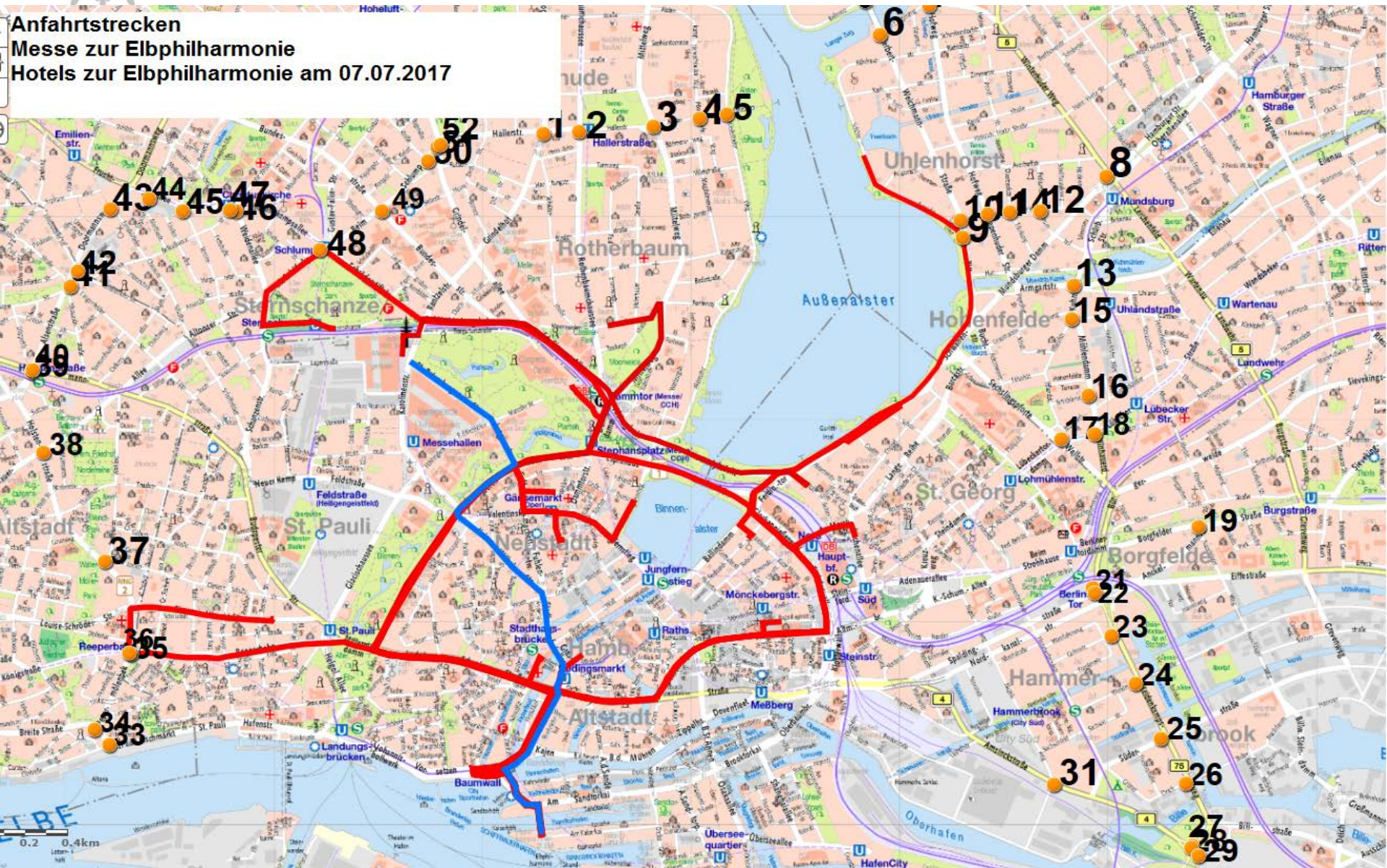
**Innenstadtkorridor mit
Fahrtstrecken Hotels zur Messe
am 07.07. und 08.07.2017**





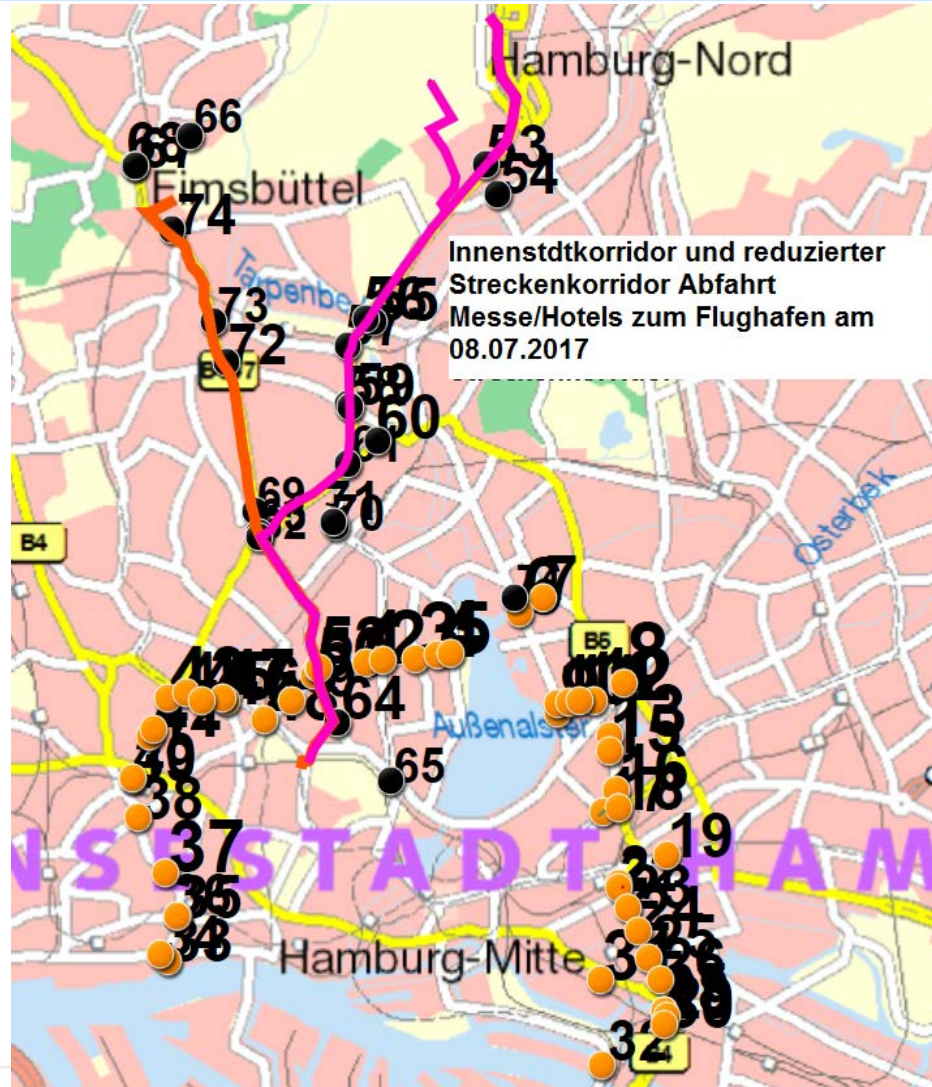
POLIZEI
Hamburg

Anfahrtstrecken
Messe zur Elbphilharmonie
Hotels zur Elbphilharmonie am 07.07.2017





POLIZEI
Hamburg





POLIZEI
Hamburg

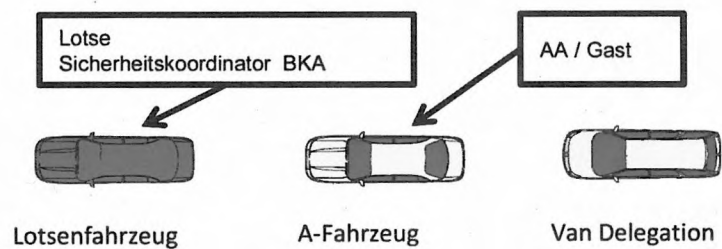
Kolonnenzusammenstellung

UA Lotsung/Schleusung



POLIZEI
Hamburg

Lotsenkommando

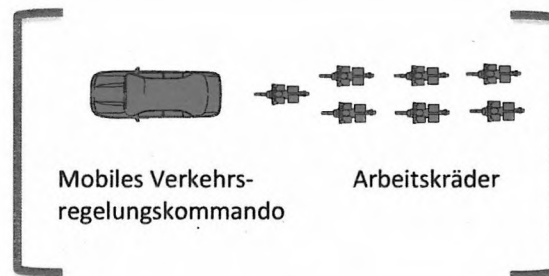


Anzahl Kommandos		57	2-Schicht-Betr.
FuStw	2	114	
IeMkw	0		
Krad	0	0	
MA		114	228
- davon HH	1	57	114

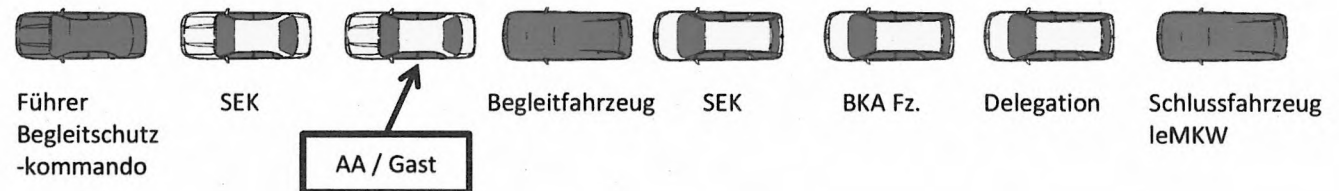


POLIZEI
Hamburg

Begleitkommando (Schleusung)



Rollierender Einsatz
aufgrund Unterdeckung



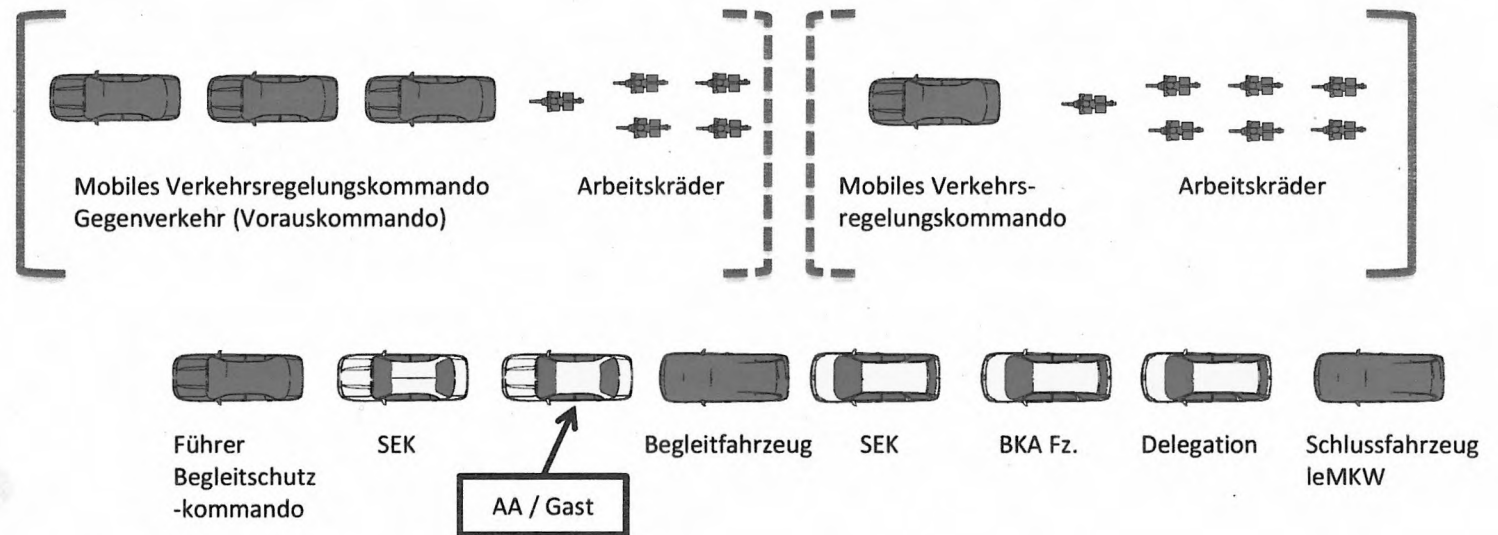
Anzahl Kommandos		21/22	2-Schicht-Betr.
FuStw	3	63/66	
leMkw	1	21/22	
Krad	7	147/154	
MA	13	273/286	559
- davon HH	3	63	192

Das Begleitfahrzeug wurde nur bei den TOP 3 eingesetzt.
Teilweise wurde das Fahrzeug Führer Begleitschutzkommando mit drei MA besetzt. Begründung Ortskenntnis!



POLIZEI
Hamburg

Begleitkommando Top 10 (Schleusung)



Anzahl Kommandos		3	2-Schicht- Betr.
FuStw	6	18	
leMkw	1	3	
Krad	12	36	
MA	24	72	144
- davon HH	6	18	36

Das Begleitfahrzeug wurde nur bei den TOP 3 eingesetzt.
Teilweise wurde das Fahrzeug Führer Begleitschutzkommando mit drei MA besetzt. Begründung Ortskenntnis!

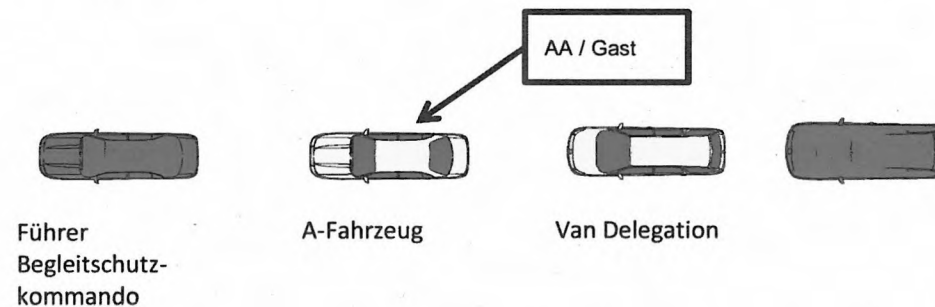


POLIZEI
Hamburg

Begleitschutzkommandoteile

Darüber hinaus wurden insgesamt 31 (15/16) im 2-Schichtrhythmus Begleitschutzkommandoteile bestehend aus einem FuStw (Führer Begleitkommando) und einem Schlussfahrzeug ohne mobiles Verkehrsregelungskommando vorgehalten.

Das mobile Verkehrsregelungskommando wurde im rollierenden Einsatz vor Abfahrt zugeordnet.



Anzahl Kommandos		15/16	2-Schicht-Betr.
FuStw	2	30/32	
leMkw	0		
Krad	0	0	
MA		45/48	93
- davon HH	1		





POLIZEI
Hamburg

Entwicklung einer BAO / Kräfteplanungen

BAO „Michel“

